

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Themenblock:

Außerdem:

Nr. 126 Juni 1985 DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Daniela Henberger, Peter Hübner, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 127:
2. Juli 1985

Anzeigenschluß für Nr. 127:
9. Juli 1985

Tagungshinweise

„Stichwort BAYER — Probleme mit dem Umwelt- und Menschenschutz bei einem multinationalen Konzern", 9.—11.8.85, Solingen, Information und Anmeldung: Christiane Schnura, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf

„Information and development", 21.—25.10.85, Brüssel, Anmeldung und Information bei CINTERAD, Bd. General Jacques, 186 b, 1050 Bruxelles

Eine große Anzahl von Seminaren zu Friendes- und Umweltfragen (Atommüll, Zivilschutz, gewaltfreie Aktion etc.) findet in der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, Kirchstr. 14, 3131 Wustrow, statt. Es hätte den Rahmen dieses Veranstaltungskalenders gesprengt, deshalb bitte das Seminarprogramm dort anfordern!

„Militärdiktaturen in der Dritten Welt", 15.—18.8.85, Heidelberg, Workshop-Seminar „Indien", 3.—6.10.85, Borkum/Ostfriesland oder Lemgo, Information und Anmeldung: Dialog International, Hinter dem Heiligen Geist 9, 4920 Lemgo/Lippe

Studienreise Indien 25.12.—18.1.85, Information: C. Prickheimer-Haus, P. Jörg Dantscher S. J., Königsstraße 64, 85 Nürnberg 1

„Auf der Suche nach Energie-Alternativen", 5.—7.7.85, Bad Liebenzell, Information und Anmeldung: Schutzgemeinschaft Eyachtal, Waltraud Schindler, Schloß, 7540 Neuenbürg

Workshop für Amateurzeichner und Hobbymaler, 15.—20. Juli 85, Valkenburg/Niederlande, Information und Anmeldung: Europäische Akademie Lerbach, D-5060 Bergisch-Gladbach 2

„In-Service Training course on Documentation Techniques", 16.9.—18.10.85, Rom, Information und Anmeldung: IDOC, Via S. Maria dell' Anima, 30 (Piano III), 00186 Roma/Italia

Friedensmarsch für Menschenrechte, Selbstbestimmung und Solidarität, Dezember 85 — Januar 86, Panama — Costa Rica — Nicaragua — Honduras — El Salvador — Guatemala — Mexiko, Information: Peacemarch in Central-America, Rosenkrantz gt. 18, N-0160 Oslo 1, Norway

„Ökologie und Gesellschaft", 22.—29.7.85, Agape
„Nord-Süd, Ost-West: Sicherheit oder Herrschaft?", 16.—23.8.85, Agape
„Der Islam: Zwischen Tradition und Veränderung", 24.—31.8.85, Agape, Information und Anmeldung: Gruppo residente di Agape, I-10060 Prali/Italia

Nicaragua-Kurs, 1.5.86—31.1.87 (1. Kurstreffen: 13.—15.9.85)
Landwirtschaftskurs, 15.4.—15.11.86 (1. Kurstreffen: 20.—22.9.85)
Kurs mit Okonfo Rao Kawawa (afrikan. Fetischpriester, Dichter...), Juni—August 86, (1. Kurstreffen: 18.—20.10.85)
Programme, Infos, Anmeldung: Reisende Schule 3. Welt, Börderstr. 3, Menne, 3530 Warburg/Westfalen

„Papua-Neuguinea — im Spannungsfeld von kultureller Identität und neuer Entwicklung", 27.—29.9.85, Bonn
„Alternativ leben und arbeiten", 25.—27.10.85, Neuwied
„Themenzentriertes Theater zur Entwicklungsarbeit nach der Rückkehr", 15.—17.11.85, Niederstadtfeld/Eifel
Information und Anmeldung: Kübel-Stiftung, Darmstädterstr. 100, 6140 Bensheim 1



Paraguay





Schon über 30 Jahre, seit seinem Putsch im Jahre 1954, herrscht General Stroessner allgegenwärtig in seinem Paraguay. Er hat es in dieser Zeit verstanden, das Land weitgehend aus dem Blickwinkel der Weltöffentlichkeit herauszuhalten. So ist es abseits der großen Politik beinahe vergessen worden.

Drei Jahrzehnte Stroessner

Anfang Juli wollte Lateinamerikas dienstältester Diktator, General Alfredo Stroessner, die Bundesrepublik besuchen. Der Besuch ist ohne Angabe von Gründen von der paraguayischen Seite abgesagt worden. Es liegt die Vermutung nahe, daß die im Vorfeld des Staatsbesuches geäußerte Kritik und die zu erwartenden massiven Proteste zu der Absage geführt haben. Sollte es sich bestätigen, daß der KZ-Arzt Mengele tatsächlich seit Jahren tot ist, so ist damit zu rechnen, daß Stroessner seinen Besuch bald nachholen wird. Aufgrund der vielen Anfragen zu Paraguay haben wir uns entschlossen, diesen Artikel, der uspründlich den Staatsbesuch begleiten sollte, trotzdem abzudrucken.

Red.

Die Geschichte Paraguays

Der Staat Paraguay ist hervorgegangen aus dem Gebiet der indianischen Ureinwohner, den Guaranies. Sie lebten nomadisierend im mittleren Teil, dem Herzen von Südamerika.

In der Conquista erreichte der Spanier Alejo Carcia 1524 als erster diese Gegend und nahm sie für die spanische Krone in Besitz. Es gelang jedoch niemals, das unwegsame Gebiet gänzlich zu unterwerfen. So gestand man es auch den Jesuiten gerne zu, auf eine besondere Art zu missionieren.

In einem zugewiesenen Territorium bauten diese ein relativ unabhängiges Staatswesen auf: den Jesuitenstaat von Paraguay.

Die Guaranie-Indianer waren in sogenannte Reduktionen zusammengefaßt und zu seßhaften Bauern umerzogen worden. Hier waren sie sicher vor den Zugriffen der Kolonialisten und der Sklavenjäger aus Sao Paulo. Daher zeigten sie sich loyal gegenüber ihren neuen Herren. Unter ihrer Anleitung gelangten sie zu wirtschaftlicher Bedeutung. Doch das rief die Konkurrenz der Kolonialisten auf den Plan. Sie intrigierten, und der spanische König löste den Jesuitenstaat nach über 150jährigem Bestehen im Jahre 1767 auf. Die Reduktionen verfielen allmählich wieder und die Guaranies flüchteten tiefer in die Urwälder.

Als durch Napoleons Eingreifen die Bourbonen in Spanien ihren Thron verloren, brachen in ganz Lateinamerika Aufstände gegen die Kolonialherren aus.

In Paraguay übernahm ein revolutionäres Triumvirat unter Führung von Dr. Francia (sogenannt wegen seiner Begeisterung für die französische Revolution) die Verwaltungsgeschäfte und berief 1811 den ersten Nationalkongreß ein. Der Kongreß bestellte 1814 Dr. Francia zum Diktator auf Lebenszeit. Mit höchster Vollmacht ausgestattet, hatte er es sich zum Ziel gesetzt, ein vom Ausland unabhängiges, voll souveränes allmächtiges Staatswesen zu schaffen, auf der Grundlage einer anspruchslosen, patriotischen Gleichheitsgesellschaft. Er schaltete die weiße Oberschicht und die Kirche aus, schloß die Grenzen hermetisch ab, erlaubte weder Ein- noch Ausreise, Kapitaltransaktionen oder Handel mit dem Ausland. Die Landwirtschaft gedieh und es bestand ein reiches Angebot an billigen Landerzeugnissen. Luxus jeder Art war dagegen unbezahlbar. Mit dieser Politik gelang es Dr. Francia, einen Nationalstaat Paraguay aufzubauen, sicher, nicht als Provinz in das expansionistische Argentinien einverleibt zu werden.

Unter seinem Nachfolger Carlos Antonio Lopez entwickelte sich das Land zur Vormacht in Lateinamerika. Er hob die Abschnürung vom Ausland auf, öffnete das Land dem internationalen Handel und ermöglichte dadurch eine erstaunli-

che Wirtschaftsblüte. Er führte gewaltige Infrastrukturmaßnahmen durch (u. a. die erste Eisenbahn Südamerikas), sogar eine Stahlindustrie baute er auf. Als reichstes Land des Kontinents wies Paraguay eine einzigartige Bilanz auf: der Export war doppelt so hoch wie der Import.

Diese Entwicklung stand den britischen Wirtschaftsinteressen am Rio de la Plata immer stärker im Wege. Der Handelsliberalismus brauchte freie Märkte. So wurde das Land in einen verheerenden Krieg mit seinen wesentlich größeren Nachbarn Argentinien, Brasilien und Uruguay getrieben, den Dreibundkrieg von 1864—1870. Nach seinem Ende blieb ein verwüstetes, menschenleeres Land zurück. Von vordem 1,4 Mio Einwohnern überlebten nur 230.000, davon 6.000 Männer. Fast die Hälfte des Territoriums fiel an die Sieger. Der ungeheure Menschenverlust, vor allem an Männern, gab den Anlaß zu einer konsequenten Wiederbevölkerungspolitik der nun wieder in das Land eingeschwemmten weißen Oberschicht. Die männerlosen Indianerfrauen wurden den Herren zugeführt und mußten Kinder gebären. Das Ergebnis war eine fast vollständige Verschmelzung der indianischen Bevölkerung. Seit dieser Zeit gibt es in Paraguay nur noch eine kleine ethnische Minderheit von Indianern.

Der Anfang dieses Jahrhunderts war gekennzeichnet durch politische Unruhe und Staatstreiche. Die Lage der wieder verarmten Landbevölkerung wurde immer aussichtsloser. Dies wurde von den verschiedenen Gruppen ausgenutzt, indem sie Aufstände provozierten, um jeweils ihre Leute an die Macht zu bringen. Das Land kam nicht mehr zur Ruhe. Es war zum Spielball von Gruppeninteressen geworden. Im raschen Wechsel lösten sich 40 Präsidenten in der Regierung ab. Jeder kannte nur das eine Ziel, sich möglichst schnell zu bereichern. Dazu kam, daß Paraguay wieder in einen fürchterlichen Krieg gedrängt war. Diesmal ging es um die Erdölinteressen ausländischer Konzerne. Die US-amerikanische Firma Standart Oil New Jersey und die britische Firma Shell Royal Dutch stritten sich um vermutete Ölfelder in der menschenleeren Öde des Chacos. Das Gebiet war bisher so unbedeutend, daß nicht einmal die Staatsgrenzen festgelegt waren. Jetzt, vor dem vermeintlichen Boom, wurde die Grenzfrage zum Streitpunkt zwischen Bolivien und Paraguay. Beide Staaten fochten von 1932—1936 einen blutigen Stellvertreterkrieg. Zwar endete der sogenannte Chacokrieg mit einem Sieg Paraguays, doch seine Unabhängigkeit von ausländischen Einflüssen konnte der Staat nie mehr zurückgewinnen.
Immer stärker machte auch seine strategisch günstige Lage mitten in Lateinamerika das Land Paraguay als Basis im globalen Machtstreben bedeutsam. Deshalb suchte die USA ihren Einfluß zu steigern.

Das war die Ausgangssituation, als Stroessner 1954 an die Macht kam.

Stroessners Machtantritt

Das Militär hatte bisher noch nie in die Politik eingegriffen, und so erwartete man nun hoffnungsfroh ruhigere Zeiten. Auch die Kirche gewährte Stroessner angesichts der katastrophalen Verhältnisse einen großen Vertrauensvorschuß. Mit seinem Plan des nationalen Wiederaufbaues hatte er Erwartungen geweckt. Stroessner griff sofort hart durch. Er verhängte den Ausnahmezustand und begann seine eigene Position zu stärken.

Auf dem Weg zur Einheitspartei

In einer internen Aktion säuberte er zunächst seine Colorado-Partei. Den demokratischen Flügel schob er ins Ausland ab. Im Exil gründete sich die MOPOCO. Alle Schlüsselpositionen besetzte er mit treuen Gefolgsleuten. Die Colorado-Partei wurde immer mehr zur Stroessner-Partei. Heute ist sie der verlängerte Arm des Präsidenten. Bis in die letzten Winkel des Landes hat sie das Netz ihrer Organisation hervorragend ausgebaut. Die örtlichen Parteibüros, die seccionales, bestimmen die Politik. Räte und Polizei führen die dort gefaßten Beschlüsse aus. Über die Parteihierarchie gelangen alle Informationen mit nachrichtendienstlicher Perfektion aus dem kleinsten Dorf bis zum Präsidenten. Stroessner versteht es ausgezeichnet, seine Leute in Abhängigkeit zu halten. Wird einer zu mächtig, läßt er sein System rotieren, und jeder befindet sich auf einem neuen Platz in fremder Umgebung. Nach der Devise: „Kein armer Colorado" werden über die Partei gesellschaftliche Privilegien verteilt.
Wer im Staatsdienst zum Zuge kommen will, muß selbstverständlich Parteimitglied sein.

Eine demokratische Fassade

Die übrigen Oppositionsparteien waren von Anfang an harten Bedingungen ausgesetzt. Die zweite traditionelle Partei, die Liberalen, mußten von 1954 bis 1962 im Untergrund arbeiten. Erst nach der Kursänderung der US-amerikanischen Außenpolitik unter Kennedy ließ Stroessner die Liberale Partei wieder hochkommen. Er mußte demokratische Strukturen vorweisen und handelte deshalb ein perfides Abkommen aus. Er versprach die Überlassung von 20 der 60 Abgeordnetensitze, wenn die Liberalen als Opposition an den Wahlen 1963 teilnähmen. Eine Gruppe der Liberalen um die Brüder Rufinelli nahm das Angebot an und kandidierte. Der Rest lehnte ab und spaltete sich als Radikal-Liberale Partei ab. Stroessner sah die Zersplitterung natürlich nicht ungern. Er spielte beide Parteien weiterhin gegeneinander aus. Was er nicht schaffte, erledigten die Parteien selbst. Die Liberale Partei degenerierte zum Familienbetrieb der Brüder Rufinelli, die Radikal-Liberale Partei rieb sich in Führungskämpfen auf. Nach einem Attentatsversuch spaltete sich 1972 noch eine Liberal-Demokratische Partei ab. Mittlerweile hat sich eine Authentisch-Radikal-Liberale Partei stark profilieren können. Rund ein halbes Dutzend liberale Parteien gibt es heute. Alle Liberalen zusammen, auch Azules genannt, erhalten bei Wahlen knapp 10 % der Stimmen.

Als zweite Oppositionsgruppe, relativ bedeutungslos, agiert die Revolutionäre Febreristen-Partei. In ihrer Ausrichtung gleicht sie der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Sie gehört auch der Sozialistischen Internationale an. Auch sie ist innerlich zerstritten. Mit den ca. 3 % Wählerstimmen stellt sie lediglich eine Bereicherung des Oppositionsspektrums dar.

Nach dem Vorbild der Christdemokraten in Chile unter Frei hatte sich Anfang 1960 eine Christlich-Demokratische Partei gegründet. Unter den Mitgliedern der Universtität fand sie einen gewissen Rückhalt. Bis heute ist sie allerdings noch nicht offiziell zugelassen worden. Wenig glaubwürdig erscheint die Begründung, wonach die gesetzlich geforderten 10.000 Unterschriften nicht hätten beschafft werden können. Die Kommunistische Partei machte in den Anfangsjahren Stroessner schwer zu schaffen. Aus dem Untergrund hatte sie den Widerstand gegen das Regime formiert. Ab 1959 war sie zur Guerillataktik übergegangen. Nach kubanischem Vorbild und mit Unterstützung aus dem Ausland operierte sie zunächst ziemlich erfolgreich. Doch Stroessner setzte zu ihrer Bekämpfung die Armee ein und spätestens 1962 war die Bewegung erstickt. Ihr Einfluß ist seither ohne Bedeutung. Trotzdem schürt Stroessner weiterhin die Kommunistenangst. Jeder der die herrschende Ordnung kritisiert oder für Unruhe sorgt, wird als Kommunist diffamiert und verfolgt. Hinter dem Banner des Antikommunismus möchte er die Bevölkerung zusammenhalten. Und das bereitet Stroessner heute auch keine Schwierigkeiten mehr.

Keine wirkliche Opposition mehr

Seine politischen Gegner von einst sind mittlerweile ausgeschaltet oder außer Landes (fast ein Viertel aller Paraguayer lebt im Ausland). Eine neue Generation von Paraguayern ist unter seiner Herrschaft herangewachsen, eine neue staatstragende Elite aus den Kaderschmieden, den Militärschulen, hervorgegangen. Der Präsident scheint allgegenwärtig, nicht nur, weil sein Konterfei an allen Ecken zu sehen ist, sondern auch, da in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens seine Handschrift spürbar wird. Der Staat ist ganz auf seine Person hin ausgerichtet und deshalb ist es durchaus glaubhaft, daß er selbst bei einwandfreien — etwa UN-kontrollierten — Wahlen die Mehrheit erzielen würde.

Ein Grund ist sicherlich, daß das gesamte Spektrum der Oppositionsparteien immer noch ein ziemlich diffuses Bild bietet. Zwar ist es gelungen, bis auf die Kommunisten alle in einer nationalen Übereinkunft, dem acuerdo nacional, zusammenzubringen, doch dient sie bisher eher als Bühne für Vormachtskämpfe, als daß sie Forum programmatischer Alternativen zur Stroessnerpolitik wäre. Sicherlich ist der Spielraum, den Stroessner der Opposition beläßt, sehr begrenzt. Doch viele haben ihr Bekenntnis und ihren Stolz dem Opportunismus geopfert. Sie spielen die ihnen von Stroessner vorgesehene Rolle als Opposition und machen sich von ihm abhängig. Sie könne so sicher sein, etwas von den Vergünstigungen, die der Präsident seinen Freunden gewährt, abzubekommen. Die meisten Funktionäre, vor allem auf kommunaler Ebene, haben sich arrangiert. Nur einige wenige, wie z. B. der Führer der Authentisch-Radikal-Liberalen Partei Domingo Laino, wagen offene Kritik. Einzige breitere und spektakuläre Aktion war der Versuch von 25 exilierten Politikern, am 10.9.82 nach Paraguay zurückzukehren. Obwohl sie gewaltsam zur Rückkehr gezwungen wurden, konnte man von einem politischen Erfolg sprechen. Es erregte nämlich internationales Aufsehen, daß einige solidarische brasilianische Senatoren beim Empfang für die Rückkehrer ebenfalls verprügelt worden sein sollen.

Die Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften waren in den ersten Jahren der Säuberung besonders brutal verfolgt worden. Einen Generalstreik am 27.8.58, kurz nach seiner Wiederwahl, hatte Stroessner blutig niederschlagen lassen. Die Gewerkschaftsführer waren verhaftet und durch regierungstreue Funktionäre ersetzt worden. Seit dieser Gleichschaltung funktioniert die Dachgewerkschaft (CPT) nur noch als Werkzeug der Regierung. Streiks sind seitdem fast unbekannt. Unabhängige Gewerkschaftsgruppen besitzen keine Entfaltungsmöglichkeiten. Das Arbeitsministerium und die offizielle Gewerkschaftsführung suchen die selbständige Organisierung der Arbeiter zu verhindern, wie im Falle der christlichen Gewerkschaftsbewegung (CCT). Vor diesem Hintergrund jedoch bemerkenswert und ermutigend war ein erfolgreicher Streik der Arbeiter der Refrescos Paraguaya S. A. im Jahre 1982. Gegen den Widerstand der eigenen Führung in der CPT — Gewerkschaftsführer Ledesma ließ den Streik für illegal erklären — setzten sich die Arbeiter, unterstützt durch eine breite Öffentlichkeit, durch. Wie kaum ein anderes Ereignis dokumentiert dieser Streik die Entfremdung der Basis von der Gewerkschaftsführung.

Die Rolle der Kirche

Die Kirche in Paraguay hatte lange Zeit unter dem Patronat des Staates dahingeschlummert. Noch in der alten Verfassung von 1940 war die enge Anlehnung der Kirche an den Staat festgeschrieben. Der Staat verstand sich als katholischer Staat, dem Katholizismus kam die Funktion einer Staatsreligion zu. Der Präsident mußte sich zur Römisch-Katholischen Kirche bekenne, während der Erzbischof von Asuncion kraft Amtes dem Staatsrat angehörte. Dem Präsidenten standen außerdem weitreichende Kompetenzen bei der Ernennung von Bischöfen und überhaupt in der innerkirchlichen Verwaltung zu. Allerdings übte er das Patronat von Anfang an auf der Basis des gegenseitigen Wohlwollens aus. Er wollte die Kirche als einflußreichste Kraft in der Gesellschaft in seinen Plan des nationalen Wiederaufbaus einbeziehen. So gewährte er ihr umfangreiche Vergünstigungen (z. B. Steuerfreiheit auf Einfuhren) und machte sie von sich abhängig. Doch spätestens seit Beginn der 60er Jahre bezog die Kirche eine sozialkritische Haltung. Im Vorfeld einer von Stroessner 1967 angesetzten Verfassungsreform kam dies klar zum Ausdruck. Die Kirche forderte neben der Abschaffung des Patronates mit Nachdruck die Aufhebung der bestehenden Konzentration der Macht. Die gesellschaftliche Frage rückte immer stärker in den Mittelpunkt. Nach der II. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopates 1968 in Medellin/Kolumbien kam es zur offenen Auseinandersetzung.

Die Regierung Stroessner hatte einige kritische Priester des Landes verwiesen, eine Hetzkampagne gegen die Kirche gestartet und war schließlich sogar mit Gewalt gegen kirchlich-politische Veranstaltungen (z. B. Kreuzwegdemonstrationen) vorgegangen. Als alle Proteste nichts mehr nützten, verhängte der Erzbischof von Asuncion Mena Porta im Oktober 1969 die Exkommunikation gegen den Innenminister und zwei Polizeichefs. Um die Distanz zwischen Kirche und Staat nach außen deutlich zu machen, gab Mena Portas Nachfolger, Erzbischof Rolon im Februar 1971 seinen Verzicht als Staatsrat bekannt. Ein zweites Mal sprach er die Exkommunikation aus, als im März 71 der uruguayische Bischof Rubio bei einem Besuch in Paraguay als Tupamaro diffamiert und von Mitgliedern der Geheimpolizei tätlich angegriffen wurde. In der Folgezeit war es dann etwas ruhiger geworden, doch im Jahre 1975 brachen die Konflikte wieder mit aller Gewalt aus. Eine Anit-Guerillaeinheit hatte die Campesinokooperative von Jejui überfallen und die Mitglieder verhaftet.



Eine systematische Verfolgung der christlichen Bauernbewegung, der Ligas agrarias cristianas, begann. Die Aufdeckung einer angeblichen Guerillaorganisation OPM (organisacion politica militar) gab den Anlaß zu einer groß angelegten Säuberungswelle. Doch diesmal reagierten die Bischöfe gemäßigter. Die offene Konfrontation war eine Strategie der Intervention gewichen. Dahinter steckte die Einsicht, daß durch spektakuläre Maßnahmen (wie Exkommunikation) im Zuge einer generellen Antihaltung die interna-

tionalen Schlagzeilen gefüllt werden konnten, den konkreten Sorgen der Menschen im eigenen Land so aber nicht beizukommen war. Damals gründete die Kirche das überkonfessionelle Komitee zur Hilfe in Notlagen, welches bis heute Rechtsbeistand und Unterstützung bei willkürlichen Verhaftungen und ähnlichem bietet. Durch eine kritische Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden hat sie damit beachtliche Erfolge für das gesellschaftliche Leben erzielen können.
Handhabe dazu bildet die neue Verfassung von 1967. Sie hat, nicht zuletzt aufgrund des engagierten Auftretens der Kirchen, umfangreiche Garantien der individuellen Grundrechte festgeschrieben. Solange die Kirche auf offene Konfrontation setzte, war dieser Grundrechtskatalog das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt stand. Die Regierung und ihre ausführenden Organe setzten sich nach Belieben über jedes Recht hinweg. Sie sah sich von allen Seiten nur noch von Feinden umgeben und agierte panisch und maßlos.

Nachdem aber die Kirche eingelenkt hatte und zur begrenzten Zusammenarbeit bereit war, handelte das Stroessner-Regime berechenbarer. Der Maßstab der Verfassung wurde handhabbar.

Zwar wird der seit der Machtübernahme Stroessners praktische fortwährende Ausnahmezustand weiter schon routinemäßig alle 90 Tage per Dekret verlängert, doch haben die staatlichen Übergriffe abgenommen. Es gelingt der Kirche immer wieder, in Fällen von Menschenrechtsverletzungen erfolgreich zu intervenieren.

Vor 1975 war es zum Beispiel üblich, daß alle Inhaftierten, die der politischen Opposition beschuldigt wurden, weder angeklagt noch verurteilt, sondern einfach unter den Bestimmungen des Ausnahmezustandes in Haft gehalten wurden — in manchen Fällen über 20 Jahre lang. Seither konnte es das Kirchenkomitee in vielen Fällen erreichen, daß Gerichtsverfahren eröffnet wurden, die meisten dann auch mit der Freilassung der Angeklagten endeten.

Politische Gefangene

Besorgniserregend ist jedoch weiterhin das Schicksal der politischen Gefangenen, welche von der Regierung als Rädelsführer der kommunistischen Subversin auch öffentlich angeprangert werden. Amnesty international gab ihre Zahl im Oktober 1983 mit etwa 50 an. Sie werden unter menschenunwürdigen Verhältnissen in kleinen überfüllten Zellen irgendwelcher Polizeireviere eingesperrt, ohne ausreichende Verpflegung und ärztliche Versorgung. Um den öffentlichen Protesten bei politischen Gefangenen entgegenzuwirken, haben die paraguayischen Sicherheitsorgane in den letzten Jahren verstärkt die Form der Kurzzeithaft angewandt. Anwälte, Journalisten und sonstige Oppositionelle sollen durch plötzliche Inhaftierung eingeschüchtert werden. Bisweilen erfolgt anschließend die Verbannung in einen anderen Landesteil oder die Abschiebung ins Ausland (etwa bei G. Delvalle von ABC-Color). Oft gelangen auch Berichte von Folterungen an die Öffentlichkeit.

Eingeschränkte Pressefreiheit

Eine wichtige Aufgabe erfüllt dabei die Presse. Trotz massiven Druckes informiert sie die Bevölkerung mit durchaus kritischen Berichten und Kommentaren. Es erscheint wie ein ungleiches Kräftemessen. Dabei macht sie sich politische Konkurrenzen in der Colorado-Parteispitze zu Nutze. Die Zeitung ABC-Color etwa konnte über mehrere Jahre hintergründigen Journalismus bieten, weil sie der Gruppe um den zweiten Mann im Staate General A. Rodriguez angehörte. Allerdings bedeutete dies keine uneingeschränkte Freiheit, denn im März 1984 wurde ABC-Color durch den Innenminister Montanaro, einen Rivalen von Rodriguez, geschlossen und bisher nicht wieder zugelassen.



Stattdessen ist eine neue Tageszeitung „El diario" aus dem Boden gestampft worden. Der mächtige Geschäftsmann und Stroessnervertraute N. Bo versucht seit Juli 84, mit allermodernsten Druckanlagen aber radikaler Regimetreue die Leserschaft von ABC-Color abzuwerben. Es heißt, daß dann auch wieder ABC-Color zugelassen würde. Da diese Rechnung aber ohne den Leser gemacht wurde, wird man wohl auch lange noch auf ABC-Color warten müssen.

Bisher von den Repressionene nicht so hart getroffen, publizieren die drei übrigen unabhängigen Tageszeitungen „Ultima hora", „Hoy" und „La tribuna" weiter. Sie halten sich jedoch vorsichtiger an die ungeschriebene Übereinkunft mit der Regierung, wonach drei Themen in der Berichterstattung tabu sind:
1. Die Gesundheit des Präsidenten
2. Die Situation von ABC-Color
3. Die Aktivität des MOPOCO

Der Einfluß der Presse darf aber auch nicht überschätzt werden — was wiederum den zugestandenen Spielraum der Kritik erklärt. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Zeitungen nur in der Hauptstadt Asuncion und in den größten Provinzstädten verbreitet sind. Die fehlende Infrastruktur läßt eine weitere Auslieferung gar nicht zu. Von daher kommt auch nur die städtische Oberschicht an die Zeitungen heran, die Landbevölkerung wird höchstens duch das Colorado-Parteiorgan „Patria" ins gesellschaftliche Leben einbezogen. Hier ist denn auch die Möglichkeit des Kirchenblattes „Sendero" hoch anzusetzen. Es wird über die kirchliche Struktur der Pfarreien wirklich bis ins Landesinnere weitergegeben und erreicht so einen großen Leserkreis. Auch wenn Sendero vom Inhalt her nicht unbedingt gesellschafts-politisch ausgerichtet ist, so stellen seine Berichte doch oft das einzige Korrektiv zur Parteimeinung dar. Denn das Fernsehen, das sowieso in der Hand der Stroessnergefolgsleute ist, erreicht die abgelegenen Landesteile ebenfalls noch nicht.

Infrastruktur

Paraguay gilt als eines der ärmsten Länder in Lateinamerika. Angesichts seiner fatalen Gesichichte ist dies auch nicht verwunderlich. Das Land leidet noch heute unter den früheren Bevölkerungsverlusten. Auf einem Staatsgebiet von 407.000 km², mehr als doppelt so groß wie die Bundesrepublik, leben etwa 3 Mio Menschen. Dabei ist der größere Westteil des Landes, die Chaco-Region, noch kaum besiedelt. Die Hauptstadt Asuncion ist mit über 500.000 Einwohnern die einzige Großstadt in Paraguay. Diese Zahl macht zwar nur 20 % der Gesamtbevölkerung aus, aber bereits über die Hälfte aller Stadtbewohner. Die übrigen städtischen Zentren wie Puerto Stroessner, Encarnacion oder Villarrica liegen in einer Größenordnung um die 50.000. Bei einer solchen Verteilung kann man mit Recht von einer ausgesprochen ländlichen Struktur sprechen. Das Landesinnere ist praktisch immer noch nicht erschlossen, weite Flächen des doch relativ dicht besiedelten Ostteils sogar noch mit Urwald bedeckt. In den letzten Jahren ist nun der sogenannte Dreiecksplan verwirklicht worden und so der Grundstein zum weiteren Ausbau der Infrastruktur vorhanden. Der Asphalt verbindet die Hauptstadt, Puerto Stroessner und Encarnacion. Ansonsten existieren fast keine Asphaltstraßen, abgesehen der Transchacoroute, die aber wohl mehr aus militärischen Gründen gebaut wurde. Die übrigen Überlandstraßen sind aus Lehm und in der Regenzeit jedes Jahr längere Zeit hindurch nicht befahrbar. Vernünftigerweise setzt Stroessner weiter auf ein umfangreiches Straßenbauprogramm. Von einer anderen Leitlinie seiner Politik ist er jedoch leider abgewichen. Im Anfang hatte er, im Gegensatz zu seinen Nachbarn, auf eine Stärkung des handwerklichen Bereichs und eine nur allmähliche Industrialisierung gebaut.

Doch nach der Vertragsunterzeichnung für das Itaipu-Wasserkraftwerk im Jahre 1973 änderte sich das schlagartig. Große Geldsummen flossen aus dem Ausland nach Paraguay, ein Investitions- und Spekulationsschub hub an. Sofort traten die typischen Begleiterscheinungen auf. Puerto Stroessner zum Beispiel, in der Nähe zur Großbaustelle Itaipu gelegen, erlebte innerhalb kürzester Frist einen solchen Zustrom, daß es sich vom kleinen Provinznest zur zweitgrößten Stadt in Paraguay aufschwang. Jedoch es gleicht einer Attrappenstadt, alles nur Fassade: die Avenida prachtvoll wie im Zentrum von Buenos Aires, dahinter aber bricht der Prunk wie ein Kartenhaus in sich zusammen, mit riesigen Elendsvierteln am Rande. Bis vor 10 Jahren waren in Asuncion noch keine Slums zu sehen, heute kann die Stadtverwaltung die Armut nicht mehr verbergen. Weiter lockt jedoch das sich stets verstärkende Gefälle zwischen der Metropole Asuncion und der ländlichen Peripherie die Massen in die Stadt.

Die Lage der Campesinos

Die Campesinos auf dem Land leben wirklich am Rande. Schon aufgrund fehlender Schulbildung bleibt ihnen der Zugang zum gesellschaftlichen Leben versperrt. Erstes Hindernis bildet dabei die Sprache. Die Landesbevölkerung spricht größtenteils die Indianersprache Guaranie. Diese Sprache ist keine Schriftsprache. Zwar wurden seit der offiziellen Anerkennung als zweite Staatssprache amtliche Texte auch in Guaranie niedergeschrieben, doch war es für die Masse der Bevölkerung nicht lesbar. Die Umsetzung in die Schrift glich eher einer politintellektuellen Spielerei. Erste Staatssprache, und im Umgang mit den staatlichen Behörden unersetzlich, war weiterhin das Spanische.

Solange die Campesinos weitab von der Regierung in Asuncion von deren Politik nicht unmittelbar betroffen waren, wirkte sich dieses Problem nicht so stark aus. Die Campesions, wie auch die indianischen Minderheiten, nutzten, teilweise noch halbseßhaft, das reichlich zur Verfügung stehende Land zur Subsistenzwirtschaft. Natürlich besaß keiner von ihnen einen Besitztitel über ihren Boden, aber bisher hatte auch noch keiner danach gefragt. Selbst die Großgrundbesitzer hatten nichts gegen die Besiedlungen einzuwenden, hatten sie doch keine andere Verwendung für das Land.

Nach dem Abschluß des Itaipuvertrages wurde auch das schlagartig anders. Der Investitions- und Spekulationsschub betraf die Campesinos besonders, allerdings anders als vielleicht manche gehofft hatten. Plötzlich meldeten vergessene Großgrundbesitzer Eigentumsrechte an, andere suchten noch schnell weiteren Grund zu erwerben. Finanzstarke, größtenteils ausländische Investoren kauften riesige Ländereien auf, um sie im Stile einer Agroindustrie bodenausbeuterisch zu bewirtschaften. Campesinos und Indianer wurden mit Hilfe der Polizei oder sogar geheuerte Schlägertrupps vertrieben, ohne daß sie sich hätten verteidigen können. Ihnen fehlen die informellen und materiellen Möglichkeiten, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. So gibt es sogar eine rechtliche Grundlage, den Titel für ein langjährig bebautes Stück Land zu erhalten. Das Kirchenkomitee bemüht sich auch in diesem Fall, mit ihren Anwälten den Campesinos Hilfe zu gewähren. Es konnte inzwischen gesetzlich durchgesetzt werden, daß im Rahmen eines Enteignungsprogrammes Land zur Verfügung gestellt wird. An der Frage aber, wer nun tatsächlich enteignet wird, muß das Programm wohl scheitern.



Mit solchen Aussichten wird es nun verständlich, daß die betroffenen Campesinos zunehmend militanter werden, um sich ihrer Haut zu wehren. Weltweite Resonanz fand der Vorfall von Caaguazu im Frühjahr 1980. Campesinos hatten damals einen Kleinbus einer Reisegesellschaft in ihre Gewalt gebracht, um auf ihre Landprobleme aufmerksam zu machen. Da das Militär ohne jede Rücksicht vorging, endete die Aktion mit einem Blutbad.

In den letzten Monaten spitzt sich in der Provinz Alto Parana die Situation zu. Immer öfter kommt es zu Zusammenstößen zwischen Campesinos und der Polizei. Ganze Ortschaften werden niedergebrannt, die angeblichen Rädelsführer verhaftet. Doch es scheint, daß der Solidaritätsgeist der Campesinos stärker ist. Zusehens nimmt auch der außenpolitische Druck auf die Regierung zu. Und hier stellt sich nun der Bezug zu Deutschland und zum Staatsbesuch Stroessners unmittelbar wieder her.

Politische Verantwortung

Nicht zuletzt bundesdeutsche Unternehmen haben sich bei den Spekulationsgeschäften hervorgetan. Sie werben mit Steuervorteilen durch Verlustzuweisungen und deklarieren ihre Geschäfte auch noch als private Entwicklungshilfe. Über 20 Immobilien- und Farmverbände sind allein in der Bundesrepublik bekannt, etwa die „Treubesitz Südamerika" oder der „Kress-Verband". Darin ebenfalls verwikkelt ist jenes Institut für deusch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH, welches den Stroessnerbesuch in die Wege geleitet hat. Es bereitet den Boden im doppelten Sinne vor. Zum einen bietet es seine Beziehungen zur Vermittlung von Landkäufen an. Zu diesem Zwecke hat sich aus dem Institut eigens der gemeinnützige „deutsch-paraguayische Freundeskreis e. V." gebildet, ein Kreis gleichgesinnter Landspekulanten. Zum anderen hat es sich das Institut zum Ziel gesetzt, endlich der Wahrheit über die politisch-gesellschaftliche Situation in Paraguay auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Daran war besonders Präsident Stroessner gelegen. Auf einem Anti-Kommunismus-Kongreß 1981 in Asuncion hatte er den deutschen Teilnehmern Filbinger, Löwenthal und Aigner die Anregung zu einer solchen Kampagne gegeben. Das in der Bundesrepublik herrschende Meinungsbild sollte so korrigiert werden, daß die paraguayische Regierung in der Heimat von Stroessners Ahnen willkommen wäre. Das Institut in Stuttgart und sein geschäftsführender Gesellschafter, Heinz G. Aigner, ein alter Bekannter des CSU-Vorsitzenden Strauß und ehemaliger persönlicher Referent des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, haben es zumindest teilweise geschafft, die Einladung des deutschen Bundeskanzlers liegt vor.

M. K.

taz: *Welche Kritik haben Sie an der Darstellung Paraguays in deutschen Medien?*

Aigner: Daß immer wieder behauptet wird, Paraguay habe eine blutrünstige Diktatur. Das stimmt nicht. Paraguay ist keine Diktatur, Paraguay hat eine „Autoritäre Demokratie", es gibt dort alle fünf Jahre freie Wahlen, es gibt vier zugelassene Oppositionsparteien. Was bleibt, ist nur das absolute Kommunismusverbot, aber das betrachte ich nicht als Diktatur.

Literaturhinweise:
- Aktion Selbstbesteuerung, Geschichte Paraguays und der Stroessner-Diktatur
  asb-Materialien 9, Stuttgart, 12/1984
- amnesty international, Paraguay-Kurzbericht, Februar 1984
- Blätter des IZ 3W, Deutsche Landkäufe in Paraguay, Nr. 103, August 1982
- Paraguay Arbeitsgemeinschaft, Paraguay-Analysen zur Lage einer Nation, Oktober 1979
- Pogrom, Paraguay — eine Nation, zwei Kulturen, Militärdiktatur gegen Befreiung, Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg 1976

Kernwaffen in einer atomwaffenfreien Zone?

Rechtsanwälte veröffentlichen Studie

Vorbemerkung zur politischen Lage Puerto Ricos

Nach einem kurzen Spanisch-Amerikanischen Krieg treten die Spanier Puerto Rico am 12. 12. 1898 in einem Friedensvertrag an die USA ab, obwohl sie der Insel bereits 1877 die Autonomie zugestanden und versichert hatten, sie weder an eine andere Macht abzutreten noch zu verkaufen.

Damit gehen die besten Ländereien in amerikanische Hände über, die Puerto Rico in eine Zuckerinsel verwandeln. Der Zucker wird ausschließlich in die USA exportiert, während Grundnahrungsmittel, die bisher dort angebaut worden waren, nun aus den USA importiert werden müssen. Kleinbauern, die früher Selbstversorger waren, sind jetzt Saisonarbeiter auf den Plantagen.

Nach endlosen Debatten im US-Kongreß erhalten die Puertorikaner 1917 die amerikanische Staatsbürgerschaft, — gerade rechtzeitig, um sie für das Mutterland in den Ersten Weltkrieg zu schicken. 1934 wird der Zuckerrohranbau gesetzlich auf den Anbau und Verkauf für den nordamerikanischen Markt begrenzt. In dieser Zeit entstehen in Puerto Rico die ersten Gewerkschaften.

Die tiefe Wirtschaftskrise, die Puerto Rico während des Zweiten Weltkrieges erschüttert, rückt den politischen Status der Insel immer mehr ins Kreuzfeuer. Die Demokratische Volkspartei sieht in der Fortsetzung der Handelsbeziehungen zu den USA die einzige Möglichkeit, die miserable Wirtschaftslage zu verbessern und an der Macht zu bleiben. Ausländische Investoren werden ins Land gelockt. Man preist die billigen — und willigen — Arbeitskräfte, die stabile politische Lage, bietet Steuerfreiheit und übernimmt die Kosten für die nötige Infrastruktur. Gleichzeitig ermuntert man die Arbeiter — insbesondere gewerkschaftlich organisierte — zur Auswanderung in die USA. Die Abwanderung dient der Stabilisierung des Arbeitsmarktes, schwächt den politischen Widerstand in Puerto Rico und liefert billige Arbeitskräfte für die USA.

1952 wird Puerto Rico zu einem mit den USA verbundenen autonomen Staat (Estado libre asociado): weder Staat noch frei noch assoziiert — wie manche sagen. Die Puertorikaner können ihren Gouverneur zwar selbst wählen, sind aber nicht zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zugelassen. Ein Puertorikaner kann heute zum Wehrdienst in der amerikanischen Armee gezwungen werden/für sein Land bzw. die USA sterben müssen, ohne die Person wählen zu können, die ihn — notfalls auch ohne die Zustimmung des Kongresses — in den Krieg schicken kann. Andererseits stimmen bei den puertorikanischen Gourverneurswahlen auch ca. 30.000 Wähler ab, die keine Puertorikaner sind: Nordamerikaner und Kubaner (letztere sind Exilanten). 85 Prozent der Regierungsbereiche, die eine nationale Souverenität ausmachen, bleiben im Zuständigkeitsbereich des US-Kongresses, in dem Puerto Rico zwar durch einen Delegierten vertreten ist, der aber kein Stimmrecht hat.



Als sich das Wirtschaftswachstum auch weiterhin nicht erhöht wie erwartet, wächst der Widerstand der Bevölkerung gegen die Abhängigkeit von den USA immer mehr.

1967 kommt es zur Volksabstimmung. Da die große Mehrheit der Nationalisten die Abstimmung jedoch boykottiert, gewinnt der „Commonwealth-Status" mit 60 Prozent der abgegebenen Stimmen; das heißt: Puerto Rico bleibt weiterhin ein assoziierter Staat der USA.

Und dann entdeckt man über Nacht auch noch enorme Reichtümer an Bodenschätzen auf der Insel: ein Geschenk des Himmels, an dem die USA äußerst interessiert sind. Das puertorikanische Nickelvorkommen zum Beispiel beträgt 40 Prozent der auf amerikanischem Territorium bekannten Nickelmenge (Nickel zählt zu den strategisch wichtigen Mineralien).

Das Dekolonisierungskomitee der Vereinten Nationen fordert 1978, 1980 und 1981 das „unveränderliche Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für das puertorikanische Volk." Trotz des Widerstandes der USA empfiehlt das Komitee im August 1981, daß sich die UN-Vollversammlung 1982 mit der Situation von Puerto Rico befaßt. Gouverneur Ro-

mero Barcelo, der selbst für einen Status als Bundesstaat plädiert, erklärte dazu, die Inselbewohner würden keine Intervention der Vereinten Nationen noch ihres Dekolonisierungskomitees dulden; für ihn habe die Resolution keine Rechtskraft, da sie von einer Gruppe kommunistischer Länder unter Einfluß der UdSSR zustandegekommen sei. Im September 1982 spricht sich die UN-Vollversammlung mit 70 zu 30 Stimmen für die Aufrechterhaltung des Status quo in Puerto Rico aus. Romero Barcelo verspricht jedoch eine neue Volksabstimmung für 1985.

Puerto Rico ist für die USA strategisch äußerst wichtig: sie unterhalten dort Militäreinrichtungen mit ca. 5.000 Mann Besatzung, um den karibischen Raum (Kuba liegt gleich um die Ecke) und dem Zugang zum Panama-Kanal zu kontrollieren. Seitdem die USA den Weg der „abschreckenden Stärke" eingeschlagen haben, gewinnen Gebiete, die politisch von ihnen beherrscht und eine Versorgung mit strategisch notwendigen Mineralien sicherstellen, zunehmend an Bedeutung.

Der Vertrag von Tlatelolco

Die „Kubakrise", eine extreme Zuspitzung im Rennen um die Aufteilung der Welt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, brachte uns an den Rand eines Atomkrieges. In Lateinamerika machte sie deutlich, wie schnell auch dieser Kontinent in eine atomare Auseinandersetzung verwickelt werden könnte. Die Präsidenten von Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko formulierte deshalb 1967 den „Vertrag für ein Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika" (Vertrag von Tlatelolco), dem inzwischen fast alle lateinamerikanischen Staaten beigetreten sind (mit Ausnahme von Argentinien, das den Vertrag bestätigt aber nicht ratifiziert hat, und Kuba, das weder bestätigt noch ratifiziert hat). Ziel dieses Vertrages ist, Lateinamerika zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen und gleichzeitig das dafür notwendige Kontrollsystem (die OPANAL) zu schaffen.

Im Artikel 1 des Vertrages verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten „irgendwelche Kernwaffen weder zu testen noch herzustellen, zu erwerben, einzusetzen, in Empfang zu nehmen, zu lagern oder aufzustellen." Artikel 2 verbietet ihnen, „Test, Herstellung und Besitz von Kernwaffen oder irgendeine Art von Verfügungsgewalt über sie auszuübern bzw. durchzuführen, zu unterstützen, zu genehmigen oder sich in irgendeiner Weise daran zu beteiligen."

Die Atommächte werden durch zwei Zusatzprotokolle in den Vertrag einbezogen. Darin verpflichten sie sich ihrerseits, die Artikel 1 und 2 auch in den Territorien einzuhalten, die in der Region, die der Vertrag abdeckt, ihrer Gesetzgebung unterliegen, und Kernwaffen weder gegen die Vertragsländer einzusetzen noch mit einem Einsatz zu drohen. Beide Zusatzprotokolle wurden von allen Atommächten unterzeichnet. Die USA forderten allerdings für sich ausdrücklich das Recht, Kernwaffen durch die Vertragsländer zu transportieren, während die Sowjetunion und China bestätigten, daß ein solcher Transit mit dem Ziel des Vertrages unvereinbar sei. Dieser Auffassung schloß sich auch das Institut für Friendesforschung in Stockholm an, das bestätigte: „Wenn ein Transit von Kernwaffen in Lateinamerika — auch wenn er auf ein Anlegen in Häfen oder ein Überfliegen begrenzt wird — erst einmal erlaubt wird, dann ist es schwierig zu behaupten, diese Zone sei absolut frei von Kernwaffen."

Die Entdeckung des Kollegiums der Rechtsanwälte

Im September 1982 beauftragte das „Kollegium der Rechtanwälte von Peurto Rico" eine Sonderkommission damit, zu prüfen, „welche Auswirkungen der Vertrag von Tlatelolco nach internationlem Recht auf Puerto Rico hat und wie die Vereinigten Staaten ihn definieren, welche Auswirkungen der Einsatz von Kernwaffen auf Puerto Rico hat und wie die nukleare Bedrohung Puerto Ricos abgewendet werden kann." Den Anstoß zu diesem Auftrag gab die Auseinandersetzung um die Stationierung weiterer Kernwaffen in Europa.

Im Verlauf ihrer Nachforschungen erhielt die Sonderkommission schwerwiegende Beweise dafür, daß die Vereinigten Staaten durch ihre nuklear-strategische Aktivitäten auf der Insel in krassester Weise gegen den Geist des Vertrages von Tlatelolco verstoßen. Sie fand heraus, daß der nordamerikanische Marinestützpunkt Roosevelt Roads in Puerto Rico als Kontroll- und Kommandozentrale für den Einsatz von Kernwaffen vorgesehen ist, falls das Hauptquartier Norfolk (Virginia/USA), von dem aus die 31 mit Atomsprengköpfen ausgerüsteten U-Boote im Atlantik befehligt werden, bedroht oder zerstört wird. Ein entsprechendes Handbuch führt genau die Schlüsselposition im Militärstab von Roosevelt Roads auf, die dann Kontrolle und Kommando zu übernehmen hätten. Eine ganze Reihe von Nachrichtenanlagen in Puerto Rico dienen ausschließlich der Kontrolle und Steuerung von Kernwaffen, binden die Insel gleichzeitig aber auch fest in das nuklear-strategische Kommunikationsnetz der USA ein. Die „waffentechnische Ausbildungsstätte der Atlantikmarine" erstreckt sich bis in die Küstengewässer und den Luftraum von Puerto Rico. Zu ihr gehören außerdem zwei Drittel der Insel Vieques, wo Bombardierungen mit Kernwaffen simuliert werden.

Obwohl die Sonderkommission die Stationierung von Kernwaffen in Puerto Rico nicht mit letzter Sicherheit nachweisen konnte, wirkt sich die offizielle Politik

Zusammenfassung der Entdeckungen

1. *Die Vereinigten Staaten treffen Vorbereitungen und führen Pläne durch, die im Zusammenhang stehen mit Kernwaffen in entfernten Gebieten der Erde, die vom Marinestützpunkt Roosevelt Roads in Ceiba aus befehligt, kontrolliert und eingesetzt werden.*
2. *Es gibt in Puerto Rico eine Vielzahl von Nachrichtenanlagen, die ausschließlich oder vorwiegend der Steuerung und Kontrolle von Kernwaffen oder von Schiffen dienen, die Kernwaffen abfeuern können.*
3. *Es gibt Pläne über die Möglichkeit, von Roosevelt Roads aus das Zentrum eines nuklearen U-Boot-Abwehr-Krieges zu manövrieren.*
4. *Der Marinestützpunkt Roosevelt Roads besitzt günstige Voraussetzungen für die Aufnahme von Kernwaffen.*
5. *In Roosevelt Roads, sowie im Luft- und Küstenraum von Puerto Rico werden Einheiten ausgebildet und militärische, strategisch-nukleare Techniken getestet.*
6. *Obwohl die Anwesenheit oder ständige Aufstellung von Kernwaffen in Puerto Rico nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden konnten, löst die offizielle Politik der Vereinigten Staaten, eine Aufstellung „weder zu bestätigen noch zu verneinen", eine gewisse Unsicherheit über die Existenz solcher Waffen in Puerto Rico aus. Diese offizielle Politik hat eine destabilisierende Wirkung und lenkt die militärische Aufmerksamkeit anderer Länder unnötigerweise auf Puerto Rico.*
7. *Es ist äußerst wahrscheinlich, daß sich fast ständig Kernwaffen auf Militärschiffen und -flugzeugen in Puerto Rico bzw. seinem Küsten- und Luftraum befinden. In diesem Zusammenhang ist wichtig daran zu erinnern, daß die Vereinigten Staaten ihr „Recht" ausdrücklich gefordert haben, Kernwaffen in ihren Hoheitsgewässern zu besitzen, auch wenn sich diese innerhalb der Region befinden, die durch den Vertrag von Tlatelolco abgedeckt wird.*
8. *Obwohl die Vereinigten Staaten die beiden Protokolle des Vertrages von Tlatelolco bestätigt und ratifiziert haben, wurden von ihnen weder Normen noch Richtlinien ausgearbeitet oder in Kraft gesetzt, die eine Einführung von Kernwaffen in das Territorium, den Luft- oder Küstenraum von Puerto Rico auf Militärschiffe oder -flugzeugen regeln oder einschränken.*

Die außerordentlich interessante Dokumentation kann bezogen werden bei:
Hildegard Feldtkeller
Mendelssohnstr. 53
7000 Stuttgart 75



Demonstrierende Puertoricaner

der USA, eine Aufstellung „weder zu bestätigen, noch zu verneinen" destabilisierend aus und erhöht für Puerto Rico die Gefahr, zur Zielscheibe eines atomaren Angriffs zu werden, durch den die nuklear-strategischen Einrichtungen der USA zerstört werden sollen.

Der Transit von Kernwaffen

Da die USA ausdrücklich das Recht forderten, Kernwaffen in ihren Hoheitsgebieten zu tranportieren, widmete die Sonderkommission diesem Punkt besondere Aufmerksamkeit. Es gibt in der nordamerikanischen Marine ca. 250 Kampfschiffe, von denen ca. 200 Kernwaffen transportieren und einsetzen können. Ziel der nordamerikanischen Marinepolitik ist es, jedes Schiff, das Kernwaffen befördern kann, auch mit solchen auszurüsten, um eine größtmögliche Beweglichkeit dieser Waffen zu erreichen. Es ist deshalb mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß Schiffe, die auf ihrem Weg ins Mittelmeer oder den Nordatlantik Zwischenstation in der „waffentechnischen Ausbildungsstätte" machen, Kernwaffen transportieren, und daß deren Personal dort in ihrer Handhabung geschult wird. Nach Auffassung der Sonderkommission sind diese Aktionen jedoch zu ausgedehnt und zu lang anhaltend, als daß noch von einem „Transit" oder „Transport" gesprochen werden kann, die zeitlich begrenzt sind. Da im Vertragstext selbst ein „Transit" oder „Transport" nicht berücksichtigt wurde — und nicht einmal internationales Recht genau definiert, was „Transit" oder „Transport" ist — verstoßen die USA damit zwar nicht gegen den Buchstaben, sehr wohl aber gegen den Geist des Vertrages von Tlatelolco.

Die Kommission stellt in ihrem jetzt veröffentlichten Arbeitsbericht fest, daß sie in all den genannten Aktivitäten einen schweren Verstoß der Vereinigten Staaten gegen das Ziel des Vertrages sieht, ein Lateinamerika zu schaffen, das frei von Kernwaffen ist.

Die Bevölkerung der Insel wurde über diese Sachlage, die ihr Überleben gefährdet, nicht informiert, — geschweige denn an einer entsprechenden Entscheidung beteiligt,— ein Verstoß gegen demokratische Grundprinzipien.

Das „Kollegium der Rechtsanwälte" hat deshalb beschlossen, die Puertorikaner, die Länder, die den Vertrag von Tlatelolco unterzeichnet haben, aber auch die Weltöffentlichkeit von ihren Untersuchungsergebnissen zu unterrichten. Sie wird bei der OPANAL auf die Einhaltung des Vertrages drängen, denn „die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen ist ein wichtiger Beitrag zu Frieden und Abrüstung. Sie bedeutet nicht nur die totale nukleare Abrüstung in den Ländern, die sie umfaßt, sondern hat auch eine Reduzierung der Gebiete auf der Erde zur Folge, in denen eine Konfrontation mit Kernwaffen durchaus möglich ist... Die Schaffung solcher Zonen hat jedoch keinen Abschluß in sich, sondern ist eine Stufe auf dem Weg der Abrüstung. Gleichzeitig müssen andere Maßnahmen verabschiedet werden, um sowohl die konventionellen als auch die Kernwaffen zu reduzieren." (Hector Gros Espiell, ehem. Generalsekretär der OPANAL).

Angesichts der ihr Land bedrohenden Gefahr setzen sich die puertorikanischen Rechtsanwälte aufs Entschiedenste dafür ein, daß atomwaffenfreie Zonen dort, wo sie bereits bestehen, nicht verletzt werden. Sie fordern die Weltöffentlichkeit auf, ihren Kampf, der letztlich uns alle angeht, zu unterstützen.

Hildegard Feldtkeller

Nicht nur ein Bürgerkrieg

Neuere politische Tendenzen in El Salvador

Vorbemerkung

Analysen über El Salvador, deren Autoren(innen) dem engeren oder weiteren Vorfeld der Solidaritätsbewegung zuzurechnen sind, konzentrierten sich in der Vergangenheit auf die Dynamik des bewaffneten Befreiungskampfes. Nun leben nur 20 % der Salvadorianer in unmittelbar oder mittelbar umkämpften Gebieten. In San Salvador und im Westen des Landes haben schon seit Jahren nur noch äußerst sporadisch bewaffnete Guerillaaktionen stattgefunden.

Kommentiert und interpretiert man die doppelte Realität El Salvadors nur aus der Perspektive der FMLN-Militanten (Frente Farabundo Marti para la Liberción Nacional) in den umkämpften Zonen, läuft man Gefahr, die politischen Veränderungen, die das politische System El Salvadors in den letzten Jahren durchgemacht hat, zu negieren. Denn an der Bekämpfung der Guerilla durch das Militär hat sich ja nur insofern etwas geändert, als die Kriegsführung mit Hilfe der USA immer weiter perfektioniert worden ist.

Da, wo eine ausführlichere Beschäftigung mit diesen politischen Veränderungen erfolgt, wird der Akzent auf den Nachweis gelegt, daß der „Demokratisierungsprozeß" in El Salvador Resultat der massiven Intervention der USA ist und als Teil einer umfassenden Counterinsurgencykonzeption dazu dient, das militärische Vorgehen gegen die Guerilla politisch abzusichern. Sieht man die politische Entwicklung El Salvadors nur unter diesem Gesichtspunkt, wird man logischerweise die politischen Akteure in San Salvador im Kern als Marionetten ansehen, deren Handeln durch den politischen Willen der US-Administration bestimmt ist. Guillermo Ungo, Sprecher der FDR/FMLN (FDR = Frente Democratic Revolucionario) hat eine solche Ansicht vor 2 bis 3 Jahren griffig auf den Punkt gebracht, indem er ausführte, daß die Opposition nicht bereit sei, mit dem Clown (sprich' Duarte) zu verhandeln, sondern sich direkt an den Zirkusdirektor, sprich' US-Administration wenden würde. Wenngleich die Marionettenhypothese einen Teil der Wirklichkeit erfaßt, so übersieht sie doch, daß auch die rechten Parteien El Salvadors und die Christdemokratie ihre eigene, historisch gewachsene Identität und folglich eigene Interessen haben, die sie mal weniger stark, mal stärker zur Geltung bringen können.

In diesem Zusammenhang ist es deshalb auch interessant, nicht nur zu fragen, inwieweit das US-Eingreifen die gewünschten Resultate in der Guerillabekämpfung zeigt, sondern auch, wie eben durch dieses Eingreifen traditionell gewachsene Machtstrukturen und politische Kräfteverhältnisse in El Salvador geändert werden.

Dieser Aufsatz befaßt sich deshalb schwerpunktmäßig mit der politischen Entwicklung in der Hauptstadt San Salvador, das heißt mit der Beschreibung und Kommentierung des „Demokratisierungsprozesses" und der Analyse des Entwicklungsstandes sozialer Bewegungen, um auf dieser Basis Einschätzungen des gegenwärtigen Dialogprozesses zwischen Regierung und bewaffneter Opposition zu erarbeiten.

Diese Schwerpunktsetzung ist bewußt vorgenommen worden. Die im engeren Kreis der Solidaritätsbewegung immer noch weitverbreitete Mystifizierung des bewaffneten Kampfes geht ja nicht nur leichtfertig darüber hinweg, daß dieser immer nur als letztes Mittel moralisch zu rechtfertigen ist, sondern führt auch zu einer krassen Unterbewertung des Eigengewichtes politischer Entwicklungen und Entscheidungen in der Bestimmung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Die im folgenden vorgetragenen Überlegungen haben nicht den Anspruch, die komplexe Realität El Salvadors umfassend und ausgewogen zu interpretieren. Sie basieren auf bei mehreren Besuchen El Salvadors gewonnene Einblicken und Erkenntnissen, sowie insbesondere auch auf Diskussionen mit salvadorianischen Jesuiten und der Verarbeitung von Einschätzungen, wie sie in den von der Katholischen Universität herausgegebenen Zeitschriften „proceso", „cartas a las iglesias" und „eca" nachzulesen sind.

Die Stabilität des salvadorianischen Regimes

Bevor auf die benannten Themen näher eingegangen wird, sollen kurz die Ergebnisse des mehrjährigen US-Eingreifens auf militärischer, wirtschaftlicher und auf der Ebene der Menschenrechte dargestellt werden.

Die umfangreiche **militärische Hilfe** der USA hat sich vor allem auf Bildung und Ausbildung von Eliteeinheiten — die Jägerbataillone, eine Ausweitung und Effizienzsteigerung des Einsatzes der Luftwaffe, die Verbesserung der Kommunikations- und Befehlsstruktur der Armee, sowie eine Effektivierung der nachrichtendienstlichen Arbeit konzentriert.

Trotz dieser Maßnahmen ist es den USA mit der salvadorianischen Armee bisher nicht gelungen, die FMLN entscheidend zu schwächen. Im Gegenteil: In El Salvador existiert heute eine regelrechte Guerilla-Armee mit festen Einheiten, etablierten Kommando- und Kommunikationsstrukturen, sowie Kasernierung in Guerillalagern.

Auf der anderen Seite hat es die Unterstützung durch die USA der salvadorianischen Armee ermöglicht, dem Ansturm durch die Guerilla standzuhalten. Heute ist die Armee von einem durch die FMLN mehrfach vorhergesagten Zusammenbruch sicher weit entfernt, auch wenn es zu Beginn des Jahres 1983 in der Tat Momente gab, in denen der salvadorianische Militärapparat ins Wanken zu geraten schien.

Die Situation in El Salvador ist festgefahren. Ein militärischer Durchbruch der FDR/FMLN erscheint immer unwahrscheinlicher. Ihm steht vor allem der eindeutige Wille der USA, einen solchen zu verhindern, entgegen.[1]

Die von den US-Militärberatern betriebene Professionalisierung der salvadorianischen Armee bezieht sich nicht nur auf die kriegerische Effizienz. Angestrebt wird auch eine „zivilisierte" und erfolgreichere, weniger terroristische Kriegsführung.

In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, daß im Obersten Generalstab der Einfluß rechtsextremer Offiziere zurückgedrängt worden ist. Heute kann Duarte durchaus auf Parteigänger, wenn auch nicht auf eine Mehrheit im Generalstab zählen[2]. In den Teilen des Landes, in denen nicht Krieg geführt wird, sollen die Sicherheitskräfte mit einer Aktion „confianza" das Vertrauen der Bevölkerung wiedergewinnen. So werden Armeeinheiten beim Wiederaufbau zerstörter Einrichtungen eingesetzt, die Nationalpolizei übernimmt wieder die Regelung des Verkehrs und Krankentransporte, die Armee bildet Alphabetisatoren aus und schickt diese in Flüchtlingslager und auf das Land.

Zugleich schließt die US-Militärstrategie den massiven Einsatz der Luftwaffe gegen die von der Guerilla kontrollierten oder umkämpften Gebiete ein. Diese Einsätze, die zwangsläufig auch viele Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern, sind seit Anfang 1984 deutlich gesteigert worden, wenn es auch in der Intensität starke monatliche Schwankungen gibt. Mit dem Einsatz der Luftwaffe werden zwei Ziele verfolgt. Zum einen soll die Zivilbevölkerung systematisch zur Flucht in regierungskontrollierte Landesteile gezwungen, und damit dem Fisch das Wasser entzogen werden. Zum anderen entlasten sie die Jägerbataillone, auf denen praktisch die ganze Last der

Kampfführung liegt. Die Kampfbereitschaft und Moral des Restes der Armee ist nach wie vor so niedrig, daß die Einheiten schwerpunktmäßig für Bewachungsaufgaben eingesetzt werden.

Im wirtschaftlichen Bereich scheint El Salvador nach Jahren des Niedergangs eine gewisse Stabilität auf niedrigem Niveau zu erreichen.

Seit 1979 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 25 % zurückgegangen und hat heute das Niveau der späten sechziger Jahre erreicht. Die Arbeitslosenquote liegt bei über 40 %. Zusätzlich existiert eine beträchtliche Unterbeschäftigung.

Allerdings ist der dramatische Rückgang des Sozialproduktes 1983 gestoppt worden. Die Bauwirtschaft, die Elektrizitätsgewinnung und der Transport verzeichneten erstmals wieder positive Zuwachsraten, während die Produktion in Landwirtschaft und Industrie weiter zurückging. Seit 1984 ist ein leichter Anstieg der Industrieproduktion zu verzeichnen, das absolute Niveau der Investitionen ist erstmals nicht weiter zurückgegangen.

Diese relative wirtschaftliche Stabilisierung ist ohne die Wirtschaftshilfe der USA und der durch die USA beeinflußten internationalen Finanzinstitutionen nicht zu erklären. Allein die US-Wirtschaftshilfe betrug 1983 ca. 250 Mio. US $.

Auch wenn der Stopp des wirtschaftlichen Niedergangs nicht an dem dramatisch verschlechterten Lebensstandard vieler Salvadoreaner ändert, so hat er politisch doch einige Bedeutung.

Nach der Wahl Duartes zum Präsidenten kam es, von den üblichen Querelen abgesehen, bisher nicht, wie von vielen vorausgesagt worden ist, zu wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen des Privatsektors. Dies deutet an, daß die extreme Rechte ihre zweifelsohne vorhandene wirtschaftliche Macht nicht ohne weiteres in wirtschaftliche und politische Destabilisierung umsetzen kann. Eine spektakuläre wirtschaftliche Destabilisierung der Regierung Duarte, z. B. durch einen Investitionsboykott, massive Kapitalflucht oder extreme Zahlungsbilanzprobleme, erscheint auch deshalb als unwahrscheinlich und für die Rechte wenig erfolgversprechend, weil es den USA zur Zeit nicht schwerfallen dürfte, das Niveau der Wirtschaftshilfe aufrecht zu erhalten oder auch noch zu erhöhen. Im Vergleich zu den Beträgen, die jährlich in den Nahen Osten, Israel, Ägypten und Jordanien fließen, sind die Aufwendungen für das strategisch wichtige Mittelamerika nicht sehr hoch.

Zumindest in den Städten hat sich die **Menschenrechtssituation** verbessert. Die Aktivität der Todesschwadrone ist deutlich zurückgegangen. An die Stelle des Verschwindenlassens sind stärker „gesetzmäßige" Verhaftungen von Leuten getreten, die der Beteiligung an Untergrundaktivitäten verdächtigt werden. Das heißt nicht, daß in El Salvador nicht mehr täglich elementare Menschenrechte verletzt würden, aber im Vergleich zu den Jahren 1981 bis 1982 hat sich ein nicht zu leugnender Rückgang ergeben.

Diese Verbesserung der Menschenrechtssituation ist zwei Ursachen geschuldet. Da ist zum einen der Druck der USA auf die salvadorianischen Sicherheitskräfte, der deswegen stark ist, weil die FDR/FMLN zu einer realen Bedrohung des Systems geworden ist; in Paraguay kümmern sich die USA nicht nennenswert um die Menschenrechte. Das ist zum anderen die Verbesserung und Verfeinerung des Repressionsapparates. Wo früher 100 Leute ermordet wurden, um auch einige wenige Mitglieder der FDR/FMLN zu treffen, da sind die Sicherheitskräfte heute in der Lage, diese gezielt zu verhaften.

Es herrscht Ruhe in der Stadt

„Die Qualität der Menschenrechtsverletzungen ist unverändert, wenngleich auch ihre Quantität in der Stadt abgenommen hat und sich die Art der Repression verändert." So nehmen laut Totela Legal vom Rechtshilfebüro der Katholischen Kirche die Morde und Entführungen durch Sicherheitskräfte ab, steigend ist jedoch die Zahl der Verhaftungen. Das vor den Wahlen 1984 erlassene Dekret Nr. 50 im Rahmen des Ausnahmezustandes erlaubt Verhaftungen von Personen aufgrund Verdächtigungen, egal von welcher Seite Kontakte zu subversiven Kräften zu haben. Die Zielgruppe in der Stadt sind Personen, die als Potential für die Opposition gelten: Gewerkschaften, Studenten, politisch Engagierte. Die Repression ist legalisiert, geht präventiv und selektiv vor. Sie ist subtil und sauber. Ihre Wirkung verfehlt sie nicht, denn jeder kann betroffen sein. Angst und Ungewissheit quälen den politisch Engagierten. So soll es sein! Nachts sind die Straßen von San Salvador leer. Die meisten der Stadtbewohner bleiben zu Hause. Gelingt es einem, doch ein Treffen zu machen, so wird alle zwei Stunden zu Hause angerufen. „Macht euch keine Sorgen. Es ist nichts passiert!"

Es soll nichts passieren, das hat sich die „neue Demokratie" vorgenommen. Und was passiert, muß legal sein, dafür sorgen die Gesetze, und man muß es der Weltöffentlichkeit vorzeigen können. Selbst die Folter ist sauber geworden und sie findet fast nur in einem gesetzlich festgelegten Zeitraum statt.

Von den 15 Tagen Untersuchungshaft bleiben den regionalen Sicherheitskräften oder der Guardia Nacional 8 Tage für die Folter der Gefangenen. Danach müssen sie der Menschenrechtsorganisation oder dem Internationalen Roten Kreuz vorgeführt werden. Während der ersten acht Tage werden die Gefangenen laut eigener Berichte einer Folter unterzogen, die keine Spuren hinterläßt: Schlafentzug, Essensentzug, flache Schläge auf Körper und Kopf, Aufhängen, akustische Folter und psychologische Folter, indem man droht, sie oder ihre Familienangehörigen umzubringen. Dananch wird häufig per Daumendruck die Unterzeichnung eines „Geständnisses" erzwungen. Der Inhalt ist den Gefangenen unbekannt.

(Gaby Gottwald „El Salvador ist kein zweites Vietnam")

Bomben und Milchpulver für die Bauern

Das Militär säubert die Konfliktzonen, um die Zivilbevölkerung aus den Gebieten zu verdrängen. Ohne Basis kann auch die Guerilla nicht überleben. Mittlerweile gibt es über 1/2 Mio. Flüchtlinge in El Salvador, die so geschaffen wurden und für deren Versorgung man jetzt um internationale Hilfe bittet. Die Flüchtlinge haben ihre wenige Habe verloren, leben am Existenzminimum und werden von den Militärs in Lagern unter Kontrolle gehalten, soweit es geht. Mit Hilfe der US-amerikanischen Hilfsorganisation AID werden regionale Wiederaufbauprogramme im Rahmen der counter-insurgency-strategie organisiert. Hochkonjunktur im Bereich der „zivilen Maßnahmen" der Aufstandsbekämpfung hat zur Zeit Oberst Ochoa und sein Wiederaufbauprogramm in Chalatenango. Nachdem die Zonen militärisch gesäubert wurden, werden nun militärisch kontrollierte Infrastrukturprogramme und soziale Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der ländlichen Bevölkerung durchgeführt. Die Bevölkerung wird über den Aufbau von zivilen Verteidigungskommitees (Bürgerwehren) in die Sicherheitsstrukturen integriert; es werden Alphabetisierungsprogramme durchgeführt und Milchpulver verteilt.

Man schafft sich Flüchtlinge, um sie wieder anzusiedeln. Man reprimiert die Bevölkerung, um sich dann als Wohltäter aufzuspielen. Studiert werden kann der Erfolg der zivilen Aufstandsbekämpfung am Beispiel Guatemalas. Der Aufbau von strategischen Wehrdörfern und Bürgerwehren findet auch in El Salvador Anwendung.

(Gaby Gottwald „El Salvador ist kein zweites Vietnam")

Darüber, wie der Rückgang der Aktivitäten der Todesschwadrone einzuschätzen ist, gehen die Meinungen auseinander. Während die einen von einer realen politischen Kontrolle der Geheimdienstabteilungen der Armee und der Sicherheitskräfte durch die Regierung ausgehen (und es hat in der Tat ja eine Reihe von Versetzungen von Schlüsseloffizieren gegeben), und davon überzeugt sind, daß die noch operierenden Schwadrone sich aus den Privatarmeen der extremen Rechte rekrutieren, nehmen andere an, daß die benannten Geheimdienstabteilungen jederzeit wieder als Todesschwadrone operieren können und werden. Letzteres sei allein von politischen Opportunitätsüberlegungen abhängig, an den für El Salvador kennzeichnenden repressiven Strukturen haben sich nichts geändert.

Der „Demokratisierungsprozeß" in El Salvador

Am 30. März dieses Jahres haben in El Salvador zum dritten Male seit 1982 Wahlen stattgefunden. Nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 28.3.1982, in denen die Christdemokraten ca. 42%, Arena ca. 27% und die Partei der nationalen Versöhnung, die PCN ca. 15% der Wählerstimmen bekamen, den in zwei Runden ausgetragenen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr letzten Jahres, aus denen Duarte als Sieger hervorging, haben jetzt wiederum Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Gemeinde- und Stadträten stattgefunden. Die Christdemokraten konnten dabei die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung und die große Mehrheit der Bürgermeisterämter gewinnen. Damit kontrolliert die Extreme Rechte, Arena und PCN, nur noch den Obersten Gerichtshof.

Zur politischen Bedeutung und Legitimität des Wahlprozesses sollen einige Thesen formuliert werden:

1. Die wachsende Opposition gegen die Vorherrschaft der Oligarchie artikulierte sich Ende der sechziger und bis Mitte der siebziger Jahre zunächst über das traditionelle Parteiensystem europäischer Prägung, d. h. über Stimmen für die Christdemokraten und die mit ihnen verbündeten Sozialisten und Kommunisten.

Aber erst die Herausbildung der großen Volksorganisationen der siebziger Jahre führte zu der revolutionären Situation, wie sie 1980 zweifelsohne bestanden hat. Diese Volksorganisationen stellten überkommene politische Strukturen und Verhaltensweisen weitgehend in Frage. Indem sie proklamierten und praktizierten, daß die Arbeiter, Bauern und marginalisierten Bevölkerungsschichten ihre Interessen unmittelbar selbst in die Hand nehmen sollten, entwickelten sie eine praktische Alternative zur Interessendelegation an Parteien über die Stimmabgabe.



Wahlsieger Duarte

Über die Volksorganisationen artikulierten sich soziale Schichten erstmals laut und vernehmlich, die bisher im politischen Leben des Landes abseits gestanden hatten. Auch wenn sich der Kern der Volksorganisationen aus kampferfahrenen Industriearbeitern, Lehrern und Universitätsangehörigen rekrutierte, so wurden das Erscheinungsbild und die Entwicklungsdynamik der Volksorganisationen doch geprägt durch die Massen der Landarbeiter, kleinen Bauern und Slumviertelbewohner, die zu einem nicht geringen Teil aus Regionen kamen, die bis dahin als uneinnehmbare Hochburgen der PCN galten (Morazan, Chalatenango).

Mit der großen Demonstration am 22. Januar 1980 von über 200.000 Menschen anläßlich der Vereinigung aller Volksorganisationen in der Revolutionären Koordination erreichten diese ihre maximale politische Stärke.

Seitdem sind die Volksorganisationen in den nicht von der FMLN kontrollierten Gebieten weitgehend zerschlagen worden. Die ungeheure, 1980 einsetzende Repressionswelle hat vor allem die jede Massenorganisation tragenden Funktionäre und Multiplikatoren auf allen Ebenen getroffen. Die große Mehrzahl der Aktivisten wurde entweder ermordet, inhaftiert, ins Exil gezwungen oder hat sich der in „den Bergen" kämpfenden Guerilla angeschlossen.

Wenn heute lange Schlangen vor den Wahllokalen in El Salvador zu sehen sind, und wenn die FDR/FMLN davon spricht, daß sie wirklich freie Wahlen für das Land anstrebt, dann deutet dies an, daß in El Salvador erzwungenermaßen wieder Formen der politischen Auseinandersetzung in den Vordergrund getreten sind, die die Volksbewegung schon glaubte, überwunden zu haben. Es ist davon auszugehen, daß traditionelle Wahlparteien, wie die Christdemokraten unter solchen Voraussetzungen ein wesentlich größeres politisches Gewicht und Masseneinfluß haben als in Situationen, in denen die verarmten Massen ihr Recht auf Selbst- und Mitbestimmung unmittelbar einfordern.

2. Die entscheidenden Wahlen der siebziger Jahre sind — wie bekannt — von der Oligarchie und den herrschenden Militärs gefälscht worden, um den Wahlsieg der Staatspartei PCN über die Oppositionskoalition aus Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten sicherzustellen. Politisch bemerkenswert an den Wahlen seit 1982 ist nun, daß einschneidende Wahlfälschungen zugunsten der Oligarchieparteien unterblieben sind. Während bei den Wahlen von 1982 die prozentualen Stimmanteile in etwa wohl dem tatsächlichen Verhältnis der abgegebenen Stimmen entsprachen, und nur die Wahlbeteiligung für das Ausland um mehrere hunderttausend Stimmen nach oben manipuliert worden ist, dürften bei den Wahlen von 1984 und 1985 keine größeren Fälschungen vorgenommen worden sein.

Und gerade weil größere Manipulationen unterblieben sind, konnte 1984 erstmals ein Christdemokrat zum Präsidenten El Salvadors gewählt werden. Auch wenn der Wahlprozeß letztlich nur durch die massive Intervention der USA ermöglicht wurde, so kennzeichnet die Tatsache, daß Wahlmanipulationen unterbunden werden konnte, doch eine deutliche Schwächung der Machtposition der Oligarchie in El Salvador.

3. In Berichten von glaubwürdigen Wahlbeobachtern ist festgestellt worden, daß die Wahlen weder allgemein, noch frei, noch geheim waren. Der FDR/FMLN war es nicht möglich, unter auch nur einigermaßen fairen Bedingungen an den Wahlen teilzunehmen. Auch wenn nach den bisher stattgefundenen Wahlen keine Berichte bekanntgeworden sind, daß Leute wegen Nichtteilnahme sanktioniert worden wären, so wurde durch das allgemein repressive Klima und durch die Wahlprozedur selbst zumindest 1982 und 1984 doch ein gewaltiger psychologischer Druck in Richtung Wahlteilnahme ausgeübt, dem sich in den Städten auch Mitglieder und Sympathisanten der FDR/FMLN nicht entziehen konnten. Bei der letzten Wahl ist die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen, was wohl auch mit dem Nachlassen des massiven psychologischen Drucks zur Wahlteilnahme zusammenhängt. Aus Gebieten mit starker Arenapräsenz ist bekannt, daß es, begünstigt durch gläserne Urnen, extrem schwierig war, nicht für Arena zu stimmen. Nur so lassen sich auch Ergebnisse erklären, daß größere Dörfer mehr oder weniger geschlossen für Arena gestimmt haben. Wer den Wahlen vor diesem Hintergrund einen eindeutig demokratischen Charakter zuspricht, betreibt arge Realitätskosmetik. Auf der anderen Seite stellt die Wahl von Duarte und der Christdemokraten durch hunderttausende von Salvadoreanern eine ernstzunehmende politische Willensäußerung mit erheblichem politischen Eigengewicht dar. Man kann davon ausgehen, daß viele der Wähler von Duarte und den Christdemokraten relativ bewußt für weitere Reformen und insbesondere für eine Strategie des Dialogs mit der FDR/FMLN gestimmt haben.

Dies gilt insbesondere für die Wahlen vom Frühjahr 1985. Auch wenn die Anzahl der zur Wahl stehenden Alternativen eingeschränkt war, so haben die Salvadoreaner doch unter den verbliebenen eine Entscheidung getroffen.

4. Über den von den USA aufgezwungenen Wahlprozeß und die Debatte um die neue Verfassung ist die extreme Rechte auch in gewissem Sinne dazu veranlaßt worden, ihre Aktivitäten zu „legalisieren" und zu „parlamentarisieren". Gegen den Dialogprozeß wird von ihr zunächst, und als wichtigstes Argument angeführt, daß er gegen die Verfassung verstoße. Einer Machtzunahme der Christdemokraten versuchte man über die Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung und im Obersten Gerichtshof entgegenzuwirken, so als der Oberste Gerichtshof die Kandidatur des Sohnes von Duarte für das Bürgermeisteramt San Salvadors als verfassungswidrig erklärte.

Nun kann zwar mit Recht angenommen werden, daß die extreme Rechte wenig Skrupel hat, bei Gelegenheit und Zweckmäßigkeit die Anwendung terroristischer Methoden wieder stärker zu forcieren.

Auf der anderen Seite schafft das jetzige Agieren der extremen Rechten auch in den eigenen Reihen politische/psychologische Tatsachen, die eine Umkehr der bisherigen Linie zwar nicht unmöglich, aber schwer machen, was anderen Kräften wie den Christdemokraten bei gegebenem Anlaß wichtige Zeitvorsprünge sichern kann.





Zur Zeit scheint der Wahlsieg der Christdemokratie politisch-psychologisch ein Klima zu schaffen, das die extreme Rechte isoliert und in der Arena selbst die „parlamentarisch" orientierten Kräfte stärkt.

5. Counterinsurgencykonzepte haben eine militärische und eine politische Seite. Politisch haben die USA in El Salvador vor allem auf die Durchführung einer Agrarreform und die „Demokratisierung" über Wahlen gesetzt.

Während die Agrarreform selbst nach Einschätzung der mit ihrer Finanzierung befaßten US-amerikanischen Institutionen den vorgeblichen Nutznießern eher geschadet hat, und insofern als weitgehend gescheitert angesehen werden kann, ist die „Demokratisierung", wie konzipiert, gegenüber allen innersalvadorianischen Widersprüchen durchgesetzt worden.[3]

Allerdings illustrieren die Ergebnisse der gerade durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Gemeinderäten anschaulich, daß die massive Einflußnahme der USA auf die Entwicklung in El Salvador Ergebnisse zeitigen kann, die über die Ziele der US-Administration hinausschließen: Die US-Regierung hat zur Zeit kein Interesse an ernsthaften Verhandlungen zwischen Duarte und der FDR/FMLN. Zum einen erscheint ihr ein militärischer Sieg über die FMLN, der schon aus Gründen der kontinentalen und weltweiten Machtprojektion angestrebt wird, in absehbarer Zeit realisierbar. Zudem könnte ein intensiver Verhandlungsprozeß in El Salvador die Unterstützung der Contra in Nicaragua politisch erschweren. Und nicht zuletzt befürchtet die US-Administration im Ergebnis von Verhandlungen eine Aufwertung der Linken und insgesamt eine Kräfteverschiebung in El Salvador zugunsten links-reformistischer Bestrebungen. Deshalb haben die USA eine Konstellation in El Salvador mit einem nach außen vorzeigbaren christdemokratischen Präsidenten und einer rechten Mehrheit in der Nationalversammlung, die den Handlungsspielraum von Duarte einschränkt, deutlich bevorzugt. Der unerwartet hohe Wahlsieg von Duarte, der auch auf das noch kurz vor dem Wahlsonntag von Duarte gegebenen Versprechen, die Verhandlungen mit der FMLN fortzuführen, zurückzuführen ist, dürfte deshalb in den USA nicht auf ungeteilte Freude stoßen.

Soziale Bewegungen, Massenmedien und der Einfluß der Linken in San Salvador

Wie der Analyse der militärischen Situation zu entnehmen ist, ist nicht zu erwarten, daß primär über die Dynamik des bewaffneten Kampfes eine einschneidende Verschiebung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse erwartet werden kann.

Ohne eine massive Organisierung und Mobilisierung der Bevölkerung, vor allem in der Hauptstadt, ist eine solche Veränderung der Machtstrukturen undenkbar.

Wir wollen deshalb kurz die Stärke sozialer Bewegungen in San Salvador, das vorherrschende Massenbewußtsein und — vor diesem Hintergrund — die Möglichkeiten der FDR/FMLN zu politischer Arbeit analysieren und bewerten.

Systemkritische Kräfte artikulieren sich über Strukturen der katholischen Kirche, über die Arbeit in den Gewerkschaften, im Bereich der Universität und sehr begrenzt über die Medien. Wenn wir diese Bereiche im folgenden detaillierter unter-

suchen, dann konzentrieren wir uns auf den Großraum San Salvador, weil wir nur dort über einigermaßen zuverlässige Informationen verfügen. In diesem Gebiet lebt zudem ein Viertel der Bevölkerung des Landes. Was sich dort abspielt, ist politisch maßgeblich für den von der Regierung kontrollierten Teil des Landes.

Bevor auf die genannten Bereiche eingegangen wird, sollen zwei Grundbedingungen jeglicher Arbeit, die versucht, auf legaler oder halblegaler Basis Leute zu organisieren, erwähnt werden.

Zum einen hat sich seit den Wahlen von 1982 der politische Spielraum für eine solche Arbeit langsam wieder erweitert. So unterhalten eine Reihe von linken Gewerkschaften heute wieder ihre eigenen Büros. Demonstrationen und Gewerkschaftskongresse können unter bestimmten Umständen stattfinden etc.

Zum anderen geht aber von der vergangenen Terrorwelle, von der ja praktisch keine noch so kleine Einheit systemkritischer Opposition verschont blieb, noch heute eine beachtlich lähmende und einschüchternde Wirkung aus.

katholische Kirche konzentrierte. So kam die Arbeit der Basisgemeinden 1980 bis 1981 in San Salvador völlig zum Erliegen. Radio Y-SAX wurde geschlossen, führende Repräsentanten der Katholischen Univerität mußten für ein Jahr ins Exil.

Während Monsenor Romero zum prophetischen Anwalt der Befreiung der Armen wurde, versucht sein Nachfolger Monsenor Rivera mit deutlich geringeren Möglichkeiten zur Überwindung der Bürgerkriegssituation beizutragen, indem er sich als Vermittler für beide Seiten anbietet.

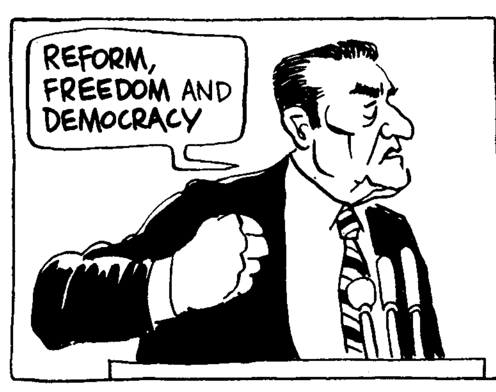
Nach 1981 ist die Basisgemeindearbeit dann Schritt für Schritt wieder aufgenommen worden. Heute gibt es in San Salvador wieder eine ganze Reihe von Basisgemeinden, die seit einigen Monaten auch wieder durch eine Abteilung der Erzdiözese unterstützt und koodiniert werden. Dabei muß man aber im Auge behalten, daß insgesamt in nur etwas mehr als 10 % der Gemeinden der Erzdiözese auf der Linie einer Basisgemeindepastoral gearbeitet wird.

le Repressionswelle seitens der Regierung zwang viele aktive Gewerkschafter dazu, ins Ausland oder in die Berge zu gehen; viele wurden ermordet oder verhaftet bzw. verschwanden. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung mußte im Untergrund weiterarbeiten.

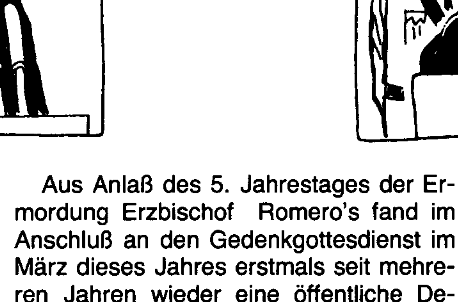
Zudem hinterließ der Beschluß der FMLN, in der Folgezeit das Schwergewicht auf den bewaffneten Kampf zu legen und politische Kader in die militärischen Strukturen abzuziehen, ein Vakuum im Gewerkschaftsbereich.

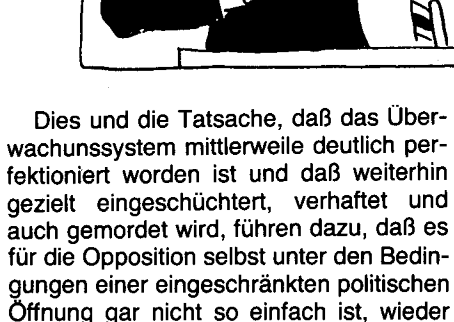
Dies bewirkte die Umkehrung des Verhältnisses von Massenarbeit und bewaffnetem Kampf: hatte sich im Laufe der siebziger Jahre in den Städten ein hohes revolutionäres Bewußtsein in den Massenorganisationen bei einem gleichzeitig kaum entwickelten militärischen Kampf gebildet, so verloren die Volksorganisationen in den folgenden Jahren an Basis in den Städten, während der bewaffnete und politische Kampf in Teilen des Landes sich rapide weiterentwickelte.

1980 gründete sich die UPD, Union popular democratic, der Dachverband der









Dies und die Tatsache, daß das Überwachunssystem mittlerweile deutlich perfektioniert worden ist und daß weiterhin gezielt eingeschüchtert, verhaftet und auch gemordet wird, führen dazu, daß es für die Opposition selbst unter den Bedingungen einer eingeschränkten politischen Öffnung gar nicht so einfach ist, wieder größere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren.

Soziale Bewegungen

Zur Zeit Erzbischof Romero's haben große Teile der **katholischen Kirche** des Landes eine außerordentliche Rolle im Prozeß der Bewußtwerdung der verarmten Massen gespielt. In diesem Prozeß waren hunderte von Basisgemeinden, dutzende von Priestern und Ordensschwestern, Teile der Hierarchie, kirchliche Bildungseinrichtungen, wie die Katholische Universität,, und die kirchlichen Medien eingebunden. Die über Radio Y-SAX ausgestrahlten Predigten von Monsenor Romero waren die meistgehörten Sendungen des Landes.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, daß sich die Ende der 70iger Jahre einsetzende Repression auch stark auf die

Aus Anlaß des 5. Jahrestages der Ermordung Erzbischof Romero's fand im Anschluß an den Gedenkgottesdienst im März dieses Jahres erstmals seit mehreren Jahren wieder eine öffentliche Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern statt, die von den Basisgemeinden organisiert wurde.

Auch wenn die Wiederbelebung der Aktivität der Basisgemeinden bemerkenswert ist, muß man sehen, daß selbst eine der größten und erfolgreichsten Basisgemeinden in ihre Arbeit nicht mehr als 300 bis 400 Personen einbezieht und das in einem Stadtteil mit 30—40.000 Einwohnern.

In den 70iger Jahren verloren die regierungsfreundlichen **Gewerkschaften** aufgrund der zugespitzten sozialen und politischen Situation in El Salvador stetig an Einfluß, während die linken Gewerkschaften erstarkten und koordinierte Aktionen mit den Volksorganisationen durchführten. Herausragendes Beispiel war der Generalstreik vom Juni 1980, der von der FDR ausgerufen und von den Gewerkschaften unterstützt die Wirtschaft des Landes lähmte.

Die nach der Großoffensive der FDR/FMLN im Januar 1981 einsetzende bruta-

christdemokratischen Gewerkschaften, die seitdem ihren Einfluß stark ausbauen konnten.

Dies lag daran, daß sie

— eine halbwegs legale Möglichkeit der Organisierung boten,

— eine Lücke in der rechts/links Polarisierung schlossen,

— internationale Unterstützung, sowohl finanziell als auch durch Berater von CLAT und AFL/CIO erhielten[4],

— bei der Durchführung der Agrarreform mitarbeiteten und so einen Großteil der Genossenschafter, den „Nutznießern"der Agrarreform, in ihre Organisation eingliedern konnten, sowie durch eine breit angelegte Arbeit weitere Sektoren einbinden konnte.

Die Mitgliederzahl der UPD-Organisationen wird auf 70.000 bis 100.000 geschätzt, wobei die Kooperationsverbände (Agrarreformgenossenschaften) die Mitgliederstärksten sind, während die linken Gewerkschaftsverbände nach Angaben der US-Botschaft ca. 30.000 bis 40.000 Mitglieder haben. Diese relativ hohen Zahlen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Option eines Betriebsrates für einen bestimmten Dachverband automatisch dazu führt, daß die gesamte Be-

legschaft der entsprechenden Gewerkschaft zugerechnet wird.

Die UPD hat heute über den „pacto social" mit der christdemokratischen Partei (PDC) ihre Unterstützung für diese festgeschrieben. Dieser pacto social sichert der PDC die Unterstützung bei Wahlen zu, wenn sie das Reformprogramm vorantreibt — vor allem die Agrarreform —, den Dialog mit der FDR/FMLN fortführt, auf die Einhaltung der Menschenrechte achtet und Mitglieder der UPD an der Regierung beteiligt.

1982 erlebte die Gewerkschaftsbewegung ihren Tiefpunkt, es fanden im ganzen Jahr nur 4 Streikaktionen statt, über 100 Gewerkschafter wurden ermordet. Nach 1982 eröffnete sich im Rahmen des sogenannten Demokratisierungsprozesses über Wahlen ein beschränkter Bewegungsspielraum für die politische Arbeit in San Salvador, der es auch den linken Gewerkschaften wieder ermöglichte, offener zu handeln. So unterhalten einige Gewerkschaftsföderationen wieder offene Büros in San Salvador, werden Gewerkschaftsversammlungen und -kongresse durchgeführt. Allerdings vermeiden diese Gewerkschaftsverbände sorgfältig offizielle Verbindungen zur FDR/FMLN, um die wiedergewonnenen legalen Spielräume nicht zu gefährden.

Nach der Aufhebung der Lohnbindung kam es 1984 zu verstärkten Streikaktivitäten mit überwiegend ökonomischen Forderungen. Vor allem der öffentliche Dienst ist von der wirtschaftlichen Krise des Landes betroffen. So konnte die Regierung Duarte monatelang keine Löhne an Lehrer und Arbeiter einiger Institute auszahlen. So waren auch 72 der 112 Streiks des Jahres 1984 im Bereich des öffentlichen Dienstes angesiedelt. Sowohl mit ökonomischen als auch mit politischen Forderungen wie der Fortführung des Dialogs und der Respektierung der Menschenrechte, gab es gemeinsame Aktionen revolutionärer und christdemokratischer Organisationen, die jedoch über eine punktuelle Koordination nicht hinausgingen. Am 1. Mai dieses Jahres demonstrierten auf Aufforderung linker und christdemkratischer Gewerkschaftsverbände erstmals wiederum zehntausende von Salvadorianern und Salvadorianerinnen für ökonomische Forderungen und eine Fortsetzung des Dialogs.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die linken Gewerkschaften die legalen Spielräume, die sich ihnen bieten, konsequent nutzen. Damit einhergehend ist ein deutlicher Anstieg gewerkschaftlicher Aktionen zu verzeichnen.

Dabei muß allerdings im Auge behalten werden, daß die linken Gewerkschaften im Kern nur mit unmittelbaren ökonomischen Sofortforderungen in die Öffentlichkeit treten und daß Streiks und Demonstrationen erst in dem Maß mit größerer Beteiligung durchgeführt werden könne, wie sich christdemokratische Gewerkschaften an deren Organisierung beteiligen.

Deshalb wäre es falsch, von der steigenden Zahl der Streiks unmittelbar auf ein wachsendes revolutionäres Bewußtsein in der Stadtbevölkerung schließen zu wollen. Ebenso ist zu sehen, daß das relative politische Gewicht aller Gewerkschaften durch die faktische Halbierung der Industriearbeitsplätze in den letzten 5 Jahren abgenommen hat.

Massenmedien

Der übergroße Teil der Bevölkerung hat praktisch keinen Zugang zu den Medien der Opposition. Flugblätter der FDR/FMLN werden schon seit Jahren nur sehr sporadisch und in geringer Auflage verteilt. Wandparolen, die auf die Existenz der FDR/FMLN hinweisen, gibt es in San Salvador weniger als in einigen Städten der Bundesrepublik. An dieser Situation ändern auch — entgegen weitverbreiteten Illusionen — die Guerillasender Radio Farabundo Marti und Radio Venceremos nichts Grundlegendes. Zum einen sind sie oft — bedingt durch Störungen — schlecht abhörbar, zum anderen sprechen sie aber auch eine Sprache, die zwar für die Aufrechterhaltung der Moral der combatientes nützlich und notwendig ist, die aber an den Problemen, dem Fühlen und Denken der nichtorganisierten Bevölkerung in der Stadt vorbeigeht.

Die großen Zeitungen werden mit einer Ausnahme, El Mundo, durch die Rechte kontrolliert. Letztere steht den Christdemokraten nahe und zeichnet sich dadurch aus, daß sie über den Bürgerkrieg relativ sachlich und emotionslos informiert. So meldet El Mundo z. b. die bekanntgewordenen Gefechte zwischen FDR/FMLN und der Armee unter Angabe auch der Verluste der Regierungsseite. Seit einiger Zeit können in El Mundo wieder Anzeigen der linken Gewerkschaftsverbände und auch der FDR veröffentlicht werden.

Die sechs Fernsehstationen und die zahlreichen Rundfunksender sind in privater und damit in rechter Hand. Eine Ausnahme ist der wiedereröffnete katholische Sender Y-SAX, der seit einiger Zeit wieder bezahlte Spots der Gewerkschaften oder der Menschenrechtskommission ausstrahlt. Y-SAX bringt auch schon mal ein Interview mit einem Repräsentanten der FDR.

Die Verhandlungen

Will man sich heute zusammenfassend ein Bild vom Einfluß der Linken in San Salvador machen, dann muß man zunächst von den beschriebenen objektiven Tatsachen ausgehen.

Auch wenn wichtige Schritte für die Reaktivierung einer Massenbewegung eingeleitet worden sind, so hat dies bis jetzt bei weiten noch nicht ein Niveau erreicht, daß es der Linken ermöglichen würde, über Massenaktionen entscheidend in die nationale Politik einzugreifen.

Ansätze für eine partikularinteressenübergreifende Massenbewegung, die in den Medien und bei größeren Teilen der Bevölkerung Resonanz findet, bietet bis jetzt nur der Dialog zwischen Regierung und bewaffneter Opposition. Allerdings versucht auch Duarte, dieses Thema zu besetzen und damit seine Massenbasis zu vergrößern.

Im Oktober letzten Jahres ist Duarte vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen überraschend auf das seit Jahren vorliegende Angebot zu bedingungslosen Verhandlungen der FDR/FMLN eingegangen. Seitdem haben zwischen den Verhandlungskommission der Regierung und der FDR/FMLN zwei Diskussionsrunden stattgefunden. In diesem Kapitel sollen vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Ausführungen der Verhandlungsprozeß und die Aussichten auf einen Kompromiß analysiert werden.

Untersucht man **die Motive, die Duarte und die PDC zu der Verhandlungsofferte an die FDR/FMLN veranlaßt haben,** so wird man ihnen zugute halten müssen, daß sie sehr wahrscheinlich aus der Zeit 1980—1983 gelernt haben. Unter der ersten Präsidentschaft Duartes ist die extreme Rechte wieder stark und hoffähig geworden. Am Ende dieser Amtszeit waren nicht nur die „Jungen Offiziere" aus der Armee verdrängt, sondern die Christdemokratie stand auch in einer von der Arena beherrschten Verfassungsgebenden Versammlung mit dem Rücken zur Wand.

Wenn Duarte deshalb im letzten Oktober der FDR/FMLN den Dialog angeboten hat, dann stehen hinter dieser Überlegung strategische und nicht nur taktische Überlegungen:

— Duarte und die PDC wissen, daß sie eine militärische Niederlage der FMLN politisch nicht überleben würden. In einem solchen Fall verlöre Duarte seine Funktion als internationales Vorzeigeschild. Zudem verschöbe sich die innenpolitische Machtbalance dann zwangsläufig zugunsten der extremen Rechten.

— Duartes machtpolitischer Ehrgeiz verbindet sich mit der Vision, aus El Salvador ein Modell des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus für Lateinamerika zu machen. Er weiß, daß der Krieg nicht kurzfristig gegen die Guerilla zu gewinnen ist, und daß eine Fortführung des Krieges zudem die unermeßlichen Schäden für die nationale Volkswirtschaft in Höhen treibt, die seinen sozialreformerischen Ambitionen für immer die materielle Basis entziehen können.

— Das politische Kalkül Duartes und der PDC zielt von daher darauf, die FDR/FMLN über Verhandlungen Schritt für Schritt in ein politisches Modell einzubeziehen, das von der Christdemokratie kontrolliert wird. Wenn die FDR/FMLN in einem solchen Modell 20% der Parlamentssitze hält, kann das in diesem Kalkül als Gegengewicht zur extremen Rechten nur nützlich sein.



Ein Soldat der FMLN erklärt Bewohnern in Morazan, wie die Guerilla sich in der neuen Situation verhalten wird, die durch die Wahl Duartes geschaffen wurde

— Nicht zuletzt erweisen sich die Verhandlungen angesichts des weitverbreiteten Wunsches nach Frieden als ein Thema, mit dem die Christdemokraten ihren politischen Einfluß, ihre Massen- und Wählerbasis ausbauen können.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß der Verhandlungswille von Duarte ernst ist, und daß er eine von der Christdemokratie dominierte politische Lösung der militärischen Liquidierung der FMLN vorzieht.

Eine solche Charakterisierung des politischen Kalküls Duartes und der PDC schließt ein, daß die revolutionäre Linke El Salvadors so in die Defensive gedrängt werden muß, daß sie auf Jahre nicht zu einem dominierenden Machtfaktor werden kann. Deshalb hat Duarte auch ein so großes Interesse, das Beispiel Nicaragua so zu unterminieren, daß es ein Funktion als Hoffnungsträger für die verarmten Massen El Salvadors verliert.

Wie ist nun **die reale Macht und damit der Verhandlungsspielraum von Duarte zu bewerten?** In vielen Diskussionen wird immer wieder auf Duartes extreme Abhängigkeit von den USA und die Tatsache, daß er über keinerlei wirtschaftliche und militärische Macht verfügt, hingewiesen, um zu begründen, daß er machtlos sei und deshalb nichts im Sinne seiner eigenen reformistischen Interessen bewirken könne. In der Tat ist Duartes Macht sehr begrenzt. Eine realistische Analyse sollte aber nicht die Elemente unberücksichtigt lassen, die seinen politischen Spielraum erweitern:

— Da ist zum einen die Stützung durch die letzten Wahlergebnisse zu nennen. Das Wählervotum hat ein psychologisch-politisches Gewicht, das nicht unterschätzt werden sollte. Eine Analyse, die **nur** auf militärische und wirtschaftliche Macht abhebt, wird schwerlich erklären können, warum Gandhi für Indien die Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpfen konnte.

— Die Unterstützung Duartes durch viele westeuropäische Regierungen und insbesondere auch durch die deutsche Christdemokratie stellt in mancherlei Hinsicht ein Gegengewicht zu den Ambitionen und Interessen der Reagan-Administration dar. So ist es sicher kein Zufall, daß sich Duarte vor der Unterbreitung seines Verhandlungsvorschlages der Unterstützung in Westeuropa versichert hat.

— Innerhalb El Salvadors wird der Dialog von maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften, so der katholischen Kirche und praktisch dem gesamten Spektrum der Gewerkschaftsbewegung unterstützt.

— Ausschlaggebend ist aber wohl die Tatsache, daß Duartes Beziehung zu den USA durchaus den Charakter einer gegenseitigen Abhängigkeit hat, solange die FMLN eine starke Macht darstellt. Mit Einschränkung ist nämlich auch die Reagan-Administration auf Duarte angewiesen. Sie kann ihre Counterinsurgency-Programme nur solange ungehindert weiterverfolgen, wie sie gegenüber der eigenen und der Weltöffentlichkeit das Bild eines demokratischen, vom Christdemokraten Duarte geleiteten El Salvadors vermitteln kann. Zudem dürfte es der US-Administration schwerfallen, den Mann, den sie über Jahre systematisch öffentlich aufgebaut hat, nun wieder fallen zu lassen, um auf die extreme Rechte zu setzen. Das wäre nicht zuletzt verschiedenen westeuropäischen und lateinamerikanischen Regierungen schwer zu vermitteln.

Nun soll diese Aufzählung nicht die Macht Duartes größer erscheinen lassen, als sie ist, sie soll nur den Blick dafür schärfen, daß durchaus politische Konstellationen denkbar sind, in denen die US-Administration wenig Mittel in der Hand hat, eine ihr nicht genehme Politik Duartes wirkungsvoll zu unterbinden, ohne noch unangenehmere Alternativen zu provozieren.

Welches Interesse hat die FDR/FMLN an Verhandlungen?

Die Strategie der Revolution über den bewaffneten Kampf scheint in El Salvador am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen zu sein. Das ist in erster Linie dem massiven Eingreifen der USA geschuldet. Auch wenn dies zu verurteilen ist, so ist es doch eine Tatsache, die in strategischen und taktischen Überlegungen berücksichtigt werden muß.

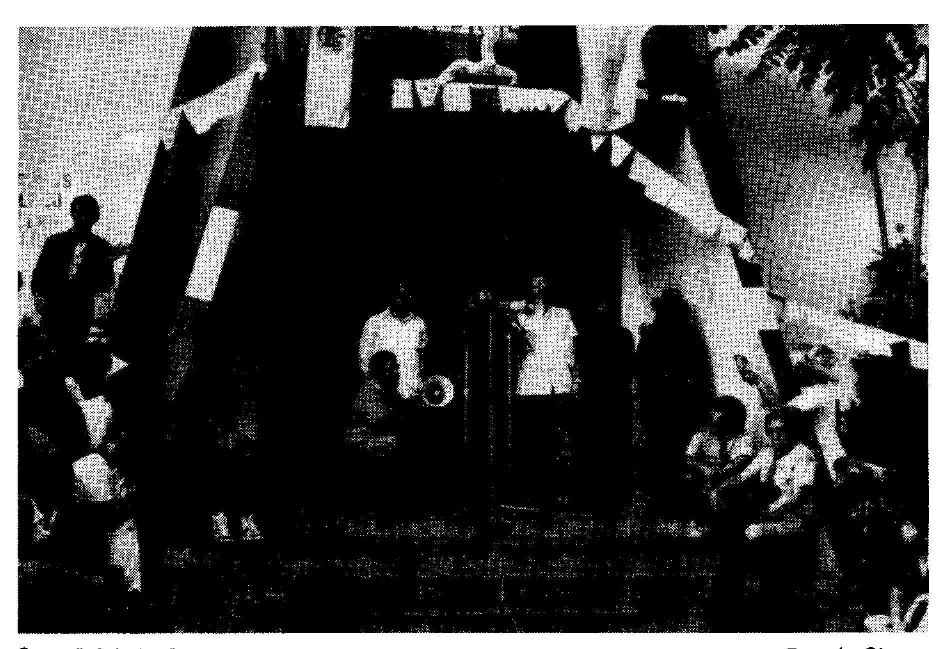
Gegenüber einer rein militärischen Strategie bedeutet der Dialog mit der Regierung — gestützt auf die unbestrittene militärische Kraft der FMLN — für die Opposition die einzige realistische Chance, politisch wieder im Bewußtsein der großen Mehrheit der Salvadoreaner präsent zu werden. Ein sich stabilisierender Dialogprozeß dürfte zudem dazu beitragen, daß sich die politischen Spielräume für Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Basisgemeinden usw. in den Städten erweitern.

Wenn die FDR/FMLN mit politischen Mitteln aus der militärischen Sackgasse herauskommen will, dann muß sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Dialoges haben, was im übrigen manchen Kompromiß notwendig machen könnte, auch wenn die Niederlegung der Waffen für sie nicht in Frage kommt.

Dabei ist eine Verhandlungstrategie für die FDR/FMLN nicht ohne Risiko. Zum einen können taktisch notwendige Kompromisse die gerade mühsam erreichte Einheit gefährden. Zum anderen aber — und das scheint für die FDR/FMLN in ihrer Gesamtheit das größere Problem zu sein — könnte die im Verhandlungsprozeß angelegte Dynamik überwiegend Duarte zugute kommen. Aber selbst unter diesen Voraussetzungen scheint der Fortbestand einer relativ starken Linken gesichert, was bei einer rein militärischen Strategie auf die Dauer noch die Frage ist.

Der bisherige Verhandlungsverlauf läßt sich wie folgt nachzeichnen: Während die erste Verhandlungsrunde allein durch ihr Zustandekommen und durch die Art ihres Verlaufes sowohl für Duarte als auch für die FDR/FMLN einen großen Erfolg darstellte und viele Hoffnungen weckte, wurden letztere durch die zweite Verhandlungsrunde, die in Ayaguelo stattfand, gedämpft.

Die extreme Rechte, die in La Palma eindeutig verloren hatte, begann nun, systematisch gegen die Verhandlungen zu arbeiten. Nach dem Tod von Monterrosa[5], bekam Duarte vom Generalstab erst nach langen Diskussionen das Plazet für die zweite Verhandlungsrunde, dies verbunden mit der Auflage, daß die salvadorianische Verfassung nicht in Frage gestellt werden dürfte und daß die Kriegsführung der Armee nicht zur Verhandlung stünde. Da sich die FDR/FMLN mit Rücksicht auf interne Diskussionen und auf bestimmte internationale Rückwirkungen dazu entschlossen hatte, in dieser zweiten Runde nun ihren gesamten (Maximal)Katalog vorzulegen, war die Distanz zwischen beiden Parteien so groß, daß die zweite Runde dem Scheitern nahe war. Nicht einmal ein Waffenstillstand über Weihnachten und Neujahr konnte vereinbart werden.



Gespräch in La Palma. Hier die Vertreter des Widerstandes u. a. Guillermo Ungo, Fermán Cienfuegos, Rubén Zamora, Edwardo Sancho Gadteneda, Lydia Dias.

Die nachträgliche einseitige Verkündung eines solchen Waffenstillstandes durch die FDR/FMLN und jetzt vor allem der Wahlsieg der Christdemokraten dürften aber die Bedingungen dafür, daß bald eine dritte Verhandlungsrunde stattfindet, verbessert haben.

Abschließend sollten die **Verhandlungspositionen beider Seiten und die Chancen für einen Kompromiß kurz dargestellt werden.** Duarte bietet der FDR/FMLN auf der Basis einer allgemeinen Amnestie die Reintegrierung ins politische Leben an. Während er nicht bereit ist, die herrschende Verfassung in Frage zu stellen, ist er durchaus willens, im Vorfeld einer angestrebten Wahlteilnahme der Opposition, über Art und Umfang der Garantien für die FDR/FMLN sowie über eine „Humanisierung" des Krieges zu diskutieren.

Die FDR/FMLN hat demgegenüber ein Angebot unterbreitet, das in drei nacheinander zu realisierenden Phasen unterteilt ist.

Die Phase I beinhaltet:
— Die Einberufung eines nationalen Forums, in das alle gesellschaftlichen Kräfte ihre Meinung bezüglich der anzustrebenden Dialoglösung einbringen sollen.
— Verschiedene Übereinkommen bezüglich der Menschenrechte und politischer Freiheiten, die die Auflösung der Todesschwadrone usw. beinhalten.
— Die Verurteilung der Verantwortlichen für die größten Verbrechen der letzten Jahre.
— Die Unterbindung von Entführungen und Verschwindenlassen von Personen.
— Die Abschaffung des Ausnahmezustandes und anderer die Verfassung einschränkender Dekrete.
— Die Garantie gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten.
— Übereinkommen über eine „Humanisierung" des Krieges (z. B. Einstellung der Bombardierungen).
— Übereinkommen über die Beendigung der nordamerikanischen Präsenz in El Salvador.
— Übereinkunft über die Beendigung der gegenseitigen Aufrüstung.
— Übereinkommen über die Einstellung der ökonomischen Sabotage.

Phase II würde demnach einen Waffenstillstand und die gegenseitige Anerkennung der jeweils kontrollierten Gebiete beinhalten. Und in Phase III wäre eine Regierung des nationalen Konsens zu bilden, die tiefgreifende wirtschaftliche Reformen in Angriff nimmt, die Armee auf Basis der beiden bestehenden Heere restruktiert und dann allgemeine Wahlen organisiert.

Zur Zeit erscheint es schwer vorstellbar, daß sich Duarte auf eine Verhandlung der Substanz der von der FDR/FMLN vorgeschlagenen Phasen II und III einläßt. Daneben aber gibt es zwischen dem Verhandlungsvorschlag Duartes und den von der Opposition für Phase I genannten Forderungen viele Berührungspunkte.

Sollte es gelingen, in diesem Bereich Verhandlungsergebnisse zu erzielen, so würde dies schon für sich genommen die Kräfteverhältnisse in El Salvador und damit die Voraussetzungen, unter denen weiterverhandelt wird, verändern. Eine statische Gegenüberstellung der beiden Verhandlungspositionen, die die in dem Verhandlungsprozß liegende Dynamik nicht berücksichtigt, wird nicht die politischen Möglichkeiten erfassen können, die eine Verstetigung des Verhandlungsprozesses bieten kann.

Für die FDR/FMLN besteht allerdings die Gefahr, daß sie sich nach einem angenommenen erfolgreichen Abschluß der

Phase I in einer Situation befindet, in der nationale und internationale Bündnispartner wenig Verständnis dafür aufbringen, daß sie dann nicht ohne weitere Vorbedingungen die Waffen niederlegt und sich ins politische Leben reintegriert.

Schlußfolgerung

Lange Zeit schien es ausgemacht, daß es in El Salvador nur die Alternative zwischen einer Diktatur der Oligarchie und einer sozialistischen Entwicklung gäbe.

Heute scheint es auch vor dem Hintergrund der kontinentalen Entwicklung in Südamerika nicht unmöglich, daß sich in El Salvador auf mittlere Sicht ein kapitalistisches Entwicklungsmodell mit bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen durchsetzt.

Lange Zeit ist — auch von den Verfassern dieses Artikels — eingeschätzt worden, daß die salvadorianische Christdemokratie keine Chance hat, sich im Widerspruchsfeld zwischen der extremen Rechten auf der einen und der revolutionären Linken auf der anderen Seite zu behaupten.

Angesichts der gegenwärtigen „Perspektivenlosigkeit" des bewaffneten Kampfes stellt sich für die Linke El Salvadors die vorrangige Aufgabe, politisch in den Städten Fuß zu fassen. Dies ist allerdings nicht so sehr eine Frage des subjektiven Willens, sondern einer klugen Politik, die es versteht, den politischen Spielraum schrittweise zu erweitern und die Themen der öffentlichen Diskussion mitzubestimmen. Dies scheint zur Zeit nur über eine Verhandlungsstrategie möglich. Dabei wird bloßes Taktieren schnell in einer Sackgasse enden. Nur, wenn die Linke real die Möglichkeit einer politischen Lösung vermitteln und anbieten kann, **kann** der Verhandlungsprozeß eine Dynamik entfalten, die die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nachhaltig erschüttert und der Linken wieder eine stärkere politische Position verschafft.

Die veränderte Situation in El Salvador erfordert auch ein Überdenken und eine Neufestsetzung von Prioritäten für die Solidaritätsarbeit hier in der Bundesrepublik. Einige Überlegungen sollen kurz angedeutet werden:

— Ein kurz- oder mittelfristiger Durchbruch der Linken ist in El Salvador zur Zeit nicht absehbar. Die Basis einer breiten, spontanen Solidaritätsarbeit, die ihre Kraft ja vorwiegend aus der Erwartung des baldigen Sieges schöpft, ist damit in der nahen Zukunft nicht gegeben. Daran werden auch viele moralische Appelle nichts ändern.

— Für das Gewicht, das die Linke mittel- und langfristig in El Salvador haben wird, ist es entscheidend, inwieweit es ihr heute gelingt, der legalen und halblegalen Arbeit in den Städten neue Impulse zu verleihen.

— Aus beiden vorgenannten Überlegungen ergibt sich, daß die Solidaritätsbewegung Möglichkeiten finden muß, den Neuaufbau sozialer Bewegungen in San Salvador auf einer langfristigen Basis kontinuierlich zu unterstützen. Deshalb sollte in der Bundesrepublik verstärkt Gewicht darauf gelegt werden, Gruppen und Organisationen, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in einer Veränderung der Verhältnisse der Bundesrepublik sehen, dafür zu interessieren, einen begrenzten Teil ihrer Kraft in eine langfristig angelegte Unterstützung von demokratischen Organisationen und Strukturen in El Salvador zu setzen. Als Ansprechpartner in der Bundesrepublik bieten sich Gruppen in Gemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Universitäten, Friedensgruppen, Jugendorganisationen usw. an.

Daneben sollte man sich unter Nichtregierungsorganisationen verstärkt darüber Gedanken machen, wie Projekte entwickelt werden können, die den Wiederaufbau legaler Arbeit in den Armenvierteln San Salvadors begleiten.

— Die Regierung Duarte befindet sich in dem Widerspruch, zum einen gegenüber dem Ausland und auch einem Teil ihrer Wähler, eine demokratische Öffnung nachzuweisen, zum anderen aber dem Militär genügend Spielraum für eine „effiziente" Bekämpfung der Subversion zu lassen. Das führt dann im konkreten Einzelfall, wie dem der Bombardierungen von der Guerilla kontrollierten Zonen, zu vielerlei Wendungen und Schwankungen. So werden diese Bombardierungen einmal geleugnet, dann wieder ihre Notwendigkeit begründet. Oder es werden Untersuchungen angeordent, die ohne Ergebnis bleiben.

Diese Widersprüche gilt es durch eine gezielte Solidaritätsarbeit in dem Sinne auszunützen, daß auf Duarte immer wieder Druck ausgeübt wird, der die Einhaltung der von der Christdemokratie abgegebenen Wahlversprechen einfordert.

Heidi Feldt
Roger Peltzer

Anmerkungen:

1 Wenn vor diesem Hintergrund auf das vietnamesische Beispiel mit der Schlußfolgerung verwiesen wird, daß es für die FDR/FMLN nur darauf ankomme, so lange aus- und standzuhalten, bis sich für sie eine diplomatisch und politisch günstige Konstellation ergäbe, dann werden zwei wichtige Faktoren übersehen, die den Unterschied zwischen dem heutigen El Salvador und dem Vietnam der sechziger Jahre ausmachen:
Zum einen verfügt die FMLN im Gegensatz zur vietnamesischen FNL nicht über ein angrenzendes strategisches Hinterland, was sich mittel- und langfristig noch als entscheidender Nachteil herausstellen könnte, und zum anderen ist es den USA bisher gelungen, die Situation ohne die Entsendung eigener Truppen unter Kontrolle zu halten. Aber nur tote US-Staatsbürger könnte auf mittlere Sicht in den USA die Gegenkräfte mobilisieren, die das Ende des Vietnamkrieges entscheidend mitbewirkt haben, — so zynisch dies auch klingen mag.

2 Zu ihnen gehören Verteidigungsminister Vides Casanova und Lopez Nuila. Beide haben sich trotz ihrer terroristischen Vergangenheit in den letzten Jahren durch Teilnahme an den Verhandlungen mit der Guerilla, bzw. Mitarbeit in der offiziellen Menschenrechtskommission, Interviewäußerungen etc. so exponiert, daß ihre weitere Karriere mit dem politischen Schicksal von Duarte verbunden ist.

3 Die Agrarreform war in 3 Phasen konzipiert: Während in Phase I ca. 300 große Landgüter (über 500 ha) in Genossenschaften umgewandelt wurden, wurden in Phase II zehntausenden von Pächtern Eigentumstitel an ihrem Pachtland übergeben. Die Phase II, die die Enteignung der Landgüter zwischen 150 und 500 ha vorsah, ist von Duarte bisher immer weiter hinausgeschoben worden. Während Phase I vor allem unproduktive Großbetriebe mit extensiver Viehwirtschaft betraf, handelt es sich in Phase III um Mini-Pachtzellen auf marginalen Böden, die mit oder ohne Eigentumstitel bei weitem nicht genug hergeben, um eine Familie zu ernähren. Nur die bis jetzt nicht verwirklichte Phase II träfe den Kern oligarchischer Macht, die hochproduktiven Kaffeeplantagen, die aus organisatorischen Gründen meist nicht größer sind als 200 bis 300 ha. Mangels Unterstützung durch den Staat (keine Kredite, keine technische Hilfe etc.) und angesichts der Tatsache, daß Entschädigungen an die ehemaligen Eigentümer gezahlt werden müssen, schiebt der Großteil der in Phase I gebildeten Kooperativen einen immer größer werdenden Schuldenberg vor sich her. Nicht wenige der Kooperativenmitglieder wünschen sich deshalb die Rückkehr der alten Eigentümer.

4 CLAT ist die Zentrale der christlich orientierten Gewerkschaften Lateinamerikas, die meistens mehr oder weniger stark mit den christdemokratischen Parteien des Kontinents kooperieren.
AFL/CIO ist der Dachverband der US-amerikanischen Gewerkschaften.

5 Oberst Monterrosa war bis zu seinem Tode militärischer Verantwortlicher des salvadorianischen Heeres für den gesamten Osten des Landes. Er galt als der Militärbefehlshaber, der am effizientesten die Ratschläge der US-amerikanischen Berater umsetzte und gleichzeitig über erhebliches politisches Fingerspitzengefühl verfügte. Ende letzten Jahres wurde Oberst Monterrosa Opfer eines Sabotageaktes, für den sich die Guerilla verantwortlich erklärte.

In Kürze erscheint in der Edition Nahua (Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1) eine ausführliche Version des vorliegenden Artikels sowie ein Beitrag zur Situation in den von der Guerilla kontrollierten Gebieten. Die Broschüre wird den Titel haben „Krieg und Dialog in El Salvador".

Der Apartheidstaat 1985

Wirtschaftskrise, „Reformen", Bürgerkrieg

Schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren

Südafrika befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren, stellte der britische „Economist" schon im Juli letzten Jahres fest. Seit 1981 befindet sich Südafrika schon in dieser Rezession und es gibt keine Anzeichen, daß das wirtschaftliche Tief bald überwunden werden könnte. Deutlich wird dies besonders bei der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach Angaben des Bureau of Economic Research der Universität Stellenbosch sind z. Zt. etwa 3 Millionen Schwarze arbeitslos (die „selbständigen homelands" nicht mit eingerechnet), das ist nahezu die Hälfte der ökonomisch aktiven schwarzen Bevölkerung. Allein 1984 haben 130.000 schwarze Arbeiter ihren Job verloren, verschärft wird das Problem der Arbeitslosigkeit zusätzlich dadurch, daß jedes Jahr etwa 200.000 junge Schwarze auf den Arbeitsmarkt drängen.

Eines der am stärksten betroffenen Gebiete ist das Ostkap, dort hat sich von Januar bis Februar dieses Jahres die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 66% erhöht. Im Ostkap liegt das Zentrum der Automobilindustrie, die von der Rezession am stärksten betroffen ist. VW produziert in Uitenhage bei Port Elizabeth, Daimler Benz (ca. 3000 Beschäftigte) und Ford in East London, Toyota in Durban, (BMW in dem Gebiet zwischen Pretoria und Bophuthatswana). Wegen des massiven Absatzrückganges arbeiten die Produktions- und Zulieferbetriebe zum Teil schon seit Monaten nur noch an vier Tagen in der Woche oder sie haben ihre Produktion sogar vorübergehend eingestellt. Nach Angaben des Unternehmerverbandes gingen bisher 30.000 Arbeitsplätze verloren. Jede Entlassung im Produktionsbereich zieht jedoch weitere vier Entlassungen bei den Zuliefererbetrieben nach sich, sodaß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit um ein wesentliches höher ist. Die Automobilarbeiter gehörten bisher immer zu den bestbezahltesten schwarzen Arbeitern. An ihren Lohnforderungen und an den von ihnen erzielten Verbesserungen der Sozialleistungen haben sich die anderen Industriebetriebe gewöhnlich orientiert. Noch im April dieses Jahres unterstrich die „National Automobile and Allied Workers Union" (NAAWU) mit einem Warnstreik ihre Forderungen nach einem Mindeststundenlohn von 3,5 R, einer 40 Stundenwoche, einer Lohnfortzahlung für einen Monat bei einer Entlassung sowie ihre Forderungen nach einem Mutterschaftsurlaub. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist auch auf die Militanz der Gewerkschaften zurückzuführen, BMW plant derzeit die Verlegung der Produktion in das streiksichere „homeland" Bophuthatswana.

Obwohl die Nachfrage nach Gütern real gesunken ist — im Einzelhandel um 6,8% während des ersten Vierteljahres — sind die Preissteigerungen nicht zurückgegangen. Inzwischen hat die Inflationsrate 16% erreicht. Besonders betroffen von dieser Entwicklung ist die schwarze Mehrheit des Landes, deren Lebensstandard in den vergangenen Jahren massiv gefallen ist. Von den ca. 2 Millionen Menschen, die in Soweto wohnen, leben 58% unter der Armutsgrenze. Das Existenzminimum lag im Mai bei etwa 400 Rand monatlich für eine Familie mit fünf Personen. Der Durchschnittsverdienst bewegt sich bei 300 Rand, davon müssen allein schon 100 R aufgebracht werden für Wasser, Strom sowie für die Miete der staatseigenen 4-Raum-Häuser (match-boxes genannt). Wie prekär für viele Schwarze schon die Situation geworden ist, zeigt sich daran, daß Mieterhöhungen im letzten Jahr zu anhaltenden Unruhen geführt haben. Mehr als 680.000 Menschen müssen derzeit von der „Operation Hunger" des Südafrikanischen Institutes für Rassenbeziehungen mit Lebensmitteln versorgt werden. Hauptsächlich im ländlichen Bereich, aber zunehmend auch in städtischen Zentren.

Die rückläufige Gesamtnachfrage, sowohl die private als auch die staatliche Nachfrage ist gesunken, hat dazu geführt, daß in vielen Industriebetrieben die Kapazitäten nicht mehr ausgelastet werden können. Im Textilsektor ging das Produktionsvolumen um 17% zurück, im Automobilsektor um 30% und in der Möbelindustrie um 27% (1984). Einen stark negativen Effekt hatte die Erhöhung des Zinssatzes auf die Industrie. Der Zinssatz, den die Banken ihren Großkunden einräumen (prime rate), wurde im Herbst 84 von 22% auf 25% angehoben. Vor allem die kleineren Unternehmen, die z. T. ohnehin schon wenig produktiv arbeiten und eine dünne Eigenkapitalsdecke haben, sind davon betroffen. Allein im letzten Jahr mußten 2.800 Unternehmen Konkurs anmelden, weitere 4.600 Konkurse werden in diesem Jahr erwartet. Die Folge der wirtschaftlichen Rezession ist die zunehmende Monopolisierung der südafrikanischen Wirtschaft. Von den an der Börse notierten Unternehmen werden schon heute mehr als 80% von 5 Konzernen und 3 Versicherungsgesellschaften kontrolliert.

Besonders betroffen von den hohen Zinsen ist die Landwirtschaft, die unter einer seit Jahren anhaltenden Dürre zu leiden hat. Die Farmer haben während der Dürre etwa 9 Mrd. Schulden angehäuft. Sie werden allein in diesem Jahr 1,8 Mrd. R Zinsen zahlen müssen, was ungefähr einem Drittel des Beitrages der Landwirtschaft zur BIP entspricht. Die drückenden Schuldenberge zwingen viele Farmer zum Verkauf. Allein in Natal haben kapitalkräftige Gesellschaften schon über die Hälfte aller Farmen aufgekauft.

Etwa 25% des Bruttoinlandproduktes werden exportiert, was eine starkte Abhängigkeit Südafrikas von den Entwicklungen des Weltmarktes anzeigt.

Auffällig ist, daß die exportierten Güter eine Struktur aufweisen, die für Entwicklungsländer typisch ist. Ungefähr 80% aller Exporte bestehen aus mineralischen Rohstoffen oder landwirtschaftlichen Produkten. Langfristig gesehen werden die meisten dieser Produkte auf eine geringer werdende Nachfrage stoßen. Schon heute hat die Entwicklung an den internationalen Märkten zu einer Verschlechterung der südafrikanischen „Terms of Trade" geführt.

Entscheidender Unterschied zu anderen Entwicklungsländern ist jedoch, daß Südafrika Gold exportiert. Ca. 50% der Deviseneinnahmen erzielt Südafrika durch den Verkauf von Gold, dessen Produktion jedoch nur noch mit relativ hohen Kosten auf dem bisherigen Niveau gehalten werden kann. Weniger bedeutsam als häufig gedacht, ist jedoch der gesunkene Goldpreis in US-Dollar. Zwar erhält Südafrika pro Unze Feingold weniger Dollars, da der Dollar jedoch gegenüber dem Rand und auch gegenüber anderen Währungen stark aufgewertet wurde, gleicht sich der Preisverfall wieder aus. Problematisch — zumindest für einen Teil der Industrie ist der Verfall des Wechselkurses der südafrikanischen Währung. Zwischen September 83 und Ende 84 verlor der Rand 36% seines Wertes gegenüber anderen Währungen (32% wenn man aus der Berechnung den Dollar ausnimmt).

Die Abwertung des Rand begünstigt zwar die Exporte der eigenen Industrie —

der Exportwert stieg daher auch 84 um 28 %, gleichzeitig aber erhöhen sich die Preise der importierten Güter. Für eine Wirtschaft, die wie die südafrikanische, stark abhängig ist von importierten Gütern, die nicht ohne weiteres substituiert werden können, hat das automatisch Kostensteigerungen zur Folge, die, wenn es der Markt zuläßt, auf den Nachfrager abgewälzt werden. Ein Teil der hohen Inflationsrate Südafrikas ist so zu erklären. Ausgewirkt hat sich die Abwertung des Rand vor allem auf die Ölimporte, mit denen ein großer Teil des südafrikanischen Brennstoffbedarfes gedeckt werden müssen. Die Preise für Treibstoffe mußten Anfang des Jahres um 40 % erhöht werden, was die Inflation weiter angeheizt hat.

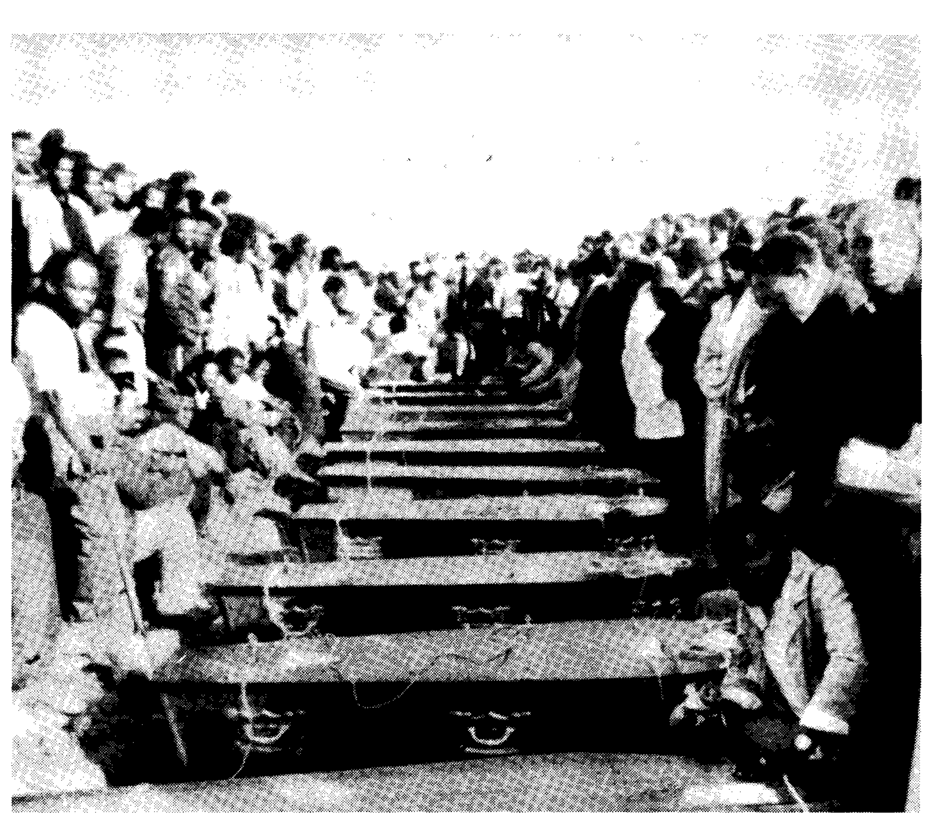
Die Bemühungen Südafrikas, den Brennstoffbedarf aus eigenen Quellen abzudecken, erklärt auch, wenigstens zum Teil, die Weigerung Namibia freizugeben. Denn an der Grenze zwischen Namibia und Südafrika, etwa 120 km vor der Oranje-Mündung liegt das gigantische Naturgasfeld Kudu. Schätzungen zufolge könnten mit den Vorkommen des Kudu-Feldes etwa 30—60 % des Brennstoffbedarfes gedeckt werden. Auch der mit Mosambik abgeschlossene Nkomati-Vertrag könnte mit dem Energieproblem Südafrikas zusammenhängen. Denn vor der Sambesi-Mündung bei Beira wird erfolgversprechend nach Öl gesucht.

Auch in anderen Bereichen der südafrikanischen Wirtschaft hat sich die Abwertung des Rand negativ ausgewirkt. So muß die Textilindustrie für Baumwolle, die zwar im eigenen Land produziert wird, deren Preis sich jedoch an den Dollar-Weltmarktpreisen orientiert, Preise bezahlen, die um 29 % gestiegen sind.

Boykottkampagnen gegen Südafrika

Die Kampagnen im Ausland, die darauf abzielen, Investitionen in Südafrika zu verhindern und Industrieunternehmen zum Abzug ihres Kapitals aus Südafrika zu bewegen, beginnen sich auf die Wirtschaft Südafrikas auszuwirken. Erfolgreich scheint — vor allem in den USA — auch der Versuch zu sein, Banken zu einem Rückzug aus ihrem Südafrika-Geschäft zu zwingen. Die Bank of America, die Chase Manhatten Bank und erst kürzlich die Citibank haben erklärt, daß sie künftig keine Kredite mehr an staatliche oder halbstaatliche Institutionen vergeben werden. Das bedeutet jedoch keineswegs den vollständigen Rückzug aus Südafrika. Die Citibank wird nach eigenem Bekenntnis nicht einmal ihre Bankgeschäfte reduzieren, da sie ihre Geschäfte im privaten Sektor ausweiten wird.

Inzwischen haben bereits 5 Bundesstaaten sowie 14 Städte beschlossen, keine Anleihen und Aktien solcher Unternehmen zu halten, die mit Südafrika Geschäfte machen. In 10 weiteren Bundesstaaten und in vielen Städten werden



Beerdigung von schwarzen Opfern eines Polizeieinsatzes bei Uitenhage

ähnliche Schritte überlegt bzw. vorbereitet.

Die Vereinigten Staaten sind nicht nur größter Handelspartner Südafrikas, auch rund ein viertel der direkten und indirekten ausländischen Investitionen kommen von US-amerikanischen Unternehmen. Allerdings ist die Gesamtsumme der Investitionen seit 1981 von 2,6 Mrd. Dollar auf heute 2,3 Mrd. zurückgegangen. 30 Unternehmen haben in dieser Zeit Südafrika verlassen (unter anderem Coca Cola), während nur noch 11 hinzukamen. Insgesamt sind allerdings noch immer mehr als 280 US-Firmen in Südafrika tätig.

Obwohl das verringerte Engagement wahrscheinlich in erster Linie auf die anhaltende Rezession zurückzuführen ist, dürften auch die anhaltenden politischen Probleme des Apartheid-Regimes eine Rolle gespielt haben bei diesen Entscheidungen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat kürzlich ein Gesetz gebilligt, das künftig verbietet:

— daß an die südafrikanische Regierung Kredite vergeben werden,
— daß in Südafrika investiert wird,
— das amerikanische Computer sowie Nukleartechnologien geliefert werden und außerdem,
— daß in den USA Krügerrand verkauft werden.

Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß dieses Gesetz, zumindest nicht in dieser Fassung, rechtswirksam werden wird. Reagan wird wahrscheinlich sein Veto einlegen, das nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Kongresses zurückgewiesen werden kann. Dennoch dürfte dieses Gesetz nicht ohne Rückwirkung auf Südafrika bleiben. Hatte doch schon die Ankündigung der Citibank, sie wolle sich aus dem Geschäft mit der südafrikanischen Regierung zurückziehen, einen tiefen Schock in der südafrikanischen Industrie ausgelöst.

Ähnliche Maßnahmen sind schon beschlossen oder geplant in Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich. Lediglich in der Bundesrepublik kommt die Boykottkampagne nicht vorwärts. Es ist kein Zufall, daß gerade bundesdeutsche, aber auch schweizerische Banken dafür sorgen, daß Südafrika weiterhin die dringend benötigten Kredite erhält. Erst kürzlich plazierte die „South African Electricity Supply Commission" (ESCOM), mit Hilfe der „Bayerischen Hypotheken und Wechselbank" eine 50 Millionen Rand Anleihe auf dem europäischen Markt.

Die Wirtschaftspolitik der südafrikanischen Regierung

Die nun schon seit vielen Jahren anhaltende Wirtschaftskrise hat den politischen Handlungsspielraum der südafrikanischen Regierung erheblich eingeengt. Aufgrund wachsender Ausgaben ist sie gezwungen, den Staatshaushalt mit einer erhöhten Kreditaufnahme und erhöhten Steuern zu finanzieren. Ende 1983 betrug die Staatsverschuldung 30,6 Mrd. Rand. Finanziert wurden sie durch Zwangsanleihen im Inland, aber auch durch Anleihen im Ausland. Die Gesamtauslandsverschuldung des Staates und der staatlichen Unternehmen stieg von 6 Mrd. Dollar 1981 auf 13 Mrd. Dollar 1984. Um die

wachsende Staatsverschuldung einzuschränken sah schon der Haushalt 84 eine Kürzung der Staatsausgaben um real 2% vor, auch der Haushalt für das Jahr 85/86 sieht wieder eine Kürzung der Ausgaben in Höhe von 3% vor. Tatsächlich hat die Regierung in diesem Jahr schon die Zulagen der öffentlichen Bediensteten um 5% gesenkt. Die Pläne, die Gehälter im Staatssektor den Löhnen im privaten Sektor anzugleichen sowie die Zahl der Beamten zu reduzieren, wurden jedoch stillschweigend begraben. Da mehr als ein Drittel der berufstätigen Weißen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, schien der Regierung das mit einem Stellenabbau verknüpfte politische Risiko zu hoch. Inwieweit sich die Sparpläne der Regierung realisieren lassen ist ohnehin fraglich. Im letzten Haushaltsjahr überstiegen die Ausgaben die Budgetansätze um real 5%. Die höheren Ausgabe hingen vor allem mit den zusätzlichen Ausgaben zusammen, die für die dürregeschädigte Landwirtschaft aufgebracht werden mußten. Aber auch mit der Notwendigkeit, das Apartheidsystem zu erhalten und abzusichern. Bei den Ausgaben für das Militär und für die „Totale Strategie" lassen sich kaum Einsparungen vornehmen, da sie systemnotwendig sind.

Die Regierung hat aber nicht nur versucht, mittels eines Austeritätsprogrammes die Ausgaben zu reduzieren, sondern gleichzeitig auch ihre Einnahmesituation zu verbessern. Seit Juni letzten Jahres wurden die Allgemeinen Verkaufssteuern (vergleichbar einer Umsatzsteuer) von 7% auf 12% angehoben. Dies trifft vor allem die untere Einkommensschicht, die ihr gesamtes Einkommen für Konsumgüter aufwenden müssen. Darüberhinaus hat die Regierung aber auch die Steuern für einige Unternehmen erhöht (Banken, Minen). Es ist offensichtlich, daß diese Maßnahme lediglich an den Symptomen der Wirtschaftskrise kurieren. Obwohl die gegenwärtige Krise auch konjunkturelle Gründe hat, sind letztlich strukturelle Ursachen, die vor allem in der Apartheidpolitik begründet liegen, ausschlaggebend. Der Ausschluß der schwarzen Mehrheit von der politischen und wirtschaftlichen Macht hat der südafrikanischen Wirtschaft zwar in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg günstige Voraussetzungen für ein schnelles Wachstum geboten. Doch nun zeigt sich immer deutlicher, daß dieser ursprüngliche Vorteil umschlägt und die Akkumulation des Kapitals behindert.

Die krass ungleiche Einkommensverteilung hatte zur Folge, daß sich der Binnenmarkt hauptsächlich auf die weiße Minderheit beschränkte. Dadurch wurde letztlich eine breite Industrialisierung verhindert; in wesentlichen Bereichen der Industrie ist Südafrika noch immer auf den Import moderner Technologien angewiesen. Die geringe Produktivität der südafrikanischen Wirtschaft hängt ebenfalls mit der Apartheidpolitik zusammen: Sie verhindert, daß der Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Nachteilig für die Wirtschaft wirken sich nun auch die zahlreichen Gesetze aus, die die Mobilität der Schwarzen einschränken. Für die Wirtschaftsverbände Südafrikas ist die Beseitigung dieser Gesetze eine wichtige Voraussetzung, um die Lohnkosten in der Industrie zu senken.

Die politischen Reformen, die Botha initiiert hat bzw. noch anstrebt, sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie stellen einen Versuch dar, die steigenden Kosten, die die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems erforderlich machen, zu reduzieren, ohne dabei wesentliche Teile der politischen und wirtschaftlichen Macht aufzugeben.

„Reformen" der Apartheid?

Der seit 1984 als Staatschef mit diktatorischer Macht herrschende P. W. Botha forderte bald nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident (1978) Südafrikas Weiße auf, sich den Erfordernissen der Zeit „anzupassen oder zu sterben". Er entwikkelte die „Totale Strategie" zur Abwehr des „Totalen Ansturms" der in den Befreiungsbewegungen und den sozialistischen Nachbarstaaten angeblich wirksamen kommunistischen Kräfte. Schon als Verteidigungsminister war er vom damaligen Ministerpräsident Vorster mit den Vorarbeiten für die neue südafrikanische Verfassung betraut worden. 1983 stimmten dann 1,3 Mio. Weiße der Verfassungvorlage Bothas zu (0,7 Mio. stimmte mit nein, 0,3 Mio. enthielten sich); „Nicht-Weiße" wurden erst gar nicht gefragt.

Bevor die Verfassung in Kraft trat, wurden „Farbige" und Inder dazu aufgerufen, eigene Abgeordnete in getrennte Parlamentskammern zu wählen. 82% der Wahlberechtigten boykottierten die Wahlen. Die dennoch gebildeten Parlamentskammern (45 Inder, 85 „Farbige" und 178 Weiße, wovon Zweidrittel der Abgeordneten der Nationalen Partei angehören) debattieren und stimmen getrennt ab.

Die beiden Parlamentskammern beschäftigen sich derzeit mit den von Botha seit langem angekündigten „Reformen". Dazu gehört beispielsweise das 1927 von der Unions-Regierung verhängte Verbot außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Weißen und Schwarzen. Dieses Verbot, das 1950 auf alle „Nicht-Weißen" einschließlich des Ehe-Verbots ausgeweitet wurde, soll nun gelockert werden. Vermutlich werden Ehen von Weißen mit „Farbigen" und Indern zugelassen; der Wohnsitz dieser Ehepaare wird in kleine Großstadtbezirke verlegt; Ehen mit Schwarzen dürften in die Homelands verwiesen werden.

Weiße Großstädte können ab sofort kleine gemischtrassige Gewerbebezirke beantragen. Gemischtrassige Regionalräte (Regional Services Councils, RSC), die sich aus Vertretern der weißen, „farbigen", indischen und schwarzen Wohnorte zusammensetzen, erhalten eigene Steuerzuweisungen, die sich aus den jeweiligen Einkommen der getrennten Lokalverwaltungen ergeben. Entsprechend der niedrigeren Einkommen in den schwarzen, indischen und „farbigen" Wohnorten verfügen die Lokalverwaltungen dann auch über einen geringeren Etat.

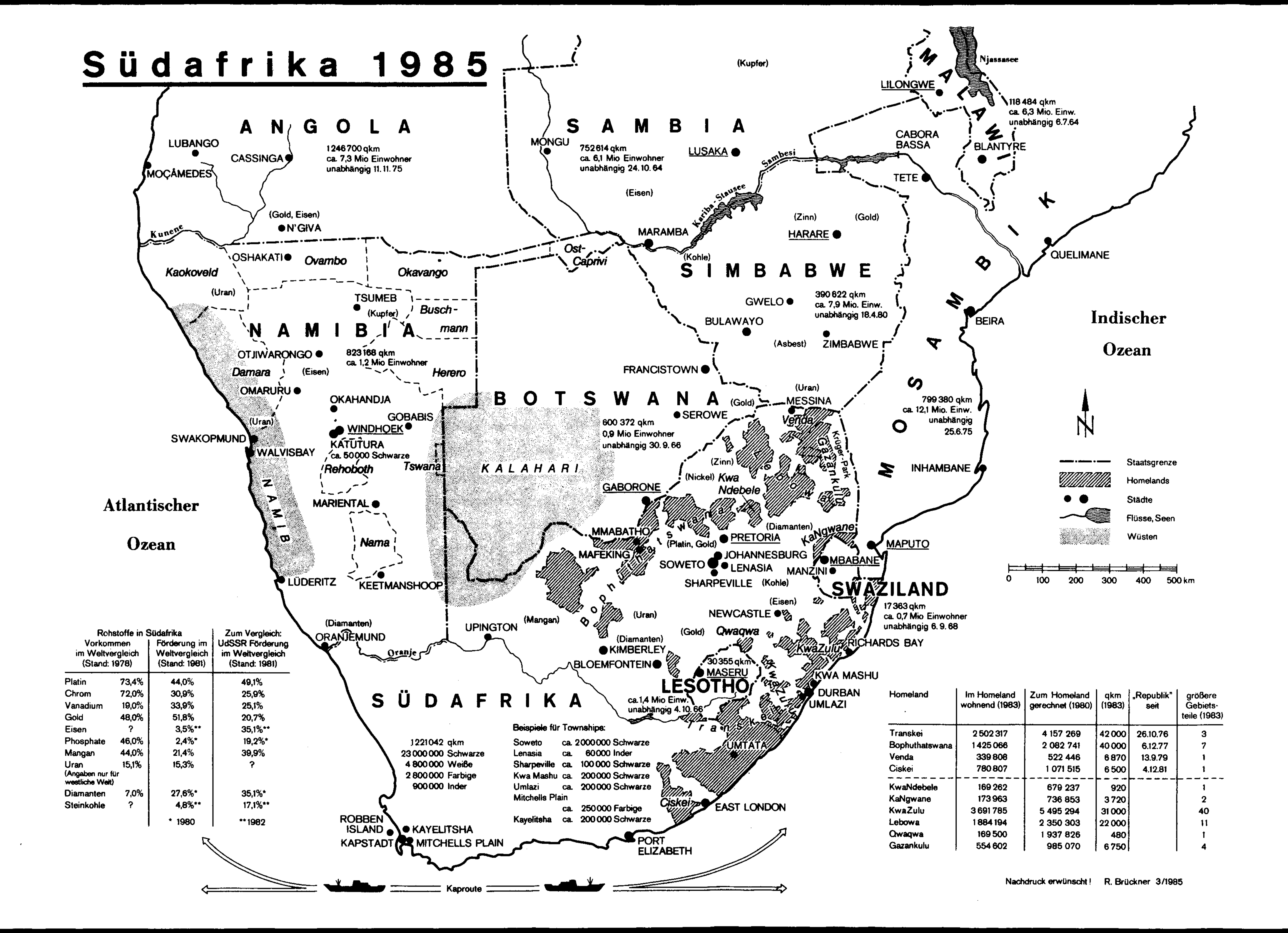
Nach dieser Bothaschen „Kommunalreform" werden die RSC zuständig sein für die Wasser- und Stromversorgung, Müllabfuhr, Verkehr, Umwelterhaltung, öffentliche Büchereien usw. Keine der Lokalverwaltungen darf mehr als 50% der Stimmen kontrollieren, um zu vermeiden, daß in Städten mit einem überproportional hohen schwarzen Bevölkerungsanteil die Regionalräte von Schwarzen, „Farbigen" oder Indern dominiert werden. Die Weißen haben sich die Mehrheit in jedem Fall gesichert. Diese Art der Einbindung der „farbigen" und der indischen Bevölkerung sowie der schwarzen Kollaborateure in politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene dient wohl eher dazu, die Widerstandsfront anstatt die Apartheid aufzulösen.

Die bisherigen weißen Provinzräte lösen sich ab dem 1.6.1986 auf. Die Parlamente der traditionellen weißen Provinzen (Kap-Provinz, Oranje-Freistaat, Transvaal und Natal) verlieren offenbar an Bedeutung. Die südafrikanische Regierung scheint den von der Buthelezi-Kommission ausgearbeiteten Plan umsetzen zu wollen: das Homeland KwaZulu und die durch ihre britische Vorgeschichte liberalere Provinz Natal werden dem Plan zufolge mit Hilfe gemischtrassiger Gremien enger miteinander verbunden. Möglicherweise sollen die südafrikanischen Provinzen durch die von Botha schon Mitte November '81 angekündigte Einteilung Südafrikas in acht Wirtschaftsregionen ersetzt werden und durch vom Staatspräsidenten eingesetzte Exekutivkomitees kontrolliert werden. Das Gebiet Natal/KwaZulu wäre dann eine der acht Wirtschaftsregionen.

Das hoffnungslos in 40 Territorien zerstückelte KwaZulu, seine Verflechtung mit weißen Farmgebieten und seine Nähe zu den Häfen Durban und Richards Bay sowie der hohe Prozentsatz an Indern bieten offensichtlich die Voraussetzung für die gewisse Einbindung KwaZulus. Inzwischen beklagt sich Buthelezi allerdings darüber, daß Botha nicht wirklich mit ihm verhandele und sich der von ihm und anderen geforderten „Absichtserklärung zur Teilung der Macht" verweigere. Warum sich Botha der Verbindung Natal/KwaZulu entgegenstellt, könnte am von Buthelezi geäußerten Vorschlag liegen, bei Wahlen für eine künftige Regierung nach dem one person — one vote Prinzip zu verfahren.

Die „Farbigen" und Inder, die über eine eigene Parlamentskammer und gemischtrassige Regionalräte zum ersten Mal politisches „Mitspracherecht" erhalten, werden für die Privilegien einige ihrer Geschäftsleute und hochbezahlten politischen Kollaborateure mit der Wehrpflicht

Südafrika 1985



Rohstoffe in Südafrika

	Vorkommen im Weltvergleich (Stand: 1978)	Förderung im Weltvergleich (Stand: 1981)	Zum Vergleich: UdSSR Förderung im Weltvergleich (Stand: 1981)
Platin	73,4%	44,0%	49,1%
Chrom	72,0%	30,9%	25,9%
Vanadium	19,0%	33,9%	25,1%
Gold	48,0%	51,8%	20,7%
Eisen	?	3,5%**	35,1%**
Phosphate	46,0%	2,4%*	19,2%*
Mangan	44,0%	21,4%	39,9%
Uran (Angaben nur für westliche Welt)	15,1%	15,3%	?
Diamanten	7,0%	27,6%*	35,1%*
Steinkohle	?	4,8%**	17,1%**
		* 1980	**1982

Homeland	Im Homeland wohnend (1983)	Zum Homeland gerechnet (1980)	qkm (1983)	„Republik" seit	größere Gebietsteile (1983)
Transkei	2502317	4157269	42000	26.10.76	3
Bophuthatswana	1425066	2082741	40000	6.12.77	7
Venda	339808	522446	6870	13.9.79	1
Ciskei	780807	1071515	6500	4.12.81	1
KwaNdebele	169262	679237	920		1
KaNgwane	173963	736853	3720		2
KwaZulu	3691785	5495294	31000		40
Lebowa	1884194	2350303	22000		11
Qwaqwa	169500	1937826	480		1
Gazankulu	554602	985070	6750		4

Nachdruck erwünscht! R. Brückner 3/1985



Polizeieinsatz gegen eine Demonstration

bezahlen lassen müssen. Ihre Einführung ist von hohen Militärs längst angekündigt, wurde aber wegen der umstrittenen Verfassungsreform zunächst zurückgestellt. Grundsätzlich ändern die angestrebten „Reformen" nichts am Stauts der „Farbigen" und Inder. Denn ihre Rechte bleiben weiterhin beschränkt: sie werden in bestimmte Wohnbezirke verwiesen, Bildung, höhere Löhne, Renten, bessere Gesundheitsversorgung etc. bleiben ihnen auch weiterhin verschlossen.

Zum „Reformprogramm" Bothas gehört auch ein neues Paßgesetz: **Alle** Südafrikaner sollen — seit 1979 angekündigt — einen gemeinsamen Paß erhalten. Darin werden jedoch wie bisher Rassen- und Klassenmerkmale festgehalten, d. h. „weiß", „asiatisch" (indisch), „farbig" und „schwarz"; bei Schwarzen wird auch das „Homeland" engetragen, dem jeder Schwarz-Südafrikaner zugeordnet ist. Die ca. 9 Millionen Schwarze, die seit 1976 in die „Homeland-Republiken" (Transkei, Bophuthatswana, Venda, Ciskei) ausgebürgert wurden und damit ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft verloren haben, werden als **Ausländer** behandelt.

Doch dieser Paß wird sie als Bürger der immer deutlicher geforderten Föderation (Confederation) of South Africa ausweisen. Wenn das westliche Ausland diesen Coup akzeptiert, sind indirekt alle „Homelands" anerkannt, und Disinvestment- und Boykottbemühungen werden schwieriger werden. Eine verfassungsmäßig eng gefaßte Föderation — von „Homeland-Ministerpräsidenten" wie Buthelezi (KwaZulu) und Mantanzima (Transkei)[1] udd Industriellen wie H. Oppenheimer angestrebt — wird in letzter Zeit stärker diskutiert als die von Botha lange favorisierte lockere Konföderation.

Die Bevölkerungsmehrheit jedenfalls will ein einheitliches, nicht zerstückeltes Südafrika. Sie will eine verfassungsgebende Nationalversammlung der wirklichen Repräsentanten aller Bevölkerungsgruppen wie sie seit langem der ANC, UDF, der Südafrikanische Kirchenrat und andere fordern.

Inzwischen hat die Regierung, ähnlich wie in Namibia, ein „Vielparteien-Forum" gebildet, das die „künftigen politischen Rechte und Strukturen für Schwarze mit Schwarzen" erörtern soll. Die Parlamentsparteien haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Konservative Partei, die Reformen ebenso ablehnt wie die Reformierte Nationale Partei (HNP) einerseits und die Sprecher der gewaltfreien Widerstandsorganisationen UDF, Indian Congress u. a. nehmen nicht teil. Vertreter der „Homelands" und der desolaten schwarzen Town Councils werden mitmachen, obwohl sie in ständiger Furcht vor der eigenen Bevölkerung leben, die ihre Kollaboration entschieden ablehnt.

34 sogenannte Stadträte (Town Councils) sollten Ende 1983 von den im „Gebiet der Weißen" daueraufenthaltsberechtigten Schwarzen[2] gewählt werden (geplant waren 103 solcher Councils). 72 % boykottierten diese Wahl. Die dennoch eingesetzten „Räte" erhöhten, um sich zu finanzieren, die Miet- und Strompreise. Sie trugen so zu den seit September '84 anhaltenden Unruhen bei, in deren Verlauf einige „Räte" getötet und Wohnhäuser verbrannt wurden. Die meisten traten zurück. Der Südafrikanische Rat der Kirchen nennt für April 8'4 noch drei amtierende Councils. Die Zerstörung des Council-Systems verunsichert die Kollaborateure bei Polizei, Militär, Spitzelwesen, Verwaltung, Schule und den „Homeland"-Hierarchien. Die Regierung hat diese Leute größtenteils bewaffnet oder schützt sie polizeilich und sondert sie immer mehr aus.

Die zehn Homelands hatten Vorläufer in den Eingeborenen-Reservaten der britischen Kolonialverwaltung in Natal und der deutschen in Südwestafrika. Ihre Lage, Zerstückelung und Zuordnung zu den Farmen, Minen, Industrie- und Wohngebieten der Weißen weist sie als riesige Lager aus, in denen billige Arbeitskräfte heranwachsen, in die Kranke, Alte und Streikende abgeschoben werden. Sie sind die Armenhäuser der Reichen. von den dort 11,6 Mio. Lebenden vegetieren 9 Mio. Menschen unterhalb der absoluten Armutsgrenze (1983). 72 % des Nationaleinkommens bringen die im „weißen Gebiet" arbeitenden, unterbezahlten Wanderarbeiter[3]. 80 % ihrer Staatshaushalte finanziert die Regierung in Pretoria. Vier (Transkei, Bophuthatswana, Venda, Ciskei) wurden seit 1976 zu „unabhängigen Republiken" eklärt. Das winzige KwaNdebele, nördlich Pretoria, soll Ende '86 folgen.[4]

KaNgwane soll an Swaziland abgetreten werden, das praktisch ein elftes „Homeland" ist. Die anderen, die nicht unabhängig werden wollen, erhalten mehr „Selbständigkeit" und werden weiter aus der Republik Südafrika hinausgedrängt. Ziel ist offenbar die Föderation (Confederation) aller „Homelands" der RSA. Darüber hinaus soll eine wirtschaftlich-militärische Constellation (Confederation) of States in Southern Africa entstehen mit

Swaziland, Lesotho, Botswana, Namibia und möglichst Mosambik, Malawi und anderen. Das System schiene dann für länger gesichert und die anstößige unwirtschaftliche Rassentrennung durch eine (scheinbar) menschlichere gemischtrassige Klassentrennung ersetzt.

„Total Strategy" zielt auf „Reform" des Apartheidsystems einerseits, auf Destabilisierung der Nachbarstaaten und Zerschlagung der Befreiungsbewegungen andererseits. Südafrikas Wirtschaft und ihren westlichen Partnern verläuft dieser Prozeß zu langsam oder als zu gefährlich. Die sechs großen Wirtschaftsverbände des Landes, die die über 80 % der Arbeitsplätze verfügen, forderten Anfang Januar: „Bedeutsame Beteiligung der Schwarzen am politischen Leben, einschließlich Wahlrecht", „Südafrikanische Bürgerschaft für alle"[4] usw. Diese Formulierungen lassen jedoch alles offen, denn hier wird nichts zum **allgemeinen** Wahlrecht und **gleichen** Bürgerrechten aller in einem ungeteilten Südafrika gesagt, noch beziehen die Wirtschaftsverbände konkret Stellung zu Wahl- und Bürgerrechten der Menschen in den „Homelands" oder in einer Föderation (Confederation) of South Africa. Sie bevorzugen offensichtlich die Föderation, denn zu ihrem Konzept gehört die von der Regierung verkündete Überprüfung der Zwangsumsiedlungen, die „Freizügigkeit" für schwarze Arbeitssuchende und der Grunderwerb für aufenthaltsberechtigte Schwarze in den Ghettos. Doch die Ausführungsbestimmungen sind stets so trickreich, daß alte Diskriminierungen durch neue ersetzt werden. (Zur „Freiwilligkeit" der Umsiedlungen, siehe Artikel in diesem Heft). Die Forderung nach „Freizügigkeit" widerspricht außerdem der Gesetzesvorlage (Urbanization Bill) von 1984, die den illegalen Aufenthalt von Schwarzen in „weißen Gebieten" mit 500 Rand oder/und 6 Monaten Haft, Eigentumsentzug, zwangsweiser Rückbeförderung ins „Homeland" bedroht. Die Beschäftigung von „Illeaglen" kann mit 5.000 Rand und/oder einem Jahr Haft bestraft werden.

Bürgerkrieg und Widerstand

Acht Kirchen, die Kath. Bischofskonferenz und der Südafrikanische Rat der Kirchen (SACC) erklärten schon im März '83: „Der Bürgerkrieg eskaliert". B. Naudé, der 70jährige burische Generalsekretär des SACC, bestätigte kürzlich „Südafrika befindet sich im Bürgerkrieg." Tatsachen sind: „Fortgesetzte Zusammenstöße zwischen Polizei und Zivilisten, ständiger Einsatz der südafrikanischen Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei, Zusammenbruch der staatlichen Behörden in den Townships, terroristische Akte zwischen Schwarzen und Weißen und Schwarzen und Schwarzen, Mangel an Widerhall seitens des Rechtes, der Medizin und der Medien." Er warnte, die Gewalt führe zu Chaos und Anarchie,"[5] wenn sie andauere.

Im Industriegebiet am Witwatersrand um Johannesburg und Pretoria brachen die Unruhen im September '84 erstmals seit 1976 wieder offen aus, als die Town Councils die Mieten erhöhten und die Verfassung in Kraft trat. Hunderttausende beteiligten sich am Mietstreik, noch Ende Januar '85 waren es 350.000. Über 850.000 Schüler streikte monatelang im ganzen Land. Sie forderten — von Eltern und Lehrern unterstützt — gewählte Schülervertretungen, die Abschaffung der Prügelstrafe und der Altersgrenze. Die Proteste und Demonstrationen in Schwarzen-Ghettos wie Sebokeng, Lekoa, Sharpeville und Boipatong, an denen sich oft mehr als 100.000 Menschen beteiligten, gingen wochenlang durch die Medien in aller Welt. 7.000 Soldaten umstellten nachts Sebokeng, während die Polizei jeden Raum, jeden Bewohner durchsuchte. Im Oktober '84 wurden dort 600 Teilnehmer eines Trauerzuges verhaftet.[6] Trauerzüge ersetzen die seit 1976 verbotenen politischen Versammlungen unter freiem Himmel.

Die bekannte politische Führerin Albertina Sisulu (68) schätzte die Zahl der von der Polizei und vom Militär Getöteten schon im Oktober '84 auf 1.000. Die Verwundeten sind nicht zählbar. Viele lassen sich in den Hinterhöfen behandeln aus Angst, in Arztpraxen oder Krankenhäusern der Polizei übergeben zu werden. Berichte über die leidvolle Situation in den Townships am Witwatersrand, am Ostkap und anderswo liegen von der weißen Frauenorganisation Black Sash, von weißen Parlamentsabgeordneten (PFP) und vom Nationalen Kirchenrat vor. Die Medien unterliegen strengster Zensur und spiegeln die Ereignisse entsprechend den Regierungsauflagen wider.

Die Unruhen am Ostkap

Die Unruhen griffen Anfang 1985 auch auf das Ostkap mit dem Zentrum Port Elizabeth über. Sie wurden durch Schüsse der Polizei auf 3.000 Teilnehmer eines Trauerzuges bei Langa/Uitenhage ausgelöst und forderten mehr als 40 Tote. Erstmals kam es auch zu Widerstand und Protesten in den angrenzenden „Homelands" Ciskei und Transkei. Dies zeigt, daß sich der Protest auch auf die teilindustrialisierten, landwirtschaftlich völlig vernachlässigten Gebiete ausweiten kann — im Gegensatz zu den Industriezonen Witwatersrand und Ostkap.

Der Widerstand am Ostkap kann allerdings auf eine besondere Geschichte zurückblicken: Hier versuchten im 18./19. Jahrhundert die Xhosa-Krieger das Vordringender weißen Siedler zu verhindern. Hier fand der 1912 gegründete ANC (Mandela) starken Rückhalt und hier entstand ein besonderers Hinterland der Bewußtseinsbewegung (Steve Biko). Hier gründete sich die Port Elizabeth Black Civic Organization (PEBCO), die zum Modell zahlreicher Bürgerschaftskomitees im ganzen Land wurde.

Das Gebiet um Kapstadt ist seit 1976 unruhig. Die Zwangsumsiedlung der 100.000 Crossroads-Bewohner nach Kayelithsha, der alle Bewohner anderer Schwarzen-Ghettos folgen sollten, sind Grund genug. Die am Kap beheimatete „Farbigen" Bevölkerung ist seit den Pro-

testen und Leiden der Jugend 1976/77 und 1980 zunehmend unruhig.

Im Gebiet um Durban wurden Unruhen bisher durch die Pretoria ergebene Machtausübung von G. Buthelezi und seiner Inkatha-Organisation verhindert. Ähnliches gilt für die im Norden liegenden Gebiete Venda und Bophuthatswana.

Der Südafrikanische Rat der Kirchen und die Katholische Kirche sind Teil des Widerstandes geworden. Ähnliches läßt sich auch für Teile der Anglikanischen und Methodistischen Kirche sagen, besonders für die „nicht-weißen" reformierten Kirchen. Aufforderungen von Kirchenführern wie A. Boesak, der Südafrikas Kirchen zum zivilen Ungehorsam aufruft (1979) und B. Naudés Aufruf zum zivilen Widerstand (1985), sprechen für sich; ebenso die indirekten Boykottaufrufe von Bischof Tutu und anderen.

Streiks schocken Regierung und Wirtschaft

Der Stay away (Wegbleiben von der Arbeit) am 4./5. November 1984, dem kleinere vorausgingen und folgten, schockte Wirtschaft und Regierung. Stay aways gehören seit den 50er Jahren zum gewaltfreien Kampf gegen die Apartheid. Zum November Stay away, an dem 1 Million Arbeitnehmer teilnahmen, riefen alle am Witwatersrand vertretenen schwarzen Gewerkschaften, politischen Organisationen, Bürgerkomitees, Jugendorganisationen und kirchliche Gruppen gemeinsam auf. Wirtschaft und Regierung fürchteten nach diesem Erfolg Wiederholung und Ausweitung des Streiks. Die SASOL-Betriebe II und III entließen nach dem November-Streik 6.000 der 6.500 Arbeiter, die sofort in die „Homelands" abtransportiert wurden. Etwa 4.300 wurden wegen der Streikandrohung der schwarzen Chemiearbeitergewerkschaft wieder eingestellt.

Legale Streiks sind Schwarzen so erschwert, daß seit der Zulassung schwarzer Gewerkschaften (1979) höchstens einer oder zwei offiziell erlaubt wurden. Illegale Streiks häufen sich in den letzten Jahren daher zu hunderten. Mit **offiziell** 469 Streiks (182.000 Beteiligte und 378.000 verlorene Arbeitstage) war 1984 das streikreichste Jahr in der Geschichte der Republik Südafrikas.

Die erwartete Förderation großer schwarzer Gewerkschaftsverbände wie FOSATU (Federation of South Africa Trade Unions) und CUSA (Council of Unions of South Africa) mit 24 Einzelgewerkschaften und ihren 300.000 Mitgliedern stärkt den schwarzen Widerstand.

Einzelgewerkschaften wie SAAWU (South African Allied Workers Union, 130.000 Mitglieder) und GAWU (General Allied Workers Union, 45.000 Mitglieder) und andere, die die staatliche Anerkennung ablehnen, werden sich wegen politischer Differenzen an der Föderation nicht beteiligen. Zwar sind von 6 Millionen ökonomisch aktiven Schwarzen erst 0,7 gewerkschaftlich organisiert, die Zahlen wachsen aber stetig.

Regierung und Unternehmer wollen die wachsende Macht schwarzer Gewerkschaften brechen: gewerkschaftlich Organisierte und Engagierte werden nach Massenentlassung (auch aufgrund von Streiks) nicht wieder eingestellt.[7]

Organisation des Widerstandes

Analysen südafrikanischer Zeitungsberichte und mündliche Befragungen ergeben seit langem, daß der Afrikanische Nationalkongreß ANC und sein politisches Programm — die vor 30 Jahren proklamierte Freiheitserklärung[8] — von der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung entschieden bejaht und unterstützt wird. Der größte Teil der Anfang der 70er Jahre entstandenen und 1977 verbotenen Schwarzen Bewußtseinsbewegung (BCM) wandte sich dem ANC zu. Nachfolgeorganisationen wie AZAPO (Azania People's Organization) und das von ihr im Kampf gegen die südafrikanische Verfassung gebildete National Forum (NF) sowie andere Gruppierungen vertreten weiterhin BCM-Positionen. Nach ihrer Vorstellung soll in der künftigen „Arbeiterrepublik Azania" die schwarze Arbeiterklasse alle „Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches" kontrollieren[9]. Im Gegensatz zur AZAPO und dem NF sind beim ANC und UDF auch Weiße und Angehörige der Mittelklasse Mitglieder. NF tritt aber wenig in Erscheinung und PAC, der 1958 vom ANC abgespaltene Pan Africanist Congress wird in der Presse kaum noch erwähnt.

Die ebenfalls im Kampf gegen die Verfassung enstandene United Democratic Front (UDF) zählt inzwischen 700 Mitgliederorganisationen, darunter 18 Gewerkschaften und der englischsprachige weiße Studentenverband NUSAS. UDF wird von der Regierung mit Verboten und Prozessen verfolgt. Staatspräsident Botha und der für „Gesetz und Ordnung" zuständige Minister le Grange, beschuldigen die UDF, mit dem seit 1960 verbotenen ANC und der verbotenen (1950) Kommunistischen Partei zusammenzuarbeiten und für die Unruhen verantwortlich zu sein. Sie bereiten wahrscheinlich ein UDF Verbot vor, das aber die Unruhen vorraussichtlich nur steigern wird.

In einem im April verbreiteten Flugblatt ruft ANC zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung auf. **„Ein lang anhaltender Arbeitsstopp von den unterdrückten Gemeinschaften gedeckt und von bewaffneten Aktivitäten unter-**



stützt, kann das Rückgrat des Apartheidsystems brechen." Die Gemeinschaften in den Schwarzen-Ghettos sollen die Town Councils durch Bürgerkomitees ersetzen. Die Jugend soll sich in kleinen mobilen Einheiten organisieren und die Menschen vor antisozialen Elementen, dem Feind und seinen Agenten schützen und jedes schwarze Gebiet zum „no go area" machen. Waffen sollen vom Feind genommen und situationsgerechte Kampfformen entwickelt werden — zusammen mit dem militärischen ANC-Flügel, Umkhonto we Sizwe. Schwarze, die in der Apartheidmaschinerie arbeiten, sollen zurücktreten, sie funktionsfähig machen. Armeepflichtige Weiße sollen den Dienst verweigern. Soziale, religiöse, kulturelle, bürgerschaftliche und sportliche Institutionen sollen die Volksbefreiung fördern. Die Weißen sollen ihre Unterstützung der Apartheid beenden und mit demokratischen Weißen am Kampf teilnehmen. Umkhonto soll mehr und mehr bewaffnete Polizei und Armeekräfte angreifen und von allen unterstützt werden. Der Aufruf schließt: „Macht Apartheid arbeitsunfähig und das Land unregierbar!"

Das ist im Gang. In Townships um Uitenhage und Port Elizabeth übernahmen Bürgerschaftskomitees vorübergehend die Kontrolle.[10] Armeeeinheiten in Schützenpanzern und von Hubschraubern begleitet, stellen die „Ruhe und Ordnung" wieder her. Verteidigungsminister Malan kündigte die Möglichkeit verstärkter Armeeeinsätze an.[11] Die Verhängung des Kriegsrechts erübrigte sich, so Professor J. Dugard, Johannesburg, da schon mit entsprechenden Gesetzen regiert wird.

Der ANC hat noch für 1985 einen Kongreß angekündigt (vermutlich in Tanzania), auf dem die gegenwärtige Situation, Kampfmaßnahmen, vielleicht auch ein Verhandlungsangebot an Pretoria erörtert werden soll. Ob auch eine Diskussion über die Umsetzung der Ziele der 30 Jahre alten Freiheitserklärung beginnt, bleibt abzuwarten. Diese Diskussion beträfe vor allem die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen wie „Nationalisierung" der „Bodenschätze, Banken und Monopolindustrien", die Steuerung „aller weiteren Industrien und des Handels" sowie die Umverteilung des Landbesitzes.[12] Inwieweit hier die Entwicklung und Erfahrungen, z. B. der sozialistischen Staaten miteinbezogen werden, ist nur schwer abzusehen. AZAPO, NF und andere Gruppen des Widerstandes haben gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Inhalten der Freiheitserklärung unterschiedliche, nicht ausdiskutierte Ideen.

Vorgänge wie bei den Machtübernahmen der Befreiungsbewegungen in Mosambik und Angola (1975), d. h. plötzlicher Abzug der weißen Mittel- und Führungsschicht mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen, scheiden für Südafrika und Namibia aus. Lösungsversuche, ähnlich denen von Zimbabwe, sind eher zu erwarten.

Seit Monaten wird in südafrikanischen Zeitungen über inoffizielle ANC-Kontakte der Regierung und über zu erwartende offizielle Gespräche spekuliert. Sollte es dazu und zu wirksamen Kompromissen kommen, werden Veränderungen eintreten, die das Land dringend braucht; die Ziele der Freiheitserklärung werden damit noch lange nicht erfüllt werden. Fanatische weiße rechtsradikale Organisationen wie die „Afrikaner Weerstandsbeweging"[13] wollen dann „das Gesetz in die eigenen Hände" nehmen. Verteidigungsminister General Malan deutete eine offene Militärherrschaft[14] an, die seit Jahren verdeckt praktiziert wird.

Das Schicksal aller Nachbarländer hängt von der Entwicklung Südafrikas ab. Angola, Zimbabwe, Mosambik und andere haben keine Kraft, sich zu wehren. Namibia wird im Juni die angekündigte gesetzgebende Interimsregierung erhalten, die eine Verfassung ausarbeiten und die Volksabstimmung erzwingen soll. Daß hierbei auch bundesdeutsche regierungstreue Organisationen eine Rolle spielen, zeigte sich erst kürzlich: die Konrad-Adenauer-Stiftung hielt im Mai 1985 ein Seminar über namibische Verfassungsprobleme ab.

Die bundesdeutsche Wirtschaft verkaufte 1984 für 5,47 Mrd. DM Waren — vor allem hochtechnologische Produkte — an Südafrika und exportiert damit mehr als jedes andere Land. Bundesdeutsche Banken vergaben im gleichen Zeitraum 1,6 Mrd. Kredite und Anleihen.[15]

Vertreter großer Unternehmen, die Anfang 1985 massive Veränderungen und verstärkte Investitionen forderten, berieten im März in England mit einflußreichen englischen, schwedischen und nordamerikanischen Wirtschaftlern ihre weiteren Maßnahmen.[16] Einzelheiten wurden nicht veröffentlicht. Ein Gesetzesentwurf zur verstärkten Wirtschaftsförderung südafrikanischer Schwarzer liegt dem US-Senat vor, der, falls das Apartheidsystem sich nicht ändert, ab 1987 Sanktionen vorsieht.[17] Der Druck des US-Senats könnte Bothas wirtschaftlicher Dezentralisierungspolitik nicht ungelegen sein, die er im November 1979 führenden Wirtschaftlern in Johannesburg vorstellte und detaillierte. Seither wurden 2,4 Mrd. Rand von der 1983 gegründeten Entwicklungsbank für 11 Dezentralisierungs- und 49 Entwicklungsgebiete (28 in „Homelands") ausgegeben ohne kontrollierbare Wirkung[18].

Einflußreiche Verfechter des Gesetzesentwurfs des US-Senats befürworten inzwischen die schärfere Vorlage des Repräsentantenhauses: das Verbot von Krediten an die Apartheid-Regierung, Einfuhrstopp für den Krügerrand, Kohle und Uran sowie keine Ausfuhren von Computern. Man schätzt, daß neuerdings 90 % der 25 größten US-Geldinstitute der südafrikanischen Regierung Kredite verweigern.[19] Die international hochgradig verflochtene südafrikanische Wirtschaft und deren Geldgeber scheinen entschlossen, das Apartheid-System zu opfern, um Investitionen und Verdienstmöglichkeiten zu retten.[20]

Waren- und Geldgeschäfte fördern das System, das südafrikanische Bischofe seit langem in engster Nähe zum deutschen Faschismus sehen. Umso wichtiger sind die Bemühungen der vielen Einzelpersonen und Gruppen, südafrikanische Waren zu boykottieren, Konten bei Banken, die das Apartheidsystem finanzieren, zu kündigen und ein öffentliches Bewußtsein zu schaffen, das einen wirksamen Boykott ermöglicht. Unser Menschsein verlangt eine Beseitigung des unmenschlichen Systems und jeder Art seiner Unterstützung. Befreiungsvorgänge dort wie hier hängen miteinander zusammen.

Walter Hättig (Wirtschaftskrise)
Reinhard Brückner (Reformen)

Anmerkungen:

1 Diese sowie Repräsentanten von Gazankulu, Qwaqwa KaNgwane, KwaNdebele, der Afrikanischen Föderativen Handelskammer (NAFCOC) und anderen lehnten im Oktober '83 die Verfassung ab und verlangten die Einberufung einer Nationalversammlung, Sowetan, 7. 10. 83.

2 Von den ca. 11 Mio. im „Gebiet der Weißen" lebenden Schwarzen haben nach Schätzung von Black Sash ca. 1,5 Mio. (1980) eine Daueraufenthaltsberechtigung, nach anderen Angaben 5 Mio. (Star, 25. 3. 85)

3 Ermittlung der Südafrikanischen Entwicklungsbank, RDM 20. 4. 84

4 Star weekly, 14. 1. 85

5 Star weekly, 8. 4. 85

6 Die Regierung nennt inzwischen 10.000 Festnahmen seit September '84, Citizen, 30. 4. 85

7 Im April '85 wurden 14.000 der insgesamt 40.000 Arbeiter des größten Goldbergwerks der Welt (Val-Reef, der Anglo Cooperation gehörend), 270 km westlich Johannesburg, gefeuert. Am gleichen Tag entließ das Goldbergwerk Hartebeesfontein (Anglo Vaal Group) 3.000 Arbeiter, FR, 29. 4. 85, Star weekly, 13. 5. 85. Sie hatten wegen der Entlassung einiger Kollegen gestreikt.

8 Der Grundsatz lautet: „Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen", voller Text in: Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn 1977

9 NF-Manifest von 1983, revidiert 1984 in: South African Outlook, okt. '83, das auch den Wortlaut des UDF-Programmes enthält

10 Sowetan, 29. 4. 85

11 Citizen, 30. 4. 85

12 Bemerkenswert ist die von N. Mandela gegenüber dem britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethel geäußerten Bemerkung: „Ich schätze die Sowjetunion, weil sie den Rassismus ablehnte und die Befreiungsbewegungen unterstützte... Das bedeutet nicht, daß ich mit ihrer internationalen Politik einverstanden bin." (Europa-Parlament, Unterausschuß Menschenrechte, 7. 2. 85, PE 95804, S. 10)

13 Star, 1. 5. 85

14 Citizen, 20. 4. 85

15 FR vom 7. und 10. 5. 84

16 Financial Times, 9. 3. 85

17 Argus, 29. 4. 85

18 Sunday Times, 14. 4. 85

19 RDM, 10. 4. 85

20 Der Profit nach Steuerabzug betrug 1984 durchschnittlich 18 %

Verwendete Quellen

1 Update No. 3/June 1985; South Africa in the 1980s. Hrsg.: Catholic Institute for International Relations.

2 issa, Nr. 4/85; S. 22ff

3 Star weekly 21. 1. 85; RDM 12. 3. 85; Star 26. 4. 85; Guardian 24. 12. 84; NZZ 20. 1. 84; 24. 2. 84; 6. 6. 84; 1. 6. 84; 30. 11. 84; BfAI/NfA 1. 2. 85; 9. 1. 85; 1. 4. 84; 9. 8. 84; 6. 2. 85; 8. 4. 84; Le Monde 20. 5. 85; FAZ 27. 3. 85; 22. 2. 85; 5. 11. 84; FT 8. 1. 85; 2. 5. 85; 4. 4. 85; 6. 2. 85; 10. 1. 85; 3. 4. 85; 12. 2. 85

Freiheitscharta contra Black Consciousness?

Die Befreiungsbewegung Südafrikas wird seit jeher von verschiedenen ideologischen Strömungen unterschiedlicher Stärke und Programmatik getragen. Die Versuche, den Widerstand zu vereinen, sind so alt wie die Opposition der Schwarzen gegen die weiße Herrschaft. Zumeist scheiterten sie jedoch an grundlegenden strategischen Differenzen, die durchaus praktische Implikationen besaßen. Die Fragmentierung im politischen Widerstand der Schwarzen findet ihre gegenwärtige Fortsetzung in zwei nationalen Allianzen, der United Democratic Front (UDF) und dem National Forum (NF), deren Perspektiven sich mit Etiketten wie „Charteristen" (UDF) oder „Black Consciousness-Bündniss" (NF)[1] nur unzureichend charakterisieren lassen.

Die Freiheitscharta ist noch immer populär

Umfragen in den letzten Jahren haben immer wieder bestätigt, welch bedeutende Rolle der „African National Congress" (ANC) im politischen Bewußtsein der Schwarzen spielt. Der ANC verfügt mit der 1955 vom Volkskongreß in Klipton verabschiedeten Freiheitscharta über ein „nationaldemokratisches" Programm, das mit seiner Forderung nach bürgerlichen Grundrechten sowie der darin enthaltenen Absage an den Rassismus auf ein klassenübergreifendes Bündnis abzielt.[1a] Im Oktober 1981 haben 109 Organisationen die Freiheitscharta in der sogenannten „Durban-Resolution" bekräftigt und damit ihre aktuelle Bedeutung unterstrichen. Die in der Freiheitscharta ebenfalls enthaltenen Forderungen nach Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, die — bei aller Vorsicht — auch eine sozialistische Interpretation der Charta zuließen, wurden indessen nicht mehr bekräftigt.

Der Historiker Tom Lodge glaubt, daß „der gegenwärtige Enthusiasmus für die Freiheitscharta und der offensichtlich niedrigere Stellenwert des radikaleren ‚Strategie und Taktik'-Programmes" des ANC von Morogoro 1969 ein Anzeichen „für eine realistische Einschätzung der Gefahr einer Entfremdung der ständig wachsenden schwarzen Mittelklasse ist."[2]

Noch in diesem Jahr soll die erste Konferenz des ANC nach Morogoro stattfinden. Es mag sein, daß dort starke Kräfte innerhalb des ANC, unter dem Eindruck der sich immer mehr politisierenden unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, die führende Rolle der Arbeiterklasse im Befreiungskampf, wieder mehr hervorgehoben sehen wollen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Freiheitscharta — schon wegen ihrer symbolischen Bedeutung und weiten Verbreitung — nicht erneut als Grundlage des Programms des ANC und der Befreiungsbewegung bestätigt wird.

Saths Cooper, bis Ende letzten Jahres Vize-Präsident von AZAPO (Azanian Peoples Organisation), nannte die Freiheitscharta einmal „das am meisten trennende Dokument" in der Geschichte Südafrikas, weil sie all jenen „altmodischen" Leuten als Vorwand diene, auf die politische Bühne zurückzukehren, „die sich als Interpreten der historischen Fakten für die neue Generation ausgeben". Und, etwas zurückhaltender, als eine Art Blankoscheck, sei die Freiheitscharta gut. „Aber wenn man von einer gänzlich neuen Gesellschaftsform redet, dann verlangt das nach einem anderen Bündel von Minimalforderungen."[3] Es sind nun allerdings gerade die Studenten- und Schülerverbände AZASO (Azanien Students Organisation) und COSAS (Congress of South African Students), die als Balck Consciousness-Organisationen gegründet wurden, die BC-Ideologie indes heute für überholt halten, sich am vehementesten hinter die Freiheitscharta stellen. Auf dem Campus der Universitäten haben sich die Diskussionen um die Charta in jüngster Zeit derart emotionalisiert, daß es zu einer Reihe von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Charta gekommen ist.[4] Daß Universitäten zu Orten werden, an denen unterschiedliche Auffassungen unangemessen hochgespielt werden, ist sicherlich kein südafrikanisches Phänomen; die theoretischen Differenzen sind jedoch zu fundamental in ihrem Charakter, als daß sich die von Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu so oft beschworene Einheit in Widerstand in absehbarer Zukunft herstellen ließe.

Die Gründung neuer Oppositionsbündnisse

Trotz solcher Differenzen hat es 1983 einen qualitativen Sprung im organisierten Widerstand der Schwarzen in Südafrika gegeben: Mit der Gründung des NF und der UDF haben die schwarzen Oppositionsgruppen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder einen Versuch unternommen, die verschiedenen Widerstandseinrichtungen unter einem gemeinsamen Dachverband zu koordinieren. Die Voraussetzungen waren günstig: Zum einen sind seit Ende der 70er Jahre im ganzen Lande zahlreiche Grassroots- und Bürgerrechtsorganisationen entstanden, die den täglichen Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen mit der Militanz der Black Consciousness-Dekade verknüpfen konnten. Zum anderen hatte die Regierung 1982 nicht nur neue Gesetze zur weiteren Reglementierung der Schwarzen, die sog. „Koornhof Bills", angekündigt und z. T. in Kraft treten lassen, sondern auch ihre Pläne zu einer Verfassungsänderung bekanntgegeben, die mit der geplanten Einbindung der „farbigen" und „indischen" Bevölkerungsgruppen und dem permanenten Ausschluß der schwarzen (afrikanischen) Mehrheit die Apartheidstrukturen nur zementieren würden. Die sog. Verfassungsreform erwies sich als das geeignete Generalthema für die Gründung eines Dachverbandes. Als dritter Faktor kam hinzu, daß zahlreiche Organisationen schon Erfahrungen in gemeinsamen Kampagnen gesammelt hatten, z. B. die Kampagne gegen den „Tag der Republik", die alljährlichen Soweto-Gedenkfeierlichkeiten oder der Boykott der Wahlen zum Südafrikanischen Inderrat SAIC Ende 1981.

Es war auf dem Jahreskongreß des Transvaal Anti-SAIC-Komitees im Januar 1983, als der Präsident des Reformierten Weltbundes, Allan Boesak, zu einer gemeinsamen Front aller studentischen, kirchlichen, Frauen-, Gewerkschafts- und Gemeindeverbände des Landes aufrief.

Zu dieser Zeit hatten schon verschiedene Gespräche zwischen Kapstädter Aktivisten aus dem sog. „Disorderly Bill Action Commitee" (DBAC), einem der ersten lokalen Zusammenschlüsse von ca. 60 Organisationen gegen die neue Verfassung, und der AZAPO-Führung stattgefunden, um die Einberufung einer nationalen Konferenz von Schwarzen zu diskutieren. Um ein möglichst breites Bündnis zu erreichen, wurde das NATIONAL FORUM COMMITEE gegründet. Für die Mitgliedschaft in diesem Komitee wurden prominente Persönlichkeiten gewonnen, u. a. die Kirchenführer Desmond Tutu und Manas Buthelezi, Gewerkschaftsführer Phiroshaw Camay (Council of Unions of SA), Frank van der Horst, Präsident des Südafrikanischen Sportrats SACOS, und Neville Alexander (SA Council for Higher Education). Für den 11./12. Juni 1983 berief das Komitee eine Konferenz in Haamanskraal ein. Die Konferenz sollte einem breiten Spektrum von Gruppen, die alle gegen die Apartheid kämpfen, ein Forum für gemeinsame Strategiediskussionen bieten. Mehr als 200 Organisationen schickten 800 Delegierte, die schließlich ein „Manifest des azanischen Volkes" verabschiedeten, das die Resolution der vier auf der Konferenz eingesetzten Kommissionen zusammenfaßte. In dem Manifest, daß auf der NF-Konferenz Ostern 1984 in Pietermaritzburg leicht überarbeitet wurde, wird ein sozialistisches Programm umrissen, daß die „Kontrolle der schwarzen Arbeiter über die Produktionsmittel" vorsieht, „anti-rassistische, anti-imperialistische, anti-sexistische und anti-

kollaborationistische" Prinzipien festlegt und unabhängige Arbeiterklassenorganisierung fordert, die frei von „bürgerlichen Einflüssen" ist.[5]

Das NF hat sich mit dem Manifest ein Programm zu eigen gemacht, daß der „neuen schwarzen Mittelklasse" eine klare Absage erteilt. Die schwarze Kleinbourgeoisie bedient sich zwar z. T. auch der Rhetorik der BC-Philosopie — wie etwa die schwarze Handelskammer NAFCOC (National African Federated Chambers of Cemmerce) —, ist jedoch fester Bestandteil der Kooptionsstrategie der Regierung.

Für die Mehrheit dieser Klasse und die kleine, aber wachsende Gruppe weißer Liberaler bot das Forum somit keine Gelegenheit, ihre Anti-Apartheid-Ambitionen mit anderen Grupen in einer gemeinsamen Front zu teilen. Ein solcher Dachverband sollte nach ihren Vorstellungen Platz bieten für alle „demokratischen, friedliebenden Menschen" Südafrikas — ungeachtet ihrer Klassen- und Rassenzugehörigkeit — und mehr sein als bloß ein Diskussionsforum. Deshalb nahm man Boesaks Rede auf dem Anti-SAIC-Kongreß im Januar, auf dem die Wiedergründung des „Transvaal Indian Congress" (TIC) beschlossen wurde, zum Anlaß, ein Arbeitskomitee einzurichten, daß die Gründung einer VEREINTEN DEMOKRATISCHEN FRONT (UDF) vorbereiten sollte. Nach monatelangen Diskussionen und Vorbereitungen und dem Aufbau zunächst regionaler Strukturen beschlossen schließlich 1000 Delegierte von 575 Organisationen die nationale Grüdung der UDF auf einer Massenveranstaltung mit 12000 Besuchern am 20./21. August 1983 in Kapstadt.

Führende Symbolfiguren des Befreiungskampfes wie Nelson Mandela, Walter Sisulu oder Helen Joseph gehören der Schirmherrschaft der UDF an; Archie Gumede, Vorsitzender des „Release Mandela Comitee", der Gewerkschafter Oscar Mpetha und Albertina Sisulu, alles Veteranen der Kämpfe der 50er Jahre, wurden in das dreiköpfige Präsidium gewählt.

Die UDF: Nicht nur „Charteristen"

Die wichtigsten Mitgliedsorganisationen der UDF, AZASO und COSAS die Inderparteien aus Transvaal und Natal oder die Allgemeingewerkschaften GAWU und SAAWU (General and SA Allied Workers Union), bekennen sich zur Freiheitscharta. Ähnlich wie die Kongreß-Allianz[5a] der 50er Jahre, so verstehen sie auch die UDF als eine Art „Regenbogenkoalition", in der alle „Rassen" und Glaubensbekenntnisse gleichen Status haben sollen. Führende UDF-Vertreter betonen daher auch stets den „national-demokratischen" Charakter der südafrikanischen Revolution. Damit wird zwar die führende Rolle der Arbeiterklasse verbal anerkannt, gleichzeitig wird aber eingeschränkt, daß sie nur erfolgreich sein könne, wenn sie sich mit den fortschrittlichen Elementen der Mittelklasse verbündet. Wenn es sein muß, werden selbst Bündnisse mit der Kapitalistenklasse nicht ausgeschlossen.[6]

Die UDF allein als ein Sammelbecken von



„Charteristen" zu sehen, greift allerdings zu kurz. Die Charta wurde ausdrücklich nicht zur Grundlage ihrer Einheit gemacht. Die UDF sollte vielmehr eine vereinte Front sämtlicher Anti-Apartheid-Organisationen des Landes sein, deren gemeinsamer Nenner allein das „Nein" zur Apartheid und deren Abschaffung das Endziel ist. Zwar ist die UDF-Erklärung im Geiste der Freiheitscharta abgefaßt, aber durch ihre viel allgemeineren Formulierungen können sich auch Organisationen oder Persönlichkeiten aus der schwarzen Mitteklasse zu ihr bekennen, denen die Forderungen der Freiheitscharta entweder schon zu weit gingen oder die sie zusehr mit einer bestimmten politischen Richtung verbunden sehen.

Auf dieser allgemeinen Grundlage haben sich der UDF bis heute immerhin ca. 700 Gruppen angeschlossen, die etwa 2 Mio Mitglieder vertreten. Was die UDF im wesentlichen von der Kongreß-Allianz unterscheidet, ist ihre Organisationsstruktur. Ihre Basis — und damit ihre Stärke — liegt in den zahlreichen lokalen Gemeindeorganisationen des Landes, von deren Basisarbeit auch die nationalen Aktivitäten abhängen. Deshalb legte man bei der Gründung der Front fest, daß die Mitgliedsgruppen ihre eigene Organisationsstruktur beibehalten und gleiches Stimmrecht ungeachtet ihrer Mitgliederstärke haben.

NF: Nicht nur Black Consciousness

Die Gründer des National Forum hatten mehr als nur eine Anti-Apartheid-Front vor Augen. Denn, so Neville Alexander: „Ein nicht-rassischer Kapitalismus in Südafrika ist unmöglich."[7] Die Kritik des NF an der UDF macht sich vorwiegend an drei Punkten fest:

1. Arbeiterklassenführung: Im NF hält man die objektiven Bedingungen für gegeben für den Aufbau einer Bewegung unter Arbeiterklassenführung, die frei ist von liberalen Einflüssen, die im Namen der Arbeiter sprechen oder die Bewegung diktieren. Deshalb lehnt man eine Zusammenarbeit mit schwarzen Händlerverbänden oder liberalen weißen Organisationen (Black Sash, NUSAS [National Union of South African Students]) ab, nicht freilich mit individuellen Vertretern solcher Gruppen.

2. Ethnizismus: Die Organisierung auf ethnischer Basis wird heute als unangemessen empfunden, denn seit der Ära des Black Consciousness umfaßt der Begriff „Schwarze" auch die „indische" und „farbige" Bevölkerung. Deshalb hält man besonders die Reaktivierung der Inderparteien für einen Mißbrauch historischer Tradtitionen. Mit der Betonung des „anti-rassistischen" Charakters des Kampfes grenzt sich das NF bewußt von dem Begriff „nicht-rassisch" ab, der allzu oft im „multi-rassischen" Sinne verwendet werde.

3. „Anti-Collaboration": Die Forderung nach einer Nationalen Konvention lehnt man ab, weil sie keine fundamentalen Änderungen bringen kann. Verhandlungen mit der herrschenden Klasse könnten bestenfalls zur Übertragung der politischen Macht — etwa nach dem Beispiel des Lancaster House-Abkommens für Zimbabwe —, nicht aber der ökonomischen führen. Stattdesen fordert man eine verfassungsgebende Versammlung, gewählt auf der Basis „one person, one vote".

Die beiden wichtigsten Mitgliedsorganisationen des NF, die AZAPO und die „Cape Action League", spiegeln am besten wider, daß das Forum nicht einfach nur ein Bündnis von Black Consciousness-Organisationen ist. Vielmehr haben sich hier Teile der BC-Bewegung, die zumindest rhetorisch stark nach links gerückt sind, mit sozialistischen Aktivisten vorwiegend aus dem Kapstädter Raum, die z. T. aus der Tradition der Unity Movement[7a] kommen, zusammengefunden.

Das „National Forum" hat mit der Hervorhebung der bedeutenden Rolle der schwarzen Arbeiterklasse zum ersten Mal die BC-Orthodoxie durchbrochen. Die vereinfachende Formel „alle Schwarzen sind Arbeiter und alle Weißen Kapitalisten" der frühen AZAPO scheint überwunden und auch in Bezug auf die Teilnahme weißer Intellektueller am Befreiungskampf bahnt sich eine flexiblere Haltung an. Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß einige BC-Anhänger die sozialistische Rhetorik des NF ablehnen und die Bewegung sich spalten wird. Wohl deshalb hat man die an und für sich scharfsinnige, aber viele verwirrende Formulierung „rassischer Kapitalismus" aus dem Manifest des NF zurückgenommen. Ihre Ersetzung durch die allgemeinere Formulierung „Rassismus und Kapitalismus" auf dem NF-Seminar Ostern 84 scheint eine Konzession an „afrikanistische" Tendenzen innerhalb des NF zu sein, für die die Rassenfrage noch Vorrang hat vor der Klassenfrage.

Die Anti-Wahlkampagne: Höhepunkt UDF

1984 hat der Kampf der Schwarzen gegen das Apartheid-Regime gegenüber den Vorjahren an Intensität zugenommen. Eine Entwicklung, die durch den hohen Grad an Spontanität in den massenhaften Aufständen der Townshipbewohner, die sich gegen die drastischen Folgen steigender sozialer Kosten wehren, an die Aufstände von 1976/77 erinnert, die sich aber durch ein größeres Maß an Organisierung und Ausdauer in den Widerstandsaktionen auszeichnet. Einen maßgeblichen Anteil an der wachsenden Militanz haben die Schüler, die seit Beginn des Jahres 84 immer wieder den Unterricht boykottieren, um ihre Forderung nach einem demokratischen Erziehungssystem durchzusetzen. Da die Behörden mit der zeitweisen Schließung mancher Schulen reagierten, konnten die Schüler die Zeit nutzen und sich an den landesweiten Kampagnen gegen die Wahlen zur „farbigen" und „indischen" Kammer des neuen Parlaments im August letzten Jahres beteiligen.

Für die UDF bedeutete die erfolgreiche Anti-Wahlkampagne (unter 20 % Wahlbeteiligung), für die sie ihre ganze Mobilisierungskraft aufgewandt hat, den bisherigen Höhepunkt ihrer jungen Geschichte. Auf Grund ihrer Basisstruktur konnte sie zahlreiche Freiwillige mobilisieren, die potentiellen Wählern in aufreibender Kleinarbeit durch Haus-zu-Haus-Besuche ihre Argumente für einen Wahlbyokott darlegten. Um der politischen Rückständigkeit in den ländlichen Gebieten der Kapregionen zu begegnen, konnte sich die UDF auf den Einfluß der Reformierten Kirche der „Farbigen" und die islamische Wählergemeinschaft stützen. Im Verlauf der Kampagne konnte sie zahlreiche neue lokale und teilweise ländliche Gruppen an sich binden. Die große Popularität, die sich die UDF durch die Anti-Wahl-Kampagne erworben hat, ist eng verknüpft mit ihrer starken Verankerung in der schwarzen Mittelklasse, ist es doch gerade diese Gruppe, die als Juniorpartner in das weiße Herrschaftssystem eingebunden werden soll. In dieser Hinsicht scheint die Existenz einer „ethnischen" Organisation wie im Falle des TIC, der eine vorwiegend nicht-proletarische indische Basis hat, durch eine äußerst niedrige Wahlbeteiligung im Johannesburger Inder-Township Lenasia nachträglich gerechtfertigt, wenn man einmal von den langfristig eher negativen Implikationen für einen „Nation-building"-Prozeß absieht, der den Ethnizismus des Apartheidstaates überwinden will.

Die UDF hat unumstritten eine zentrale Rolle bei den Mobilisierungen gegen die rassistischen Wahlen gespielt. Im Gebiet von Kapstadt mußte sie sich diese Rolle allerdings mit der „Cape Action League" teilen. Gerade die Vielfältigkeit der politischen Scenerie von Kapstadt dürfte mit ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß die Wahlbeteiligung von kaum 5 % in der politisch wichtigen westlichen Kapprovinz weit unter dem Landesdurchschnitt lag. In einem als „historisch" bezeichneten Schritt konnten sich dort im Wahlmonat August neun Gewerkschaften mit der UDF, der CAL/NF und der „Federation of Cape Ciciv Associations" zu einer Aktionseinheit zusammenfinden und gemeinsam zu einer von 4—5000 Personen besuchten Veranstaltung aufrufen. Eine Aktionseinheit, die indes noch zu labil war, um über die Anti-Wahl-Kampagne hinauszureichen.

Gewerkschaften als Bündnispartner

Langfristig können sich UDF wie NF nur durchsetzen, wenn sie die unabhängigen Gewerkschaften für ihre Ziele gewinnen können: die UDF, um den entscheidenden Bündnispartner ür die Erreichung eines nationalen Klimas zu haben, das die Regierung schließlich zur Abhaltung einer Nationalen Konvention zwingt; das NF, um seiner Forderung nach unabhängiger Arbeiterklassenorganisierung nicht als leere Formel erscheinen zu lassen.

Der größte Teil der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung steht den beiden Allianzen bisher noch eher skeptisch gegenüber. Ein Beitritt in eine der Fronten verbietet sich zumindest für die großen Dachverbände FOSATU oder CUSA oder die Kapstädter GWU[10] schon deshalb, weil sich ihre Mitgliederschaft aus Anhängern verschiedener politischer Lager zusammensetzt. Das Beispiel der Mediengewerkschaft MWASA (Media Workers Association of South Africa) hat gezeigt, wie leicht sich eine Gewerkschaft an der Frage der UDF-Mitgliedschaft spalten kann.

Viele glaubten schon, daß der weithin befolgte 2tägige Generalstreik im November letzten Jahres in Transvaal nach der erfolgreich zustandegekommenen Aktionseinheit zwischen UDF-Organisationen und Gewerkschaften ein Durchbruch für die UDF bedeutete. Zwar haben sich der Front bislang 18, vorwiegend „bürgerrechtsorientierte" Gewerkschaften angeschlossen. Die unabhängigen Gewerkschaften aber, für die der Aufbau einer starken und einheitlichen Gewerkschaftsföderation Vorrang hat, lehnen weiterhin eine Angliederung an eine unvermeidlich kleinbürgerlich geführten „Multi-Klassen-Volksfront" ab. Der Streik hat gezeigt, daß UDF-Mitgliedschaft keine zwingende Vorraussetzung für Gewerkschaften ist, sich politischen Fragen zuzuwenden. Für sie geht es längst nicht mehr darum, **ob** man sich den Problemen der Gemeinde zuwendet, sondern um das **Wie.** Während Sprecher von Gemeindeorganisationen im „Stayaway" von Transvaal nur den Beginn weiterer Aktionen sahen, die das Land schließlich „unregierbar" machen sollten, blieben die Gewerkschaftsvertreter in der Bewertung des Streiks nüchterner — vor allem nach der Entlassung von 6500 Wanderarbeitern bei den staatlichen SASOL-Werken (South African Coal, Oil and Gas Corporation). Die Gewerkschaften sind „Mandat"-Organisationen, die ihre politischen Entscheidungen auf der Grundlage eines ausgedehnten Netzes von Vertrauensleuten in den Betrieben treffen. Sie können nicht einfach, wie die Aktivisten von Gemeindeorganisationen, die oftmals über keine große organisatorische Stärke und kein spezifisches Mandat der Basis verfügen, „zu Aktionen **aufrufen** und auf gute Antwort **hoffen;** sie würden eine disziplinierte Aktion nur **durchführen,** wenn sie auf breiter Zustimmung zu den entsprechenden Vorschlägen beruhen, und **erwarten,** daß alle Sektionen der Organisation ihr volles Gewicht in die Aktion legen."[11]

Welche Formen der Widerstand in Südafrika in nächster Zeit annehmen wird, hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: zum einen vom Ausgang und Charakter der Diskussionen um das Verhältnis Gewerkschaften/Bürgerrechtsorganisationen innerhalb der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Diese haben durch Spekulationen um die Reaktivierung des SACTU (South African Congress of Trade Union) anläßlich des 30jährigen Jubiläums des zu damaligen Kongreß-Allianz gehörenden Gewerkschaftsdachverbandes, neue Nahrung erhalten. Zum anderen davon, welche Kräfte sich innerhalb der UDF durchsetzen werden.

Wahrscheinlich ist, daß die UDF-Führung nach der erfolgreichen Wahlboykottkampange im letzten Jahr weiterhin auf „populistische" Widerstandsformen setzt und Kampagnen — wie etwa die Wehrdienstverweigerungskampagne — unterstützt, die ein verstärktes Bündnis mit liberalen Organisationen voraussetzen. Das von der UDF immer wieder betonte Bekenntnis zu gewaltfreien Kampfmethoden läßt ja gerade in liberalen Kreisen die Hoffnung aufkommen, daß es vielleicht doch noch einen friedlichen Weg aus der Apartheidkrise gibt.

Denkbar, wenngleich weniger wahrscheinlich, wäre freilich auch, daß man aufgrund der Unzufriedenheit über die mangelnde Unterstützung durch die Gewerkschaften, wie sie UDF-Sprecher Lekota noch kürzlich äusserte, den Arbeiterorganisationen mehr Gewicht innerhalb der UDF-Strukturen einräumt. Das würde zwar eine Annäherung zwischen UDF und NF bedeuten, verschließt der UDF aber langfristig den Weg zu einer Zusammenarbeit auch mit „aufgeklärten" Wirt-

schaftskreisen, die nichts mehr fürchten als eine wirklich antikapitalistische Stoßrichtung des Befreiungskampfes.

Der Staat sorgt sich indes zunächst eher darum, daß sich die gegen die Apartheidstrukturen gerichtete Stimmung unter einem nicht unerheblichen Teil der Weißen nicht noch mehr ausbreitet. Deshalb richtet er seine Propaganda in erster Linie gegen die UDF und diffamiert sie als Frontorganisation des ANC. Mit den gegenwärtigen, wahrscheinlich langandauernden und zermürbenden Schauprozessen gegen 16 des Hochverrats angeklate UDF-Führer, versucht er die Front zu zerstören, die gleichwohl erst kürzlich eine neue Exekutive gewählt hat. Im Verlauf der Prozesse, an deren Ende das Verbot der UDF stehen kann, könnten zahlreiche Aktivisten inhaftiert und zu Zeugenaussagen gezwungen werden... 156 ANC-Mitglieder 1956 erinnert.

Auf Grund der weitgestreuten, wenn auch sehr heterogenen, Basisstruktur wird die UDF den staatlichen Angriff voraussichtlich besser überstehen als die Organisationen der Kongreß-Bewegung. Zunehmende Repression und Versammlungsverbote machen jedoch öffentliche Debatten um zukünftige Strategien extrem schwierig und es wird sich zeigen müssen, ob der die UDF zusammenhaltende Nenner sich nicht bald als zu klein erweist.

Welches Gewicht die Organisationen des NF für die Entwicklung des Widerstandes haben werden, hängt davon ab, ob sie aus dem Scheitern der Unity Movement und den Erfahrung der Anfangsjahre der Black Consciousness-Bewegung politische Lehren gezogen haben und ihre theoretischen Analysen auch in Massenaktionen umsetzen können, die über spektakuläre, aber doch relativ isolierte Protestdemonstrationen, wie sie die AZAPO gegen den Kennedybesuch in Südafrika initiiert hat, hinausgehen. Auf dem vierten Forum im Dezember 84 hat sich gezeigt, daß unter den fast 1000 Teilnehmern noch zu große ideologische und strategische Unterschiede bestehen, als daß, wie es einige vorschlugen, schon eine vollentwickelte Organisationsstruktur aufgebaut werden könnte.

Den eigenständigen Beitrag der BC-Bewegung zur Neuorientierung und Radikalisierung der Jugend und damit zum Befreiungskampf würdigend, sagte Allan Boesak, heute einer der Wortführer der UDF, einmal: „Der ANC kann es sich leisten, einzugestehen, daß auch andere Bewegungen neue Elemente und Schwerpunkte in den Kampf mit einbringen."[12] Man kann nur hoffen, daß diese Einschätzung, die von der Realität eines vielschichtigen und von verschiedenen Tendenzen getragenen Befreiungskampfes ausgeht und deren Anerkennung erst eine wirklich einheitliche Bewegung realisierbar erscheinen läßt, weite Verbreitung nicht nur in Südafrika, sondern auch in der Solidaritätsbewegung findet.

Lothar Berger

Anmerkungen:

1 Black Consciousness Movement (Bewegung des Schwarzen Bewußtseins). Diese Ende der 60er Jahre entstandene Bewegung unterschiedlichster Gruppen hatte wesentlichen Einfluß auf den Widerstand in den 70er Jahren. Die verschiedenen Organisationen wurden 1978 verboten. Gemeinsam war den verschiedenen Gruppen die radikale Absage an eine Zusammenarbeit mit Weißen. (Anmerkung der Red.)

1a vgl. Peter Ripken, Südafrika: Befreiungskampf und Revolution, in: Vereinte Nationen, 1/82

2 Tom Lodge, Black Politics in South Africa since 1945, Johannesburg 1983, S. 343

3 zit. nach Beatrice Hollyer, Targets of Contrast, in: Frontline, April 1985

4 Rand Daily Mail 22.10.84: zu den Differenzen innerhalb der BCM vgl. L. Berger, AZAPO und AZASO, in: infodienst südl. afrika, 3/83

5 National Forum Committee, July 1984

5a Kongreß-Allianz: Zu Beginn der 50er Jahre gebildete Allianz verschiedener politischer Organisationen gegen die Apartheid unter der Führung des ANC (Anmerkung der Red.)

6 vgl. Interview mit UDF-Sprecher Lekota in: informationsdienst südl. afrika, 2/85

7 zit. Nach B. Hollyer, a. a. O.

7a Unity Movement (eigentlich: Non-European Unity Movement): 1943 gegründeter Versuch einer Einigungsbewegung des Widerstandes gegen die weiße Vorherrschaft (Anmerkung der Red.)

8 Gesetze zur Einschränkung des qualifizierten Wahlrechts für Schwarze in der Kap-Provinz und Festschreibung der Homelands

9

10 FOSATU: Federation of SA Trade Unions
CUSA: Council of Unions of SA
GWU: General Workers Union

11 Mike Murphy, The Stay Away: Trade Unions and Community Resistence, in: International Labour Reports, 1,2/85

12 A. Boesak in: Winnie Mandela, Ein Stück meiner Seele ging mit ihm, Hamburg 1984, S. 184

Zwangsumsiedlung — die häßlichste Seite der Apartheid

Die zwangsweise Umsiedlung von Menschen ist bis heute ein zentraler Bestandteil der Apartheidpolitik geblieben.

Auf der Grundlage eines Gesetzsystems, das immer weiter ausgebaut wird, siedelte die weiße Minderheitsregierung Südafrikas zwischen 1960 und 1980 mehr als 3,5 Millionen Menschen um. Am stärksten betroffen von den Umsiedlungsmaßnahmen sind die Schwarzen[1], allein von dieser Bevölkerungsgruppe wurden mehr als 3 Millionen Menschen umgesiedelt. Der Rest verteilt sich auf die Inder und die Farbigen, sowie auf einige wenige Weiße. Weitere 1,7 Millionen Schwarze sind noch von Umsiedlungen bedroht.

Zweck dieser Umsiedlungen, die im Zusammenhang mit der Bantustanpolitik gesehen werden müssen, ist es, drängende ökonomische, soziale und politische Probleme zu lösen, ohne daß die weiße Minderheit Südafrikas auch nur auf einen Teil ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht verzichten müßte.

Wen siedelt die weiße Minderheitsregierung um?

Die Umsiedlungen richten sich gegen unterschiedliche Personengruppen, denen jedoch eines gemeinsam ist (sieht man einmal von den Weißen ab, die ebenfalls umgesiedelt worden sind): sie leben in Gebieten, die die weiße Minderheit für sich beansprucht.

Umsiedlung von Farmarbeitern

Die Farmarbeiter stellen mit 1,5 Millionen Betroffenen die größte Gruppe der bisher Umgesiedelten. Durch die Abschaffung traditioneller Pachtsysteme sowie durch den verstärkten Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft hat sich der Bedarf an billigen schwarzen Landarbeitern erheblich reduziert. Die durch diese Veränderungen in der weißen Landwirtschaft überflüssig gewordenen Landarbeiter wurden daher von der Regierung umgesiedelt.

Umsiedlung aus „Schwarzen Flecken"

„Schwarze Flecken" werden in der Sprache der Weißen jene, meist bäuerlichen Ansiedlungen von Schwarzen genannt, die auf dem Territorium liegen, das die Weißen für sich beanspruchen. Die betreffenden Gebiete wurden vor 1913 von wohlhabenden Schwarzen — meist von mehrern gemeinsam — oder von den Kirchen gekauft. 1913 teilte die damalige Regierung das gesamte Territorium Südafrikas in ein weißes und in ein schwarzes Gebiet ein (Native Land Act). Die Relation zwischen weißem und schwarzem Territorium wurde damals prozentual genau festgelegt. Seit 1936, als die Relation geringfügig zugunsten der Schwarzen verschoben wurde, beträgt sie unverändert 86,3% zu 13,7%. Konsequenterweise verbot das Gesetz den Schwarzen auch den Landkauf in den als weiß deklarierten Gebieten.

Gegenwärtig ist die Umsiedlung der Bewohner von 30 solcher „schwarzer Flecken" geplant; allein in Natal stehen jedoch noch mindestens 202 dieser Flekken zur Aussiedlung an. Insgesamt werden von diesen Umsiedlungen noch etwa 1,1 Millionen Menschen betroffen sein.

Umsiedlung aus Städten und „illegalen" Ansiedlungen

Diese Umsiedlungsmaßnahmen richten sich gegen diejenigen Schwarzen, die in den urbanen Zentren der Weißen leben. Je nach rechtlichem Status[2] werden sie entweder in eines der „Homelands" abgeschoben, denen sie aufgrund ethnischer Kriterien zugeordnet werden, oder an einen anderen Ort innerhalb des weißen Gebietes, wo sie allerdings besser kontrolliert und überwacht werden können.

Ein aktuelles Beispiel ist die Squatter-Siedlung Crossroads in Kapstadt. Seit Jahren plant die weiße Regierung die Umsiedlung der ca. 100.000 Bewohner — die Mehrheit von ihnen ohne Aufenthaltsberechtigung — in das 40 km von Kapstadt entfernte, eigens für diese Umsiedlung aufgebaute Khayelithsa. Die Umsiedlung der Bewohner Crossroads hat für die Regierung den Vorteil, daß die Schwarzen in Kayelithsa besser kontrolliert werden können, da es praktisch nur eine einzige Straße zu diesem Ort gibt. Zugleich können bei dieser Gelegenheit diejenigen ohne Aufenthaltsberechtigung in ihre jeweiligen „homelands" abgeschoben werden.

Der anhaltende Widerstand der Bewohner Crossroads hat die Regierung nun zu dem „Zugeständnis" gezwungen, den „Illegalen" für anderthalb Jahre Aufenthaltsrecht in Kayelithsa zu versprechen. Einige Bewohner haben dieses Angebot akzeptiert, obwohl völlig ungeklärt ist, was nach dieser Zeit mit ihnen geschieht. Die große Mehrheit Crossroads ist jedoch nach wie vor zum Widerstand entschlossen. Im Februar hat es bei Auseinandersetzungen mit der Polizei noch 16 Tote und mehr als 200 Verletzte gegeben. In Transvaal wurden seit 1966 22 schwarze Wohngebiete aufgelöst. Zur Zeit ist die Verlegung von 20 dieser Wohngebiete geplant. Zu dieser Kategorie der Umsiedlungen zählen auch jene, die lediglich durch eine neue Grenzziehung zwischen „Homeland" und weißem Gebiet erfolgen. Obwohl die Bewohner solcher Townships physisch gar nicht umgesiedelt werden, verändert sich ihr rechtlicher Status völlig. Diejenigen, die zuvor Aufenthaltsrecht hatten in weißem Gebiet, verlieren diese nun und werden zu Kontraktarbeitern.

Umsiedlungen aufgrund des „group areas act"

Die Regierung schuf sich mit diesem 1950 beschlossenen Gesetz die Basis, um für die verschiedenen Rassen getrennte Wohngebiete einzurichten. Dieses Gesetz wirkte sich hauptsächlich auf die Inder und auf die Farbigen aus.

Schließlich haben die Behörden auch dann Umsiedlungen angeordnet, wenn diese erforderlich wurden aus militärischen und strategischen Gründen oder wegen größerer Infrastrukturmaßnahmen.

Die Gründe der Zwangsumsiedlungen

Die Rassenideologie der weißen Minderheit, vor allem die der Buren, hatte einen maßgeblichen Anteil an der Ausformulierung und an der Institutionalisierung der Apartheidpolitik und damit auch an der Politik der Zwangsumsiedlungen. Aber mit dem Rassismus allein ist Apartheid nicht zu erklären. Diese Politik konnte sich letztlich in dieser Form nur durchsetzen, weil sie, vor allem nach dem 2. Weltkrieg, die gemeinsamen politischen und ökonomischen Interessen der verschiedenen Fraktionen der weißen Minderheit am besten zum Ausdruck brachte und auch verwirklichte. Widersprüche zwischen rassistischer Ideologie und ökonomischen Interesse gab es zwar damals schon, sie wurden aber verdeckt von den

offensichtlichen Vorteilen des Apartheidsystems. Die jüngst von südafrikanischen Handelskammern gestellte Forderung nach einer Lockerung des Apartheidsystems, deuten jedoch darauf hin, daß diese spezifische Konstellation unterschiedlichster Interessen auf eine bestimmte historische Phase begrenzt gewesen sein könnte. Immerhin hat sich schon Ende der 60er Jahre gezeigt, daß die ökonomische Struktur des „rassischen Kapitalismus" auch Nachteile hat für die Verwertung des Kapitals.

Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg beruhte vor allem auf der Ausbeutung der billigen schwarzen Arbeitskraft. Diese für das Einzelkapital so günstige Voraussetzung, barg jedoch, wie sich bald zeigen sollte, für die kapitalistische Entwicklung insgesamt, auch einen erheblichen Nachteil in sich. Da die Schwarzen aufgrund der Apartheid an dem steigenden Reichtum Südafrikas nicht teil hatten, mußte sich der Binnenmarkt im wesentlichen auf die weiße Minderheit beschränken. Dieser erwies sich in dem Moment als zu eng für eine weitere wirtschaftliche Expansion, als die Konsumbedürfnisse der Weißen weitgehend gesättigt waren, die Konsumnachfrage daher zu stagnieren begann. Diese strukturelle Schwäche des südafrikanischen Kapitalismus konnte nur zum Teil durch eine verstärkte Exportorientierung aufgefangen werden, wodurch die ohnehin schon bestehende Abhängigkeit vom Weltmarkt weiter vertieft wurde.

Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen, die es auch schon in den 50er und 60er Jahren gab, weitete sich nun weiter aus. Verschärft hatte sich das Problem der Arbeitslosigkeit schon in den 60er Jahren, als durch massive Investitionen ausländischen Kapitals moderne Technologien eingeführt wurden. Dadurch verschob sich auch die Nachfragestruktur nach schwarzen Arbeitskräften, gefragt sind seither qualifizierte Arbeitskräfte, die es aber unter den Schwarzen, wegen der Apartheidpolitik, bis heute nicht in ausreichender Zahl gibt. Vor allem in den letzten Jahren hat sich das Problem der Arbeitslosigkeit drastisch zugespitzt. Seit die südafrikanische Wirtschaft 1981 in eine praktisch bis heute anhaltende Rezession abglitt — verursacht durch die weltweite ökonomische Krise, aber auch durch die noch immer bestehenden strukturellen Mängel — sind Zusammenbrüche von Unternehmen und damit Entlassungen an der Tagesordnung. Offiziell betrug Ende 1984 die Zahl arbeitsloser Schwarzer eine halbe Million (8,3%), darunter vor allem die wenig qualifizierten Arbeitskräfte. Inoffiziellen Schätzungen zufolge liegt die Zahl jedoch bei über 3 Millionen. Da die Löhne in den letzten Jahren immer hinter der Entwicklung der Inflationsrate zurückgeblieben ist (sie lag immer über 10%), ist der Lebensstandard der Schwarzen — der ohnehin schon gering ist — erheblich gesunken, allein 1983 um 4,1%. Die Arbeitslosigkeit in den Städten entwickelte sich daher immer mehr zu einem ernsthaften sozialen und politischen Problem. Heute kann jede Mietpreiserhöhung, jede Preiserhöhung überhaupt, unter diesen Bedingungen zu einer sozialen Explosion führen. Dies gilt umsomehr, als sich bei dieser Form des

Wichtige Gesetze der Apartheid

1913 Native Land Act No. 27
Bestimmt, daß kein Schwarzer außerhalb der Reservate Landbesitz erwerben darf, umgekehrt verbietet es Weißen den Landerwerb in den Reservaten. Dieses Gesetz weist zunächst den Reservaten 7,3% des südafrikanischen Territoriums zu. Die Reservatsgebiete werden später 1936 mit dem Land Resettlement Act auf 13,7% erhöht. Der Rest des Landes wird den Weißen zugesprochen.
An dieser Relation hat sich bis heute nichts geändert.

1923 Natives (Urban Areas) Act, No. 21
Führt die Trennung der Wohngebiete nach Rassenzugehörigkeit gesetzlich ein.

1945 Native (Urban Areas Consolidation) Act, No. 25
Stellt den Aufenthalt in Stadtgebieten ohne behördliche Genehmigung für Schwarze unter Strafe. Auch der in der Stadt geborene Schwarze hat dort kein uneingeschränktes Wohnrecht mehr; die Familienangehörigen eines dort Ansässigen ebenfalls nicht.

1950 Group Areas Act (bzw. Consolidated Act, No. 36/1966)
Schafft eigene Wohngebiete für jede Rassengruppe und sieht große Umsiedlungsaktionen vor.

1952 Native Laws Amendment Act, No. 54
(sogenannte Paßgesetze)
Dieses Gesetz dehnt die Zuzugskontrolle in städtische Gebiete auf schwarze Frauen aus und verschärft sie. Ohne Erlaubnis darf kein Schwarzer sich länger als 72 Stunden in einem städtischen Gebiet aufhalten.

Natives (Abolition of Passes and Coordination of Documents) Act, No. 67
Ermöglicht die totale Kontrolle der Einwanderungsbeschränkung durch die Vorschrift, daß jeder Schwarze über 16 Jahre sein „Referenzbuch" mit Wohnrechtsbestätigung und Arbeitserlaubnis stets bei sich zu tragen hat.

1959 Promotion of Bantu Self Government Act, No. 46
Schafft die Voraussetzungen für die Einrichtung von Selbstverwaltungen in den Reservaten, die Vertretung der Schwarzen durch Weiße im Parlament Südafrikas wird abgeschafft. Schwarze haben von da an nur noch in den Bantustans aktives und passives Wahlrecht

1971 Bantu Homelands Constitution Act, No. 21
Bereitet die Verselbständigung der Homelands vor

1978 Bantu Laws Amendment Act, No. 12
Verschärft die Ausweisungsbestimmungen für Schwarze. Sect. 29 des Gesetzes qualifiziert jeden Schwarzen, der länger als vier Monate arbeitslos ist als „idle Bantu" (idle = nutzlos, arbeitsscheu, faul, unbeschäftigt) und erlaubt seine Deportation oder seine Internierung in ein Arbeitslager. Ein so nutzlos gewordener Schwarzer verliert automatisch seine Wohnrechte.

1977 Prevention of illegal Squatting Act, No. 72
Erlaubt die jederzeitige Zerstörung unerlaubter Ansiedlungen ohne jede Vorankündigung. Anrufung der Gerichte ist nicht mehr möglich, es sei denn, dem Gericht wird bewiesen, daß das betreffende Grundstück Eigentum des Bewohners ist.

1982 Gesetzesentwurf: The Orderly Movement and Settlement of Black Persons Bill
Sogenannte Koornhof-Gesetze (Minister für Kooperation und Entwicklung); sie sehen eine drastische Einschränkung des Wohn- und Aufenthaltsrechtes für Schwarze in den städtischen Gebieten vor (zu den einzelnen Bestimmungen, des Gesetzesentwurfes vgl. C. Sodemann, „Geordnete Abschiebung", in: issa, Nr. 12/83)

1984 Gesetzesvorlage: „The Aliens and Immigration Laws Amendment Bill"
Dieser Gesetzesentwurf, soll den Gesetzesentwurf von 1982 ersetzen, der Zweck ist jedoch genau der gleiche.

aus: Südafrika in der Schule. Materialien zum System der Apartheid. edition südliches Afrika 14; Hrsg.: issa, Bonn 1984, S. 25f; verschiedene andere Quellen.

(rassischen) Kapitalismus die Ausbeutungsverhältnisse nicht verschleiern lassen. Jeder Schwarze weiß nur zu genau, daß sein geringer Lohn und sein schlechter Arbeitsplatz vor allem seiner Hautfarbe geschuldet sind. Die Ernsthaftigkeit dieses Problems war der südafrikanischen Regierung schon früh bewußt, so sagte 1970 der damalige Regierungschef Vorster: „Die größte Gefahr für Südafrika ist heute nicht der Terrorismus, sondern die Arbeitslosigkeit."

Die massiven Umsiedlungen von Schwarzen und die Verschärfung der Zuzugskontrollen sind die politischen Lösungsstrategien der weißen Minderheit, um diesem sozialen Problem sowie der steigenden Militanz der Schwarzen Herr zu werden.

Im landwirtschaftlichen Sektor verlief die Entwicklung weitgehend parallel. Per Gesetz verbot die Regierung Pachtverträge zwischen Großgrundbesitzern und Schwarzen und löste damit einen tiefen strukturellen Wandel im Agrarsektor aus. Die bis dahin üblichen Pachtsysteme, sie beruhten auf der Pachtabgeltung durch Arbeitsleistung oder durch Naturalabgaben und hatten somit noch einen quasi vorkapitalistischen Charakter, hatten es den Schwarzen „erlaubt", auf weißem Gebiet zu wohnen und zu arbeiten.

Die Mechanisierung der weißen Landwirtschaft, die schon früher eingesetzt hatte, wurde nun beschleunigt. Ein großer Teil der schwarzen Landarbeiter, von denen es bis dahin nie genug geben konnte, wurde nun überflüssig. Die Dürre in den letzten Jahren hat zusätzlich dazu beigetragen, daß weitere schwarze Farmarbeiter arbeitslos wurden, da viele der weißen Farmer, trotz massiver staatlicher Hilfe aufgeben mußten.

Die überflüssig gewordenen schwarzen Arbeiter in der Industrie und in der Landwirtschaft werden meist in eines der 10 Bantustans (früher reserves, heute homelands genannt) abgeschoben. Als 1913 die Bantustans eingerichtet wurden, geschah dies mit der Absicht, dem Bergbau und der weißen Landwirtschaft dringend benötigte schwarze Arbeitskräfte zu beschaffen. Die Einrichtung der Bantustans zwang die Schwarzen dazu ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da durch die künstliche Verknappung des Bodens ein Überleben ohne zusätzliches monetäres Einkommen nicht mehr gesichert war. Zugleich erlaubte es dieses System, daß die Löhne der Schwarzen auf ein äußerstes Minimum gedrückt wurde, da die Reproduktion der Familie weiterhin durch die Landwirtschaft in den Bantustans gesichert wurde. Bis heute ist das Gesetz von 1913 unter den Schwarzen als Enteignungsgesetz in Erinnerung geblieben.

Heute, da in den städtischen Zentren Südafrikas unter den Schwarzen hohe Arbeitslosigkeit herrscht, hat sich die Aufgabe der Bantustans nahezu völlig verändert. Sie dienen heute vor allem als Auffangbecken für diejenigen Schwarzen, die für die Weißen nutzlos geworden sind und daher umgesiedelt werden: es sind vor allem Arbeitslose, Kinder, Witwen, geschiedene Frauen. Die weiße Minderheitsregierung entledigt sich der sozialen und politischen Folgen ihrer Apartheidpolitik, indem sie diese den Bantustans aufbürdet. Durch die Umsiedlung der Schwarzen in die Bantustans wird der wachsende Widerstand der Schwarzen nicht nur einfach beseitigt, sondern zusätzlich noch zersplittert, da die Schwarzen entlang ethnischer Kriterien auf un-

Reserve (Reservat)
Bantustan
Homeland
Nation-State

So lauten die Begriffe, die in den verschiedenen Stadien der südafrikanischen Geschichte von der Regierung für die Gebiete benutzt wurden, die für schwarze Afrikaner reserviert waren. „Reserve" war der zuerst benutzte Begriff. Seit 1948 wurde er durch „Bantustan" abgelöst (bis etwa 1959), dann durch „Homeland" und derzeit durch „Nation-State".

zit. nach: „Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen. Deutsche Ausgabe: Ev. Missionswerk Hamburg u. a., Hamburg 1984, S. 5



Skyline von Johannesburg ...

... **Slums im Johannesburg-Vorort Soweto**



terschiedliche Bantustans verteilt werden.

In den Bantustans hat sich inzwischen eine dünne Schicht eines schwarzen Kleinbürgertums herausgebildet, das vor allem den Verwaltungsapparat und den Dienstleistungssektor beherrscht. Dieses Kleinbürgertum verdankt seine Existenz weniger den kaum lebensfähigen Ökonomien der Bantustans, sondern der massiven Unterstützung durch die südafrikanische Regierung. Ökonomisch und politisch weitgehend von den Weißen abhängig, ist dieses Kleinbürgertum durchaus an einer Fortführung der Bantustanpolitik interessiert. Es wirkt daher wie ein Puffer zwischen der großen Mehrheit der Schwarzen und der Weißen. Es ist kein Zufall, daß diese Regime äußerst repressiv sind und mit Hilfe der südafrikanischen Regierung einen beträchtlichen Polizei- und Sicherheitsapparat aufgebaut haben.

Zwangsumsiedlungen, die Bantustanpolitik sowie die rigiden Zuzugskontrollen erfüllen mithin alle denselben Zweck: sie sollen die politische und ökonomische Herrschaft der weißen Minderheit stabilisieren und verlängern.

Zugleich verleiht diese Politik dem südafrikanischen Regime nach außen — zumindest für die wohlwollenden Beobachter — den Schein politischer und moralischer Legitimität. Die Schwarzen im weißen Südafrika sind Staatsbürger eines der Bantustans — so unerwünscht und nutzlos dies für den einzelnen auch sein mag — und daher zu „Recht" von jeglicher politischer und wirtschaftlicher Macht im weißen Südafrika ausgeschlossen.

Das Scheitern dieser Strategie ist jedoch wahrscheinlich. Die Bantustans sind immer weniger dazu in der Lage, der ihnen zugewiesenen Bevölkerung eine sichere Existenzgrundlage zu gewährleisten. Überlegungen der südafrikanischen Regierung, diesen Widerspruch in ihrer Politik, durch eine Industrialisierung der Bantustans aufzulösen, haben bisher kaum Folgen gehabt.

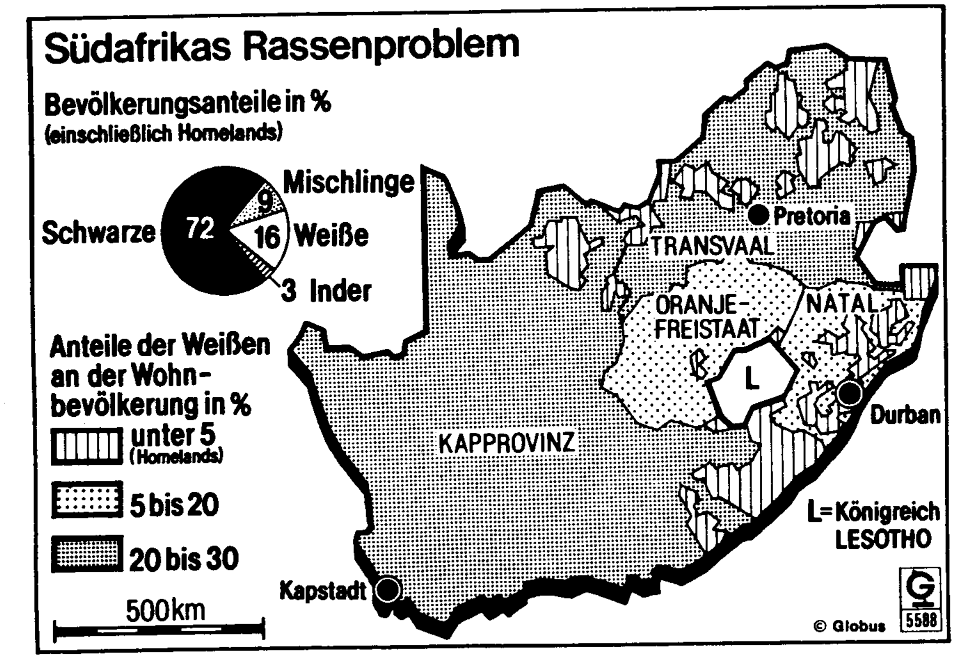
Was für die Menschen als Alternative bleibt, ist der stetig wiederholte Versuch, in die Zentren der Weißen zu migrieren, auch auf die Gefahr hin, verhaftet und in die Bantustans zurückgeschickt zu werden.

Freiwillige Umsiedlungen?

Die Regierung Südafrikas behauptet, daß niemand gegen seinen Willen umgesiedelt wird, zusätzlich verspricht sie Entschädigungen zu zahlen und den Lebensstandard der Umgesiedelten zu verbessern.

Die von Umsiedlungen Betroffenen erfahren jedoch sehr schnell, daß dies nur leere Versprechungen sind. Die Umsiedlungen sind meist mit dem Verlust des bisherigen Lebensstandards verbunden, der ohnehon schon niedrig gewesen ist. Die Wasserversorgung der Umsiedlungsgebiete ist häufig unzureichend, das Wasser selbst verschmutzt. Der Boden, der an die Umgesiedelten verteilt wird, knapp und unfruchtbar; oft herrscht in den Umsiedlungsgebieten ein ganz anderes Klima als im ehemaligen Wohngebiet. Eines dieser Umsiedlunglager ist Omverwacht, es wurde 1979 an der Grenze zu Lesotho aufgebaut. Mehr als 160.000 Menschen wurden dort auf engstem Raum angesiedelt. Aufgrund der mangelhaften sanitären Einrichtungen brach 1980 Typhus in dem Lager aus, dieser Krankheit fielen vor allem die Kinder zum Opfer.

Die von der Regierung versprochene Entschädigung reicht in der Regel nicht aus — sofern die Betroffenen sie überhaupt erhalten — um den Verlust der Habe zu ersetzen. So bietet die südafrikanische Regierung für ein Haus, das bei einem Neubau etwa Rend 11.000,— kosten würde, ganze Rend 2.000,— als Entschädigung an.



Außerdem verlieren viele der Umgesiedelten ihren Arbeitsplatz, da sie ihn von ihrem neuen Wohnort nicht mehr erreichen können. Armut und tiefes Elend sind die Folgen der Umsiedlungsmaßnahmen, von psychologischen Folgen der Entwurzelung einmal ganz abgesehen.

Widerstand hat sich meist dort entwikkelt, wo geplante Umsiedlungen funktionierende und intakte Gemeinden trifft, dort also, wo die Umsiedlung nicht individualisiert werden kann. Das sind vor allem Squatter-Siedlungen in den städtischen Zentren oder sogenannte „black spots".

Diesen Siedlungen gelingt es auch eher, ihren Widerstand öffentlich zu machen und werden damit auch von außen unterstützt. Doch die Möglichkeiten des Widerstandes sind letztlich gering gegen eine Regierung, die gewillt ist, ihre Pläne rigoros durchzusetzen. Die Formen des Widerstandes erschöpfen sich daher im Schreiben von Bittbriefen und Memoranden oder dem Versuch, durch gerichtliche Entscheidungen Umsiedlungen zu verhindern — Formen des gewaltlosen Widerstandes also. Doch auch zu dieser Form des Widerstandes gehört sehr viel Kraft und Mut, denn selbst auf solche Formen des Widerstandes reagieren die südafrikanischen Behörden häufig mit Gewalt. So wurde bsw. der Vertreter einer Gemeinde, die umgesiedelt werden sollte und sich dagegen zur Wehr setzte, bei einer Gemeindeversammlung von der Polizei erschossen. Die südafrikanischen Behörden zögern nicht, jedes Mittel einzusetzen, um den Widerstand einer Gemeinde zu brechen und die Bewohner zum „freiwilligen einlenken" zu zwingen. Mit massiven Verunsicherungen und Einschüchterungen, die sich kanpp unterhalb der Schwelle zur offenen Gewalt bewegen, versuchen sie den Widerstand zu zermürben und zu zerbrechen.

So wurde der Gemeinde Mogopa, die Anfang 84 nach langem Widerstand umgesiedelt wurde, schon 1964 mündlich mitgeteilt, daß diese Gemeinde umgesiedelt werden soll. Die südafrikanische Regierung erreicht durch eine solche Strategie meist ihr Ziel, die Bewohner solcher Gemeinden hören auf ihre Häuser zu erhalten, unter Druck von außen beginnt sich die Sozialstruktur aufzulösen. Die Regierung kann dann leicht darauf verweisen, daß den Bewohnern durch die Umsiedlung geholfen werde. Denjenigen, die sich widersetzen, wird angedroht, daß sie ihre Entschädigung verlieren würden. Die Regierung bedient sich auch gerne kooperationswilliger Führer oder sie ernennt einfach kooperationsbereite Personen gegen den Willen der Gemeinde, die sie vertreten sollen. Mit ihnen werden dann die Modalitäten der „freiwilligen" Umsiedlung verhandelt. In Mogopa haben die Behörden sämtliche Infrastruktureinrichtungen zerstört — Schule, Kirche, Klinik sowie die Wasserversorgung — um auf diesem Weg die Bewohner zum Ein-



Friedlicher Protest

lenken zu zwingen. Beliebt ist es auch, die Zahlung von Renten einzustellen oder die Busverbindungen abzukappen.

Obwohl die Regierung eine breite Palette unterschiedlichster Instrumente zur Verfügung steht, um eine Gemeinde zur Umsiedlung zu zwingen, hat es immer wieder Gemeinden gegeben, die hartnäkkig Widerstand geleistet haben. In diesen Fällen scheute sich die südafrikanische Regierung dann nicht, auch nackte Gewalt auszuüben.

Werden die Zwangsumsiedlungen eingestellt?

Anfang des Jahres kündigte die Regierung in Pretoria an, sie wolle die Praxis der Zwangsumsiedlungen überprüfen. Der zuständige Minister G. Viljoen sagte vor Journalisten, die Umsiedlungen werden auf das absolute Mindestmaß reduziert, dies bedeutet aber nicht deren Einstellung. Umsiedlungen sollen aber nur noch ausgeführt werden, wenn sie für die Homeland-Politik der Regierung nötig seien und wenn die Lebensqualität der Menschen durch die Umsiedlungen verbessert werde. Er kündigte zugleich an, daß nur diejenigen Schwarzensiedlungen aufgelöst werden, deren Führer dem zustimmen.

Deutet diese Ankündigung vielleicht eine veränderte Haltung der weißen Minderheit an? Vorerst wohl kaum, die Hinweise, unter welchen Bedingungen weiterhin umgesiedelt werden soll, sind deutlich genug. Dennoch gibt es einige Anzeichen dafür, daß der weißen Regierung die Durchsetzung der Zwangsumsiedlungen immer schwerer fällt. Der wachsende Widerstand der Schwarzen in den städtischen Zentren, die anhaltende Wirtschaftskrise haben den politischen und ökonomischen Handlungsspielraum der Regierung erheblich eingeengt. Die Umsiedlungen sind — trotz der geringen Entschädigungszahlungen — sehr kostspielig, ihren politischen und ökonomischen Zweck erfüllen sie heute auch nicht mehr. Die Bantustans sind so übervölkert und bieten so wenige Überlebenschancen, daß die Migration der Schwarzen auch mit einem noch so engen Netz an Zuzugskontrollen nicht mehr zu verhindern ist. Dennoch, tatsächlich sicher vor Umsiedlungen können die Schwarzen erst dann sein, wenn das Apartheid-System beseitigt ist.

Walter Hättig

Anmerkungen:

1. Der Begriff „Schwarze" wird hier der Einfachheit halber so verwandt wie dies in der offiziellen Terminologie in Südafrika üblich ist. Im Gegensatz dazu wird der Begriff „Schwarzer" häufig umfassender verwendet, sodaß er auch die Inder und die Farbigen miteinschließt (vor allem die Gruppen, die der schwarzen Bewußtseinsbewegung angehören).
2. Der rechtliche Status ist festgelegt im Bantu (Urban Areas) Consolidation Act, danach darf sich kein Schwarzer länger als 72 Stunden in einer weißen Stadt aufhalten, es sei denn er fällt unter die Ausnahmeregelungen von „section 10" des Gesetzes. Diese erlauben einen Aufenthalt dann, wenn a) er oder sie von Geburt an ununterbrochen in dieser Stadt gewohnt hat oder b) zehn volle Jahre ununterbrochen auf einem registrierten Arbeitsplatz an ein und derselben Arbeitsstelle gearbeitet hat oder c) fünfzehn volle Jahre mit einer Aufenthaltsgenehmigung in ein und derselben Stadt gewohnt hat. Schwarze, die diese Kriterien erfüllen werden gewöhnlich als „qualified urban blacks" bezeichnet. Frauen und Kinder solcher Personen fallen auch unter diese Ausnahmeregelung, allerdings wurden deren Rechte kürzlich eingeschränkt. Alle anderen Schwarzen dürfen sich nur dann in den Städten aufhalten, wenn sie eine Arbeitsgenehmigung haben. (Zwangsumsiedlung in Südafrika, S. 22)

Quellen:

SZ: 2.2.85; FR: 2.2.85, 16.4.85; FT: 31.1.84, 10.1.85; Newsweek 12/83; Liberation 21.2.85; issa 8/84;

Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen. Hrsg. vom Südafrikanischen Kirchenrat und von der Kath. Bischofskonferenz des Südlichen Afrika. Deutsche Ausgabe: Ev. Missionswerk u. a., Hamburg 1984.

Saul, J./Gelb, S., The Crisis in South Africa. London/ New York 1981.

Freund, B., Forced Resettlement and the Political Economy of South Africa. in: Reveiw of African Political Economy Nr. 29, S. 49—63.

„Wir hatten doch keine Gewehre, aber sie hatten welche"

„Die Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen in Südafrika ist ein Vorgang, der auf Menschen und gewachsene Gemeinschaften so zerstörend wirkt, daß wir uns zum Handeln gezwungen sehen", schrieben die Katholische Bischofskonferenz und der Kirchenrat Südafrikas in einer Dokumentation, die über das evangelische Missionswerk* jetzt auch in deutscher Sprache erhältlich ist. Wir veröffentlichen im folgenden hieraus auszugsweise die Protokolle von Gesprächen mit zwangsweise Umgesiedelten, die eine Journalistin vor einigen Monaten in Südafrika geführt hat. Die Gespräche geben einen guten Einblick in die konkreten Umstände, unter denen in Südafrika Apartheid weiter radikal praktiziert wird.

An einem Tag Ende Februar 1984 umstellte südafrikanische Polizei im Morgengrauen das kleine südafrikanische Dorf Mogopa, etwa 200 Kilometer von Johannesburg entfernt, riß die Bewohner aus dem Schlaf, fesselte diejenigen, die Widerstand leisteten, und zwang sie mit vorgehaltenem Gewehr, auf die bereitgestellten Lastwagen zu steigen. Dann wurden die Menschen in mehrere ein paar hundert Kilometer entfernt gelegenen Orte verteilt, die die meisten von ihnen niemals gesehen hatten.

Zwei Frauen

Sie kamen in unser Dorf, sie hatten Gewehre. Die alten Frauen waren starr vor Schreck. Wenn sie nur einen Weißen sehen, sind sie voll Entsetzen, unsere Großmütter. Als sie kamen, um uns wegzubringen, waren ja unsere Großmütter fast allein im Dorf, und die Kinder. Unsere Männer waren weit weg, zur Arbeit. Deshalb konnten sie uns einschüchtern. Wir hatten doch keine Gewehre, aber sie hatten welche. Sie griffen die Kinder und brachten sie mit Gewalt in die Busse, uns auch.

Dann kamen wir hierher nach Bethanie. Es ist schlecht hier. Man muß erst mit den Fingern das Gras abreißen, bevor man sich eine Hütte bauen kann. Wasser gibt es nicht, das müssen wir kaufen von Leuten, die einen Wagen haben, die es von weither holen. Es ist schmutziges Wasser; bezahlen müssen wir 2,50 Rand für eine Tonne voll Wasser.

In Mogopa war es gut; da hatten wir Häuser, und wir hatten auch Schulen und Kirchen, gut gebaut aus Stein, mit Fenstern aus Glas. Und wir hatten Wasser dort. Hier haben wir nichts, nicht einmal ein Dach über dem Kopf.

Alter Mann, 86 Jahre alt

Um etwa 3 Uhr nachts wachte ich auf. Ich sah Licht, Lichtstreifen, die sich bewegten. Das ganze Dorf war umgeben von diesen sich bewegenden Lichtstrahlen. Ich wußte, etwas Schlimmes kam auf uns zu.

Ich stand auf und schaute heraus, ich beobachtete, wie dieses grelle Licht die Dunkelheit des Dorfes durchschnitt. Dann machte ich die Tür wieder zu und legte mich wieder hin.

Es war 10 Minuten später, da kamen sie: Ein Hämmern an der Tür, ein Bullern am Fenster, erst an dem Küchenfenster, dann an dem nächsten, lauter Lampen blendeten mich durch die Fenster, aber ich machte nicht auf. Da gingen sie wieder weg. 20 Minuten später kamen sie zurück. Wieder hämmerten sie an die Tür, da wollte ich öffnen. Einer von ihnen aber schlug das Küchenfenster ein und stieg ins Haus. Er kam direkt ins Schlafzimmer und blendete mir mit seiner Lampe ins Gesicht.

Ich war schon aufgestanden, etwas Schreckliches würde passieren, das ahnte ich.

„Wir wollen sie holen", sagte der Polizist. „Warum mitten in der Nacht, wenn man schlafen muß?!" fragte ich. „Das ist das Gesetz, das Gesetz befiehlt das", war seine Antwort. „Aber ihr könnt mich nicht einfach wegholen, ich kann nicht mein Haus und alle meine Sachen zurücklassen. Wir können nicht gehen, ohne zu wissen, wohin wir gebracht werden. Ich will die Glocken läuten, damit die anderen aufwachen, damit sie wissen, daß Gefahr auf sie zukommt. Damit wir darüber reden können."

Aber sie sagten: „Nein, damit ist es vorbei. Mit dem Reden ist es zu Ende. Zu spät."

Sie packten mich, fesselten mich an den Händen, warfen einige meiner Sachen auf einen Wagen; zuletzt zwangen sie mich, aufzusteigen.

Ich wurde nach Pachsdraai gebracht, das waren einige Stunden Fahrt. Mein Esel lief dem Wagen hinterher, bis wir in Pachsdraai ankamen.

Frau, 76 Jahre alt

Die alten Leute von Mogopa hatten das Land gekauft. Es gehörte uns, die Bodenschätze und alles, was wir gebaut haben. Wenn die Regierung etwas haben wollte — Gold oder Diamanten —, dann hätten sie kommen können und mit uns reden können. Aber das haben sie nicht getan. Sie haben uns einfach verjagt. Und alles, was uns gehört hat, ist zerbrochen. Wir sind arm, die Schwarzen sind arm. Nun haben wir gar nichts mehr. Sie kamen und haben mein Haus niedergerissen. Aber ich konnte nichts tun. Ich habe kein Gewehr. Sie hatten eins.

1914 haben wir das Land in Mogopa gekauft. Seit der Zeit habe ich in Mogopa gelebt. Dort hatte ich ein Haus mit acht Räumen. Hier nichts, dies ist nicht unser Platz, hier haben wir keine Rechte etwas zu bauen. Du kannst hier nicht einfach tun, was du willst, hier. Sie sehen ja, wie es hier ist: ein ganz kleines Fleckchen Erde für jeden, für unsere Möbel, aber die sind zerbrochen. Kein Wasser; Wasser muß man kaufen, schmutziges Wasser.

Ich darf nicht wieder ein Haus bauen, das darf ich nicht, ich habe keine Rechte hier. Fühlen Sie wie furchtbar heiß es hier drinnen ist, unter dem Wellblech? Aber hier muß ich bleiben. Was soll ich Ihnen sagen? Was soll ich sagen. Ich weiß wirklich nicht, was ich Ihnen sagen soll. (flüstert) Wirklich, ich weiß nicht — was können wir tun? Was können wir tun? Du kannst einfach nichts tun.

Man hat uns gesagt, wir sollen nichts sagen. Wir sollen freundlich sein. Sie haben mich gezwungen zu gehen, mit dem Gewehr. Du kannst einfach nichts dagegen tun. Sonst töten sie dich. Es ist sinnlos, mit ihnen zu reden, das hilft nichts. Sie sollen mich nicht hassen, sie sollen mich einfach erschießen. Dann ist es gut.

Mogopa hat viele Bodenschätze, die wollten sie haben. Nun haben sie sie. Sie haben die Schulen niedergerissen, als sie kamen, und dann die Kirchen. Der Tag, an dem sie die Kirche zerstörten, das war ein Sonntag — nein; ein Sonnabend. Am Sonntag saßen wir unter einem Baum. Sie haben alles zerstört, unsere Kirchen.

Ich sagte zu ihnen: „Ihr kämpft doch nicht mit Gott, ihr kämpft doch mit uns. Laßt doch unsere Kirche heil. Wenn ihr die Kirche zerstört und die Schule, dann kämpft ihr mit Gott. In der Kirche schläft niemand. Wir gehen nur hin, um zu beten, zu Gott. Das ist alles."

Aber sie sagten: „Wir zerbrechen die Kirche, wir reißen sie nieder. Was haben wir mit eurem Gott zu tun?" Und dann taten sie es. Sie brachen die Kirche nieder.

*** Anmerkung**
Evangelisches Missionswerk
Mittelweg 143
2000 Hamburg 13
Teile der Dokumentation wurden auch in der Frankfurter Rundschau vom 24.9.1984 veröffentlicht.

Das grüne Band der Sympathie

Am 10. Mai fand der dritte bundesweite Banken-Aktionstag „Kein Geld für Apartheid" statt. In über 20 Städten der Bundesrepublik fanden Aktionen vor und in den Filialen der Dresdner Bank statt. Proteste gegen die Südafrika-Geschäfte der Dresdner Bank wurden auch vor deren Geschäftsstelle im Ausland zum Ausdruck gebracht, so in Genf, Zürich, Luxemburg, London und New York.

Die Dresdner Bank wurde schon vor längerer Zeit als Schwerpunkt der Kampagne gegen Bankengeschäfte mit und in Südafrika bestimmt. Die Dresdner ist keineswegs die einzige bundesdeutsche Bank, die der Apartheid dringend benötigte Devisen und Einkünfte beschafft; sie hat allerdings eine gewisse Führungsrolle unter diesen Banken, insbesondere durch ihr Namibia-Engagement. Sie hat Ende 1980 die 51%-Kapitalmehrheit der SWA-BANK (Namibia) aufgekauft. Darum war auch in diesem Jahr der Anlaß für den Banken-Aktionstag die Aktionärs-Hauptversammlung der Dresdner BAnk AG am 10.5. in Frankfurt. Bei den Aktionen wurde immer die stellvertretende Rolle der Dresdner betont.

Warum Südafrika Auslandskapital benötigt

Südafrika — zumindest die „weiße" Wirtschaft — gilt als reich. Tatsächlich steckt das Apartheidsystem in seiner schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten — von der politischen Krise ganz zu schweigen. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich die Auslandsverschuldung auf 67,5 Milliarden DM verdoppelt. Die Bank of England und andere Nationalbanken sind über das hohe Niveau der Außenverschuldung besorgt; kürzlich mußte der Präsident der südafrikanischen Nationalbank zugeben, sein Land sei praktisch bankrott.

„Ohne Auslandskapital geht der Apartheid das Geld aus" schrieb der angesehene Rand Daily Mail. Mit ausländischem Kapital und wirtschaftlicher Unterstützung aus westlichen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik, wird das Apartheid-System am Leben erhalten.

Die Hauptfaktoren der Auslandverschuldung sind:

Militärausgaben: Seit 1960/61 stieg das offizielle, südafrikanische Militärbudget um mehr als das 70fache. Südafrika führte Kriege in fast allen Nachbar- und Frontstaaten; die militärische Besetzung Namibias kostet etwa 6 Millionen DM pro Tag.

Ölimporte: Südafrika verfügt über keine eigenen Ölvorkommen nennenswerten Ausmaßes. Seit dem Öl-Embargo der Vereinten Nationen und der Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC) muß Südafrika sich um „verbotenes", d. h. teureres, Erdöl bemühen. Das kostet mindestens 3 Milliarden US$ jährlich.

Investitionen in Schlüsselsektoren: U. a. um möglichen Wirtschaftssanktionen besser widerstehen zu können, planen Staat und Wirtschaft, insbesondere die staatlichen Schlüsselunternehmen, Investitionen in riesigen Größenordnungen.

Strukturprobleme der Apartheid: Die „Verschlechterung des Investitionsklimas", der Vertrauensschwund von Investoren in die Stabilität der Apartheid wegen des Bürgerkriegszustandes, soll durch flüssiges (Banken-)Kapital ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund sind die südafrikanischen Schuldner verständlich:
— die staatliche Industrieförderungsgesellschaft IDC, die u. a. Schlüsselindustrien im Militärbereich finanziert,
— der staatliche Strategische Öl-Fonds SOF, der die Öl-aus-Kohle-Anlagen SASOL teilweise besitzt und geheime Ölvorräte für zwei Jahre finanziert,
— die halbstaatliche Eisen- und Stahlgesellschaft ISCOR, die Produzent von Grundstoffen insbesondere für die Rüstungsindustrie ist,
— der staatliche Elektrizitätsgigant ESCOM, der nicht nur über 95% des südafrikanischen Stroms erzeugt, sondern auch das einzige Kernkraftwerk betreibt. Südafrika hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und damit seine Kernanlagen internationaler Kontrolle entzogen. Februar 1985 bestätigte ein ESCOM-Sprecher, nicht die Elektrizitätsversorgung sei der Hauptgrund für den Bau des KKW's, er sei „strategischer Natur",
— die halbstaatliche Verkehrsgesellschaft SATS, der die Eisenbahn, Häfen, Flughäfen, Teile des Straßenlastverkehrs und (Öl-)Pipelines unterstehen,
— und die südafrikanische Regierung selbst.

Bundesdeutsche Banken und Südafrika

Für diese Schuldner haben bundesdeutsche Banken allein 1984 Anleihen im Wert über 1,6 Milliarden DM gemanagt — beteiligt waren sie an weit mehr Anleihen. Die Kreditvergabe für Handel und Investition läßt sich nur grob schätzen; sie dürfte ebenso bedeutungsvoll sein, wie die Anleihevergabe. Die Deutsche Mark befindet sich nach dem US-Dollar auf dem zweiten Platz ausländischer Anleihewährungen; doch auch der größte Teil der US-Dollar-Anleihen stammt nicht vom amerikanischen, sondern vom Eurodollar-Markt. Bundesdeutsche Banken haben 1972 bis 1984 mindestens 114 Anleihen und Großkredite im Wert von mindestens 4561,1 Millionen US-Dollar gemanagt.

Mit von der Partie sind privatwirtschaftliche Banken wie die Dresdner, Deutsche und Commerzbank AG oder die Privatbank Merck, Fink & Co, staatliche/halbstaatliche Banken wie Sparkassen, Landesbanken/Girozentralen oder die Kreditanstalte für Wiederaufbau (80% Bund, 20% Länder) sowie Volks- und Raiffeisenbanken samt deren genossenschaftlichen Spitzeninsitute. In und mit Südafrika besonders stark engagiert sind die Dresdner, Deutsche und Commerzbank, die Berliner Handels- und Frankfurter Bank, die Bayerische Vereins- und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sowie die Westdeutsche Landesbank/Girozentrale.

Während Banken andere Länder sich aus dem Südafrikageschäft zurückziehen (müssen), füllen bundesdeutsche Banken die sich daraus ergebende Lücke. Eine klare politische Aussage zugunsten der Apartheid.

Banken-Aktionen 1985

Seit vier Jahren arbeiten verschiedene Gruppen und Organisationen, insbesondere die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) und die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) zum Thema „Banken finanzieren Apartheid". die Forderung heißt: *„Kein Geld für Apartheid", keine Kredite, keine Anleihen, kein Verkauf von Platin und Gold, kein Verkauf von Krügerrand-Goldmünzen.* Seit drei Jahren sprechen „Kritische Aktionäre" in der Hauptversammlung der Dresdner Bank.

Im Vorfeld des Banken-Aktionstages 1985 hatte es in vielen Städten Informations- und Diskussionsveranstaltungen gegeben; es sollte Informationen über die Südafrikageschäfte der bundesdeut-



Protest gegen das Engagement der Dresdner Bank in Südafrika beim Bankenaktionstag in Frankfurt

schen Banken verbreitet und der Bankentag vorbereitet werden. Bereits ein halbes Jahr vor dem 10.5. hat der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid", der aus Mitgliedern von EFD und AAB besteht, Informationen und Rundbriefe verschickt. Die Aktionen wurden von kirchlichen Organisationen und Gruppen, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), einzelnen Parteiorganisationen, Jugend- und Studentengruppen und solchen der Friedens- und Solidaritätsbewegung mit der „Dritten Welt" unterstützt. Hunderte von Einzelpersonen, darunter Gewerkschafter und Mitglieder des Bundestages, haben Selbstverpflichtungserklärungen unterschrieben, daß sie keine Geschäftsbeziehungen mit Banken unterhalten, die ihrerseits mit der Apartheid Geschäfte machen.

Podiumsdiskussion 9.5.1985

Am Vorabend des Bankentages fand in Frankfurt eine bisher einmalige Podiumsdiskussion zum Thema statt, mit

- Dr. W. Jahn für den Bundesverband Deutscher Banken, ehemaliges Vorstandsmitglied der Commerzbank
- William Howard Jr., ehemaliger Präsident des amerikanischen Kirchenrates, aktiv in der „Disinvestment"-Kampagne in den USA
- zwei Vertretern der Evangelischen Kirche, die selbst an Gesprächen mit Banken über die Südafrikageschäfte beteiligt waren,
- einer Vertreterin des Arbeitskreises „Kein Geld für Apartheid" und
- einer Vertreterin der Gewerkschaft HBV.
- Die Generalsekretärin der EFD, Hildegard Zumach, moderierte — keine leichte Aufgabe angesichts hochgehender Emotionen.

Mehr als 120 Menschen waren zu diesem Abend gekommen, in der Regel bereits Vor-Informierte. Die Zeit war kurz; dennoch konnten Fakten der Südafrikageschäfte benannt werden. Der Vertreter der Banken wehrte sich heftig gegen die politische Wertung der Südafrika-Geschäfte. Er stellte fest, daß die öffentlichen Anleihen an das Land der Apartheid nur ein geringer Teil des Südafrika-Engagements seien — ein weitaus größerer Teil liefe über Export- und Investitionskredite, die der bundesdeutsche Wirtschaft dienten. *„Banken sind dazu da, deutsche Industrie finanzieren zu helfen, wo immer sie ist"*. Er sprach sich gegen moralische Bedenken aus — Banken und Institutionen könnte kein Gewissen haben, nur Einzelpersonen. Dies hielt er dem Argument entgegen, die Banken seien an der Finanzierung eines Systems beteiligt, das von der UNo mit dem Hitler-Faschismus auf eine Stufe gestellt und als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt wurde.

William Howard stellte dagegen einige Punkte besonders heraus: Banken und Firmen seien nicht in Südafrika, um Apartheid zu überwinden, sondern um Profite zu machen. Jedoch versuchten sie oft glauben zu machen, daß sie durch Investitionen und Gespräche zur Überwindung der Apartheid wesentlich beitrügen — wie auch Herr Jahn sich bemühte, die „Reformen" der Arbeits- und Lebensbedingungen in Südafrika auf das Engagement deutscher Firmen zurückzuführen. Howard betonte die Forderung „auch moderater Stimmen" in Südafrika nach wirtschaftlichem Druck gegen die Apartheid; dies sei die einzige Möglichkeit, noch größeres Blutvergießen zu vermeiden. Er nannte ferner wirtschaftliche Gründe, die inzwischen gegen das Südafrikageschäft sprächen (Wirtschaftskrise). Aufgrund der sehr erfolgreichen „Disinvestment"-Kampagne in den USA müßten sich immer mehr Banken aus dem Südafrika-Geschäft zurückziehen; deshalb sei zu erwarten, daß bundesdeutsche Banken stärker einstiegen, die Proteste dagegen müßten in der Bundesrepublik folglich noch deutlicher werden.

Pressearbeit

Die Pressearbeit zum Banken-Aktionstag hatte bereits im Januar begonnen. Die verschiedenen Presseerklärungen führten bereits vorab zu Meldungen in Zeitungen verschiedener Coleur. Am 16.4. zeigte MONITOR/WDR eine kritische Sendung „Banken finanzieren Rassismus", die auf Material von EFD und AAB beruhte.

Am 9.5. fand eine gut besuchte Pressekonferenz statt. U. a. stellten die „Kritischen Dresdner Bank Aktionäre" nochmals ihre Anträge auf Nichtentlastung von Vorstand und Kapitalvertreter im Aufsichtsrat vor, die in der Hauptversammlung behandelt werden sollten. Die drei Anträge waren schon einige Wochen vorher schriftlich eingereicht worden und mußten samt Begründungen von der Dresdner Bank allen Aktionären zugestellt werden. Etliche Aktionäre hatten sich daraufhin gemeldet und ihre Zustim-

mung zu diesen Anträgen ausgedrückt.

Über den Verlauf der Hauptversammlung und die verschiedenen Aktivitäten am Banken-Aktionstag 10.5. haben Presse, Rundfunk und Fernsehen breit berichtet, z. T. mit ganz oder halbseitigen Berichten. An der jetzt erreichten Breite der Kampagne kommen auch FAZ und Handelsblatt nicht vorbei.

Mit den Anträgen und Reden in der Hauptversammlung der Bank wird zwar auch die langfristige Erreichung eines Potentials von Aktionären und Kunden angestrebt, die der Bank die Zustimmung zu den Südafrikageschäften versagt. Noch ist dieses Potential — gemessen z. B. an den Stimmen für die Anträge der Kritischen Aktionäre in der Hauptversammlungs-Abstimmung — klein. Entscheidend aber ist derzeit die Erreichung der breiteren Öffentlichkeit: Mit gezielten Protesten in und während einer Hauptversammlung kann die Presse zu ausführlicher Berichterstattung bewegt werden, wodurch mittelfristig auch wirtschaftlicher Druck auf die Bank ausgeübt wird.

Hauptversammlung der Dresdner Bank

Nahezu alle Redner während der siebenstündigen Dresdner-Hauptversammlung sprachen zu den Südafrika-Geschäften — Südafrika war das dominierende Thema, wie der Vorsitzende mit Bedauern feststellte. Er war der Ansicht, es gebe wichtigere Themen und Südafrika habe für die Bank eigentlich nur geringes Gewicht. Vier Vertreter der *Kritischen Aktionäre* sprachen zur Begründung der Anträge und stellte gezielte Fragen zum Geschäftsjahr 1984. Obwohl wahrlich viel zu kritisieren wäre, beschränkten sie sich auf das Engagement der Dresdner Bank AG in und mit Südafrika. Zu solch großen Ausschreitungen und Handgreiflichkeiten wie im vergangenen Jahr kam es diesmal nicht.

Schwerpunkte der Reden waren:

— International ziehen sich Banken aus dem Südafrika-Engagement zurück; in den USA z. B. geht bezüglich Kapitalvergabe fast nichts mehr. Die Dresdner Bank folgt diesen Vorbildern nicht, sondern hält an den Südafrika-Geschäften fest und baut sie sogar aus.

— Durch das Eingreifen der Dresdner Bank wurde die SWABANK zur Vollbank ausgebaut; sie beteiligt sich an illegalen Exportfinanzierungen (Verstoß gegen das Völkerrecht).

— 1984 gab es mehrere Gespräche mit Kirchenvertretern über die Bedeutung des Südafrikageschäftes und die Ablehnung von Unterstützung und Finanzierung der Apartheid. Viele Kunden, auch Kirchenorganisationen, kündigten ihre Konten; weitere Kontokündigungen, d. h. Verluste für die Bank, stehen an.

— Südafrika befindet sich in schwerster Wirtschaftskrise; ob der Schuldendienst von Zins und Tilgung aus Kapitalvergaben früherer Jahre gezahlt wird, ist fraglich. Die Dresdner stützt die marode Wirtschaft und ist besonders stark an Anleihen für die Apartheid-Regierung und ihre staatlichen Schlüsselunternehmen beteiligt.

Der neue Vorstandssprecher der Bank ging auf viele der Fragen intensiver und seriöser ein als dies in der Vergangenheit der Fall war. Das gestiegene öffentliche Interesse dürfte der Hauptgrund dafür sein. Er verweigerte allerdings jede Stellungnahme zur Aussage, daß die Geschäfte seiner Bank die Apartheid stützen. Wie immer recht allgemein, sagte er, die Südafrika-Anleihen dienten der deutschen Wirtschaft. Sie kämen auch der namibischen und südafrikanischen Bevölkerung zugute. Eine konkrete Antwort, wie das geschieht, blieb aus. Das Engagement bei der SWABANK wurde erstmalig zugegeben, wenn auch positiv bewertet. Die Frage, warum die Dresdner gerade in Namibia Geschäfte betreibt, obwohl die Bundesrepublik wegen der militärischen Besetzung des Landes durch Südafrika keine diplomatischen Beziehungen unterhält, blieb letztlich unbeantwortet.

Erstaunen löste die Antwort auf eine eher beiläufige Frage nach der Vertrauenswürdigkeit Südafrikas aus: *Garantien, daß die Anleihen tatsächlich nicht dem militärischen Bereich zugute kämen, könnten nicht gegeben werden;* der Kreditzweck sei in Verträgen festgeschrieben. *Man müsse Vertrauen zum Kreditpartner haben,* ohne Vertrauen würde es

Seit einigen Jahren protestieren Berliner Südafrikagruppen gegen die Teilnahme der Republik Südafrika an Messen (Grüne Woche, ITB) in Berlin(West). Um unserer Forderung nach Ausschluß Südafrikas von solchen Veranstaltungen mehr Gewicht zu verleihen, haben wir bei der diesjährigen Tourismusbörse mit einer Unterschriftenkampagne begonnen, die im Bundesgebiet und Berlin(West) bis Herbst 1985 verstärkt fortgeführt wird. Unsere Forderung richtet sich an den Regierenden Bürgermeister und den Senat von Berlin(West) sowie an die Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH, denen die Unterschriften Ende des Jahres in öffentlichkeitswirksamer Form überreicht werden sollen.
Dazu brauchen wir die Unterstützung möglichst vieler Einzelpersonen und Organisationen, z. B. von 3. Welt-Gruppen und Friedensinitiativen (wir weisen in diesem Zusammenhang außerdem auf die Aktionstage gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen Südafrika und der Bundesrepublik am 4./5.10.85 hin).

Unsere Aktionen sind Teil der internationalen Anti-Apartheid-Kampagne, die das Ziel hat, einen völligen wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Boykott des Apartheid-Regimes zu erreichen, um dem Regime jede Unterstützung zu entziehen.
Die Proteste und Aktionen haben mehrere Funktionen:
— Es soll Druck auf die politisch Verantwortlichen ausgeübt werden (Bürgermeister, Senat, Messe-Gesellschaft), damit diese in Zukunft ihre Zusammenarbeit und Unterstützung des Apartheid-Regimes einstellen. (vergl. z. Z. den Rückzug der US-Banken aus dem Südafrika-Geschäft aufgrund von massivem politischen u. wirtschaftlichen Druck).
— Es soll deutlich werden, daß das Apartheid-Regime nirgendwo unbehelligt auftreten und Propaganda betreiben kann, und daß es auch hier Unterstützung für den Befreiungskampf der schwarzen Bevölkerung gibt.
— Die Öffentlichkeit soll über das unmenschliche Apartheid-System informiert werden, insbesondere über die enge Zusammenarbeit zwischen der BRD/Westberlin und Südafrika.
Seit Einführung der neuen südafrikanischen Verfassung im Sommer 1984 hat die weiße Minderheitsregierung ihren Terror gegen die schwarze Bevölkerung weiter verstärkt. Die Südafrikanischen Anti-Apartheid-Organisationen haben die westlichen Solidaritäts-, Friedens-, Kirchengruppen usw. dazu aufgerufen, sich entschiedener als bisher für einen umfassenden Boykott Südafrikas einzusetzen. Mit unserer breit angelegten Unterschriften-Kampagne gegen die Teilnahme Südafrikas an Messen in Berlin(West) wollen wir eine Grundlage schaffen für entschiedenere Proteste und Aktionen gegen die Teilnahme Südafrikas an der Grünen Woche und der Tourismusbörse 1986. (Diese Messen gehören zu den international bedeutendsten ihrer Art).
In den letzten drei Jahren sind die Reaktionen auf unsere Aktionen von Seiten der Messe-Gesellschaft, des Senats (in Form der Polizei) und Vertreter des südafrikanischen Messestandes immer heftiger geworden. Auch gegen diese zunehmende Unterdrückung unseres Protestes richtet sich die Unterschriften-Kampagne.

Also: Unterstützt unsere Aktion durch das Verteilen der Listen und das Sammeln von Unterschriften!

Eine Initiative der: Mahnwachengruppe für Südafrika — gegen Apartheid
Frauen für Südafrika — gegen Apartheid **Berlin(West)**
Anti-Apartheid-Bewegung
Listen anfordern und bitte bis spätestens 31.10.85 zurücksenden an:
Regina Holst, Kurfürstendamm 146, 1000 Berlin 31

Zur Durchführung dieser Kampagne brauchen wir Spenden: Kennwort Tourismusbörse,
Konto 275416-108 Postgiroamt Berlin(West), BLZ 10010010,
Pfarrerin Giesela Petersen, 1000 Berlin 44

keine Kredit-/Anleihevergaben geben. Was aber bedeuten Verträge und Vertrauen in und mit einem Regime,

- das im letzten halben Jahr über 370 Menschen auf offener Straße durch Polizei und Militär erschießen ließ,
- das seine internationalen sogenannten „Friendensverträge" mit Angola und Mozambik bricht und deshalb sogar von der Reagan-Administration gerügt wird,
- das durch die in der Verfassung verankerten Rassendiskriminierung der 3/4-Bevölkerungsmehrheit der Dunkelhäutigen fortgesetzt die elementarsten Menschenrechte vorenthält?

Neue Qualität: Wie geht's weiter?

Die Unterstützung durch viele neue Organisationen und die Verselbständigung der Aktionen an anderen Orten, durch andere Trägerorganisationen und mit breiterer Stoßrichtung haben der Kampagne „Kein Geld für Apartheid" eine neue Qualität gegeben. Es sind die Gespräche der Evangelischen Kirche und etlicher Landeskirchen mit den Banken zu nennen, die fortgeführt werden und vielleicht — wie beim Reformierten Bund (einer Dachorganisation von Kirchen mit mehreren Millionen Mitgliedern) — zur Kündigung der Konten bei „dreckigen" Banken führen. Die Unterstützung des Anliegens durch Gewerkschaftsverbände ist bedeutungsvoll; der Landesverband Hessen der HBV hat sich die Forderung nach Beendigung der Südafrikageschäfte zu eigen gemacht. Durch Öffentlichkeitsarbeit der HBV werden Bankangestellte erreicht; es kann deutlich gemacht werden, daß die Kampagne sich nicht gegen sie, sondern die Verantwortlichen der Banken richtet.

Auch in politischen Parteien bewegt sich etwas. Grüne und Demokratische Sozialisten waren am 10.5. in Frankfurt und anderswo aktiv. Die Grünen im Bundestag und einige SPD-Bezirke unterstützen die Kampagne; SPD-Vertreter forderten kürzlich die Isolierung des Apartheid-Systems und wirtschaftlichen Druck. Dem Bundestag liegt eine Große Anfrage der Fraktion der Grünen zu Bankenkrediten, Anleihen und anderen Bankgeschäften mit Südafrika und Namibia vor; es wird also eine Generaldebatte dazu geben.

In einigen Stadt- und Gemeinderäten wurden Initiativen eingebracht, daß Sparkassen keine Krügerrandwerbung mehr machen und diese nicht mehr verkaufen. Wegen des erheblichen Protestes mußte kürzlich die Sparkasse Köln eine Werbereise für Geschäftsleute nach Südafrika absagen.

Wichtig ist es jetzt, über die jährlichen Banken-Aktionstage hinaus mit kontinuierlichen Aktionen auf das Geschäft mit der Apartheid durch bundesdeutsche Banken hinzuweisen. Die Zusammenarbeit mit und zwischen den Organisationen, die die Kampagne tragen (wollen), muß verstärkt werden. Gemeinde- und Stadträte sollten die Konten ihrer Gemeinden überprüfen und evtl. Anträge auf Kündigung bei bestimmten Banken stellen; Unterschriftenlisten mit der Forderung nach Auflösung von Konten bei Banken, Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken, die im Apartheidgeschäft stecken, können für den notwenigen öffentlichen Druck sorgen.

Solidaritäts-, Friedens-, Jugend- und viele andere Gruppen sollten angesprochen werden, ihre Konten bei den besonders „dreckigen" Banken nach einem entsprechenden Briefwechsel mit der Bank notfalls zu kündigen; Sportvereine nicht vergessen! Die Banken machen sehr deutlich, daß sie auf moralische Appelle nicht reagieren; Kundenverlust aber ist ein entscheidendes Druckmittel.

Übrigens: *Bei welcher Bank habt Ihr eigentlich Euer Konto?*

Doris Peschke

Helmut Paschlau

(Kritische Aktionäre Dresdner Bank)

Informationen:
Anti-Apartheid-Bewegung, Bonn
Evangelische Frauenarbeit, Frankf.

Angola: Krieg ohne Ende?

Seit langem verhandeln nun schon die Regierungen von Angola und Südafrika über einen Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola und eine Lösung der Namibia-Frage. Unter amerikanischem Einfluß schien sich im Februar 1984 eine Lösung abzuzeichnen. Angola und Südafrika schlossen in Lusaka ein Entflechtungsabkommen. Die daran anschließenden Verhandlungen führten aber zu keinerlei Ergebnissen, heute ist die Lage immer noch ungeklärt, die Fronten sind verhärtet. Der Hintergrund: Eine Unabhängigkeit Namibias könnte einen Rückschlag für die prowestliche bewaffnete Widerstandsbewegung UNITA bedeuten und einen Sieg der marxistisch-leninistischen Regierung in Angola wahrscheinlicher machen.

Verhandlungen drehen sich im Kreis

Nach einem mühsamen Hin und Her von Noten, das von dem amerikanischen Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Chester Crocker und seinem Stellvertreter, Frank Wiesner, gesteuert wurde, hatten sich die angolanische und die südafrikanische Regierung am 16. Februar 1984 in Lusaka (Zambia) zu einem Abkommen durchgerungen. Zwischen den südafrikanischen Truppen in Südangola und den angolanischen Truppen sollte ab sofort ein Waffenstillstand bestehen. Eine gemeinsame Kontrollkommission unter amerikanischer Beteiligung sollte gebildet werden, um die konkrete Durchführung der Entflechtung zu beaufsichtigen. Man verabredete die Fortsetzung von Gesprächen über die Unabhängigkeit von Namibia, die Bildung einer entmilitarisierten Zone entlang der namibisch-angolanischen Grenze, den allmählichen Abzug der kubanischen Hilfstruppen aus Angola und die Verringerung der südafrikanischen Truppen in Namibia auf 1500 Mann.

Die Umzingelungspanik der RSA-Regierung nach dem Ende der weißen Herrschaft in ihren Nachbarländern Mosambik, Angola, Zimbabwe schien ihr Ende gefunden zu haben. Einerseits setzten sich die Kreise um den gemäßigten Außenminister Pik Botha offenbar immer mehr durch, andererseits erhöhten Wirtschaftskrisen, hohe militärische Unkosten sowie vergrößterte Effizienz der angolanischen Truppen durch kubanische Ausbildung und sowjetisches Gerät die südafrikanische Kompromißbereitschaft (Ex, 18.2.84). Darüber hinaus hätte die Realisierung des Abkommens der RSA konkrete Vorteile gebracht. Eine gemeinsam kontrollierte entmilitarisierte Zone hätte vermutlich das militärische Ende der von Angola aus operierenden namibischen Befreiungsbewegung SWAPO bedeutet, die in Namibia über keine festen Basen verfügt. Dagegen wäre die in Angola fest verankerte, von Südafrika geförderte UNITA nur wenig getroffen worden (DN, 13.3.84).

Die Kontrollkommission wurde tatsächlich eingerichtet, es kam sogar zu einem Gefecht zwischen ihren Soldaten und SWAPO-Guerilleros. Der angolanische Präsident Eduardo dos Santos wollte jedoch dem Kampf der Widerstandsbewegungen gegen das Apartheids-Regime seine Unterstützung nicht ganz entziehen. Mit Solidaritätserklärungen für ANC und SWAPO brüskierte er die südafrikanische Regierung. Es kam nicht zu weiteren konkreten Schritten, die südafrikanischen Truppen blieben in Angola, die SWAPO kämpft weiter von angolanischem Gebiet aus (JN, 2.8.84).

Auch die Verhandlungen mußten einen Schritt zurück, erst im November 1984 wurden sie wieder konkret. Angola schlug nun vor, daß sich Südafrika aus dem Land zurückziehen und seine Streitkräfte in Namibia auf 1500 Mann reduzieren solle. Dann würden 15.000 Kubaner innerhalb von zwei Jahren Angola verlassen, weitere 5.000 im folgenden Jahr. 10.000 sollten unabhängig davon im Norden des Landes bleiben und erst später abgezogen werden (D., 28.11.84). Dagegen schlugen die Südafrikaner vor, daß ihre eigenen Truppen und die Kubaner gleichzeitig gehen sollten. Innerhalb von sechs Wochen sollten nur noch 12.0000, nach neun Wochen noch 8.000 und nach zwölf Wochen schon alle Kubaner Angola verlassen haben (D, 26.11.84). Ende November schien dann wieder unter amerikanischer Vermittlung ein praktikabler Plan verabredet zu sein, den Euardo dos Santos durch einen Brief an den UNO-Generalsekretär publik machte. Bis Jahresende würden sich die Südafrikaner bedingungslos aus Südangola zurückziehen, dann Kubaner und Südafrikaner aus Angola bzw. Namibia, bis auf 2.000 Kubaner in der angolanischen Hauptstadt Luanda und der Exklave Cabinda sowie 1.500 Südafrikaner in Namibia (Ex, 29.12.84).

Während die Angolaner die Verabredung des südafrikanischen Rückzuges aus Namibia als Vorbedingung für den Abzug der Kubaner darstellten, kehrten die Südafrikaner die Kausalitäten um. Sie zögen sich aus Namibia nur zurück, wenn die Kubaner Angola verlassen würden. Diese Versuche, die jeweiligen Gegenseite das Gesicht verlieren zu lassen, genügten, um die weiteren konkreten



Südafrikanische Schützenpanzer in Angola

Schritte zu verhindern.

Inoffiziell wurde bekannt, daß Südafrika nun eine neue Vorbedingung für die Unabhängigkeit Namibias stellte: die Aufnahme von UNITA-Mitgliedern in die angolanische Regierung (DN, 19.11.84). Dagegen behauptete Eduardo dos Santos, die UNITA-Rebellen würden in Wirklichkeit von Südafrika befehligt, der Außenpolitik der RSA gegenüber den Nachbarstaaten unterstellte er dünkelhaften Rassismus (LM, 19.2.85). Pik Botha konterte, indem er der angolanischen Regierung unterstellte, sie unterstütze den Versuch, die südafrikanische Regierung gewaltsam zu beseitigen (SAD, 8.2.85). — Wieder einmal waren die Verhandlungen gescheitert.

Auf beiden Hochzeiten tanzen: die USA

Anfang März 1984, als die Verhandlungen von Lusaka eben zwei Wochen zurücklagen, besuchte der ehemalige US-Außenminister Haig, angeblich nur als Geschäftsmann (er handelt jetzt mit Hubschraubern), aber zusammen mit einer „wichtigen nordamerikanischen Persönlichkeit, die mit der Afrikapolitik der US-Regierung beschäftigt ist" den UNITA-Führer und Südafrika-Freund Jonas Savimbi (DN, 13.3.83). Eine solch massive Aufwertung war vorher aufgrund des „Clark Amendment" ausgeschlossen gewesen, einer Richtlinie des US-Senates, die 1975 der Senator Clark eingebracht hatte und die es verbot, an die UNITA Kriegsmaterial zu verkaufen, sowie die Empfehlung gab, mit ihr keine offiziellen Kontakte zu pflegen (J, 23.3.84). Demzufolge hatten sich die USA bis dahin auf heimliche Waffenlieferungen und die Ermunterung an Dritte beschränkt, die UNTTA zu unterstützen. Haigs Besuch sollte der UNITA offensichtlich demonstrieren, daß sie jetzt sogar auf direktere amerikanische Unterstützung rechnen könne. Als Schwächung für die MPLA-Regierung, um deren Kompromißbereitschaft bei Verhandlungen zu fördern und als Freund der RSA wird die UNITA weiterhin benötigt. Im Juni 1984 wurde dann ein Treffen von Crocker und Pik Botha mit Savimbi in Cape Town gemeldet (JN, 25.6.84), im Februar 1985 ein weiteres von Crocker und Savimbi am gleichen Ort (WA, 13.2.85).

Zugleich versuchte die Reagan-Regierung aber, ihr Verhältnis zur MPLA-Regierung in Luanda zu normalisieren. Während bis dahin für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Aufnahme von Gesprächen mit Südafrika, die Verständigung der UNITA, sowie der Abzug der Kubaner gefordert wurden, hielt sie nach dem Lusaka-Abkommen nur noch an der letzteren Forderung fest. Mit einem geeinten Angola unter marxistisch-leninistischer Regierung zurechtzukommen, scheint den Unterhändlern Crocker und Wiesner sinnvoller, als zu destabilisieren, wo US-Interessen gefährdet werden könnten. Ein Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit mit einem marxistisch-leninistischen Regime gibt es: Kongo-Brazzaville (J, 23.3.84).

Luandas letzte Karte: die Kubaner

Der Streitpunkt, der eine Einigung zwischen RSA und Angola über den Rückzug der Südafrikaner aus Angola und Namibia bisher unmöglich gemacht hat, ist die Anwesenheit der kubanischen Helfer in Angola. Die RSA verlangte, unterstützt von der USA, stets kategorisch den Abzug der kubanischen Militärs als Preis für die Freigabe Namibias. Dieses „linkage", die Verkoppelung der beiden Fragen, ist vor allem vor dem Hintergrund der amerikanischen Versuche zu sehen, den Einfluß sozialistischer Länder in der Dritten Welt zurückzudrängen. Eine militärische Bedrohung für Südafrika stellen die Kubaner natürlich nicht dar. Selbst bei den südafrikanischen Angriffen auf Südangola wurden sie stets zurückgehalten und es kam nicht zu Gefechten zwischen Kubanern und Südafrikanern. Sogar die direkte Konfrontation mit der UNITA wird vermieden. Steht ein UNITA-Angriff bevor, ziehen sich die Kubaner nach Möglichkeit zurück (Db, 6.11.84). Bei einer von einem Reporter beobachteten Einkesselung von angolanischen und kubanischen Truppen, wurden kurz vor der Niederlage die Kubaner noch eben ausgeflogen, die FAPLA-Soldaten mußten für sich selbst sorgen (Ex, 1.9.84). Die Hauptaufgabe der Kubaner liegt auf ganz anderen Gebieten. Sie sind in Verwaltung, Versorgung, Fernmeldedienst, Post, zur Sicherung von wichtigen Anlagen, z. B. Häfen, in der militärischen Ausbildung, in der Luftwaffe als Piloten eingesetzt, also überall da, wo die angolanische Regierung nicht über die erforderliche Anzahl von qualifizierten und zuverlässigen Spezialisten verfügt (Db, 6.11.84). Die Unkosten, die die rund 35.000 kubanischen Soldaten und Zivilisten dem Land verursachen, sind beträchtlich, etwa 250 US-Dollar pro Mann und Tag (S, Nr. 32/84). Außer von den Kubanern wird die MPLA-Regierung noch von 1.500 sowjetischen Soldaten unterstützt, die vor allem mit der Instandhaltung von Flugzeugen und schweren Waffen, sowie der Planung von großen militärischen Operationen beschäftigt sind (Ex, 1.9.84).

In dem Brief an den UNO-Generalsekretär bezeichnet Präsident dos Santos den Rückzug der ausländischen Helfer denn auch als „Tod für unsere nationale Integrität" (DN, 31.12.84). Gemeint war damit, daß ohne die (die militärische Infrastruktur grantierenden) Ausländer ein Sieg über die UNITA praktisch ausgeschlossen sei, das Land auch weiterhin in einen MPLA- und einen UNITA-beherrschten Teil auseinanderfallen und eventuellen südafrikanischen Angriffen schutzlos ausgeliefert werde.



Präsident Dos Santos und Fidel Castro

Dennoch sah sich die MPLA-Regierung gezwungen, wenigstens im Prinzip dem „linkage"-Dogma der RSA und USA nachzugeben. Eine Folge dieses Einlenkens war, daß sich die Machtverhältnisse im Inneren des MPLA klärten. Bis dahin hatten die „Pragmatiker" um Präsident dos Santos eine Koexistenz mit den stärker an Kuba und der Sowjetunion orientierten „duros" (harten) geführt. An den Vorverhandlungen von Lusaka, die die „linkage"-Frage mit beinhalteten, nahm der zur „linha dura" (harten Linie) gezählte Außenminister Paulo Jorge nicht teil. Im Herbst wurde er vom Präsidenten ersetzt, was einer Stärkung der „pragmatischen" Linie gleichkam.

Auch Fidel Castro stimmte der Mög-

lichkeit eines Abzugs der Kubaner zu. Ihm ist an einer Verbesserung des Verhältnisses zu den USA gelegen. Zudem wächst der Widerwille gegen den Dienst als „Internationalisten“ (Ex, 9.2.85), angesichts der — trotz Zurückhaltung bei Gefechten — rund 2.000 Toten und 4.500 Verwundeten, bei Angola die Kubaner zwischen 1975 und 1984 gekostet hat (Db, 6.11.85) und dem nicht absehbaren Ende des Angola-Konfliktes. Aus Gründen der Selbsterhaltung laufen jedoch die Verhandlungsvorschläge dos Santos' alle darauf hinaus, den Abzug der Kubaner zu verzögern und zu verlangsamen und einen Teil der Truppen zumindest an den neuralgischen Punkten (Hauptstadt Luanda und den Erdölquellen der Exklave Cabinda) zurückzubehalten.

Wie sehr der MPLA von den Kubanern abhängig ist, zeigt sich auch darin, daß er ihre Zahl zwischen 1976, dem Jahr nach der Unabhängigkeit und 1984 mehr als verdoppeln mußte (s. Kasten). Die Gefährdung der MPLA-Regierung wuchs durch die Erfolge der UNITA. Die Funktionsfähigkeit ihrer Streitkräfte eigenständig sicherzustellen ist ihr offensichtlich nicht gelungen.

Kubaner in Angola

1961	Ausbildung von MPLA-Angehörigen in Kuba und Ghana
1965	Waffenlieferungen über Kongo-Brazzaville
Mai 1975	200 Kubaner nach Cabinda
1976/77	14.000 Soldaten
1978	Verstärkung um 6.000 Zivilisten
1979	19.000 Soldaten
1980	21.000 Soldaten
1981/82	25.000 Soldaten
1984	31.000 Soldaten

(aus: Diabo, 6.11.84)

MPLA auf Talfahrt

Reporter berichten über Disziplinlosigkeit in den FAPLA, Motivationsverlust, Desertionen und Übergriffe gegen die Bevölkerung — verursacht vor allem durch die von der UNITA gefährdeten und oft unterbrochenen mangelhaften Versorgungs- und Kommunikationswege (JN, 11.1.84). Zur Anzahl der FAPLA-Soldaten können keine verbindlichen Angaben gemacht werden: die Chefs der Streitkräfte kennen sie selbst nicht (Ex, 1.9.84)! Weil die Streitkräfte und die Kubaner nicht mehr ausreichten, mußten Ende 1984 „Wachbrigaden“ aus Zivilisten eingerichtet werden, um die Städte und Ortschaften im ganzen Land vor Überfällen der UNITA zu sichern. Mit der Wirtschaft ging es nach dem Fortgang von 350.000 — z. T. qualifizierten — Portugiesen und als Folge des Krieges gegen FNLA, UNITA und Südafrika bergab. Während 1974 — also schon gegen Ende des Befreiungskrieges — die portugiesische Kolonie noch 5,2 Mio. Sack Kaffe esportierte, waren es zehn Jahre später nur noch 283.000. Der Diamanten-Export ging um die Hälfte zurück. Das Land muß Lebensmittel importieren, die es früher exportiert hat. 90 % der Staatsunternehmen machen Verluste, die Wirtschaft funktioniert nur noch mit den Gewinnen aus dem Erdöl-Export (DN, 31.12.84), der heute 90 % der Gesamtexporte ausmacht; 50 % der Importe dienen heute zur Befriedigung von „Grundbedürfnissen“ der Bevölkerung. Die Hälfte der Staatsausgaben entfallen auf das Militär. Da es zuviel Geld, aber staatlich reglementierte Preise gibt, blüht der Schwarzmarkt. Der 1983 verabschiedete „Allgemeine Notplan“ zur Förderung der Produktion für Grundbedürfnisse und Export erreichte sein Ziel nicht (J, 11.11.84). 1984 sah sich die amerikanische Erdölgesellschaft Gulf-Oil genötigt, ihre Abgaben für 1985 und die Hälfte von 1986 bereits im Voraus zu zahlen, um die Stabilität der MPLA-Regierung und damit der eigenen Geschäfte zu sichern (DN, 16.1.84).

Die Mißerfolge des MPLA gegenüber der UNITA müssen im Blick auf die Ausgangslage eigentlich erstaunen. Im Januar 1975 war in Alvor (Algarve) zwischen der ehemaligen Kolonialmacht, den vom Westen geförderten Befreiungsbewegungen FNLA und UNITA, sowie dem MPLA, die sich gegenseitig bekämpften, ein Vertrag geschlossen worden, der eine gemeinsame Regierung der drei Bewegungen vorsah. Dennoch ging der Bürgerkrieg weiter. Zairische Truppen marschierten zusammen mit der FNLA bis auf 40 km vor die in den Händen des MPLA befindlichen Hauptstadt Luanda, der UNITA und südafrikanische Truppen rückten bis auf 200 km vor. Aufgrund außenpolitischen Drucks zogen sich die Südafrikaner jedoch zurück. Mit Hilfe von 15.000 Kubanern gelang es dem MPLA, die zairischen Truppen zurückzudrängen, die FNLA aufzulösen und auch die UNITA bis auf einen kleinen Rest zu vernichten. Im Februar stellte er tatsächlich die einzige relevante Macht im ganzen Land dar. Dennoch gelang es der UNITA, sich mit südafrikanischer und anderer ausländischer Hilfe zu erholen. Der innen- und außenpolitische Druck wurde immer größer, der MPLA zu immer stärkeren Anlehnung an Kuba und die Sowjetunion gedrängt. Erst 1977 erklärte er sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei.

Namibia

Deutsch-Südwestafrika war während des ersten Weltkrieges der deutschen Kolonialmacht von den Briten weggenommen und später vom Völkerbund Südafrika zur Verwaltung übergeben worden. 1947 erklärte Südafrika seine Absicht, Südwestafrika zu annektieren, was bei der UNO als Nachfolgerin des Völkerbundes auf Widerstand stieß. 1966 wurde das Land, nun als „Namibia“, von der UNO einem besonderen Rat unterstellt, blieb aber de facto Besitz von Südafrika. Mit der Unabhängigkeit Angolas intensivierte sich seit 1975 der Kampf der schwarzen Widerstandsbewegung SWAPO, die mit anderen Bewegungen an den von Südafrika durchgeführten und wahrscheinlich manipulierten Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung nicht teilnahm. Seit 1977 bemüht sich eine „Kontaktgruppe“ des UN-Sicherheitsrates (USA, Kanada, BRD, Frankreich, Großbritannien) um die Anwendung der UNO-Resolution 435 auf Namibia, die freie Wahlen unter UN-Aufsicht, Waffenstillstand zwischen der RSA und der SWAPO und den Einsatz einer UN-Sicherheitstruppe vorsieht — bisher ohne Erfolg. Der kategorische Widerstand Südafrikas hat jedoch nachgelassen, wofür vor allem der Druck des interessierten Auslandes verantwortlich ist. Die ausländischen Konzerne, die die namibische Wirtschaft beherrschen — bedeutend ist vor allem der Abbau von Diamanten, Buntmetallen und Uran — sind an Ruhe und Ordnung und besonders an der Garantie des Schutzes vor Enteignungen interessiert. Sie ziehen eine Unabhängigkeit mit UNO-Garantien und eventueller SWAPO-Regierung (die wahrscheinlich 60 % der Wählerstimmen bekommen würde) einer möglichen weiteren Verschärfung des Konfliktes zwischen der schwarzen Bevölkerung und der südafrikanischen Besatzungsmacht vor. (Guia do terceiro mundo, S. 193 ff.) Die „Kontaktgruppe“ besteht nicht zufällig aus den Ländern, die in Namibia wichtige wirtschaftliche Interessen zu vertreten haben.

Aufwärts mit Methode, aber ohne Inhalt: die UNITA

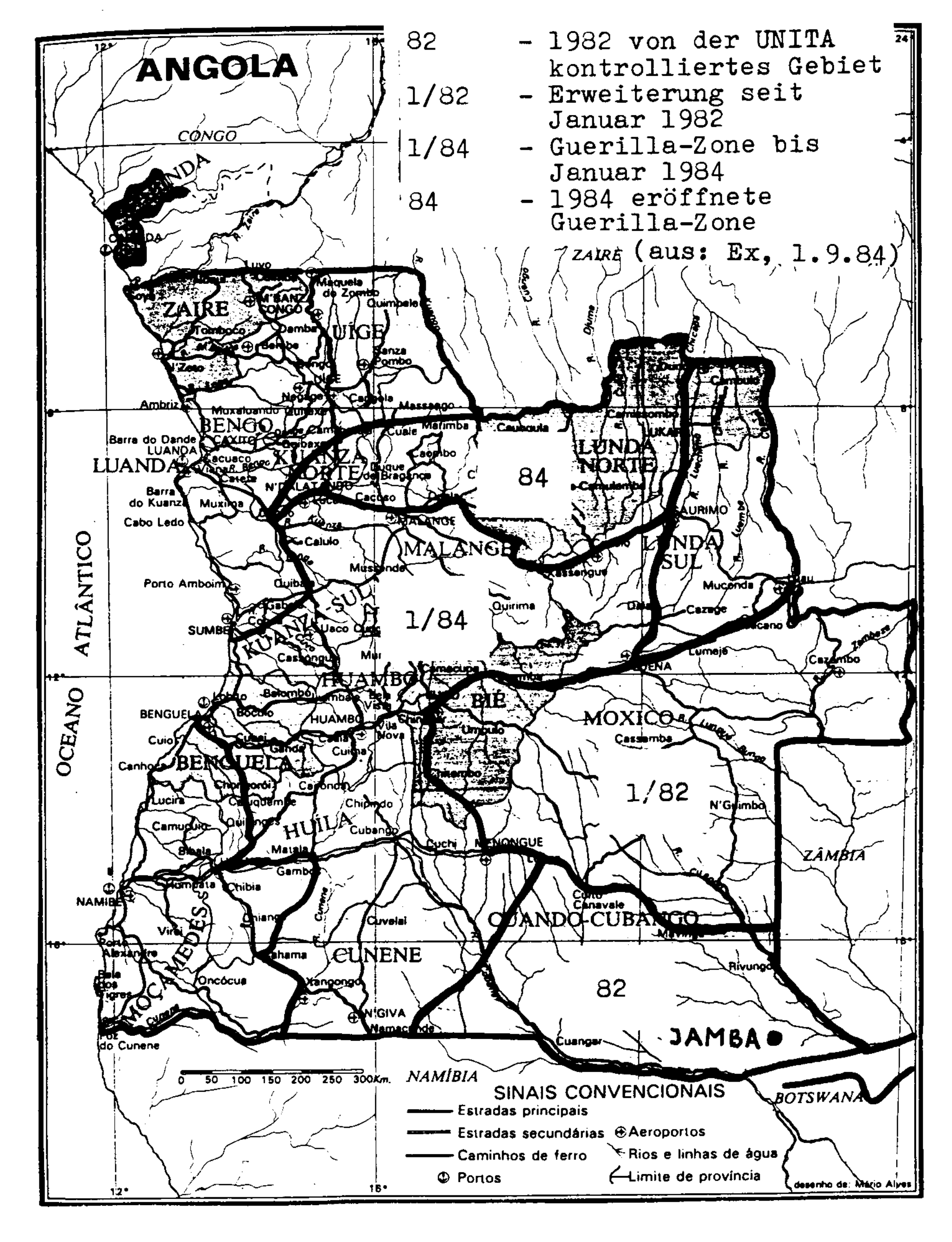
Die Geschichte der UNITA ist in erster Linie die Geschichte ihres Führers Jonas Savimbi. Zunächst war er Mitglied in der von Zaire unterstützten FNLA und Außenminister der Exilregierung GRAE gewesen. Von der FNLA enttäuscht, verließ er sie und gründete die UNITA. Auf der Suche nach Unterstützung reiste er u. a. in die Sowjetunion und nach China. Dort erhielt seine Bewegung die erste konkrete Hilfe, China bildete zwölf UNITA-Füh-

rer aus. Ägyptens Nasser war der erste Geldgeber (JN, 14.4.84). Savimvi selbst absolvierte 1965 eine viermonatige militärische Ausbildung in China (JN, 31.8.84), eine Erfahrung, die sich in seinen Methoden zu reflektieren scheint. Trotz südafrikanischer Unterstützung mußte er sich mit einer auf eine kleine Gruppe dizimierten UNITA 1976 in den unterentwickelten Südosten des Landes zurückziehen. Von dort aus breitete sich die UNITA immer weiter aus, hat heute wenigstens ein Drittel Angolas fest in Händen, führt Krieg in einem weiteren Drittel und beunruhigt auch das dem MPLA verbliebene letzte Drittel durch Guerilla-Aktionen.

Die Ideologie und die politischen Ziele der UNITA sind schwierig auszumachen und möglicherweise auch gar nicht weiter definiert. Ziel des Krieges gegen den MPLA ist nicht die militärische Eroberung der Regierungsgewalt, sondern die Regierungsbeteiligung der UNITA im Sinne des Vertrages von Alvor von 1975 (JN, 13.8.84). Der Krieg und außenpolitischer Druck sollen den MPLA zum Verhandeln zwingen (Ex, 1.9.84). Savimbi fordert freie Wahlen, bei denen er nach seiner Überzeugung gewinnen würde (Dia, 3.1.85). Eine Teilung Angolas kommt für ihn nicht in Frage. Ursprünglich auf dem Ovimbundu-Stamm basierend, bemüht er sich darum, wichtige Posten auch mit Angehörigen anderer Stämme zu besetzen und Anhänger und Soldaten aus allen anderen Stämmen zu werben (Ex, 1.9.84).

Aufgrund des Engagements von Kubanern und Sowjets auf Seiten des MPLA, ist „Nationalismus" das hervorragende ideologische Prinzip. Die UNITA sei gegen ausländische Truppen in Angola — wobei die UNITA-Freunde aus Südafrika schlicht unerwähnt bleiben. Ein UNITA-Arzt antwortete auf die Frage nach dem Sinn seines Engagements: „Es ist eine Frage des Nationalismus. Da das Land vom russisch-kubanischen Imperialismus heimgesucht wird, ist unsere Anwesenheit hier unverzichtbar, um dem Volk zu helfen."

Als Vorbilder nennt die UNITA Nasser, Kwame Nkruma, Leopold Senghor und führt als Parolen „Sozialismus, Nationalismus, Demokratie, Blockfreiheit". 1984 wurde zum „Jahr der antikubanischen patriotischen Front" erklärt. Die politische Erziehung beschränkt sich nach Beobachtungen von Reportern und ausländischen Gefangenen auf das Skandieren von Slogans gegen die MPLA, Kubaner und Sowjets, verbunden mit Tänzen und Absingen von Militär-Liedern.



Ein Führer statt Ideen

Der wichtigste Aspekt der UNITA-Ideologie scheint aber der Personenkult um Savimbi zu sein. An einer Wand des militärischen Hauptquartiers in seiner Hauptstadt Jamba findet sich der Spruch: „Um Geschichte zu machen, braucht es einen großen Mann, ein großes Land und eine große Sache." — Wobei der „große Mann" natürlich Savimbi selbst ist. Ein „unwiderstehliches Charisma" wird ihm zugeschrieben, auch er selbst weiß sich einzuschätzen: „Meine Freunde wissen, daß die Bewegung zusammenbrechen würde, wenn ich nicht mehr wäre, denn ich bin der am besten ausgebildete Soldat und politisch am besten informiert." Er arbeite „für die Geschichte". Auf seinen ständigen Reisen durch seinen Herrschaftsbereich erfährt er regelmäßig einen „Empfang im Delirium" der Bevölkerung, die ihn mit Parolen wie „Savimbi ist unser Führer" oder einfach „Führer, Führer,..." begrüßt. Oder es gibt ein Wechselgeschrei dieser Art: Ein Leiter ruft: „Savimbi..." und das Volk antwortet: „...politisch-militärischer Stratege von internationalem Niveau", eine Phrase, die von den Anwesenden kaum einer verstehen dürfte (Ex, 1.9.84).

Savimbi bezeichnet sich selbst, trotz seiner Freundschaft mit der RSA und den USA, immer noch als „Sozialist" (Ex, 1.9.84). Im Gegensatz zum MPLA, der sich eher auf ein (noch kaum vorhandes) Industrieproletariat orientierte, sich als Avantgarde empfindet und mit den entsprechenden Privilegien versieht (z. B. besondere Läden für die Angehörigen der Führungsschicht), wandte sich Savimbi schon zu seiner FNLA-Zeit dem Grundsatz zu, den Kampf in Angola „im Volk" zu „verankern" (JN, 14.4.84). Nach der vorläufigen Niederlage 1976 begann er, die Macht der UNITA auf der Basis der Bauern, die 85 % der Bevölkerung ausmachen, wieder aufzubauen und setzte vorrangig auf die Lösung der Probleme der Landbevölkerung. die Bauern wurden in großen landwirtschaftlichen Einheiten zusammengefaßt, der Geldverkehr durch Tauschhandel ersetzt (Ex, 1.9.84). Seit dem Parteikongreß Anfang 1985 zeichnet sich anscheinend eine „Rechtswende" ab. Als politische Vorstellungen werden nun angegeben: Dezentralisierung, keine Kollektivierung, eine wenigstens zum Teil individuell gezahlte Ausbildung und Gesundheitsversorgung, gemischte Wirtschaft, sowie einige wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen (AC, 13.2.85). Inwieweit es sich dabei um wirkliche Absichten der

UNITA handelt oder um taktische Anpassung an westliche Helfer, läßt sich nicht sagen. Die politischen Ziele der UNITA bleiben — außer der Machtbeteiligung — weiterhin im Dunkeln.

Die Dollar-Internationale der Rechten

Jedenfalls haben rechtsgerichtete Regierungen des Auslandes Savimbi oft als unterstützungswürdig eingeschätzt. Die Liste seiner Helfer ist lang: der Iran unter dem Schah, Marokko unter Hassan II, Ägypten unter Sadat, Saudi Arabien unter Feisal, später Zaire unter Mobutu, das Frankreich Giscard d'Estaings und natürlich Südafrika. Besonders die Zusammenarbeit mit Südafrika brachte der UNITA die Gegnerschaft schwarzafrikanischer Staaten ein. Savimbis politisches Verhalten ist aber wohl nicht unbedingt ein Ausdruck der Sympathie für rechtsgerichtete Regime, sondern eher der eines fast grenzenloses Pragmatismus. Schon während des Befreiungskrieges gegen die Portugiesen ließ er gewinnbringend portugiesische Holzfällerfirmen in seinem Einflußbereich weiterarbeiten.

Der militärische Erfolg der UNITA wäre ohne die massive Unterstützung durch das Ausland nicht möglich gewesen. Wichtigste Geldgeber sind die arabischen Länder, von denen sich einige 1979 zu einem „Safari Club" zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel, die UNITA zu unterstützen. Insgesamt sind es 12 afrikanische und sechs arabische Länder, die Hilfe gewähren (JN, 1.9.84). Namentlich erwähnt werden Togo, Tunesien, Ägypten, Somalia, Kuwait, Saudi Arabien (AC, 13.2.85). Savimbi gibt heute zu, auch vom CIA Unterstützung bekommen zu haben (JN, 31.8.84). Im Herbst 1984 soll sich die finanzielle Unterstützung durch Südkorea, Ägypten, Marokko und Gabun auf über 100 Mil. französischer Francs belaufen haben (DL, 3.12.84). Es gibt ein UNITA-PR-Büro in Washington, das aus den USA finanziert wird, hauptsächlich, um bezahlte Propaganda in die Medien zu bringen (J, 23.3.84). Auch in Lissabon existiert ein UNITA-Büro, das Kontakte zur portugiesischen Regierung pflegt (AC, 13.2.85). Wichtig sind auch die Ausbildungshilfen: Ägypten bildet angeblich UNITA-Piloten aus (FN, 13.3.84). Zwischen 1979 und 1981 wurden UNITA-Soldaten von Franzosen in Marokko ausgebildet, seitdem von Marokkanern (Ex, 1.9.84)

Freundliche Nachbarn

Entscheidend für den Verlauf des Bürgerkrieges sind aber die Kontakte zu den Nachbarländern, denn im Gegensatz zum MPLA verfügt die UNITA nicht über Häfen. Ihre Versorgung, ihre Kontakte zum Ausland müssen über Land- und Lufttransporte abgewickelt werden. Bisher kam praktisch das gesamte Material der UNITA — soweit es nicht Beute war — über Namibia aus Südafrika. Ein Journalist berichtet, das alles, bis hin zu solchen Artikeln wie Trockenfisch, Dosenfleisch und Bier aus Südafrika stammt. Erst recht werden Fahrzeuge, Generatoren, Krankenhausausstattungen, Motoren (u. a. von Magirus-Deutz) über Südafrika oder aus südafrikanischer Produktion bezogen. Den Treibstoff bekommt die UNITA ohnehin von dort geschenkt (Ex, 1.9.84). Über Zambia wickelt die UNITA ihren Holzhandel ab, nach Zaire und Malawi unterhält sie eine Flugverbindung, ebenso nach Südafrika (AC, 13.2.85).

Seitdem Südafrika und die MPLA-Regierung sich bezüglich des „linkage"-Problems beweglicher zeigen und durch eine eventuelle Unabhängigkeit Namibias der Landweg nach Südafrika abgeschnitten werden könnte, ist die UNITA verstärkt um die Schaffung anderer Transportwege bemüht. Schon jetzt behauptet Savimvi, von Transporten über Namibia unabhängig zu sein (Ex, 1.9.84). Die US-Militärhilfe für Zaire ist im Steigen begriffen, eine indirekte Unterstüztung für die UNITA. Rund 150 UNITA-Soldaten befinden sich dort in Ausbildung, weitere 450 sollen durch US-Amerikaner und Israelis bereits ausgebildet worden sein. Mit weiteren 800 UNITA-Soldaten sollen sie das in MPLA-Händen befindliche Gebiet an der zairischen Grenze angreifen. Sicher nicht zufällig befand sich Savimbi gleichzeitig mit 14 US-Spezialisten für paramilitärische Aktionen und RSA-Geheimdienstlern in Zaires Hauptstadt Kinshasa (DL, 4.12.84). Möglicherweise wird im Blick auf die Zukunft eine Verlegung des Nachschubweges von Namibia nach Zaire vorbereitet.

Volksnähe als Erfolgsrezept

Die militärischen Erfolge der UNITA lassen sich aber nicht nur durch ausländische Unterstützung erklären, denn auch der MPLA verfügt ja über genug Geld aus dem Erdöl-Geschäft und Freunde, die ihn ausreichend versorgen können. Die Eroberung und Beherrschung eines Gebietes, das die doppelte Größe der Bundesrepublik hat und der Kampf in einem weiteren Gebiet gleicher Größe verlangen auch effektive innere Strukturen. Offensichtlich gelingt es der UNITA, sich der Unterstützung von großen Teilen der Bevölkerung zu versichern. Sie hat Wege gefunden, sich an die Traditionen, die wirtschaftlichen und psychisch-sozialen Bedürfnise der Bevölkerung anzupassen, wohl im Gegensatz zum MPLA, dem Elite-Bewußtsein und die aus dem sozialistischen Lager übernommene Formelsprache Volksnähe jedenfalls erschweren. So begründete etwa der Verteidigungsminister die Einführung der „Wachbrigaden" so: „Die andauernden Angriffe des Imperialismus und seiner Lakaien verlangen, sofortige Maßnahmen zur Verteidigung des Vaterlandes zu treffen." (JN, 11.12.84)

Nach chinesischem Vorbild verwurzelte Savimbi seine Bewegung zunächst in der Landbevölkerung, und richtete sich nach deren dringendsten Bedürfnissen. Z. B. baute die UNITA einen Gesundheitsdienst mit (nach UNITA-Darstellung) fünf zentralen, 22 regionalen Krankenhäusern und 190 Gesundheitsposten auf, bei allerdings nur zwei voll ausgebildeten Ärzten (Ex, 1.9.84).

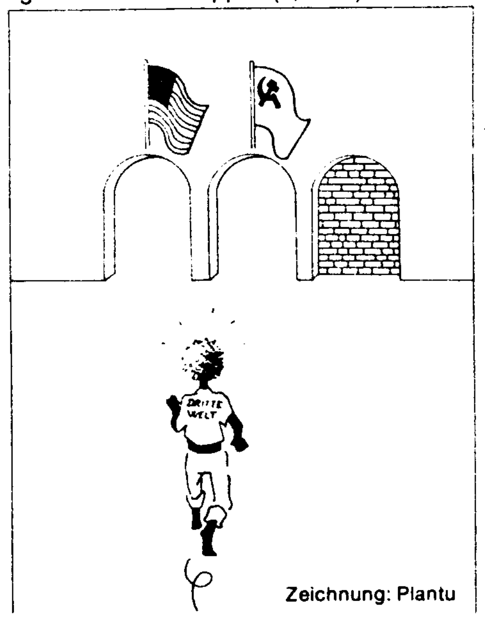
UNITA auf dem Vormarsch

Im Gegensatz zu den MPLA-Truppen werden die der UNITA überwiegend positiv bewertet: Sie seien „diszipliniert, gut ausgebildet, von großer Beweglichkeit, gut ausgerüstet, fähig, auch schwere Artillerie einzusetzen, beherrschen eine flexible Kombination aus Guerilla und Stellungskrieg“ (Ex, 1.9.84). Ihr großer Vorteil liegt darin, daß sie im Gegensatz zu den FAPLA keine flächenmäßige Sicherung von unzähligen Orten und Städten zu bewerkstelligen haben, denn die Regierungstruppen dringen gar nicht mehr bis ins eigentliche UNITA-Gebiet vor. Die UNITA-Soldaten machen die Verbindungswege unsicher und überfallen mit stets weit überlegenen Streitkräften nacheinander Orte und Stützpunkte. Die Versorgung der (nach eigenen Angaben) 25.000 regulären Soldaten und 23.000 Guerilleros (Dia, 31.1.85) wird durch 1.000 bis 2.000 z. T. erbeutete, z. T. aus Südafrika gelieferte Lastwagen und ein System von beweglichen Stützpunkten garantiert (Ex, 1.9.84).

Seit Beginn der Verhandlungen zwischen der RSA und der MPLA-Regierungen wurden die Angriffe verstärkt. Ziel ist nun vor allem die Zerstörung von wirtschaftlichen Objekten wie Staudämmen, Stromleitungen und Brücken, um durch Verschlimmerung der Versorgungslage das Vertrauen der Bevölkerung in den MPLA noch weiter sinken zu lassen und diese zu Verhandlungen zu zwingen. Spektakuläre Demonstrationen der Möglichkeiten, über die die UNITA gegenüber der MPLA verfügt, waren die Zerstörung einer Erdöl-Verarbeitungsanlage im März 1984 und die Zerstörung von zwei Schiffen im Hafen von Luanda im Juli.

PR auf UNITA-Manier

Ein Mittel, die UNITA auch international ins Bewußtsein zu bringen, ist die Entführung von Hunderten von Ausländern. Sie müssen den manchmal über 2.000 km langen Weg zu Savimbis Hauptquartier Jamba zurücklegen und dort oft monatelang als Gefangene ausharren, bis sie schließlich ohne Bedingungen freigelassen und ausgeflogen werden. Savimbi läßt sie u. a. zu sich bringen, um mit ausländischen Regierungen verhandeln zu können. So nötigte er im Mai 1984 einen höheren Beamten des britischen Außenministeriums wegen 16 gefangener Landsleute (JN, 25.6.84), und im Juni 1984 gar den Vize-Außenminister der ČSSR zu Verhandlungen über die Freilassung von 20 tschechischen Entwicklungshelfern nach Jamba und ließ sich von ihm als „Herr Präsident“ titulieren (Ex, 1.9.84). Zugleich sind die Gefangenen eine Möglichkeit, Selbstdarsstellung in den Medien des Auslandes zu betreiben. Zur Entlassung werden meist Journalisten aus dem Heimatland der Gefangenen eingeflogen, die Gelegenheit bekommen, die mustergültige Organisation von Jamba kennenzulernen. Es gibt eine evangelische und eine katholische Kirche, Elektrizität aus Generatoren rund um die Uhr, ein Hospital, mehrere Krankenpflegeschulen, Lehrerseminare, Reparaturwerkstätten usw. (NT, 15.5.84). Auch die Gefangenen berichten über korrekte Behandlung, sowie gute Disziplin und Organisation der Truppen (J, 7/84).



Zeichnung: Plantu

Angolanisches Blut für fremde Interessen

Das intensive Interesse, das die Reagan-Regierung durch ihre Initiative und Einflußnahme bei den Verhandlungen zwischen Angola und der RSA beweist, erklärt sich aus ihren wirtschaftsstrategischen Interessen (s. Kasten). Die Unsicherheit, die durch die Apartheid-Politik innerhalb Südafrikas und die direkte oder indirekte gewaltsame Intervention der RSA in den Nachbarländern hervorgerufen wird, stehen der Ausbeutung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des südlichen Afrika entgegen, drängen Regierungen und Befreiungsbewegungen hilfesuchend in die Nähe der Sowjets und gefährden damit langfristig westliche Investitionen, Versorgungswege und Machtpositionen. Besser, als ihr dies im nähergelegenen Mittelamerika gelingt, scheint die Reagan-Regierung im südlichen Afrika die Kausalitäten des Ost-West-Konfliktes in der Dritten Welt zu erkennen. Ein Dauerkrisenherd südliches Afrika kann den USA nur schaden, daher sind sie auf eine Abmilderung der Apartheid und den Ausgleich zwischen den sich bekämpfenden Staaten und politischen Bewegungen aus. Ohne Widersprüche geht es dabei aber nicht ab. Die Reagan-Regierung setzt zusammen mit der die angolanischen Erdöllager ausbeutenden Gulf-Oil auf die Stabilität der marxistisch-leninistischen MPLA-Regierung, ohne aber die westlich orientierte UNITA fallen lassen zu wollen. Eine Versöhnung zwischen den beiden Gegnern scheint aber derzeit illusorisch. Sie will eine demokratisch abgesicherte, nach Westen offene Regierung in Namibia, die aber ohne die von der namibischen Bevölkerung mehrheitlich unterstützte linksgerichtete SWAPO nicht möglich ist. Sie will Stabilität und Stärke des südafrikanischen Regimes, was aber eine wesentliche Milderung der Apartheid ausschließt. Sie will mit den Marxisten in Luanda ebenso gut Freund sein, wie mit den Rassisten in Pretoria.

Die angolanische MPLA-Regierung, von der Blockfreiheit in die Nähe des sozialistischen Lagers gedrängt, ist von amerikanischen Öl-Dollars ebenso abhängig, wie von einem Friedensschluß mit Südafrika, will sie nicht in absehbarer Zeit vor der UNITA und den — während der Bürgerkrieg andauert — unlösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten kapitulieren. Die UNITA wiederum ist an der Verhinderung einer Lösung des Namibia-Problems interessiert, bereitet sich aber dennoch mit amerikanischer Hilfe auf eine eventuell veränderte Situation vor, um den

Wirtschaftsinteressen in Südafrika und Namibia

„Südafrika ist der größte Exporteur der Metall Platin, Gold, Vanadium, Chrom, Bauxit und Manganerz. Der zweitgrößte bei Antimon, Diamanten, Flour und Asbest; der drittgrößte bei Titan, Uran und Zirkon. Zusammen mit der Sowjetunion hat die RSA potentiell ein Monopol bei sechs von 14 der für die moderne Industrie wichtigsten Rohstoffe. Außerdem liegt Südafrika an einem geografischen Punkt, den 25.000 Schiffe passieren, die 70 % des in Europa und 30 % des in den USA verbrauchten Erdöls transportieren. (...)

Ausländische Teilhaber kontrollieren 60% des Bergbaus, 30% der Landwirtschaft, 88% der Banken und 68% der Industrie Südafrikas. (...)

Etwa 400 Unternehmen aus den USA haben Besitz in Südafrika und allein zwölf von ihnen waren verantwortlich für 2/3 der Investitionen der Apartheid-Wirtschaft. (...)

Die transnationale nordamerikanischen Unternehmen kontrollieren zusammen mit südafrikanischen etwa 90% der Exporte an Bodenschätzen von Namibia. Die USA, England, Frankreich, Westdeutschland und Kanada beherrschen 70% der Wirtschaft der ehemaligen deutschen Kolonie (...).“

(aus: Guia do terceiro mundo 1984/85, Lissabon 1984, S. 51)

Kampf gegen die MPLA-Regierung weiterführen zu können. Ihr Ziel, die Regierungsbeteiligung, hängt im Wesentlichen von dem von Südafrika und den USA geforderten Abzug der Kubaner aus Angola ab, was aber nur die Niederlage des MPLA, aber keine Einigung und damit neue Wirren mit unvorhersehbaren Folgen bedeuten könnte. Das südafrikanische Regime befindet sich damit im Konflikt zwischen dem Wunsch, in seiner Umgebung politische Ruhe eintreten zu lassen und der Hoffnung, die sozialistischen Regierungen und Bewegungen des südlichen Afrika doch noch schwächen zu können.

Opfer dieses Geflechts von einander überschneidenden und widerstrebenden Interessen ist vor allem die Bevölkerung Angolas, die nun 14 Jahre Krieg gegen die Kolonialmacht und weitere 10 Jahre Bürgerkrieg ertragen hat. Es sind fast ausschließlich ausländische Einflüsse, die diese Situation bewirkt haben und für ihre Fortdauer sorgen. Schon während des Befreiungskrieges versuchten ausländische Mächte die zunächst überwiegend aufgrund unterschiedlicher Stammeszugehörigkeit entstandenen Bewegungen auf ihre Seite zu bringen und ihre Sympathisanten zum Durchbruch zu verhelfen. Die dadurch verursachte Verhärtung der ideologischen und weltpolitischen Orientierung der Bewegungen waren die Ursache für den folgenden Bürgerkrieg, der durch ausländische Intervention, Geld, Bewaffnung und Ausbildung unterhalten wird. Nicht zu vergessen ist auch der wirtschaftliche Aspekt dieses Krieges. Die sozialistischen Länder verdienen sich die amerikanischen Öl-Dollars der MPLA-Waffenkäufer, die westlichen Staaten die arabischen der UNITA. Angola ist eines von vielen Beispielen dafür, wie für die Einflußinteressen der Machtblöcke in der Dritten Welt Blut fließen muß.

Horst Hüncker

Abkürzungen

ANC — African National Congress
FAPLA — Streitkräfte der angolanischen MPLA-Regierung
FNLA — Frente Nacional de Libertação de Angola
GRAE — Angolanische Exilregierung der Befreiungsbewegungen
MPLA — Movimento Popular para a Libertação de Angola
RSA — Republik Südafrika
SWAPO — South West African Peoples Organization
UNITA — União Nacional para a Independêcia Total de Angola

Quellen

Kürzel	Name	Erscheinungsland
AC	African Confidential	Großbritannien
D	Diário	Portugal
Db	Diábo	Portugal
Dia	O Dia	Portugal
DL	Diário de Lisboa	Portugal
DN	Diário de Notícias	Portugal
Ex	Espresso	Portugal
J	O Jornal	Portugal
JN	Jornal de Notícias	Portugal
LM	Le Monde	Frankreich
NT	Notícias da Tarde	Portugal
S	Der Spiegel	BRD
SAD	South African Digest	Südafrika
WA	Windhoek Advertiser	Namibia

Leben und Widerstand schwarzer Frauen in Südafrika

Leben und Widerstand schwarzer Frauen in Südafrika

In System der Apartheid, das die südafrikanische Bevölkerung nach Hautfarbe klassifiziert, stehen Frauen auf der untersten gesellschaftlichen Stufe. Sie leiden unter mehrfacher Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung als Schwarze, Arbeiterinnen und Frauen, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Seit Jahrzehnten leisten Frauen gegen diese Mißstände spontanen und organisierten Widerstand in dem Bewußtsein, daß nur eine Zerschlagung des herrschenden Regimes zur Durchsetzung ihrer Würde als Menschen und Frauen führen kann.

Das Leben in den Homelands

Die Strategie der weißen Regierung ist es, langfristig die schwarze Bevölkerung aus Südafrika zu vertreiben, und sie in den Homelands zu isolieren. 1980 lebten bereits 53 % der schwarzen Bevölkerung insgesamt und 57 % der schwarzen Frauen in ihnen. Hohe Bevölkerungsdichte, fehlende Infrastruktur, schlechtes Akkerland, hohe Bodenerosion und fehlende Arbeitsplätze zwingen die männlichen Bewohner, als Wanderarbeiter in den Minen oder in der südafrikanischen Industrie zu arbeiten, um das Überleben der Familie zu sichern. Diese Zwangslage hat die Zerstörung der Familienstruktur zur Folge. Nur ca. 15 % der Männer leben bei ihren Familien, 50 % besuchen sie nur einmal im Jahr. Somit ergibt sich, daß 80 % der 30—49jährigen Homelandbewohner Frauen sind. Die Bevölkerung setzt sich v.a. aus alten oder kranken Männern, Frauen und Kindern zusammen. Das erleichtert es der Regierung erheblich, weitere Sanktionen durchzuführen.

Mehr als 4 Mio Schwarze sind seit 1960 Opfer der willkürlichen Umsiedlungsaktionen geworden, die von der Regierung ohne Rücksicht auf soziale Kontakte und Familienbindungen durchgeführt werden. Das Stückchen Land, das die Homelandbewohner neben einer Wellblechhütte von der Regierung zur Verfügung gestellt bekommen, reicht nicht aus, um das Überleben zu sichern. Da das Arbeitsangebot in den Homelands verschwindend gering sind, sind die Frauen auf Geldsendungen ihrer Männer und auf die wenigen Stellen, die die umliegenden weißen Farmen anbieten, angewiesen. 1970 geland es nur 17 % der Frauen einen Arbeitsplatz zu finden, davon arbeiteten 80 % als Landarbeiterinnen oder Hausangestellte. Die Arbeitszeit einer Hausangestellten beträgt durchschnittlich 73 Stunden pro Woche bei einem Verdienst von 18 Rand (ca. 40.-DM) im Monat.

Aufgrund der Landmonopolisierung und der damit verbundenen Technisierung der Anbaumethoden ist der Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft inzwischen auf die Ernte und andere arbeitsintensive Phasen beschränkt. Da die Frauen weitaus geringere Chancen auf einen besser bezahlten Arbeitsplatz in der Industrie haben als die Männer, ist die Landarbeit, im Gegensatz zu früher, zu einem der Hauptarbeitsbereiche der Frauen geworden. 44 % aller lohnabhängigen Frauen sind in diesem Bereich tätig. Der Vorteil für die weißen Farmer liegt darin, daß die Frauen auf der untersten Stufe der Lohnskala stehen, die Bezahlung folglich minimal und oft in Form von Naturalien geleistet wird. Ein weiterer Vorteil, den die Frauenarbeit mit sich bringt, ist die unbezahlte Kinderarbeit. Wegen fehlender Unterbringungsmöglichkeiten müssen die Frauen ihre Kinder mit aufs Feld nehmen, wo sie nicht selten als zusätzliche Kraft miteingesetzt werden.

Eine neue Arbeitsmöglichlleit, die es den Frauen ermöglicht in den Homelands zu bleiben, bieten die am Rande der Homelands auf südafrikanischem Gebiet angesiedelten „Grenzindustrien". Die hohe Arbeitsplatznachfrage führt jedoch dazu, daß die Löhne weit unter der offiziellen Armutsgrenze liegen. Außerdem sind die Frauen gezwungen in und für Südafrika zu arbeiten, obwohl sie gleichzeitig Bürger ihrer Homelands sind. Mit der Unabhängigkeit der Homelands entwickelte sich ein weiterer Wirtschaftszweig, die Prostitution. Da Glücksspiel und Prostitution in Südafrika, nicht aber in den Homelands, gesetzlich verboten sind, entstand eine gewinnträchtige Marktlücke, die zur Ansiedlung internationaler Hotelketten in den Homelands führte.Sowohl weiße als auch schwarze Männer nützen die Not der Frauen aus, für die die Protitution oft der letzte Ausweg ist.Die schwarzen Frauen in den Homelands sind durch die Abwanderung der Familienväter aber nicht nur der zusätzlichen Belastung einer finanziellen Unterhaltsicherung ausgesetzt; nebenbei sind sie auch verantwortlich für die Kinder, die Landbestellung und den Erhalt und Bau der Hütten. Die Frauen müssen somit ein vielfaches des normalen Arbeitspensums einer intakten Familie leisten.

Zur rechtlichen Situation der Frau

Insgesamt betrachtet sind die Frauen nicht nur finanziell von ihren Männern abhängig, weil sie selten genug verdienen, um ihre Kinder allein zu ernähren, sondern auch juristisch. In verschiedenen Regionen Südafrikas werden Frauen per Gesetz zu lebenslänglich Minderjährigen gestempelt. Der „Natal Code" Abs. 27 (2) stellt schwarze Frauen unter die permanente Vormundschaft ihres Vaters bzw. Ehemannes oder Onkels. In der Realität allerdings tragen die Frauen nicht nur die Verantwortung für sich, sondern auch für ihre Kinder allein. Gleichzeitig haben sie nicht das 'Recht' Entscheidungen zu fällen, die z.B. den Schulbesuch der Kinder oder größere Ausgaben etc. betreffen. Sie sind u.a. der Gefahr ausgesetzt, ihr Wohn- und Landrecht zu verlieren, wenn



Die Witwen in den Reservaten

der „Familienvorstand" stirbt, da Frauen keinen Anspruch auf Landbesitz haben. Neben der ungeheuren Arbeitsbelastung und der Last der Verantwortung für die Familie leiden die Frauen unter der Angst, von ihren Männern verlassen zu werden. Das ist unter den gegebenen Umständen (dauernde Trennung von der Familie) beinahe der Normalfall. Zu dem Verlust des Partners kommt der Verlust der materiellen Unterstützung und die Einschränkung der Handlungsfähigkeit hinzu, da die Frauen oftmals, z.B. bei der Arbeitssuche, auf die Unterschrift ihres Mannes angewiesen sind.
Die rechtliche und soziale Diskriminierung der schwarzen Frauen bringt somit nicht nur materielle, sondern auch psychische Probleme mit sich. Die ständige Trennung der Männer von ihren Familien ist für sie natürlich sehr belastend und entfremdet auch die Kinder von ihren Vätern. Hinzu kommt der Widerspruch, daß sie rechtlich „minderwertig" und gleichzeitig für die Familie allein verantwortlich sind. Mit diesen Problemen müssen die Frauen meist allein fertigwerden, denn die wahllose Umsiedlung der Schwarzen in die Homelands, d.h. die Konfrontation mit einer fremden Sprache, Wanderarbeit etc. hat das Auseinanderreißen von sozialen und Verwandtschaftsstrukturen mit sich gebracht, in denen die Frauen bisher eingebettet waren.
Die Situation der Frauen in den Homelands verdeutlicht jedenfalls, daß Arbeit an sich und weitgehende Isolation von Männern nicht notwendig einen Emanzipationsprozeß in Gang setzen. Dazu bedarf es einer wirklichen ökonomischen Unabhängigkeit und einer Situation, in der die Frauen selbstbewußt und selbstbestimmt leben können.

Das Leben in den Städten

In der Hoffnung auf bessere Arbeitsmöglichkeiten, und um den Zusammenhalt der Familien sichern zu können, versuchen zahlreiche Frauen ihren Männern in die Städte zu folgen. Die wenigsten erhalten jedoch eine Arbeitserlaubnis und somit eine legale Aufenthaltsberechtigung in den weißen Gebieten. Die Intention der weißen Regierung ist es, jede „überflüssige" ökonomisch nicht verwertbare schwarze Person, und das sind in der Hauptsache Frauen, aus Südafrika zu vertreiben. Dementsprechend wird das Aufenthaltsrecht für Schwarze in einem weißen Gebiet durch Art. 10 des Bantu Urban Areas Consolidation Act von 1925 in veränderter Fassung von 1964 und 1983 scharf geregelt und beschränkt: Ein Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis besteht nur dann, wenn eine Arbeitserlaubnis vorliegt. Um derartige Regelungen durchzusetzen, wurde schon 1979 die Einstellung illegaler Arbeiter/innen mit Geldstrafen von 500 R bestraft.
Diese Gesetzesverschärfung führt zur totalen Kontrolle über die schwarze Bevölkerung. Sie ist Ausdruck des Interesses der Weißen nur noch das notwendige Minimum an schwarzen Arbeiter/innen in den weißen Gebieten zu dulden. Die Bestrebungen gehen dahin, die weiterhin benötigten schwarzen Arbeitskräfte, in gefängnisartige Hostels abzuschieben, um sie besser unter Kontrolle zu haben. Selbst der Besuch von Familienangehörigen ist in ihnen verboten.


Die sogenannten „Hostels" bestehen aus primitiven Baracken, in denen die schwarzen Minenarbeiter, getrennt von ihren Familien, leben müssen.

Die Frauen leben dort unter den schlechtesten Bedingungen. Die Räume sind überfüllt und die sanitären Anlagen nicht auf die Anzahl der Bewohnerinnen eingestellt. Neben fehlender Privatsphäre gehören Schlangestehen in Dusche und Küche zur Tagesordnung.
Die Hostels sind in verschieden Trakte aufgeteilt, so daß bei Unruhen die Frauen getrennt und unter Kontrolle gebracht werden können. Zu jedem Hostel gehört außerdem ein Gefängnistrakt. Die Tendenz ist eindeutig; sämtliche schwarzen Stadtteile sollen dem Erdboden gleichgemacht werden, um die schwarzen Arbeiterinnen in überschaubaren Hostels zu konzentrieren.
Diejenigen, die nicht bereit sind, eine derartige Lebenssituation und die Trennung von ihren Kindern auf sich zu nehmen, werden in die Illegalität gedrängt. Seit die Aufenthaltsbeschränkungen für schwarze Frauen und der Zwang einen Pass zu haben, in dem der einzig „rechtmäßige" Aufenthaltsort vermerkt ist, 1959 eingeführt wurden, wachsen die illegalen Siedlungen an den Stadträndern. Crossroads bei Kapstadt ist eine der größten und bekanntesten Siedlungen dieser Art — hier leben ca. 20 000 Schwarze. Sie sind der permanenten Bedrohung durch Polizei und Behörden ausgesetzt, die in regelmäßigen Abständen Razzien durchführen und die Unterkünfte zerstören. Trotz der lebensunwürdigen Bedingungen in diesen Siedlungen, läßt die alltägliche Bedrohung zwischen den Bewohnern ein soziales Gefüge entstehen, das es den Frauen erleichtert, die Kinder zurückzulassen und Arbeit zu suchen.

Arbeitssituation in den Städten

Trotz der Anstrengungen der Regierung, die schwarzen Frauen vom Arbeitsmarkt bzw. aus den Städten zu verdrängen, ist die Zahl der arbeitenden Afrikanerinnen gestiegen. Sie stellen ca. 1/3 der schwarzen Lohnarbeiterschaft. Der Hauptarbeitsbereich, der auch für illegale Bewohnerinnen zugänglich ist, ist der Dienstleistungssektor, also Haus- und Landarbeit. Beide Bereiche sind weitgehend unorganisiert und bieten keinerlei geregelten Arbeitsschutz, Sozialleistungen oder etwa Tariflöhne.

Die Hausangestellten

Ca. 800 000 Afrikanerinnen arbeiten in diesem Beruf. Sie tragen die Last zweier Haushalte, des der Arbeitgeber und des eigenen. Aber es ist nicht nur die Arbeit an sich, die belastet, sondern auch der Umstand, weißen Kindern ein angenehmes Leben zu bereiten, während die eigenen unbeaufsichtigt sind. Die wirtschaftliche Rezession in Südafrika und der Zwang für die schwarzen Frauen zu verdienen, drückt die Löhne und verschlechtert die Arbeitsbedingungen. Der Verdienst liegt bei durchschnittlich 23 R im Monat, von denen die meisten eine 6köpfige Familie ernähren müssen.
Das Leben der Hausangestellten unterliegt zahlreichen Restriktionen. Meist müssen sie rund um die Uhr ihren Arbeitgebern zur Verfügung stehen. Das zwingt sie zu einem ständigen Aufenthalt in deren Haushalt. Besuche des Ehemanns und der Kinder sind unter Strafandrohung verboten. Somit haben die Frauen oft nur einmal im Monat die Möglichkeit bei ihren Familien zu sein. Das Leben in der Stadt ist also nicht gleichzeitig die Garantie für ein gemeinsames Familienleben.
Dazu kommen Gewlttätigkeiten der Arbeitgeber, denen die Hausangestellten ausgesetzt sind. Eine Statistik über die Vergewaltigungen durch weiße Vorgesetzte liegt nicht vor, da die Frauen, falls ihnen überhaupt Glauben geschenkt würde, von einer Meldung absehen, um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden. Zudem zeigt die Erfahrung, daß zwar auf die Vergewaltigung weißer Frauen durch Afrika-

ner die Todesstrafe steht, die Vergewaltigung einer Schwarzen durch einen Weißen aber als Kavaliersdelikt angesehen wird.
Neben dem Dienstleistungsbereich und der Landwirtschaft gibt es noch einen geringen Anteil an schwarzen Arbeiterinnen in der Industrie, der ca. 12,8 % aller arbeitenden Afrikanerinnen ausmacht. Arbeitsplätze für Frauen gibt es vor allem in der Lebensmittel- und Textilindustrie, wobei ihr Lohn ca. 20 % unter dem industriellen Mindestsatz liegt. Dagegen haben Frauen einen unerwartet hohen Anteil von qualifizierten Berufen, als Lehrerinnen oder Krankenschwestern. Das Verhältnis Männer/Frauen beträgt hier 60 zu 40. Das liegt an dem niedrigen Lohnniveau in diesen Berufen und an der „besonderen Eignung" der Frauen in diesen Bereichen. Insgesamt ist allerdings der Anteil an Afrikanerinnen mit höherer Schulbildung sehr gering. Nur 1/3 der schwarzen Mädchen schließt mit der letzten Klasse ab.
Neben der Diskriminierung bei der Bezahlung unterliegen die Frauen noch anderen Zwängen. So verliert eine Afrikanerin im Öffentlichen Dienst bei einer Heirat ihre Stelle, während das umgekehrt auf Männer natürlich nicht zutrifft.
Steigende Arbeitslosigkeit nicht nur unter der schwarzen Bevölkerung führt zu permanenter Verschlechterung ihrer Situation und zu harter Konkurrenz. Die Lösungsstrategie der Regierung setzt bei den Frauen an: Geburtenkontrolle und Abschiebung in die Homelands. Die Geburtenkontrolle führt sie nicht nur mit Hilfe der Zwangssterilisation und der Drei-Monatsspritze durch; die mangelnde Gesundheitsversorgung der schwarzen Bevölkerung tut ein übriges. So liegt die Säuglingssterblichkeit je nach Region zwischen 30 - 50 %.

Widerstand

Der Widerstand der schwarzen Bevölkerung in Südafrika hat eine lange Tradition. Die älteste Organisation ist der AFRICAN NATIONAL CONGRESS, der 1912 gegründet wurde. Mitglieder waren zu der Zeit ausschließlich Männer. Trotzdem leisteten und leisten auch Frauen seit Jahrzehnten Widerstand.
Während die Männer des ANC Petitionen an den König von England verfaßten, um ihre Landrechte wiederzuerhalten, gingen die Frauen auf die Straße. Sie unterstützten streikende Arbeiter mit Eisenbahnblockaden. Sie fanden sich zu spontanen und militanten Demonstrationen gegen die Einführung von Pässen zusammen, d.h. gegen die Beschränkung des Aufenthaltsrecht und der Bewegungsfreiheit für die schwarze Bevölkerung.
Bereits 1813 war die Bantu Womens League, die Frauensektion des ANC gegründet worden. Die Widerstand der Frauen war und ist jedoch dann am stärksten, wenn er aus eigener Betroffenheit, spontan, mit oder ohne organisatorischen Rahmen aufbricht.
Historische Beispiele dafür sind die immer wiederaufflammenden Proteste gegen Lebensmittelpreiserhöhungen in Form von Boykotts oder Überfällen auf Großhändler, die ihre Waren zu Wucherpreisen anboten. Proteste richteten sich auch gegen Mieterhöhungen oder gegen das Verbot des privaten Bierbrauens und -verkaufs, da dies wichtige Einnahmequellen für arbeitslose Frauen war. Hier kam es zu Überfällen auf staatliche Bierhallen, wobei weder Inventar noch Kunden verschont blieben.
Ein anderes wichtiges Beispiel sind die Landbesetzungen, Viele Frauen leben illegal an den Stadträndern in selbsterrichteten Notunterkünften, um in der Nähe ihrer Männer sein zu können, die hier eine Arbeitsstelle haben. Diese Frauen sind der permanenten Bedrohung durch Behörden und Polizei ausgesetzt. Oft werden die Hütten zerstört und die Frauen inhaftiert, um dann in ein Homeland ausgewiesen zu werden. Ein bekanntes Beispiel für den Widerstand, den die Betroffenen den Razzien entgegensetzen, ist Crossroads bei Kapstadt. Hier haben sich Strukturen der Selbstorganisation entwikkelt, aus denen heraus z.B. die Versorgung der Kinder der inhaftierten Frauen gewährleistet ist.
Beispiel für erfolgreichen, organisierten Widerstand ist die Garment Workers Union, die Textilarbeitergewerkschaft, in der hauptsächlich Frauen organisiert waren und führende Positionen innehatten. Da die GWU Gesetzeslücken ausnutzen konnte, geland es ihr zeitweise Forderungen nach Schwangerschaftsurlaub u.ä. durchzusetzen.
Ein weiters Beispiel organisierten Widerstands ist die Federation of South African Women, ein Zusammenschluß aller Frauenorganisationen Südafrikas, die den Kampf gegen die Passgesetze und deren Ausdehnung auf die Frauen aufgenommen hatten. Hierbei handelte es sich um die Frauensektion des ANC, des SAIC (South African Indian Congress), COD (Congress of Democrats), SACPO (kommunistische Partei) und Gewerkschaften. Höhepunkt der Anti-Pass-Kampagne der FSAW war eine Massendemonstration 1956, an der 20 000 Frauen teilnahmen.
Durch das Verbot der Organisationen des Widerstandes und der endgültigen Durchsetzung des Passzwangs für die schwarzen Frauen Ende der 50er / Anfang der 60er Jahre trat eine Phase der Stagnation ein. Diese wurde erst 1975 mit der Gründung der Black Womens Federation überwunden. Doch der Prozeß von Gründung und Verbot der Widerstandsorganisationen geht weiter. Der alltägliche Widerstand der Bevölkerung besonders der schwarzen Frauen wird dadurch aber nicht gebrochen, er bleibt nur oft unerwähnt.



Zuschneiderinnen in deutscher Lederfabrik bei Pretoria

Neuere Literatur und Adressen zu Südafrika

Banken und Apartheid. Unser Geld in Südafrika, (Hrsg), Zweite, verbesserte und aktualisierte Auflage , März 85, 28 Seiten, DM 1,50, Bezug: Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

Südafrika Handbuch, AKAFRIK und DEAE (Hrsg.), Lexikon, Aktion, Schule, Erwachsenenbildung, Filme, Dias, Spiele, Literatur und Adressen. Jugenddienst Verlag Wuppertal, 1982, 436 Seiten

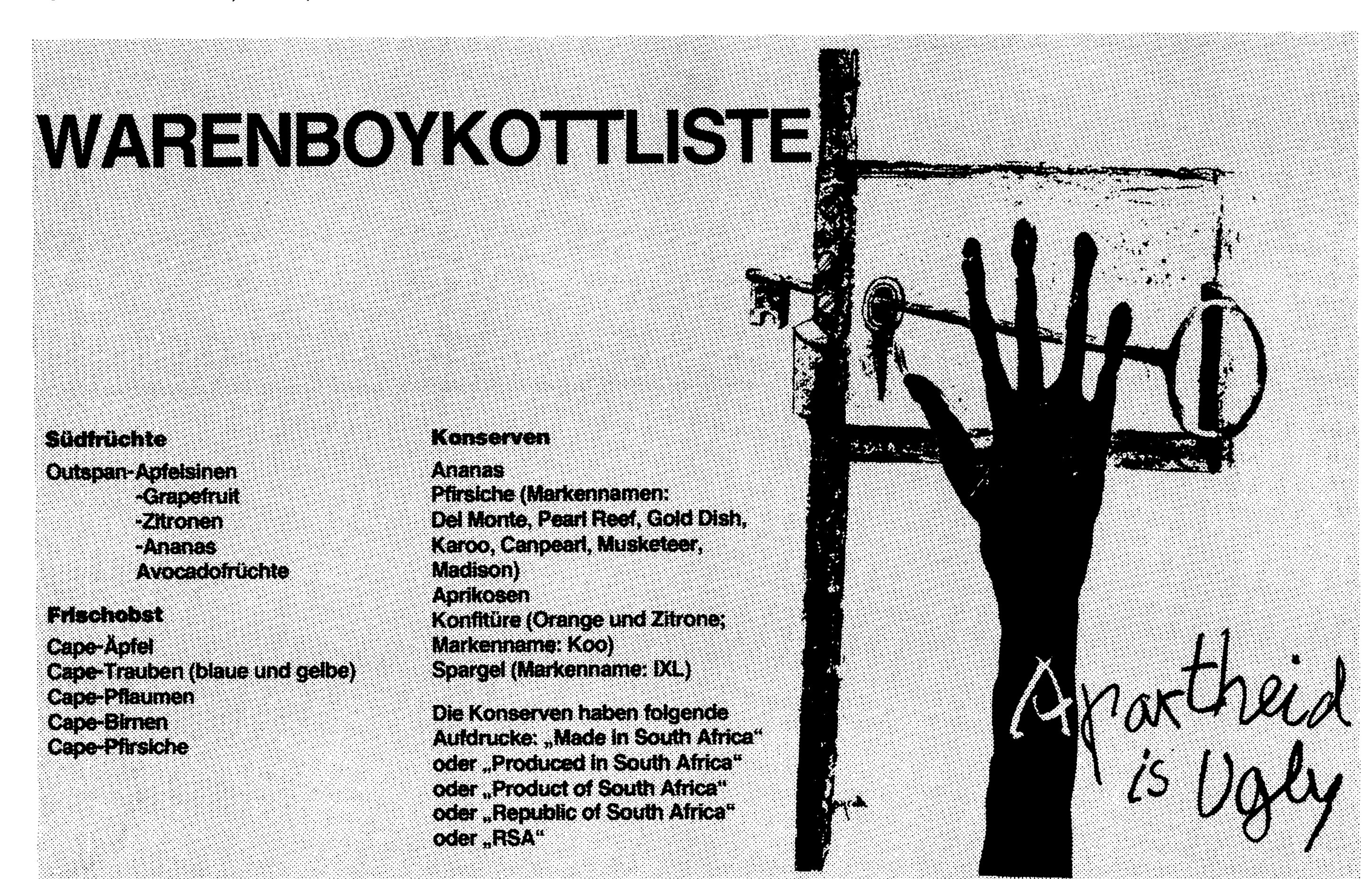
Opfer des Polizeiterrors in Südafrika, Pax Christi (Hrsg.), März 1985, 54 Seiten, Bezug: AK Südliches Afrika in der Diö zese Limburg, Dorotheenstr. 9—11, 6380 Homburg v. d. H.

Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen, Südafrikanischer Kirchenrat und Katholische Bischofskonferenz des Südlichen Afrika (Hrsg.), März 1984, 72 Seiten, Bezug: Evangelisches Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Isolation der Apartheid. Die Zusammenarbeit des Westens mit Südafrika, Baldwin Sjollema, Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst Heft 26, 1983, 174 Seiten, Bezug: „Dienste in Übersee" Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Arbeiter gegen Apartheid. Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, Ken Luckardt/ Brenda Wall, edition südliches afrika 13, September 1984, 138 Seiten, DM 19,80, Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Adressen
Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
AKAFRIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1
Evangelisches Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13
Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e. V., Unterlindaustr. 80, 6000 Frankfurt 1
Zentrale Arbeits- und Studienstelle der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Schillerstr. 58, 7500 Karlsruhe 1



Entwicklungshilfe

„Vielen Dank, Herr Warnke"

Die Kontakte zwischen Industrie und BMZ scheinen immer besser zu werden. Hierzu drucken wir nachfolgend zwei Dokumente ab: Einmal ein Dankschreiben des Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke, zum anderen einen Abschnitt aus Brigitte Erlers Buch „Tödliche Hilfe"*, in dem die Auswirkungen dieser „Entwicklungshilfe" auf die Länder der dritten Welt dargestellt werden. Zwei Dokumente, die für sich sprechen.

*** Brigitte Erler „Tödliche Hilfe", Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg, 1985, 106 Seiten, DM 13,80**

So wie die landwirtschaftlichen Projekte zur Vernichtung der Existenzen von Kleinbauern und damit zu ihrem Ruin führen, so bewirkt die Entwicklungshilfe auf dem industriellen Sektor Unselbstständigkeit, Abhängigkeit und damit Manipulation auf höherer Ebene.

Siemens beteiligte sich 1968 mit 48 % am Aufbau einer Telefonfabrik in Tongi in der Nähe von Dhaka. Bei meinem Besuch machte diese auf mich einen ausgezeichneten Eindruck. Schöne, helle Arbeitsplätze, wie ich sie mir bei Fabrikbesichtigungen in meinem Wahlkreis oft gewünscht hätte. Siemens hält jetzt nur noch einen Anteil von 8%. Die Fabrik wird voll von Bangladeschis gemanagt und versorgt das ganze Land mit Telefonen und Vermittlungsstellen. Lediglich noch einige wenige Legierungen, die in Bangladesch nicht produziert werden, müssen importiert werden. Und nur zwei Deutsche arbeiten dort noch als Integrierte Experten. Das heißt, Bangladesch ist im Moment auf dem Fernmeldesektor total unabhängig und könnte von der Kapazität von Tongi her gesehen sogar exportieren. Ein schöner Erfolg von Entwicklungshife, die während der Entstehungszeit die notwendigen Importe und Experten finanzierte, und einer Privatinvestition: Eigenproduktion und damit Unabhängigkeit auf einem Sektor für Bangladesch.

Doch das läßt uns nicht ruhen. In den Regierungsverhandlungen 1982 zwischen der deutschen und der bangladeschischen Regierung sagte die Bundesregierung 10 Mio. DM für Vermittlungsstellen in EWS-Technik zu, einer Technologie, die zu dem Zeitpunkt in der Bundesrepublik in erst vier Vermittlungsämtern angewandt wurde. Natürlich kamen weder die bangladeschische Seite noch das BMZ von selbst auf so eine perverse Idee. Da mußte Siemens schon Geburtshilfe leisten.

Daß Siemens so einfach das große Geschäft mit der Einführung der Elektronik in das Fernsprechsystem Bangladeschs machen sollte, rief nun die Weltbank und die Japaner auf den Plan. Die

DR.-ING. KARLHEINZ KASKE
VORSITZENDER DES VORSTANDS
DER SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

D-8000 MÜNCHEN 2
WITTELSBACHERPLATZ 2
(0 89) 2 34-38 80 52 100

4. Dezember 1984

An den
Bundesminister für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Herrn Dr. Jürgen Warnke
Karl-Marx-Straße 4 - 6

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vielen Dank für Ihren Brief vom 13. November 1984, den ich mit großem Interesse gelesen habe.

Leider konnte ich ja, wie Sie wissen, an Ihrem und dem Besuch des Bundeskanzlers in Pakistan im Anschluß an die China-Reise nicht teilnehmen, da ich dringende andere Verpflichtungen wahrzunehmen hatte.

Um so mehr bin ich Ihnen dankbar, daß Sie sich in so hervorragender Weise für unser Haus und unser Angebot für die digitale Vermittlungstechnik in Pakistan verwendet haben.
Der Export dieser high technology ist ein wesentliches Element für die Förderung und den Erhalt unserer Weltmarktstellung.
Wie Ihnen bekannt, sind wir in Pakistan sowohl bei der Vermittlungs- wie auch bei der Übertragungstechnik in zwei Fabriken in einem joint venture mit der pakistanischen Regierung seit Jahren tätig.

Ich benutze diese Gelegenheit, um mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, und auch bei Ihren Herren, sehr herzlich zu bedanken für die generelle Aufgeschlossenheit Ihres Ministeriums bei der Finanzierung derartiger Großprojekte, die ja weltweit hart umkämpft sind und meist über die Finanzierung entschieden werden.

Wir sind unsererseits bereit, auf dem Wege der von Ihnen - auch im Sinne der Erhaltung von Arbeitsplätzen in Deutschland - geförderten Mischfinanzierung unseren Anteil beizusteuern.

Nochmals sehr herzlichen Dank für Ihr Engagement in Pakistan

und freundliche Grüße

Japaner schenkten Bangladesch zwei Vermittlungsämter und die Weltbank schrieb das Gesamtprojekt international aus. Siemens vermutete seinerseits, daß bei der Weltbankausschreibung geschmiert wurde, denn in der Ausschreibung sind die Verbindungsteile zwischen Fernsprechwahlämtern und Ortsämtern nicht enthalten. Wären diese eingeschlossen, könnte sich Siemens wohl eine gute Chance ausrechnen. So aber war die deutsche Firma hoffnungslos im Hintertreffen. Also argumentierte Siemens, daß die Weltbank die Telefonfabrik in Tongi kaputtmachen würde, wohingegen mit der Siemens-EWS-Technik das Werk wenigstens noch teilweise zu gebrauchen wäre. Von Siemens liegen im BMZ inzwischen Entwicklungshilfe-Vorschläge über 100 Mio. DM vor, die dann irgendwann als offizieller Antrag der Regierung von Bangladesch erscheinen werden.

Als Minister Warnke im Anfang seiner Minister-Zeit noch mit gesundem Menschenverstand und nicht mit Entwicklungshilfe-Logik argumentierte, führte er bei Gesprächen auf internationaler Ebene immer das Weltbankvorhaben, die elektronische Telefontechnik in einem der ärmsten Länder einzuführen, als besonders krasses Beispiel für den verfehlten Einsatz von Entwicklungshilfe-Geldern an. Die Begründung der EWS klingt ja auch nicht gerade besonders überzeugend: In zehn Jahren werde es auf dem Weltmarkt keine Ersatzteile mehr für die jetzt angewandte EMD-Technik geben. Daß Bangladesch gar keine Ersatzteile mehr einzuführen braucht, da es sämtliche Komponenten selbst herstellt, stört die Argumentation nicht. Außerdem benötigten die neuen Vermittlungsstellen weniger Platz als die alten EMD-Ämter. Das sei doch ein wichtiger Gesichtspunkt bei dem Landmangel in Bangladesch. Daß die Vollklimatisierung aber bei der neuen Technik hunderprozentig klappen muß, was unter bangladeschischen Verhältnissen nur schwer zu bewerkstelligen ist, fällt bei diesem Gedankengang nicht ins Gewicht. Der Minister wurde denn auch erst schweigsamer, als er davon unterreichtet wurde, daß wir selbst die grandiose Idee in die Welt gesetzt hatten. Inzwischen scheint die Sache nach einem Besuch von Schwarz-Schilling in Bangladesch doch noch für Siemens zu laufen.

Bangladesch wird mit der EWS-Technik auf unabsehbare Zeit von Lieferungen hochtechnisierter Komponenten aus dem Industrieland abhängig, das den großen Brocken abbekommt.

Ähnlich ist es in Pakistan gelaufen, wo allerdings wohl nicht Siemens den Vorreiter spielte, sondern die Weltbank von sich aus das Telecommunication-IV-Projekt vorantrieb. Dabei hat die Weltbank gerechterweise von vornherein eine Kofinanzierung der verschiedenen Lieferantenländer eingeplant. Auf die Bundesrepublik entfielen dabei 60 Mio. DM, wovon 10 Mio. Siemens selbst als Lieferantenkredit übernahm. Nicht nur mein Referat im BMZ, sondern sogar die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), welche die Finanzielle Zusammenarbeit im Auftrag des BMZ abwickelt und normalerweise für die Wünsche der Industrie ein offenes Ohr hat, leisteten Widerstand, weil uns das ganze Projekt für Paktistan technologisch völlig überzogen erschien. Baß erstant waren wir dann alle, als sich die Leitung des BMZ plötzlich für das Projekt entschied. Ein hoher Vertreter der pakistanischen Regierung gestand mir privat, er halte das Projekt auch für Unsinn, aber was könne man schon gegen die Weltbank ausrichten. Jetzt hätten die Deutschen ja schließlich auch nachgegeben. Zur selben Zeit hatte die Weltbank den Pakistanern ein Eisenbahnprojekt verboten, das wir in ungefähr gleicher Höhe finanzieren wollten, und das kurz vor der Durchführung stand. Der Direktor der pakistanischen Eisenbahnverwaltung sagte mir, die Weltbank habe ihm keine stichhaltigen Gründe für dieses Verbot genannt. Sie habe aber gedroht, im Falle des Zuwiderhandelns würde Pakistan keinen Pfennig mehr für die Eisenbahn erhalten. Ich wurde den Verdacht nicht los, daß die Weltbank auf diese Weise das nötige Geld bei uns für ihr bevorzugtes Telecommunication-Projekt freischaufeln wollte. Inzwischen läuft schon das nächste Telecommunication-Programm, welches bei der pakistanischen Telefonfabrik Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet.

Auf diese Weise wird die gesamte Dritte Welt mit Fernmeldeprojekten modernster Technologie überzogen. Kaum ist ein Land auch nur auf einem Gebiet unabhängig, halten wir schon wieder die nächste Überraschung bereit.

Hoffnung für Dürreopfer oder Waffe der Zentralregierung?

Die äthiopische Zentralregierung betreibt gegenwärtig die massive Umsiedlung von Bauernfamilien aus den Dürrezonen Eritreas und den Regionen Gondar, Tigray und Wollo in Gebiete im Süden und Südwesten Äthiopiens. Im November 1984 sprach die Regierung davon, binnen 12 Monaten 300 000 Familien (1,5 Mill. Menschen) umzusiedeln[1]. Andere Quellen nennen Zielprojektionen von 2,5 Mill. Menschen im Verlauf von zwei Jahren[2] und langfristig sollen sogar bis zu 5 Millionen umgesiedelt werden. Nach Aussagen der Regierung sei die „Völkerwanderung" zwingend notwendig. Weite Teile der Dürrezonen im Norden seien ökologisch derart verwüstet, daß sie ihre Bewohner nicht mehr zu ernähren vermögen und auch eine Rehabilitation praktisch unmöglich sei. Westliche Regierungen und Hilfsorganisationen wurden nachdrücklich aufgefordert, sich an der Finanzierung dieses umfangreichen Programmes zu beteiligen.

Die Befreiungsbewegungen in Eritrea, Tigray und den Oromo-Gebieten sehen in dem Umsiedlungsprogramm der Regierung — neben der Hungerwaffe — ein zusätzliches Element innerhalb der äthiopischen Kriegsstrategie. Für die Tigray Volksbefreiungsfront handelt es sich „zweifelsfrei um einen politischen und militärischen Schachzug, der bezweckt, Tigray zu entvölkern und die Sozialstruktur der Gesellschaft zu zerstören sowie den ablaufenden Kampf zu untergraben[4]." Für die Eritreische Volksbefreiungsfront ist es „ein offenes Geheimnis, daß das Regime das Programm als Deckmantel benutzt, um Menschen des Nordens zu zerstreuen, damit den dortigen Befreiungsbewegungen die Quelle ihrer Unterstützung genommen wird[5]." Für die Oromo-Befreiungsfront stellt das Programm einen „Plan für Völkermord" an den Oromos dar. Die Ansiedlung von Dürreopfern (vornehmlich im Oromo-Gebiet) soll deren Widerstand schwächen und die Assimilation an das Amharentum begünstigen[6].

Die Aufforderung zur Beteiligung hat unter westlichen Regierungen und Hilfsorganisationen zu einer lebhaften Kontroverse geführt. In ihr spielt zum einen die Frage nach der Rolle des Zwanges bei der Gewinnung der Umsiedler eine wichtige Rolle. Zum anderen ist die Notwendigkeit und Machbarkeit eines solchen massiven Umsiedlungsprogrammes umstritten, und letztlich geht es um die Kernfrage, ob diese Aktion nicht primär politisch-militärischen Zielen dient.



In der BRD stellen Organisationen wie „Gesellschaft für bedrohte Völker", „Arbeitskreis Afrika", „Eritrea-Hilfswerk in Deutschland" und „Hilfsorganisation für Tigray in Deutschland" die Kritik an den politisch-militärischen Zielen des Programmes in den Vordergrund. Sie unterstreichen, daß wegen dieser Ziele die Regierung überhaupt nicht an einer Rehabilitierung der Dürreopfer und der geschädigten Landzonen vor Ort interessiert ist. Demgegenüber sind die meisten großen Hilfsorganisationen vorsichtiger in ihrem Herangehen. Sie kritisieren vornehmlich die Rolle des Zwanges, die Hast bei der Durchführung und die mangelnde Bereitschaft der Regierung, Alternativen vor Ort zu entwickeln, ohne sich indessen — aus einsichtigen Gründen — auf die Diskussion der tiefer liegenden politischen Argumente einzulassen. Einige Hilfsorganisationen haben dabei die Haltung eingenommen, daß das Programm — da es in jedem Falle durchgeführt werden wird — vorsichtig unterstützt werden müsse. Hielte man sich heraus, würde sein Scheitern begünstigt und damit die Umsiedler erneut in eine ausweglose Leidenssituation gestoßen[7].

Die von den verschiedenen Beteiligten vorgetragenen Argumente und Behauptungen lassen deutlich erkennen, daß die Frage der Umsiedlungen nicht losgelöst vom allgemeinen politischen Kontext in Äthiopien/Eritrea gesehen werden kann. Auch muß die Funktion des Hungers und der Hungerhilfe in den Auseinandersetzungen der äthiopischen Militärregierung mit ihren Gegnern diskutiert werden. Dabei wird deutlich, daß es bei vielen Beteiligten vorab bestehende politische Bewertungen der Politik der Zentralregierung oder ihrer Gegner sind, die letztlich entscheiden, welche Haltung zu Fragen der Hungerhilfe und Umsiedlung eingenommen wird.

Nachfolgend soll nun versucht werden, einige der Hauptargumente beider Seiten hinsichtlich des weiteren Kontextes von Dürre, Hungersnot, Hungerhilfe und Umsiedlung zu skizzieren und zu diskutieren, bevor die Umsiedlungsaktion genauer dargestellt und mögliche Alternativen angeführt werden.

Eine erfolgreiche Argumentationslinie

Die Argumentationslinie der Zentralregierung zu Dürre und Hunger, Hungerhilfe und Umsiedlung ist vordergründig von bestechender Klarheit und stößt gerade im Westen auf günstige Bedingungen für ihre Rezeption[8]. Ihr zufolge resultiert die Dürre in Äthiopien (das für die äthiopische Seite natürlich auch Eritrea einschließt) aus klimatischen, ökologischen, demographischen und historisch gewachsenen sozio-ökonomischen Verhältnissen. Historisch gesehen hätten schwankende Niederschläge, unzulängliche Agrartechniken und mangelnde Transportmöglichkeiten Äthiopien immer wieder regionale Dürren beschert. Eine

extreme Verringerung der Niederschläge und Veränderung ihrer Verteilungsmuster in Verzahnung mit weitreichenden ökologischen Schäden im Norden habe jetzt zu dieser Katastrophe geführt, die alle bisherigen in den Schatten stelle. Ursächlich für die Schäden sei die Verknüpfung von ungezügeltem Bevölkerungswachstum mit archaischen Agrartechniken. Dadurch seien die Böden falsch genutzt und überbeansprucht, die Waldbestände vernichtet und die Grasnarbe zerstört und so der Wind- und Wassererosion der Weg gebahnt worden. Die Akkumulation dieser Entwicklungen über die letzten Jahrzehnte hinweg habe 1984 schließlich zum völligen Zusammenbruch von Ökologie und Landwirtschaft in weiten Teilen des Nordens geführt.

Die archaischen Produktionstechniken der Bauern wiederum resultierten aus einer doppelten Ausbeutung der Bauern durch den einheimischen Feudalismus und den mit ihm verbundenen Imperialismus und Neo-Kolonialismus. Dadurch sei eine Anpassung der ursprünglich angemessenen Techniken an sich wandelnde Bedingungen verhindert worden.



In Augaro — Eritrea verstecken sich Frauen und Kinder aus Angst vor äthiop. Luftangriffen in den Stollen eines alten Goldbergwerks

Die 1974 an die Macht gelangte sozialistische Regierung habe somit in der Landwirtschaft ein schweres Erbe antreten müssen, das nicht über Nacht beseitigt werden könne. Trotzdem seien dank der Landreform und der Hilfe der sozialistischen Länder schon beachtliche Erfolge erzielt worden. Die Tatsache, daß die innere und äußere Reaktion Bürgerkriege gegen das sozialistische Äthiopien betrei be, separatistische Bewegungen unterstütze und den Sturz der Regierung sowie die Zerstückelung des Landes anstrebe, habe aber einen qualitativen Durchbruch verhindert. Darüberhinaus habe Äthiopiens Hinwendung zur UdSSR dem Land eine Wirtschaftsblockade beschert und es zum niedrigsten Pro-Kopf-Empfänger an westlicher Entwicklungshilfe gemacht. Die aufgezwungenen Kriege und die wirtschaftliche Blockade bedingten, daß der sozialistischen Regierung die Mittel fehlten, um die vorgefundenen Strukturmängel zu beheben und das Land gegen die Gefahren der nächsten Dürre zu sichern.

Als sich die Dürre- und Hungerkatastrophe abzeichnete, habe der Westen zudem bewußt die äthiopischen Hilfsappelle ignoriert. Er habe auf einen Sturz der Regierung gehofft oder zumindest geglaubt, die Regierung im Austausch gegen Hilfslieferungen zu einer politischen Kursänderung zwingen zu können. Ähnliche Motive stünden auch hinter den Versuchen, die Umsiedlungsaktion zu hintertreiben und über die Hungerfrage die Rebellenbewegungen aufzuwerten. Äthiopien, auch wenn es von Hilfe abhängig sei, werde sich aber jedem Versuch nachdrücklich widersetzen, daß über humanitäre Hilfe Einfluß auf seine inneren Verhältnisse genommen wird.

Die hier summarisch zusammengefaßte Argumentation der Zentralregierung findet im Westen aus unterschiedlichen Gründen einigen Anklang. „Fortschrittliche Kräfte" fühlen sich durch die Kritik an Imperialismus, Neo-Kolonialismus und westlichen Pressionsversuchen unmittelbar angesprochen[9]. Für viele spielt das äthiopische Bündnis mit der UdSSR und Kuba die Rolle eines „Steines der Weisen", der jedes noch so bleierne Argument in goldene Worte verwandelt. Die Reduktion der Ursachen des Hungers auf ererbte Strukturen, archaische Produktionstechniken und Bevölkerungswachstum kommt wiederum vielen westlichen Regierungen, Entwicklungshilfeeinrichtungen und Hilfsorganisationen entgegen, die sich gerne durch den Rückzug auf „natürliche Ursachen", die „ungehemmte Vermehrung der Bauern" und „veraltete Produktionstechniken" sowie die „reine humanitäre Hilfe" einer Diskussion über die Ursachen derartiger Katastrophen und der Unterentwicklung entziehen wollen. Und schließlich trifft die äthiopische Strategie, den Westen in eine Defensivposition zu drängen, hier auf ein untergründig wirkendes „kollektives schlechtes Gewissen", das sehr wohl um die Rolle von Neo-Kolonialismus beim Zustandekommen der globalen Unterentwicklung in Ländern wie Äthiopien weiß. Manchen hierzulande imponiert auch die „stolze Haltung" der äthiopischen Verantwortlichen, die es sich trotz ihrer Abhängigkeit von westlicher Hilfe nicht nehmen lassen, den westliche Pressionsversuchen offen und massiv entgegenzutreten.

Skizzierung einer Gegenposition

Ein Vergleich der äthiopischen Regierungsargumentation mit den Darstellungen der verschiedenen Widerstandsbewegung in Eritrea und Äthiopien[10] läßt vorab erkennen, wie tief die Verständigungsgräben sind, wie sehr sich die von den Gegnern „konstruierten Wirklichkeiten" voneinander unterscheiden, ja sich einander in Zentralfragen ausschließen.

Ohne die Rolle des Feudalismus und des Neo-Kolonialismus in Äthiopien beim Zustandekommen der Unterentwicklung des Landes und der Stagnation in der Landwirtschaft zu leugnen oder herunterzuspielen, betonen die Widerstandsbewegungen, daß für die nicht-amharischen Völker und Regionen unter kaiserlicher Herrschaft die Ausbeutung einen Doppelcharakter gehabt habe, da sich ihr eine spezifische nationale Unterdrückung überlagert habe. Dadurch seien die Bauern in diesen Gebieten, die im wesentlichen auch heute die Hauptdürregebiete sind, stärker als im übrigen Äthiopien in Unterentwicklung und Stagnation geraten. Das bewußte Vernachlässigen einer wirtschaftlichen Entwicklung durch das Kaisertum habe somit den Grundstock zur späteren Katastrophe im Norden geschaffen.

Die seit 1974 herrschende Militärregierung (und ihre Juniorpartner in Gestalt der Zivilbürokratie) führte letztlich die Politik einer Begünstigung des Amharentums fort — die Dominanz in den eigenen Reihen beweise das. Der Alleinherrschaftsanspruch von Militär- und Zivilbürokratie habe das Land in den Bürgerkrieg gestürzt und die bis heute andauernden Befreiungskämpfe mit den nicht-amharischen Gruppen erst richtig hervorgerufen. Das starre und unversöhnliche Festhalten an den vom Kaiser übernommenen Grenzen habe eine friedliche Lösung in Eritrea verhindert und auch dort zu einer Eskalation der Kämpfe geführt.

Im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen habe das neue Regime nicht nur die wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen des Landes verschleudert, sondern in den Kampfzonen auch bewußt die landwirtschaftliche Produktion zu zerstören versucht. Im Rahmen einer „Politik der verbrannten Erde" wolle man die dortige Bevölkerung daran hindern, die Widerstandsbewegungen zu ernähren, und

letztlich dazu bringen, sich von ihnen zu distanzieren. Die „Produktion von Flüchtlingen" ins Ausland und in die von Regierungstruppen gehaltenen Zonen dienten dem gleichen Ziel. Die jetzige Umsiedlungsaktion sei nur die logische Fortsetzung des bisherigen Vorgehens. Die Hungersnot solle der Regierung ermöglichen, die betroffene Bevölkerung, die ja überwiegend in den befreiten Gebieten lebe, unter ihre Kontrolle zu bekommen. Daher lege sie großen Wert darauf, die Lieferung der Hilfsgüter in die befreiten Gebiete zu unterbinden. Die Konzentration von Hilfsgütern auf äthiopischer Seite solle mithin einen Sog schaffen, der die Leute aus den befreiten Gebieten in die äthiopischen Sammellager und Umsiedlungscamps treibt. Da selbst der Hunger nicht ausreiche, die Leute für die Umsiedlung gefügig zu machen, müsse die Regierung zunehmend nackte Gewalt einsetzen. Äthiopien erhalte inzwischen soviel Hilfe, daß es Überschüsse bilden könne, da ja viele Betroffene, die in den befreiten Gebieten leben, nicht erreicht werden könnten. Teile der Überschüsse würden zur Deckung des Lebensmittelbedarfs der Umsiedler verwandt, andere kämen zum Verkauf und dienten damit der Finanzierung der Kriege und Umsiedlungen. Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, Hungerhilfe und Rehabilitation seien dem obersten Ziel der Militärregierung untergeordnet: an der Macht zu bleiben und die Widerstandsbewegungen zu zerschlagen. Nachdem jahrelang die militärischen Offensiven gescheitert seien, werde jetzt der Hunger und in Verbindung damit die Umsiedlung als Waffe eingesetzt.

Stichpunkte für eine Diskussion

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Einzelelementen der oben zusammengefaßten Argumentationslinien ist hier kaum möglich. Eine kritische Betrachtung von 10 Jahren äthiopischer Militärregierung selbst kursorischer Natur macht aber m. E. deutlich, daß die Darstellung der Widerstandsbewegungen näher am wirklichen Geschehen liegt als die der äthiopischen Seite. Einige Ausführungen zu Einzelaspekten mögen dies beleuchten[11].

1. Agrarpolitik

Zweifelsohne ist die allgemeine Unterentwicklung der Landwirtschaft in Äthiopien/Eritrea, wie sie die Militärregierung bei Amtsantritt vorfand, Produkt der historischen Verzahnung von äthiopischem Feudalismus mit euro-amerikanischem Imperialismus und Neo-Kolonialismus. In den Festhalten an den vom Kaiser übernommenen Grenzen habe eine friedliche Lösung in Eritrea verhindert und auch dort zu einer Eskalation der Kämpfe geführt.

Im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen habe das neue Regime nicht nur die wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen des Landes verschleudert, sondern in den Kampfzonen auch bewußt die landwirtschaftliche Produktion zu zerstören versucht. Im Rahmen einer „Politik der verbrannten Erde" wolle man die dortige Bevölkerung daran hindern, die Widerstandsbewegungen zu ernähren, und riesigen, zu Ende des 19. Jh. eroberten nicht-amharischen Gebieten Äthiopiens verband sich aber die feudale Ausplünderung der Bauern eindeutig mit zahlreichen Komponenten nationaler Unterdrükkung zu einer umfassenden Ausbeutung mit Doppelcharakter.

Die anti-feudale Landreform der Militärs in den von ihnen kontrollierten Gebieten beseitigte nach Meinung vieler Betroffener nicht die nationalen Unterdrükkungsaspekte, sondern führte sie in neuen Formen fort[12]. Die Aufspaltung der äthiopischen Landwirtschaft in einen marginalisierten Subsistenz- und einen modernen exportorientierten Sektor wurde von den Militärs nicht aufgehoben, sondern fortgeführt: Die zu Staatsfarmen umgewandelten, ehemals privaten Großfarmen erhielten seit 1974 80 % der produktiven staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft, obwohl sie nur etwa 4 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche umfassen und wohl ebensoviel zur Agrarproduktion beitragen[13].

Innere Unruhen und Kriege bedingten die Art und Weise der Durchführung von Landreform, Preisgestaltung und Schwerpunktsetzung in der Agrarpolitik. Die landwirtschaftliche Produktion stagnierte im wesentlichen. Strukturmaßnahmen zur Erhöhung der Produktivität und zur Sicherung gegen Dürreperioden wurden weitgehend unterlassen.

Gegenwärtig spricht nur wenig dafür, daß die in zentralistischen und technizistischen Entwicklungsmodellen verhafteten Entscheidungsträger eine Korrektur der Schwerpunkte in der Agrarpolitik vornehmen werden. Neben den Staatsfarmen ist es jetzt der Sektor der kollektiven Produktionsgenossenschaften, der vorrangig gefördert werden soll. Die bäuerliche Familienwirtschaft wird weiterhin als ein so rasch wie möglich zu beseitigendes Relikt angesehen.

2. Kriegsfolgen

Es kann wenig Zweifel daran bestehen, daß die äthiopische Militärregierung der **Sicherung ihrer Macht** und der **Durchsetzung ihrer Konzeption von Staatsstruktur und Gesellschaft absolute Priorität vor allen anderen Erwägungen** einräumt. Zur Verfolgung ihrer Ziele verwikkelte der Militärflügel um Mengistu Haile Mariam einerseits das Land in einen blutigen Bürgerkrieg mit zivilen, zentralistisch orientierten Kräften. Zum anderen verhinderte diese Priorität einen ehrenhaften Rückzug aus Eritrea und provozierte den Ausbruch bewaffneter Widerstandskämpfe inner-äthiopischer Nationalitäten.

Die zentralistische Staatskonzeption und die gesamte Politik der Militärs begünstigen nach wie vor die Fortdauer der Dominanz des Amharentums in den wesentlichen Bereichen von Staat und Gesellschaft. Es kann wenig Zweifel daran bestehen, daß weite Teile der amharisch dominierten Militär- und Zivilbürokratie in den Demokratisierungs- und Dezentralisierungsforderungen vieler inner-äthiopischer Widerstandsbewegungen nicht nur eine allgemeine Bedrohung ihrer Privilegien erblicken, sondern darüber hinaus eine unmittelbare Gefährdung der (ihnen ebenfalls nutzbringenden) Vorherrschaft des Amharentums.

Der Versuch der Militärs, ihre Macht durchzusetzen, bescherte dem Land neben blutigen inneren Unruhen und mehreren bewaffneten Konflikten vor allem eine tiefgreifende Militarisierung. Die Ausweitung der Armee von 50000 auf 300000 Mann entzog Landwirtschaft und Industrie viele Arbeitskräfte. Die durch die Auseinandersetzungen seit 1974 angeheizte Fluchtbewegung ins Ausland beraubte das Land zusätzlicher oft qualifizierter Leute. Die vielen Tausend Tote und Verletzte der Kämpfe seit 1974 stellten einen weiteren Aderlaß dar.

Je nach Berechnungsgrundlage wuchs der Anteil des Militäretats am Gesamthaushalt auf 27—40 % an. Dem Land wurden somit wichtige Ressourcen entzogen, die für Investitionen an anderer Stelle fehlten.[14]

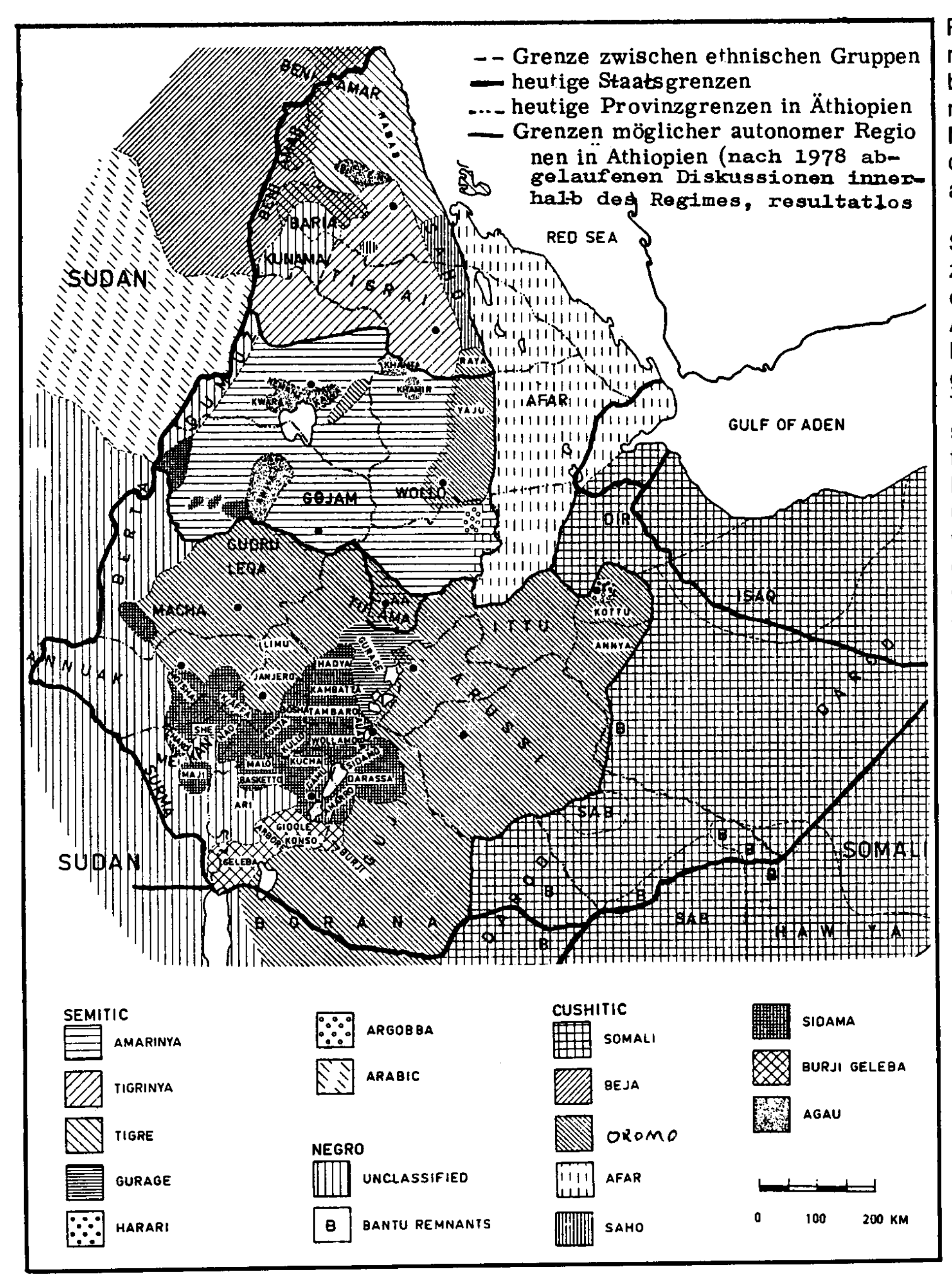
In den unmittelbaren Kriegszonen wurde schon zu Kaiserzeiten eine Politik der „verbrannten Erde" angewandt, um die Befreiungbewegungen von der Zivilbevölkerung zu isolieren. Obwohl damit eher das Gegenteil erreicht wurde, setzte die Militärregierung in Eritrea, später auch im Ogaden und in Tigray, diese Linie fort.[15] Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung, Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Aktivitäten in den befreiten Zonen sind integrale Elemente der äthiopischen Anti-Guerilla-Kriegsführung. Die Induzierung größerer Massenfluchtbewegungen ins Ausland oder in die äthiopisch kontrollierten Zonen ist das angestrebte Ziel dieser Kampftaktik.

24 Jahre derartiger Kriegsführung in Eritrea, 10 Jahre in Tigray, viele Jahre in West-Somalia und Teilen des Oromo-Gebietes[18], da kann es nur wenig erstaunen, daß sich die **Hauptkampfzonen** der letzten Jahre **mit den Schwerpunkten der Dürre und Hungersnot im wesentlichen decken.** Landwirtschaft und Ökologie — einer durch Unterentwicklung und Klima ohnehin stark gefährdeten Region — mußten unausweichlich, unter den vielfältigen Konsequenzen eines Krieges, großflächig zusammenbrechen.

3. Hunger als Waffe

Die äthiopische Militärregierung bemüht sich nach Kräften darum zu verschleiern, daß ihr in Eritrea und Tigray weite Teile des Landes der Kontrolle entglitten sind und sich in Gondar, Wollo und Wollega wie auch im Südosten ähnliche Entwicklungen anbahnen.

In Eritrea und Tigray (das nach Ansicht der Tigrean Peoples Liberation Front,



TPLF, auch Teile Wollos und Gondars miteinschließt) leben zusammen etwa 8,5—9 Mill. Menschen. Davon sind etwa die Hälfte unmittelbar von der Hungersnot bedroht. Von diesen, leben nur wenige 100000 in den äthiopisch gehaltenen Städten Eritreas und Tigrays und deren unmittelbarer Umgebung. Die Masse der vom Hungertod bedrohten leben somit in den von Eritrean People Liberation Front, EPLF, und TPLF kontrollierten ländlichen Zonen bzw. im Niemandsland zwischen eindeutig „befreiten" und eindeutig „besetzten" Gebieten.

Schenkt man äthiopischen Regierungsangaben Glauben, werden gegenwärtig 500000 Personen in ihren Lagern versorgt, weitere 250000 sollen bislang umgesiedelt worden sein. Von diesen etwa 750000 Menschen stammen aus Tigray (im Sinne der TPLF) etwa 2/3, der Rest aus Wollo und Gondar. Der Anteil an Eritreern beläuft sich bislang auf nur wenige Tausend.

Etwa 250000 Tigrays und Eritreer sind seit Beginn der großen Hungersnot im vorigen Herbst in den Sudan geflohen oder noch auf dem Wege dorthin. Nach Angaben der TPLF haben sich etwa 400000 Menschen aus den Hungerzonen Tigrays in die südlich gelegenen Gebiete von Belessa, Tselemti und Semien begeben. Sie hoffen, dort Arbeit und Brot zu finden. Rechnet man ferner mit einigen 10000, die in den Guerilla-Gebieten leben und denen es gelegentlich gelingt, sich Nahrung von staatlichen Verteilungsstellen zu sichern, so bleiben unterm Strich etwa 2 Millionen Bewohner der befreiten Zonen, die unmittelbar von der Hungersnot bedroht sind und die von der Nahrungsmittelhilfe kein Korn zu sehen bekommen. Rechnet man die Personen noch dazu, die es vermutlich bis zur nächsten Ernte ebenfalls nicht mehr schaffen werden, sich selbst zu versorgen, weil ihnen demnächst die Vorräte ausgehen oder sie nichts mehr zu verkaufen haben, so kommt man zum Schluß, daß mindestens 3,5—4 Mill. der Dürreopfer, für die die Regierung internationale Hilfe anfordert, mit Gewißheit diese Hilfe nie zu sehen bekommen. Hinzu kommt, daß die Regierung in ihren Zahlen auch immer die Menschen mit einrechnet, die in den Sudan gezogen sind oder sich spontan in andere Regionen begeben haben.

Die Hilfslieferungen an die äthiopische Seite setzten im großen Maßstab im Dezember 1984 ein. Pro Monat wurden durchschnittlich 100000 t geliefert, bis April 1985 also bereits eine halbe Million. Für die von äthiopischer Seite vorgetragene Bedarfsmenge von 1,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe für 1985, sind bis Mitte Mai bereits 1,2 Millionen t fest zugesagt[17]. Mit monatlich 100000 t können auf der Basis von 450 gr pro Tag und Person 7,5 Mill. Menschen ernährt werden. Nach Angaben des Vorsitzenden der äthiopischen Relief and Rehabilitation Commission (RRC), Oberst Dawit Woldegiorgis, wurden zwischen dem 10. Dezember 1984 und dem 31. März 1985 aber nur 284000 t verteilt. Das entspräche einem Monatsmittel von 77000 t und auf Basis der Berechnungsgrundlage von 450 gr. pro Person und Tag wären somit 5,7 Mio. Menschen versorgt worden. Untersuchungen der in Äthiopien operierenden nicht-staatlichen Hilfsorganisationen (NGO's) deuten aber daraufhin, daß in Wirklichkeit monatlich nur 30—40000 t verteilt und weniger als 3 Millionen Menschen versorgt werden. Daß die Zahlen der äthiopischen Regierung nicht der Wirklichkeit entsprechen, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Versorgungssituation selbst in den großen Auffanglagern nicht gerade gut ist und dort seit Ende März die Todesraten wieder steigen.

Berücksichtigt man, daß gegenwärtig etwa 200000 t Nahrungsmittelhilfe in Silos auf Lager gehalten werden, so ergibt sich seit Beginn der Hilfsoperation im Dezember ein „Schwund" von monatlich durchschnittlich 30000 t. Fragen nach dessen Verbleib werden von der äthiopischen Regierung als Unverschämtheit empfunden und nicht beantwortet.

Die äthiopische Regierung hat Waffenstillstandsangebote der Befreiungsbewegungen abgelehnt. Ebenso alle Vorschläge, daß die internationalen Hilfsorganisationen Nahrungsmittel aus den äthiopischen Vorratslagern in die befreiten Zonen bringen. Da die Hilfslieferungen an die äthiopische Seite weitgehend auf der Grundlage der äthiopischen Zahlenangaben erfolgen, die Mehrheit der Bedürftigen aber von der Verteilung ausgeschlossen wird, bauen sich nun riesige „Überschüsse" auf. Sie können vielfältig für die äthiopische Kriegspolitik genutzt werden. Erstens sollen sie als „Magnet" dienen, die Hungernden aus den befreiten Gebieten in die von Äthiopien kontrollierten Zonen zu ziehen. Zweitens sollen sie als Reserve dienen, wenn der Spendenfluß einmal dünner wird. Drittens werden sie zur Finanzierung anderer Zwecke eingesetzt. Ein erheblicher Teil des Schwundes von monatlich 30000 t wird

an lokale Kaufleute zu einem Preis abgegeben, der weit unter dem des freien Marktes liegt. Dadurch können jene erhebliche Profite machen. Viertens werden aus dieser Schwundmenge in Tigray und Eritrea aufgestellte regierungstreue Bauernmilizen teilweise bezahlt. Ihnen wird gesagt: Wenn ihr eine Miliz bildet, erhaltet ihr als Bezahlung Getreide! Und fünftens. Geringe Mengen gehen auch an die reguläre Armee, um dort Versorgungsengpässe zu decken.

Die Politik, den Hunger als Waffe einzusetzen, kann natürlich nur erfolgreich sein, wenn es der äthiopischen Regierung gelingt, die Hungerblockade gegen die befreiten Gebiete möglichst lückenlos zu machen. Neben dem Verbot, Nahrungsmittel in die befreiten Gebiete zu liefern, und dem Druck auf Geberländer und Hilfsorganisationen, auch nicht von außen Nahrungsmittel in die befreiten Gebiete zu bringen, gibt es eine Reihe „flankierender Maßnahmen" im Gelände. Dazu gehört einmal eine Intensivierung des Luftkrieges, um die Nahrungsmittelkonvois der eritreischen und tigraischen Hilfsorganisationen zu stören. Da diese deshalb nur noch nachts fahren können, ist ihre Transportkapazität halbiert worden. Zum anderen werden Hungernde aus den befreiten Gebieten, die äthiopische Verteilerstellen aufgesucht haben, an der Rückkehr in ihre Dörfer gehindert (sofern sie nicht umgesiedelt werden). Und schließlich wird der Zusammenbruch der Wirtschaft in den befreiten Gebieten durch Luftangriffe auf Märkte, landwirtschaftliche Projekte und Handelskarawanen beschleunigt.

Die äthiopische Rechnung ist bislang nur unvollständig aufgegangen. Zwar ist es den Eritreern und Tigray bis heute nicht gelungen, die äthiopische Hungerblockade gegen die befreiten Gebiete vollständig zu brechen, aber gerade viele nicht-staatliche Organisationen sind nicht mehr bereit, die äthiopischen Zahlenangaben zu akzeptieren und liefern auch direkt in die Gebiete der Befreiungsbewegungen. Bis heute haben es 250000 Menschen vorgezogen, lieber 200—800 km in den Sudan zu wandern, anstatt die 20—50 km bis in das nächste äthiopische Aufnahmelager. Weitere 350000 haben sich spontan aufgemacht und sind auf eigene Faust in weniger von der Dürre betroffenen Gebiete gewandert, um sich dort durchzuschlagen. Dies macht sehr deutlich, was die Betroffenen von der Regierungspolitik der Nahrungsmittelverteilung und der Umsiedlung halten.

TPLF und EPLF hatten es den Hungernden in ihrem Bereich freigestellt, zu den äthiopischen Lagern zu gehen. Nach den ersten Umsiedlungen und der Verhinderung einer Rückkehr in ihre Dörfer, nahm die Zahl derer, die sich in diese Lager begaben, drastisch ab[18]. Die Flucht in den Sudan oder die Abwanderung in andere Gebiete, erhält den Betreffenden zumindest die Möglichkeit, mit Einsetzen der Regenfälle in ihre Dörfer zurückkehren zu können.

Die Rolle der Umsiedlungen in der äthiopischen Strategie

Die vorhandenen Berichte von Journalisten, Hilfsorganisationen, in den Sudan geflohenen Umsiedlern und aus den äthiopischen Sammellagern im Norden Rückgeflüchteten[19] belegen m. E. deutlich, daß der gesamten Umsiedlungsaktion primär politisch-militärische Ziele unterliegen. Die Planungen sehen vor, 1,5 Millionen Menschen in einem ersten Schub nach Süden und Südwesten zu verpflanzen. Eine Betrachtung der Herkunfts- und Bestimmungsgebiete dieser Menschen läßt eine Reihe politischer Absichten erkennen. Je 625000 Menschen sollen aus Tigray und Wollo, 250000 aus dem Hochland von Gondar-Begemedir in die an den Sudan angrenzenden Gebiete umgesiedelt werden: 350000 nach Illubahbor, 300000 nach Kaffa, 350000 nach Wollega, 250000 nach Gojjam und 250000 in das Tiefland von Gondar[20]. Es liegt die Vermutung nahe, daß den Befreiungsbewegungen die Basis entzogen werden soll.

Zudem lassen Berichte von in Tigray interviewten Rückkehrern aus den Sammellagern der Regierung erkennen, daß gezielt Personen zur Umsiedlung vorgesehen werden, die als potentielle Sympathisanten der TPLF gelten oder innerhalb des äthiopischen Einflußbereiches durch Kritik „unangenehm aufgefallen sind". In die gleiche Richtung zielt auch eine Information, die gerade aus dem Hadiya-Kambatta Gebiet nach außen gelangte[21]. Dort sollen Bauern, die sich bislang geweigert hatten, in die Bauernvereinigung einzutreten, in die Neulandzonen Gojjams umgesiedelt werden. (Hierzu ist anzumerken, daß die Umsiedler von vorneherein in strikt zentralistisch geführte Produktionsgemeinschaften eingegliedert werden sollen. Die Kontrolle „widerspenstiger Elemente" wird somit in den Neulandzonen weitaus effizienter sein, als dies in den Herkunftszonen möglich war.)

Während die Aussiedlung aus den Kampfgebieten des Nordens die Bevölkerung zum Nachteil der Befreiungsbewegungen ausdünnt, wird in den Ansiedlungszonen der Grenzregionen zum Sudan eine Bevölkerungsverdichtung erzielt.

Die westlichen Tieflandregionen Äthiopiens, in denen die Umsiedler ansässig gemacht werden sollen, sind bis heute vergleichsweise dünn besiedelt. Dort wohnen kleinere nicht-amharische Volksgruppen. Im Nordwesten zeichnet sich seit etwa zwei Jahren ab, daß TPLF und EPDM aus den Regionen Wolkait und Shire nach Süden in das westliche Randgebiet der Gondar-Provinz vorstoßen werden und somit drohen, die wichtige Straße von Gondar nach Metemma zu unterbrechen. Die Ansiedlung von Dürreopfern aus dem Hochland im Tschelga-Gebiet West-Gondars dient eindeutig dem Zweck, einen Sperriegel gegen den Süd-Vorstoß der beiden Bewegungen aufzubauen. Die Neusiedler werden quasi als Militärsiedler eingesetzt. Man hofft, daß sie sich — isoliert von ihren Heimatregionen und in einer feindlichen Umgebung — mit der Regierungseite solidarisieren werden.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für die Ansiedlungen weiter im Süden. Dort liegen die geplanten Ansiedlungszonen alle in potentiellen Aufmarschgebieten der Oromobefreiungsfront bzw. ihrer Nachschublinien aus dem Sudan.

In einer weiteren Perspektive zielt die gesamte Umsiedlungsaktion darauf ab, das demographische Gewicht der Eritreer, Tigray und Oromo innerhalb Äthiopiens zu verringern und den Prozeß der Amharisierung der kleineren Volksgruppen in den Ansiedlungszonen (Gumuz, Agau, Berta, Koma, Anuak usw.) aber auch der westlichen Oromo, Wollegas und Illubabors voranzutreiben. Dies soll in letzter Konsequenz zu einer „Befriedigung" der „aufsässigen Volksgruppen" beitragen, indem ihr Gewicht und ihr territorialer Zusammenhang verringert werden.

Diese Strategie ist innerhalb Äthiopiens keineswegs neu. Schon Menelik si-



Die Nahrungsmittelkonvois von ERA und REST können wegen der äthiop. Luftwaffe nur nachts fahren

cherte die Eroberungen im Süden durch Anlage von Militärsiedlungen, in denen Soldaten aus dem Norden angesiedelt wurden. So entstanden schon in den vergangenen Jahrzehnten vor allem unter den Oromo „Inseln der Amharisierung und Assimilation", deren Ergänzung und Ausweitung das jetzige Programm dient.

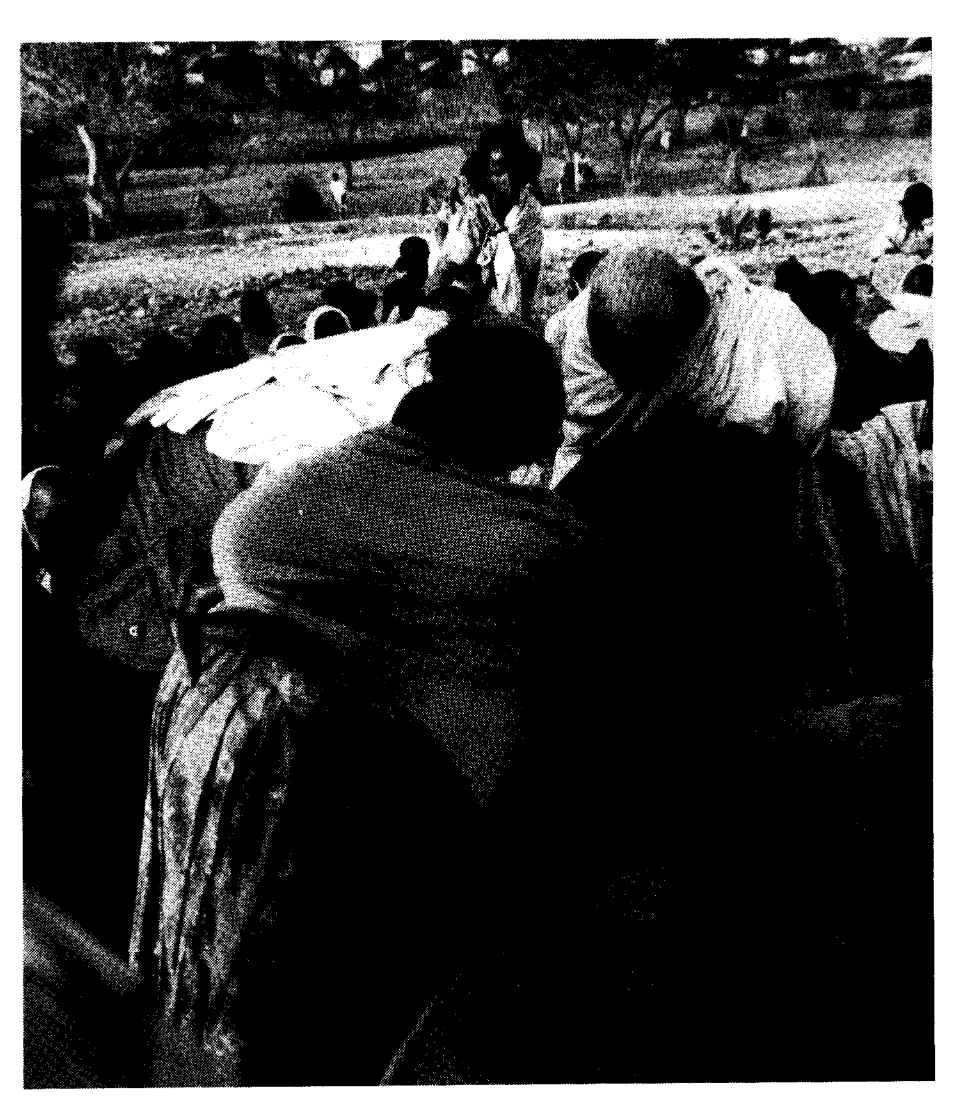
Bereits 1979—80 hatte die Regierung zudem versucht, westliche Geldgeber für das gleiche Umsiedlungsprogramm zu finden, obwohl damals die Begründung mit der Hungersnot im jetzigen Umfange nicht möglich war. Dementsprechend gelang es auch nicht, nennenswerte Beträge zu erhalten[22]. Mit Hilfe des Hungerargumentes, überhöhten Zahlen von Versorgungsbedürftigen und politisch-moralischer Erpressung versucht die äthiopische Regierung nun ihr Programm 1984—86 durchzusetzen. Gegenwärtig sieht es so aus, als könnte sie damit sogar in gewissem Maße Erfolg haben. Zum einen verfängt das Argument mit der Unmöglichkeit der Rehabilitation weiter Zonen im Norden bei einer unaufgeklärten westlichen Öffentlichkeit, zum anderen ist man hierzulande nur allzu leicht geneigt, die gewaltigen politischen Pferdefüße von Umsiedlungsaktionen in multi-ethnischen Gesellschaften auszublenden[23].

Politisch anrüchig aber ökonomisch sinnvoll?

Die vorliegenden Berichte aus den Umsiedlungsgebieten sind widersprüchlich. „Terre des Hommes"-Mitarbeiter bescheinigen der Regierung, die besuchten Ansiedlungsgebiete in West-Gondar seien gut vorbereitet[24]. Andere Berichte zeichnen ein gegenteiliges Bild: unzureichende Infrastrukturen, mangelnde Nahrungsmittel und medizinische Versorgung, zu wenig Saatgut und Werkzeuge. „Was in der amtlichen Propaganda ganz gut tönt — statt Mißernten eine neue Zukunft als Siedler in fruchtbaren Gebieten — erweist sich an Ort und Stelle als eine brutale, jämmerlich vorbereitete und womöglich für viele tödlich endende Aktion."[25]

Noch vernichtender sind die Berichte, die sich aus den Befragungen von in den Sudan geflohenen Umsiedlern aus dem Norden nach Wollega ergaben[26]. Aus ihnen ergibt sich, daß mehrheitlich Zwang im Spiele war. Daß die Umsiedler über die Verhältnisse am neuen Wohnort falsch informiert wurden, daß die Versorgung in den meisten Fällen unzureichend war und daß generell die Tendenz bestand, die Arbeit und Kosten für den Aufbau der neuen Siedlungen auf die Alteingesessenen abzuwälzen. Deren Protest wurde — so diese Befragungsergebnisse — nur zu oft mit Gewalt zum Verstummen gebracht[27].

Der Widerspruch in der Beurteilung der Lager, läßt sich vermutlich nur dahingehend auflösen, daß die Regierung sehr wohl ihre Vorzeigelager hat, während die Verhältnisse in anderen nur durch Zufall dem Landfremden bekannt werden.



Nahrungsmittelverteilung in Shelalo-Südwest-Eritrea

Angesichts der Indizien für Zwangsanwendung und unzureichender Vorbereitung und Betreuung in den Umsiedlungszonen ist anzunehmen, daß viele der Umsiedler über nur wenig oder überhaupt keine Motivation verfügen, sich mit allen Kräften am neuen Wohnort zu engagieren. Ohne Motivation nützt alle Hilfe von außen nichts.

Zum zweiten ist anzunehmen, daß die meisten der Umsiedler wenig Neigung verspüren, in den verordneten Produktionsgenossenschaften zu arbeiten, sondern sich vielmehr auf die ihnen zugestandenen 1000 m^2 Eigenland konzentrieren werden[28]. Eine Unternutzung des Landes und der Werkzeuge der Genossenschaften ist daher wahrscheinlich — eine auch aus anderen „sozialistischen" Staaten bekannte Erscheinung. Die Neusiedler werden mit erheblichen Anpassungsproblemen zu kämpfen haben. Sie kommen aus dem Hochland und werden in das Tiefland verpflanzt. Dort herrschen ihnen bislang fremde Krankheiten, die Böden sind ihnen unbekannt, ebenso die gerade für einen Bauern wichtigen kleinräumigen Boden- und Witterungsverhältnisse. Selbst Pflanzen- und Tierwelt ist anders, Unkraut und Schädlinge müssen erst neu erfaßt werden. Wie ist es unter solchen Bedingungen möglich, daß die Neusiedler rasch selbstversorgende Bauern werden? Besteht nicht die Gefahr, daß sie ihre erlernten Agrartechniken auch hier anwenden, wo sie mit großer Wahrscheinlichkeit unzureichend bis falsch sind? Hat das äthiopische Landwirtschaftsministerium überhaupt ausreichend Personal und Kenntnisse über die Verhältnisse in den Neulandgebieten, um die Siedler angemessen beraten zu können?

Ein weiteres Problem dürfte darin bestehen, daß die Ansiedlung von Menschen aus dem Norden mit den Alteingesessenen weder abgesprochen noch vorbereitet wurde[29]. Mit der üblichen Arroganz von städtischen Amtsträgern gegenüber bäuerlichen und pastoralen Bevölkerungsgruppen wird gegenwärtig nicht unmittelbar genutztes Land einfach als herrenlos und beliebig vergebbar ausgegeben. Eine Integration lokaler Bevölkerungen in Umsiedlungsprogramme ist aber notwendige Voraussetzung für deren Erfolg. Nur so können schwere politische und soziale Erschütterungen vermieden werden und das Wissen der lokalen Bewohner an die Neusiedler weitervermittelt werden. Die Art und Weise der Inangriffnahme der Umsiedlung 1979—80 (wie auch der gegenwärtigen) läßt allerdings nur den Schluß zu, daß der Re-



In den vergangenen Jahren versuchte REST Dürregeschädigte aus Zentral-Tigray in die befreiten Zonen West-Tigrays anzusiedeln. Mit Beginn der Massenhungersnot mußte dieses Programm mangels Mittel eingestellt werden.

gierung kaum an der Herstellung von Einvernehmen zwischen Siedlern und Einheimischen gelegen sein kann. Umsiedler, die sich gegenüber der lokalen Bevölkerung aber in einem Art Belagerungszustand befinden, werden wohl kaum gute Bauern abgeben.

Die paramilitärische Organisation der Umsiedlungszonen und die quasi militärische Überwachung der Neu-Dörfer werden mit Sicherheit auch nicht dazu beitragen, die Arbeitsmotivation der Siedler zu verbessern.

Selbst wenn wohlwollend unterstellt wird, daß die Neusiedler im Süden keine zweite ökologische Katastrophe heraufbeschwören, so muß doch bezweifelt werden, ob das Programm im Norden überhaupt Erleichterung schafft. Es ist zu erwarten, daß dort, sofern es nicht zu raschen und tiefgreifenden Veränderungen der gesamten Verhältnisse kommt, der natürliche Bevölkerungszuwachs nur allzu rasch die Abwanderung wieder ausgleicht!

Rehabilitierung vor Ort — Sinnvolle Alternative?

Die äthiopische Regierung argumentiert, daß es unmöglich sei, die Gebiete im Norden zu rehabilitieren. Viele im Ausland schenken dieser Behauptung Glauben, wenn sie die Bilder der windgepeitschten, staubigen und entwaldeten Hochebenen und Berghänge mit ihren Erosionsschluchten sehen. So einfach ist das aber nicht. Es ist unbestritten, daß die ökologischen Schäden im Norden ungeheuer sind und ihre Behebung bis zur Wiederherstellung befriedigender Verhältnisse ein langwieriges Unterfangen ist. Das Beispiel Israels (mit allen damit verbundenen Problemen) zeigt aber, daß solche Rehabilitierungsprozesse im Prinzip machbar sind, sofern Wille und Motivation einerseits und Know-how sowie Geld- und Sachmittel andererseits vorhanden sind.

Die Berglandschaften in Wollo, Tigray und Eritrea sind komplexe ökologische Regionen, deren klimatische, hydrologische und geologische Bedingungen mit der unterschiedlichen Höhenlage ebenso variieren wie die vorhandene Tier- und Pflanzenwelt und mögliche Anbaukulturen. Eine Kulturzone in einem bestimmten Gebiet mag gegenwärtig schwer zerstört sein, aber eine andere nur wenige Kilometer entfernt oder einige 100 m tiefer mag vergleichsweise leicht rehabilitierbar sein.

Die dortigen Bauern verfügen trotz ihrer inzwischen den Verhältnissen unangemessenen Produktionstechniken über ein reiches empirisches Wissen ihrer Heimatgebiete. Dies stellt für eine ökologische Rehabilitation ein unschätzbares Kapital dar. Ferner ist davon auszugehen, daß eine Rehabilitation der Dürreopfer im gleichen Wohnbereich oder doch zumindest innerhalb der gleichen Sprach-, Kultur- und Wirtschaftsregion auf eine ungleich bessere Motivation trifft als eine Umsiedlung an einen unbekannten Ort.

Schließlich ist auch anzunehmen, daß eine lokale Rehabilitation im Norden sich vorwiegend auf viele kleinere Projekte und nur wenige größere Infrastruktur-Projekte stützen muß. Im Hochland sind großräumige, vollmechanisierbare Projekte von der Landesnatur her auch kaum möglich.

Projekte, die von TPLF, EPLF, ERA, REST und einigen Hilfsorganisationen wie OXFAM und War on Want vorgelegt wurden, belegen, daß im Norden eine Rehabilitation von Land und Menschen weitaus kostengünstiger und mit vermutlich besserer Motivation durchzuführen ist als die Umsiedlung[30]. Eine Reihe von Projekten sind bereits in Angriff genommen worden, wie z. b. die Umwandlung von Auffanglagern für dürregeschädigte Pastoralisten West-Eritreas in landwirtschaftliche Siedlungsprojekte auf der Basis von künstlicher Bewässerung[31].

Mit ihrem Entschluß, die Hungersnot und die Hungerhilfe als Waffe gegen die Widerstandsbewegungen einzusetzen, hat sich die äthiopische Regierung in ein Handlungsdilemma manövriert. Die Umsiedlungen sind für sie zwingend notwendig geworden. Nachdem sie die Menschen durch Hungerblockade der befreiten Gebiete und eigene Nahrungsmittelangebote in ihren eigenen Machtbereich gezogen hat, kann sie diese weder in ihre Dörfer zurückkehren lassen noch sie auf Dauer im Norden in Lagern halten. Ersteres würde die Hungerwaffe nutzlos machen, zweites schüfe Massenquartiere mit unvorhersehbaren sozialen und politischen Konsequenzen. Die Umsiedlung erscheint daher als einziger „Ausweg".

Die einzige Möglichkeit, von außen die Hunger- und Umsiedlungsstrategie der Regierung zu unterlaufen, bestünde darin, den Widerstandsbewegungen und den ihnen verbundenen einheimischen Hilfsorganisationen ausreichend Mittel zur Soforthilfe und Rehabilitation vor Ort zur Verfügung zu stellen, und Äthiopien nur soviel zu geben, wie es zur Versorgung der Menschen benötigt, die tatsächlich in seinem Einflußbereich leben. Daß dies in absehbarer Zeit geschieht oder durchgesetzt werden kann, ist unwahrscheinlich.

Günter Schröder

Anmerkungen:

1 International Herald Tribune, 13.12.1984; Institutional and practical responses to drought in Ethiopia by Comrade Dawit Wolde Giorgies Chief Commissioner Relief and Rehabilitation Commission; November 1984 Addis Abeba; Rede vor den Teilnehmern des VIII. Äthiopistenkongresses.
2 Ethiopia's Resettlement Programme: A sinister design of foricible displacement, Adulis, Vol. I, No. 8, February
3 Andreas Bunzinger: Aus Armut wird die Umwelt zerstört, FR. 30.11.85
4 TPLF: Statement No. II — Aid Used for Uprooting People, November 28, 1984
5 Ethiopias resettlement programme, a. a. O.
6 Vernichtung durch Hunger — Flugblatt der Oromo-Studentenorganisation in Deutschland (TBOG), Dezember 1984; vgl. auch Joint Statement by the TPLF and OLF, November 29, 1984
7 Zu den verschiedenen Standpunkten siehe epd (Artikeldienst der Zentralredaktion) Wolfgang Plischke: Hilfswerke uneinig über äthiopische Umsiedlungspolitik, 35/85, 1.4.85, sowie die entsprechenden Verlautbarungen der Gesellschaft für Bedrohte Völker (10.4.1985, 13.3.85), des Arbeitskreises Afrika (4.3.1985) und terre des hommes (terre des hommes hintergrund, 7.2.2/85, Keine Alternative zur Umsiedlung); dazu auch Hans Ott: Der Flug mit der Antonow-Maschine endet im Nichts. Weltwoche Nr. 14, 4.4.85, S. 11; Ott, Zentralsekretär der schweizerischen Organisation „Brot für Brüder" bringt es doch tatsächlich fertig, in seinem Bericht nahezu alle Vorwürfe gegen die Regierung von Seiten der Befreiungsbewegungen zu bestätigen und dann doch aus humanitären Gründen, für eine Unterstützung der Umsiedlungen zu plädieren!
8 vgl. dazu u. a.: Institutional and practical responses... a. a. O. Peter Niggli: Hungerhife an Äthiopien, taz 19.1.85, Bänziger, Die Lagerhäuser sind zum Bersten voll, 5.2.85 FR, Peter Laudan, Verhungern linke Afrikaner anders, Vorwärts 7.4.1983, Nr. 15. S. 3, Günter Mack: Wer am Hunger stirbt, der stirbt leise/Sterben lassen, damit andere überleben, Die Zeit, 8. und 15. Juli 1984 u. v. a. Reportagen und Berichte, in denen die äthiopischen Argumente wiedergegeben werden.
9 vgl. den Artikel von Peter Laudan: Linke Afrikaner... a. a. O.
10 So die o. a. Erklärungen, aber auch zahlreiche andere Verlautbarungen
11 vgl. dazu: Araya Redda: The Famine in Northern Ethiopia, ROAPE 27/28, 1984
12 Zum anti-feudalen Charakter der äthiopischen Agrarreform vgl. Stefan Brüne: Die äthiopische Landreform, Africa Spectrum 1983, Nr. 2. Das Argument von der Fortführung der nationalen Unterdrückung entwickelt u. a. Yohannes Noggo: Klassenkampf und Revolution in Äthiopien, 1982, Giessen
13 Die Zahlenangaben in den einzelnen Quellen und Reportagen schwanken aufgrund unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen. Oswald Iten: Zehn Jahre Revolution in Äthiopien, taz 27.8.1984 gibt eine Zahl von 85 % an, bei 4,6 % der landwirtschaftlichen Produktion und 2 % des Flächenanteiles der Staatsfarmen.
14 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit/Referat 112: Länderbericht Äthiopien gibt 27,5 % der Staatsaufgaben für Verteidigung, 10,4 % für Landwirtschaft und Siedlungswesen bezogen auf den Haushalt 1980/81 (S. 4) an. Länderkurzbericht Äthiopien (Kohlhammer Wiesbaden) gibt für 1982 bei 1.763 Mrd. Birr laufender Ausgaben soziale Dienstleistungen mit 355 Mill. Birr, darunter 10 Mill. Birr für Dürreschädenhilfe, Landwirtschaft und Siedlungswesen mit 48 Mill. Birr und Allgemeine Dienste (primär Armee, Polizei u. ä. Einrichtungen) 1.045 Mrd. Birr an. Für das gleiche Jahr wurden im Bereich Kapitalausgaben (insgesamt 598 Mill. Birr) 156 Mill. Birr für Landwirtschaft und Siedlungswesen angeführt, weitere 59 Mill. Birr für Wasserbeschaffung (a. a. O. S. 26)
15 Der Einsatz z. b. der Luftwaffe gegen zivile Ziele wie Felder, Brunnen, Märkte wird zwar von der äthiopischen Regierung immer wieder bestritten, es gibt aber inzwischen hinreichend Bild- und Wortdokumente, die die von den Befreiungsbewegungen erhobenen Vorwürfe in dieser Richtung eindeutig bestätigen. Bei Reisen innerhalb der befreiten Gebiete in Eritrea und Tigray konnte ich 1983 und 1985 die Ergebnisse dieser Strategie in Augeschein nehmen.
16 Dort waren Widerstand und Repression, vor allem zu Beginn der 70er Jahre, kaum entfaltet.
17 Diese und die anderen Angaben dieses Abschnittes stammen aus dem Artikel „Detournement, discrimination e fausses statistiques...", der am 23.5.1985 in der Le Monde erschien.
18 vgl. dazu: Zweifelhafte Praktiken bei der Verteilung von Hilfsgütern/Achim Remde, BNN 4.2.1985; Ott: Der Flug der Antonow... a. a. O.; Ethiopia — Resettlement: the evidence, Survival International 29.3.1985; Interviews von Elke Grawert, Angela König und Günter Schröder mit Rückkehrern aus Regierungslagern in Tigray im Januar/Februar 1985
19 Die dokumentarisch am besten abgesicherte Zusammenstellung ist bislang der Bericht von Survival International, Resettlement..., a. a. O.
20 Zahlen aus: terres des hommes hintergrund: keine alternative... a. a. O.
21 Durch ein Schreiben an Freunde im Ausland
22 zu den äthiopischen Siedlungsplänen 1979/80 vgl.: Relief and Rehabilitation Commission, Income Levels of Settlers in Rainfed and Irrigated Settlement Schemes, Addis Abeba September 1980
23 Auch Journalisten ohne größere Detailkenntnis lassen sich durch die verwüsteten Landschaften und die überzeugend vorgetragenen Argumente äthiopischer Regierungsvertreter dazu verführen, den Regierungsausführungen zuzustimmen (vgl. Andreas Bänziger: Aus Armut wird die Umwelt zerstört, FR 30.11.1985 und Bänziger: Die Lagerhäuser sind zum Bersten voll, FR 5.2.85)
24 vgl. terre des hommes hintergrund: keine alternative... a. a. O.
25 Ott: Der Flug... a. a. O.
26 vgl. Survival International: Resettlement... a. a. O. Visit in Damazin by Gayle Smith, Kahrtoum January 15, 1985
27 Survival International: Resettlement... a. a. O. S. 5. In diesem Bericht wird u. a. aufgeführt, daß ein Teil des Landes für die Neusiedler sogar zuvor unter Kultivierung war und keineswegs ungenutzt!
28 Diese Zahl findet sich bei Ott: Der Flug... a. a. O.
29 vgl. dazu die entsprechenden Passagen aus dem Bericht von Survival International, a. a. O.
30 vgl. dazu: Eritrean Relief Association: 1985 Request for Rehabilitation and Settlement of Displaced Pessants, February 1985, Khartoum; OXFAM-Mission: Tigray 1984, January 1984, London; Relief Society for Tigray: Assistance to Integrated Agricultural Programmes for Settled Farmers in Tigray, Northern Ethiopia, Dezember 1984, Khartoum
31 Für insgesamt 3000 Familien im ersten Jahr, d. h. 15000 Personen, die auf dem bewässerten Land aber Getreide für bis zu 40000 produzieren können. vgl. dazu: Günter Schröder: Preliminary Report in a field trip to Eritrea, Khartoum March 1985



Landwirtschaftliche Versuchsfarm der TPLF

Rezensionen

Frauenhandel

Heinz G. Schmidt: Der neue Sklavenmarkt. Geschäfte mit Frauen aus Übersee. Lenos-Verlag, Basel, 1985 24.00 DM.

„Bildhübsche Asiatinnen möchten deutsche Herren kennenlernen. Kostenlose Farbauswahl." — „Bräute zum Sonderpreis: Von den Salomoninseln in der Südsee!" — „Hübsche, heiratswillige Philippininnen zu vermitteln!"

Mehr als 300 Anzeigen solcher Art erscheinen monatlich in bundesdeutschen Blättern oder Reiseprospekten. Von einem neuen Sklavenmarkt, mehr als 150 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei in den USA, spricht ein neuerschienenes Buch, das von der Schweizer „Erklärung von Bern", Zürich, und vom „Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung" in Stuttgart herausgegeben wurde. Auf der Grundlage jahrelanger Recherchen, von denen das vorliegende Buch eine Reihe von Fallstudien enthält, versuchen die Herausgeber, den Skandal des neuen Sklavenmarkts mitten in Europa deutlich zu machen. Was dabei herausgekommen ist, wird zum Lesen und zur Weiterverbreitung dringend empfohlen!

Mehr als ein halbes Hundert Agenturen und noch mehr „private" Händler sind in der Bundesrepublik und in der Schweiz am Handel mit Frauen beteiligt. Ob es sich nun um Agenten oder Zwischenhändler, Touristikunternehmen oder Importgesellschaften, Immobilienbüros oder biedere Privatleute handelt: ihre Geschäfte sind oft illegal. Da gibt es beispielsweise den Autohändler aus der Nähe von Heilbronn, der sozusagen nebenbei mit philippinischen Frauen handelt: 700 deutsche Interessenten stehen in seiner Kartei, fast durchgehend hat er einige philippinische Frauen in seinem Haus untergebracht, die bis zu 14 Tag an Interessenten ausgeliehen werden können. Verläuft die Probezeit erfolgreich, wird die Vermittlungsgebühr fällig: zur Zeit DM 9.600,—. Ein schöner Nebenverdienst, denn die Kosten für die Reise in die Bundesrepublik haben die Frauen selbst tragen müssen.

Es gibt aber auch in Stuttgart zum Beispiel einen Blumenhändler, der an seinen Ständen auf dem Markt freundliche junge Damen aus den Philippinen beschäftigt, selbst wenn diese keine Arbeitsgenehmigung haben. Die freundlichen Damen wechseln häufig, besonders dann, wenn der Blumenhändler mal wieder auf den Philippinen war und neue Verkäuferinnen mitgebracht hat. Wo die Frauen nach ihrer Zeit als Verkäuferinnen bleiben? Nun, Stuttgart ist zwar kein Sündenbabel, aber entsprechende Clubs und Saunas bzw. Massage-Etablissements gibt es denn doch einige. Außerdem ist da ja noch die „Schwäbisch-Philippinische Gesellschaft", deren Präsident Mitarbeiter bei Daimler-Benz ist und zweimal im Jahr zu Treffen einlädt, bei denen philippinische Mädchen deutschen Junggesellen vorgestellt werden... Beliebtes Argument der Biedermänner, die hier mit Frauen aus Fernost, aus der Karibik oder aus Afrika ihre kleinen oder großen Privatgeschäfte treiben: „Zu Hause verdienen die Frauen ja nichts, wenn sie hier arbeiten, können sie wenigstens ihre Familien daheim unterstützen", oder: „Sie bevorzugen deutsche Ehemänner wegen ihrer Zuverlässigkeit."

Mit solchen Rechtfertigungsversuchen geben sich die professionellen Frauenhändler gar nicht erst ab. Rund die Hälfte aller Heiratsvermittler, die sich auf asiatische Frauen spezialisiert haben, arbeiten gleichzeitig als Reisevermittler und Flugtickethändler. Sie bieten „Ferien bei den schönsten Frauen der Welt" an, Unterbringung in „freizügig geführten" Hotels in Bangkok, sind aber auch gegen entsprechenden Aufschlag bereit, für heiratslustige Urlauber „die übrigen Formalitäten" der Ausfuhr einer Frau zu organisieren. In der Argumentation dieser Reise- und Heiratsvermittler steht also weniger der Gedanke der „Entwicklungshilfe" im Mittelpunkt, sondern eher das bedauernswerte Schicksal der bis dahin erfolglosen europäischen Junggesellen, denen sie nun zu einer sanften Ehefrau verhelfen.

WE'RE WAITING FOR YOU !



Die ganz großen Geschäfte schließlich, auch dies wird in dem Buch deutlich, werden von noch anderen Leuten gemacht. So verdienen etwa in einem feinen Züricher Stadtteil Bauunternehmer und leitende Krankenhausärzte, Olympiasieger und Immobiliengesellschaften als Hausbesitzer an Massagesalons, Bordellen und Appartements. Viele dieser Häuser sind nach wie vor als Wohnhäuser ausgewiesen, ihre Vermietung zu Gewerbezwecken ist strafbar. Die Familien, die früher hier wohnten, mußten jedoch ausziehen. Die Miete für eine Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung, vermietet an junge Frauen aus Übersee, liegt heute bei Sfr 3.000 monatlich. In Zürich, Hamburg und Stuttgart verdienen nicht zuletzt auch die „Hells Angels" am schwunghaften Handel mit Prostituierten aller Hautfarben, Häusern und Drogen.

Lösen derartige Berichte, die zum Teil faktenreich belegt sind, beim Lesen vor allem Wut und Empörung aus, so wecken andere Aspekte, insbesondere die Situation der hier vermarkteten Frauen, aber auch das psychische Elend der Männer, die diese Frauen kaufen, große Betroffenheit. Daß das Geschäft mit Frauen aus Übersee auf dem Prinzip von Angebot und Nachfrage basiert, ist schnell einsichtig. Was ist diesem neuen Markt also vorzuwerfen? fragen die Herausgeber. Daß mit Menschen gehandelt wird?

Ein besonderer Verdienst dieses Buches liegt darin, die seelische Verelendung vieler Männer in westlichen Gesellschaften zu thematisieren. Viele Männer, die sich über Agenturen Frauen aus Übersee vermitteln lassen, haben Schwierigkeiten bei der Partnersuche oder vermuten zumindest solche. Sie scheinen anzunehmen, eine Partnervermittlung gehe glücklich aus, wenn man nur genügend Geld investiere. Dahinter steht die Überzeugung, daß alles bezahlbar sei. Wer genügend Geld hat, ist nach dieser Logik damit auch befähigt, über alles zu verfügen, das ihm begehrenswert erscheint. Schwäche wird so zur Stärke, einzige Voraussetzung hierfür ist, daß die vermittelten Frauen aus anderen Ländern zumindest materiell unterlegen sind. Günter Wallraff weist in seinem Vorwort immer wieder darauf hin, daß die Sklaverei allenfalls vordergründig geächtet wurde: Die Doppelfunktion des Rassismus — Verschleierung der Klassengegensätze, Kompensation der eigenen sozialen Misere (hier Beziehungsunfähigkeit) — wirkt auch heute noch. Die vier Fallstudien von den europäischen Männern auf der Jagd nach dem großen Glück, die ihre im Ausland gekauften Frauen schließlich zum Teil erbärmlich mißhandelten, lösen beim Lesen Entsetzen aus. Das Buch macht aber auch sehr deutlich, daß es mit moralischer Empörung allein nicht getan ist. Die bei uns herrschende Doppelmoral — Anprangerung der schlimmsten Mißbräuche bei gleichzeitiger, manchmal augenzwinkernder Tolerierung exotischer Praktiken — wird immer wieder kritisch aufgegriffen. Der Mythos von den stets liebebereiten und anspruchslosen Thai-Frauen findet sich ja selbst in den alternativsten Reiseführern wieder. Und solange ehrbare Reiseveranstalter mit dem Sex-Tourismus werben und daran verdienen können,

bleibt die Empörung über die Brutalität von Zuhälterbanden leicht fadenscheinig. In welcher Facette auch immer: Das Geschäft mit den Frauen aus Übersee funktioniert überall nach dem gleichen Prinzip, nämlich dem der Ausbeutung weiblicher Körper für die sexuellen Bedürfnisse, die rassistischen Neigungen und die Profitinteressen von Männern in Industriegesellschaften.

Zu Recht monieren die Herausgeber, daß die Probleme der betroffenen Frauen in den bisher vorliegenden Veröffentlichungen oder Zeitungsartikeln meist nicht zur Sprache kommen. Daß viele der verkauften Frauen von ihren Männern physisch zu Tode gequält werden, von ihren Arbeitgebern um ihren Lohn geprellt werden oder fürchten müssen, ihre Stellung zu verlieren, Indentitätsverlust und Entfremdung erleben, von Schuldgefühlen und gesellschaftlicher Erniedrigung geplagt werden und zudem der restriktiven Ausländergesetzgebung der sogenannten „Gastländer" ausgesetzt sind, all dies bedarf konkreter Abhilfe und nicht einfach moralischer Appelle. Auf eine gerechte und durchsetzungsfähige Justiz zu hoffen, scheint bisher allerdings ein vergebliches Unterfangen zu sein. Ausländische Frauen, die den Druck ihres Lebens in Europa nur noch unter Drogen ertragen können oder die in aufenthaltsrechtliche Schwierigkeiten geraten, werden ohne weiteres innerhalb von wenigen Tagen abgeschoben, während die europäischen Männer, die sie überhaupt nach Europa gelockt haben, sie hier für sich arbeiten ließen oder sie in bestimmten Gesellschaftskreisen zum Kauf anboten, in der Regel gar nicht erst vernommen werden. Es lassen sich also offenbar sehr gute Geschäfte mit den Frauen aus Übersee machen. Bleibt zu hoffen, daß Bücher wie dieses, das Namen und Praktiken nennt und immer wieder zum direkten Handeln auffordert, derartige Geschäfte in Zunkunft zumindest mühsamer machen. In der Schweiz jedenfalls, wo die erste Auflage des Buches bereits nach zwei Wochen verkauft war, wurden zwei Anträge auf einstweilige Verfügung gegen das Buch vor Gericht niedergeschlagen und in Anklagen gegen die entsprechenden Frauenhändler umgemünzt. Ob sich so etwas nicht auch in der Bundesrepublik erreichen ließe?

Susanne Habicht

Die Veränderung des Blicks Zwei neue ethnograpische Bücher im Verlag TRICKSTER

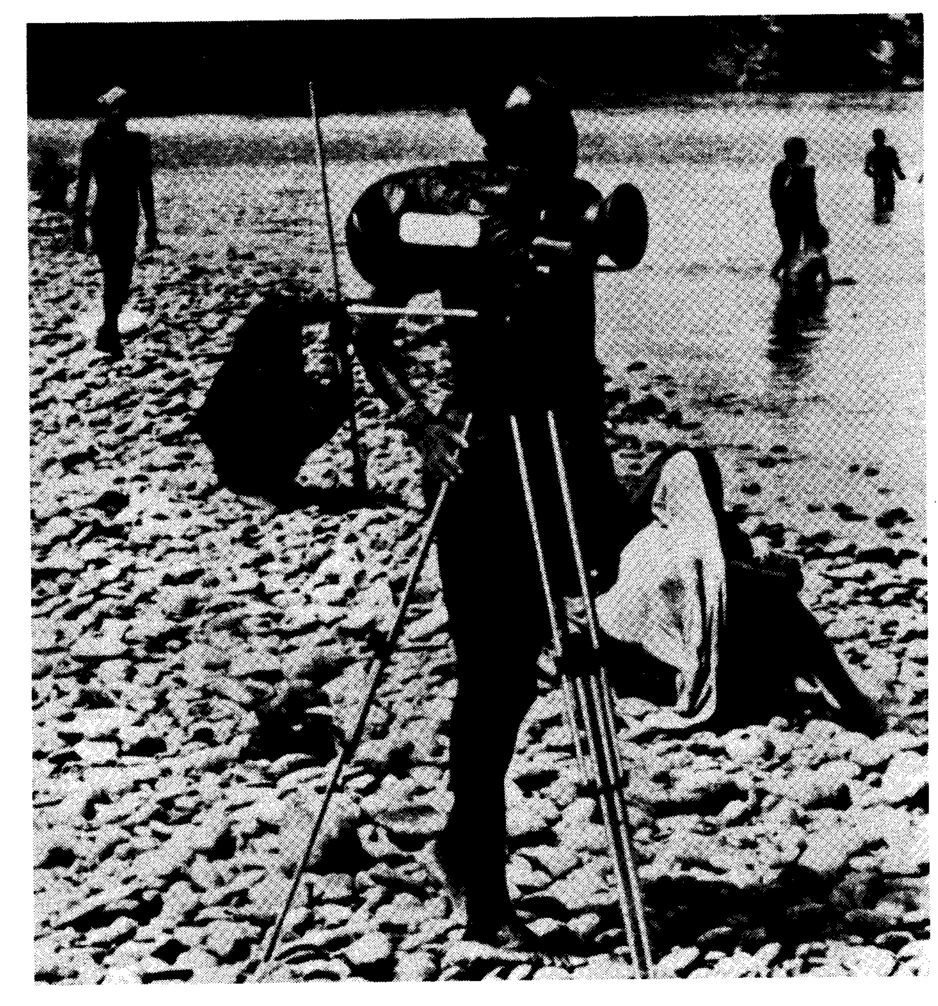
Eine gehörige Portion Mut und Selbstvertrauen gehört dazu, in der BRD einen Verlag zu gründen, der sich darauf spezialisiert hat, ausschließlich Publikationen aus dem Gebiet der Ethnologie zu verlegen. Der TRICKSTER-Verlag in München, „Verlag für wissenschaftliche und belletristische Literatur und Ethnologie" wie er sich nennt, unternimmt diese verlegerische Gratwanderung mit Erfolg, wie die neuesten Produkte beweisen. Der Verlag ging aus einer Gruppe von Münchner Ethnologiestudenten hervor, die 1977 die ethnologische Zeitschrift TRICKSTER herausbrachten (die übrigens nach wie vor in vierteljährlichem Turnus erscheint), um damit einen Gegenpol zu bislang ausschließlich wissenschaftlichen Publikationsreihen an den Universitäten zu schaffen. Ihren Namen — TRICKSTER — entlehnten sie dabei der Mythologie nordamerikanischer Indianer, der jene Gestalt bezeichnet, die sowohl den Schelm als auch den Schöpfer beschreibt — ein Name als Programm! Eine über das Zeitschriftenmachen hinausgehende Verlagstätigkeit nahm die Gruppe 1983 auf, indem sie eine Reihe von Büchern publizierte. Auf zwei neuere Publikationen, zwei „Bilder"-Bücher im positiven Sinne des Wortes — möchte ich ausführlicher eingehen:

Christraud Geary/Adamou Ndam Njoya: MANDU YENU, Bilder aus Bamum, einem westafrikanischen Königreich 1902—1915
München 1985, 38,— DM

DIE FREMDEN SEHEN, Ethnologie und Film herausgegeben von M. Friedrich, A. Hagemann-Doumbia, R. Kapfer, W. Petermann, R. Thoms, M.-J. van de Loo anläßlich der Filmreihe „Die Fremden sehen, Ethnologie und Film" des Filmmuseums im Münchner Stadtmuseum vom Januar bis April 1984.
München 1984, 36,— DM

Beide Bücher handeln von der Fremdheit, dem Fremden und unserer ambivalenten Haltung ihr gegenüber, die gleichzeitig Ausdruck unserer Angst und unserer Faszination ist. Das fotographische Bild, später dann der Film und nicht nur der wissenschaftliche, ethnologische Film sondern eine ganze Reihe von Spielfilmen — sind beredte Ausdrücke dieser Haltung.

MANDU YENU (= Reichtum an großen Perlen) ist der Name des Königsthrones des Bamum-Reiches, im Südosten des heutigen Kamerun gelegen. Anhand von bildlichen und schriftlichen Dokumenten verfolgt das Buch die Geschichte dieses Thrones, seine politische und soziale Rolle bis hin zum Weg ins Berliner Völkerkunde-Museum. In mühseliger Kleinarbeit wurden diese Dokumente aus verschiedenen Staats- und Missionsarchiven in Kamerun und im deutschsprachigen Raum zusammengetragen. Die Zusammenstellung von Bildmaterial und Zitaten zeitgenössischer deutscher Quellen, verfaßt von Soldaten, Missionaren, Kaufleuten und später Geographen und Ethnologen, geben ein authentisches Bild deutscher Kolonialpolitik wider (zwischen 1885 und 1916 stand Kamerun unter



deutscher Herrschaft). Kurze Einführungen der Autoren, die auf eigenen historischen und ethnologischen Forschungen beruhen, stellen eine wichtige Ergänzung zu den einzelnen Kapiteln dar. Texte zu einzelnen Photographien vom Mitautor A. Ndam Njoya — einem Nachfahren des Bamumkönigs — geben dem Buch eine poetische Dimension.

Der Darstellung einer kolonialen „Wirklichkeit" gegenübergestellt werden in jedem der einzelnen Kapitel (Das Königreich Bamum; Deutsche Fotografen in Bamum; Das Herz des Reiches: Foumban und der Palast; König Njoya und seine Mutter; Königinnen, Prinzessinen und Prinzen; Gefolgsleute des Königs; Große Feste; Mandu Yenu — oder das Symbol einer Beziehung) Zitate aus einer Chronik, die der damalige König Bamums Njoya Ibrahim in einer schon vor der Ankuft der Deutschen entwickelten Schrift niederschreiben ließ. Aus dieser Gegenüberstellung der kolonialisierten und kolonialistischen Standpunkte in zeitgenössischen Quellen erwächst dem Buch seine Spannung. Der noch ungebrochene Überlegenheitsdünkel Schwarzen gegenüber bis hin zum paternalistisch-missionarischen Wohlwollen einer wilhelminischen Gesellschaft werden ins rechte Licht gerückt. (Im Vorwort des Buches weist Peter Heller darauf hin, daß Schwarze gar im Berliner Zoo (!) zur Schau gestellt wurden). Jene Mythen vom willenlosen, schwarzafrikanischen Häuptling, kindlich in seinem Entwicklungszustand, der sich für ein paar Glasperlen ganze Königreiche abschwatzen läßt, von der „Kulturlosigkeit" schwarzer Völker — all das widerlegt das Buch in einer lesbaren Form.

Zur gleichen Zeit mit dem Buch MANDU YENU erschien auch ein Film von Peter Heller MANDU YENU. DES KAISERS SCHWARZER THRON (Verleih: Verleihgenossenschaft, Alfonsstr. 1, 8000 München 19).

Entstanden im Zusammenhang mit einer umfangreichen ethnographischen Filmreihe am Münchner Filmmuseum, im Frühjahr 1984, geht das Buch DIE FREMDEN SEHEN weit über eine reine Begleitung dieser Filmreihe hinaus. Das Buch gibt einen Abriß der gesamten Diskussionsbreite um die spezifischen Probleme des ethnographischen Films.

Angefangen von Problemen des Zusammenhangs vom Einsatz technischer Geräte in der Ethnographie (Filmkamera, Tonbandgerät) und deren Beeinflussung der zu Dokumentierenden bis hin zu einer Selbstverständnis-Diskussion des „wissenschaftlichen" Film als Forschungsmittel werden im Buch angesprochen. Es wird so zur einzigen deutschsprachigen Geschichte des Genres „Ethnographischer Film", das bisher nur einem kleinen Wissenschaftskreis bekannt war.

Der Begriff „Ethnographischer Film" umfaßt zum einen bestimmte Sujets (die filmische Beschreibung „fremder" Kulturen im weitesten Sinne), zum anderen beinhaltet er eine bestimmte wissenschaftliche und filmische Methode. Jean Rouch, einer der bekanntesten und innovativsten ethnographischen Filmemacher (dessen persönliche Geschichte gleichzeitig mit ethnographischer Filmgeschichte in einem langen Gespräch mit Rouch im Buch verfolgt wird), setzt für seine „teilnehmende Beobachtung" zum ersten Mal kleine, handliche Kameras ein. Er überwindet so die Distanz zwischen Filmemacher und Gefilmten. In seinem Konzept der „cinétrance" (Rouche) geht er sogar soweit, „einen Tanz zu improvisieren, in dem die Kamera genau so lebendig wird wie die Leute, die sie filmt... (Rouch). Voraussetzung, so arbeiten zu können, ist das Vertrauen der Gefilmten, das Rouch sich dadurch sichert, daß er seine Aufnahmen den Protagonisten vorführt, um darüber zu diskutieren und so über den Dialog eine echte Beteiligung erreicht.

Neben den Arbeiten Rouchs — vor allem in Westafrika — werden einzelne Kapitel thematisch zusammengefaßt und vorgestellt (z. B. Filme über die mexikanischen Lakandonen) oder in einzelne Kapitel über wichtige Ethnographen-Filmemacher eingeteilt (so z. B. über Dunlop mit seinen filmischen Feldforschungen über Schwarzaustralier und Melanesier).

Eine umfangreich kommentierte Filmographie*, ein Literaturverzeichnis und die Adressen von Filmverleihern machen das Buch aber auch zu einem „Arbeitsbuch" — realistischerweise muß allerdings dazu gesagt werden, daß die Mehrzahl der zitierten Filme in ausländischen Archiven schlummern; selbst für interessierte Kleinkino-Macher (Kommunale Kinos, Filmclubs etc.) werden diese Filme wohl kaum zeigbar sein. Das ist um so ernüchternder, als man gerade durch die Lektüre dieses schönen und spannenden Buches Lust bekommt, die besprochenen Filme zu sehen!

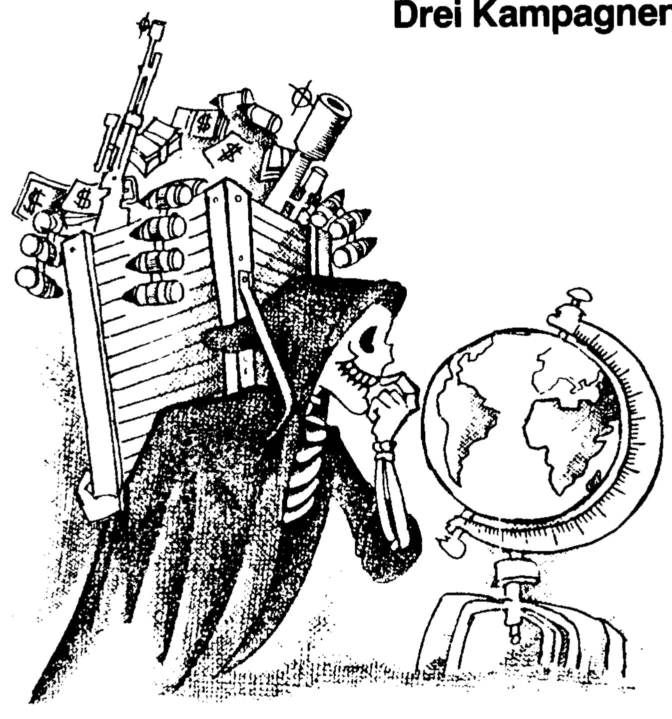
In beiden Büchern, deren Aufmachung und Inhalte den stattlichen Preis rechtfertigen, wird ein Stück des Leser-Blicks verändert oder zumindest in Frage gestellt — eine gerade im Zeitalter der massenhaften Fernreisen nicht zu unterschätzende Arbeit.

* Eine über die kommentierte Filmographie des Buches hinausgehende ausführliche Besprechung mit Inhaltsangaben, Kommentaren und Kritiken der einzelnen im Filmmuseum gezeigten Filme wird in einem gesonderten kleinen Band verlegt, der aber bei Drucklegung dieses Heftes noch nicht erschienen ist. (Weitere Anfragen beim Verlag).

TRICKSTER-Verlag, Schmied-Kochel-Str. 6, 8000 München 70



Drei Kampagnen — ein Ziel: Rüstungsexporte stoppen!



In einer Zeit, in der in einem Jahr (1983) mehr Rüstungsexporte genehmigt werden als in 5 Jahren des vorherigen Jahrzehnts (1975—1980)[1]; in einer Zeit, in der Exportchancen eine wesentliche Rolle bei der Planung neuer Rüstungsgüter spielen (Stichwort: Kapazitätsauslastung); in einer Zeit, in der selbst eine renommierte Zeitung wie „Die Zeit" nicht vor seriösen Selbstdarstellungen von Rüstungsbetrieben und deren tödlichen Produkten verschont bleibt, in einer solchen Zeit wirkt es eher vehement als grotesk, daß es dreier Kampagnen bedarf um ein Ziel zu erreichen: Rüstungsexporte stoppen!

BUKO-KAMPAGNEN „Stoppt den Rüstungsexport"

Nach 2 Jahren Diskussion und Vorbereitung entstand 1984 eine Koordinationsstelle in Bremen, die als ständige Anlaufstelle vor allem für Friedens- und 3. Welt Gruppen dient. Inhaltlich ergänzen 5 allgemein gehaltene Teilforderungen den BUKO-Standpunkt:

- Umstellung von Rüstungsproduktion auf alternative Fertigung (Rüstungskonversion)
- Offenlegung der Rüstungsexporte
- keine Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für ausländische Militärs und Polizei
- keine Rüstungs- und Militärwerbung sowie Messen
- keine staatlichen Subventionen für Rüstungsexporte

Tiefergehende Informationsarbeit und dezentrale Aktivitäten bilden — im Gegensatz zur an zentralen Massenaktionen orientierten Nachrüstungsbewegung — das Konzept der Kampagne. In einer bezahlten Anzeige in der „Frankfurter Rundschau" und der „taz" im Januar (kostenloser Abdruck in vielen kleineren Blättern) wünscht der BUKO der deutschen Rüstungsindustrie ein schlechtes Jahr 1985.

Eine zweite Anzeige ist zum Südafrika Aktionstag (4—5/10/85) geplant. Die Finanzierung (z. B. FR-Anzeige kostete 7000 DM die Seite) sollte mittels Spendenaufruf auf dem Kirchentag in Düsseldorf beginnen.

Den inhaltlichen Schwerpunkt bildet dieses Jahr neben Südafrika der Nahe Osten. Dazu ist ein Seminar in Vorbereitung. Demnächst soll auch eine Broschüre zu „Heckler & Koch" erscheinen.

Wer laufend über den Stand der Kampagne informiert werden will, dem ist der **Kampagnenrundbrief** (incl. Rüstungsexportinfo = Presseauswahl) zu empfehlen. Jahresabo: 25 DM

Kontakt: BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport"
z. Hd. Kähte Jans
Buchtstr. 14/15
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/326045

Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen

Zum Kirchentag in Düsseldorf begann die heiße Phase der Kampagne der 12 christlichen Gruppen mit einer Pressekonferenz und vielfältigen Aktionen gegen das Management des ortsansässigen bundesdeutschen Rüstungsproduzenten Rheinmetall. Einen zweiten Schwerpunkt bildete die militärisch-(-nukleare) Zusammenarbeit mit Südafrika. Eine Rüstungskonversionsgruppe organisierte die Militärversion eines Unimogs von Daimler-Benz — dieses Fahrzeug findet in Südafrika einschlägige Anwendung —, um ihn innerhalb von 3 Tagen in eine fahrbare Klinik zu verwandeln (konvertieren). Empfänger: die SWAPO.

Die christlichen Organisationen stellten differenziertere Forderungen als der BUKO auf:

- bei der Stop-Forderung wird zwischen NATO-Staaten, Nicht-NATO-Staaten und NATO-Staaten, die die Menschenrechte verletzen, unterschieden. Lediglich der erste Ländertyp bleibt von der Stop-Forderung ausgenommen.
- Verzicht auf jede Form der Ausrüstungshilfe an Staaten außerhalb der NATO und Militärhilfe innerhalb der NATO

Die BUKO-Forderungen werden folgendermaßen ergänzt:

- allgemeines Verbot der Beteiligung westdeutscher Banken an der Finanzierung von Rüstungsexporten
- Bildung von Umstellungsausschüssen unter Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf regionaler und lokaler Ebene.

Seit über einem Jahr (Vorbereitungs- und Informationsphase) arbeiten ca. 150—200 Gruppen vor allem in den Gemeinden. Ein **Kampagneninfoheft** (incl. Rüstungsexportinfo des BUKO für 10 DM im Jahresabo bei 4 Nummern) gewährleistet seit diesem Jahr mit Aktionsberichten, inhaltlichen Beiträgen, Material- und Literaturtips die Kommunikation zwischen den Gruppen. Trotz inhaltlicher Unterschiede und andersartiger Zielgruppen wird vor Ort sehr oft gemeinsam mit BUKO-Gruppen gearbeitet.

Kontakt:
Richard Döpker
Hanauer Landstr. 133



6000 Frankfurt a. M. 1
Tel.: (069) 490560

AMNESTY INTERNATIONAL

Mäßige überregionale Medienberichterstattung folgte auf die Pressekonferenz im November '84 zur Eröffnung der zweiten Rüstungsexportinitiative von ai (bereits 1981/82 lief eine dementsprechende Kampagne), die im März dieses Jahres offiziell auslief. Etwa 150 ai-Gruppen der bundesdeutschen Sektion beteiligten sich an der Kampagne, viele Mitglieder beschäftigten sich in Arbeitskreisen weiter mit dem Thema. Ein Flugblatt zu „Rüstungsexporten und Menschenrechtsverletzungen" unterstützte die vorwiegend regionale Arbeit der Gruppen. Aus dem ai-Mandat, dh. dem begrenzten Arbeitsgebiet ergeben sich folgende Forderungen:

- Exportverbot wird nur bei solcher Rüstung gefordert, bei der die Gefahr besteht, daß sie im Empfängerland (= Endverbleibsland) zu Menschenrechtsverletzungen verwendet wird dh. bei Kleinwaffenexporten
- Ausweitung der Genehmigungspflicht auf Beratungs-, Ausbildungs- und Ausrüstungsleistungen für Militär, Polizei und sonstige Sicherheitskräfte
- Aufnahme einer Menschenrechtsklausel bei Änderungsanträgen zur Rüstungsexportgesetzgebung
- Veröffentlichung von geplanten Rüstungstransfers
- Parlamentarische Kontrolle
- Jährliche Berichte über die Menschenrechtssituation in den Empfängerländern

Geplant ist ein offener Brief an die Mitglieder aller Fraktionen sowie ein Anfrage an die Bundesregierung bezüglich der Lieferung von G3-Gewehren von Heckler & Koch nach Thailand. Eine Kurzbroschüre ist in Bearbeitung und eine von ai finanziell unterstützte Studie zum Mulit-Geschäftsgebahren und Menschenrechtsverletzungen in der 3. Welt erscheint demnächst im Lamuv Verlag (16,80 DM).

Kontakt:
Ingrid Möller
Spandauer Damm 103
1000 Berlin 19
Tel.: (030) 3023464

Anmerkung:
1 BT 10/2858 und ami 3/85 (K6)

Alexander Spermann

Neuerscheinungen

Poesia Libre, Urs. M. Fiechtner, Gedichte aus Nicaragua, Das kleine EXEMPLA-Buch, Hrsg.: Wolfgang Rappsilber, AS-Verlag, 10,— DM

„Der Regen erstickt das Feuer nicht", 69 Tage Peru, Martin Albrecht, Das kleine EXEMPLA-Buch 4, Hrsg.: Wolfgang Rappsilber, AS-Verlag, 10,— DM

„Mexiko — die versteinerte Revolution", Irina Buche, Jan Metzger, Rainer Scheil (Hrsg.), Lamuv-Taschenbuch 41, ISBN 3-88977-032-0, Lamuv-Verlag, 16,80 DM

„Unterbelichtete Aspekte im Libanonkonflikt", Gründe — Einschätzungen — Perspektiven, Manuskript-Infobüro Nahost, c/o Jeanette Choisi, Schanzenstr. 1, 2000 Hamburg 6, 4,50 DM

„Tradition heißt nicht Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten", Für und über Klaus Vack, Hrsg. Komitee f. Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1985, 10,— DM

Dritte Welt — Wo liegt denn das? Mit Kindern die „Eine Welt" entdecken lernen, Hrsg. Johanna Skrodzki, Offenbach/Freiburg 1985, Burkhardthaus-Laetare-Verlag, ISBN 3-7664-9203-9

Der Kampf gegen den Hunger, Kirchliche Aktivitäten zur Verbesserung der Ernährungssituation in der 3. Welt, Misereor Dialog Nr. 1, Misereor Vertriebsgesellschaft m. b. H. Aachen 1984, Bestell-Nr. 520084, 7,50 DM

...endlich wieder zu Hause?, Bericht zweier Rückkehrerinnen aus Kap Verde, Weltfriedensdienst e. V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

Die Auswanderer von San Francisco, Jorge Amado, Roman, Peter Hammer Verlag, Reihe „Dialog Dritte Welt"

In der Schwäche der Armen liegt die Chance der Reichen, Beiträge zur Unterentwicklung in Mexiko, Jürgen Brüggemann, Gelsenkirchen 1985, Verlag Andreas Müller, ISBN 3-89049-003-4, 19,— DM

Mein zerbrochenes Volk, Erzählungen und Gedichte aus Sri Lanka, Hrsg. Ortrun Froehling, Wuppertal 1985, Peter Hammer Verlag, ISBN 3-87294-270-0

Dritte Welt und Entwicklungspolitik in Schule und Erwachsenenbildung, Unsere Museen für Völkerkunde-Lernkunde für dieses Thema? Hrsg. Dieter Bielenstein, Institut für internationale Begegnungen

Konstitutionsbedingungen politischen Lernens in der Theorie Paulo Freires: Eine Auseinandersetzunge mit der Theorie Freires unter dem Aspekt ihrer Übertragbarkeit auf Arbeiterbildung in der BRD, Rolf Bräuer, 1985, Haag und Herchen Verlag, ISBN 3-88129-886-X, 24,80 DM

World Amarmaments and Disarmament SIPRI Yearbook 1985, Taylor & Francis Ltd, 4 John Street, London WC1N 2ET, UK, ISBN 0 85066 297 4.666 pp., 51 US-Dollar

Church, Society and Change, Policies and strategies towards a just, participatory and sustainable society, Editor: Dideri Mattijsen, Ecumenical Research Exchange, Oostmaaslaan 950, NL-3063 DM Rotterdam, 21,— Dfl

Barriopolitik in Caracas, eine sozialempirische Untersuchung am Beispiel der Erwachsenenbildung und Stadtteilarbeit, Detlev Ullrich, Verlag breitenbach 1985, ISBN 3-88156-280-X, Reihe: Spektrum 3

8. Mai 1945, 8. Mai 1985, Menetekel oder Chance?, Hrsg. Komitee f. Grundrechte und Demokratie, April 1985, ISBN 3-88906-014-5, 5,— DM

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin Nr. 46, April 1985
Guatemala — Nicaragua — El Salvador — Karibik — Rezensionen u. a.
Bezug: Mittelamerika-Magazin, Königsweg 7, 23 Kiel 1
Preis: DM 3,—

EPK — Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/1985
Algerien — Zwischen Tradition und Moderne
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Preis: DM 4,— (36 Seiten)

Forum Nr. 90/91, Mai 85
Schwerpunkte: BUKO 9 und „Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte"
Bezug: FEA, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 2

Ila-Info Nr. 85, Mai 1985
Schwerpunkt: Der Bonner Wirtschaftsgipfel
Außerdem: Deutsche Nazis in Südamerika — Belize bald 52. US-Staat? — El Salvador — Peru — Paraguay — Chile u. a.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V.,
Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Preis: DM 3,—

„links", Juni 85
Peru nach den Wahlen — brasilianische Hoffnungen — Südafrika u. a.
Bezug: arbeitsgruppe sozialistisches büro, Postfach 591, 605 Offenbach 4
Preis: DM 4,— (+ 1,40 Porto, Vorauskasse)

issa Nr. 4, Juni 85
Schwerpunkt: Apartheid und Faschismus
Außerdem: Flüchtlinge und Vertriebene in Angola — Haushalt in Südafrika — Kollaboration BRD/SA u. a.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Preis: Dm 5,—; Abo DM 40,—

AIB 5/85, Mai 85
ANZUS-Pakt vor dem Ende? — Südafrika — Sudan — Chile — Staatsterrorismus in den USA? — Uruguay — Libanon Sonderteil — El Salvador u. a.
Bezug: AIB, Liebigstr. 446, 3550 Marburg

AIB Sonderheft 2/85
Thema: „Libanon-Besatzung und Widerstand"
Preis: DM 2,— (24 Seiten)

BRD und „Dritte Welt" 14,15
Nr. 14: Wende in der Entwicklungspolitik
Nr. 15: NATO
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1
Preis: je DM 4,—

epd-Entwicklungshilfepolitik 10/85 (Mai 85)
Wie exportorientierte Landwirtschaft den Hunger mehrt — US-Embargo gegen Nicaragua — Ökologie/Landwirtschaft/Entwicklung — Aktionstag Banken u. a.
Bezug: EPD, Pf 174192, 6 Frankfurt 17
Preis: DM 3,—

Postvertriebsstuck
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg